

**Dänemarks Selbst- und Fremdbild im Kontext der
europäischen Integration.**

Eine Medieninhaltsanalyse.

Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophischen Fakultät
der Christian-Albrechts-Universität
zu Kiel

Vorgelegt von:
Kathrin Müller, geb. Schwörer

Kiel
2005

Referent: Prof. Dr. Lutz Rühling

Korreferent: Prof. Dr. Olaf Mörke

Tag der mündlichen Prüfung: 5.12.2005

Zur Vervielfältigung genehmigt: Kiel, den 20.01.2006

Dekan: Prof. Dr. Oechsle

DANKSAGUNG

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommer 2005 von der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen. Sie entstand aus meinem Interesse an der europäischen Integration und dem medialen Einfluss auf die Bildung stereotyper Vorstellungen in Bezug auf meine beiden Heimatländer, Deutschland und Dänemark.

Die Dissertation wurde vom Graduiertenkolleg „Imaginatio borealis“ der philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel durch ein Stipendium gefördert. Ich danke dem Kolleg für interessante interdisziplinäre Gespräche und die großzügige finanzielle Unterstützung. Mein Dank gilt außerdem Herrn Prof. Dr. Lutz Rühling, der sich bereit erklärte, mich als Doktorandin anzunehmen, sowie dem Korreferenten der Arbeit, Herrn Prof. Dr. Olaf Mörke.

Mein herzlichster Dank gilt meinen Eltern, die mir mein Studium ermöglichten und mit ihrem Rückhalt eine große Unterstützung sind. Mit Rat und Tat stand mir stets mein Mann Achim zur Seite, dem ich für seine großartige Hilfe danke. Meinem Bruder Ulrich danke ich für anregende Gespräche.

Einleitung	1
I. Grundlagen.....	5
I.1. Thematischer Rahmen der Arbeit	5
I.2. Untersuchungsgegenstand	9
I.3. Begrifflichkeiten	10
I.4. Methode	13
I.4.1. Quantitative und qualitative Inhaltsanalyse	14
I.4.1.1. Formale Kategorien	15
I.4.1.2. Inhaltliche Kategorien	16
I.5. Das Textkorpus	18
I.5.1. Dänische Tageszeitungen: Zahlen, Daten, Fakten	20
I.5.1.1. Erste quantitative Bestimmung des dänischen Textkorpus.....	22
I.5.1.2. Erste qualitative Bestimmung des dänischen Textkorpus.....	23
I.5.2. Deutsche Tageszeitungen: Zahlen, Daten, Fakten	25
I.5.2.1. Erste quantitative Bestimmung des deutschen Textkorpus.....	27
I.5.2.1. Erste qualitative Bestimmung des deutschen Textkorpus.....	28
II. Die dänischen Referenden im historisch-politischen Kontext	31
II.1. Die Abstimmung über den EG-Beitritt 1972.....	31
II.1.1. Der europäische Kontext: Die wirtschaftliche Einigung	31
II.1.2. Die dänische Debatte.....	32
II.2. Die Abstimmung über die Einheitliche Europäische Akte 1986.....	35
II.2.1. Der europäische Kontext.....	35
II.2.2. Die dänische Debatte.....	36
II.3. Die Abstimmung über den Vertrag von Maastricht 1992	38
II.3.1. Der europäische Kontext: Die politische Einigung.....	38
II.3.2. Die dänische Debatte.....	40
II.4. Die Abstimmung über den Beschluss von Edinburgh 1993.....	43
II.4.1. Der europäische Kontext.....	43
II.4.2. Die dänische Debatte.....	45
II.5. Die Abstimmung über den Amsterdamer Vertrag 1998.....	49
II.5.1. Der europäische Kontext.....	49
II.5.2. Die dänische Debatte.....	50
II.6. Die Abstimmung über die Einführung des Euro 2000	54
II.6.1. Der europäische Kontext.....	54
II.6.2. Die dänische Debatte.....	55
II.7. Zusammenfassung.....	57

III.	Der Topos ‚Norden‘	61
III.1.	Quantitative Analyse.....	61
III.1.1.	Dänische Zeitungsartikel	61
III.1.2.	Deutsche Zeitungsartikel	64
III.2.	Qualitative Analyse.....	66
III.2.1.	Die ‚nordische Verantwortung‘ Dänemarks.....	67
III.2.1.1.	Dänische Zeitungsartikel	67
III.2.1.2.	Deutsche Zeitungsartikel	72
III.2.2.	Der Norden als Gegenbild zur EG/EU	75
III.2.2.1.	Dänische Zeitungsartikel	75
III.2.2.2.	Deutsche Zeitungsartikel	81
IV.	Der Topos ‚Deutschland‘	85
IV.1.	Quantitative Analyse.....	85
IV.1.1.	Dänische Zeitungsartikel	85
IV.1.2.	Deutsche Zeitungsartikel	88
IV.2.	Qualitative Analyse.....	89
IV.2.1.	Das bedrohliche Deutschland.....	91
IV.2.1.1.	Dänische Zeitungsartikel	91
IV.2.1.2.	Deutsche Zeitungsartikel	97
IV.2.2.	Frankreichs und Deutschlands Dominanz in der EU	98
IV.2.2.1.	Dänische Zeitungsartikel	98
IV.2.2.2.	Deutsche Zeitungsartikel	100
IV.2.3.	Deutschland in der historischen Perspektive.....	101
IV.2.3.1.	Dänische Zeitungsartikel	101
IV.2.3.2.	Deutsche Zeitungsartikel	105
V.	Der Topos ‚Einfluss und Macht‘	107
V.1.	Quantitative Analyse.....	107
V.1.1.	Dänische Zeitungsartikel	107
V.1.2.	Deutsche Zeitungsartikel	110
V.2.	Qualitative Analyse.....	110
V.2.1.	Große und Kleine EG-/EU-Staaten	112
V.2.1.1.	Dänische Zeitungsartikel	112
V.2.1.2.	Deutsche Zeitungsartikel	116
V.2.2.	Das ‚Große als Bedrohung des Kleinen‘	118
V.2.2.1.	Dänische Zeitungsartikel	118
V.2.2.2.	Deutsche Zeitungsartikel	122
V.2.3.	Die Überraschung von 1992: ‚Das kleine Dänemark ganz groß‘	126
V.2.3.1.	Dänische Zeitungsartikel	126
V.2.3.2.	Deutsche Zeitungsartikel	128

VI. Der Topos der ‚gesellschaftlichen Werte‘	131
VI.1. Quantitative Analyse.....	132
VI.1.1. Dänische Zeitungsartikel.....	132
VI.1.2. Deutsche Zeitungsartikel.....	135
VI.2. Qualitative Analyse.....	136
VI.2.1. ‚Frieden‘	137
VI.2.1.1. Dänische Zeitungsartikel	137
VI.2.1.2. Deutsche Zeitungsartikel	139
VI.2.2. ‚Umweltschutz‘	141
VI.2.2.1. Dänische Zeitungsartikel	141
VI.2.2.2. Deutsche Zeitungsartikel	144
VI.2.3. ‚Demokrati‘ und ‚folkestyre‘	145
VI.2.3.1. Dänische Zeitungsartikel	145
VI.2.3.2. Deutsche Zeitungsartikel	152
VI.2.4. Wohlfahrt, Gleichberechtigung der Frau und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit	155
VI.2.4.1. Dänische Zeitungsartikel	155
VI.2.4.2. Deutsche Zeitungsartikel	160
Zusammenfassung.....	163
Quellenverzeichnis: Dänische Tageszeitungen.....	169
Quellenverzeichnis: Deutsche Tageszeitungen.....	182
Literaturverzeichnis.....	187
Curriculum Vitae.....	196

EINLEITUNG

Innerhalb des Kieler Graduiertenkollegs *Imaginatio borealis* wird seit 1999 in unterschiedlichen geisteswissenschaftlichen Fachbereichen und mittels verschiedener Fragestellungen die *Konstruktion, Perzeption und Rezeption des Nordens* untersucht. Im allgemeinen Sprachgebrauch werden unter der Bezeichnung ‚Norden‘ die skandinavischen Länder subsumiert und als Synonyme verwendet. Die Forschung zeigt indes Grenzen und Mängel dieser Handhabung auf.

Begriffsgeschichtlich betrachtet bezeichnet der ‚Norden‘ die Richtung „links vom Sonnenaufgang“ und ist damit eine standortabhängige und relative Angabe.¹ Weitere etymologische Analysen zeigen zudem, dass die oft als Synonyme verwendeten Begriffe des ‚Nordens‘ und ‚Skandinaviens‘ teilweise unterschiedliche Gebiete benennen.² So geht das Wort ‚Skandinavien‘ auf die ehemals fischreiche Skåne-Region zurück, während im 17. Jahrhundert ‚nordische‘ Reisen unter anderem auch nach Russland und Polen führten. Auch das gegenwärtig vorherrschende Verständnis vom ‚Norden‘, der neben den drei skandinavischen Ländern Norwegen, Schweden und Dänemark auch Island, Finnland und die dänischen Hoheitsgebiete Færøer und Grönland umfasst, zeigt die begriffliche Unschärfe beider Bezeichnungen: Dänemark wird dabei als Teil Skandinaviens betrachtet, während die dänischen Hoheitsgebiete Færøer und Grönland dem ‚Norden‘ zugerechnet werden. Auf die historischen Veränderungen der Staatsterritorien gehen diese Bezeichnungen ebenfalls nicht ein.

Ähnlich wie die geografische Bestimmung ist auch die inhaltliche Definition des ‚Nordens‘ unscharf. Kulturelle Bedeutungsinhalte entstammen dabei sowohl Vorstellungen aus der Selbstbildsicht der nordischen Länder, als auch der Fremdbildsicht.³ Diese Vorstellungen rekrutierten sich einerseits aus den in der skandinavischen Nationalliteratur generalisierten Themen wie Natur, Religiosität und dem Individuum in der Gesellschaft und andererseits aus der in der europäischen Romantik begründeten Sicht auf den ‚Norden‘ als einem idealisierten Raum. Bis heute bestimmen diese Vorstellungen das Fremdbild vom ‚Norden‘.⁴ Himmlers „Vernordung“ Italiens ist ein Beispiel für den ‚Norden‘ als einer positiven und abstrakten Projektionsfläche. In den Fremdvorstellungen, als auch im nordischen Selbstverständnis gilt der ‚Norden‘ in der Gegenwart vor allem als einheitliche und liberale Kulturgemeinschaft, die sich durch ihre partizipative Demokratie und das nordische Wohlfahrtsstaatsmodell auszeichnet.

-
- 1 Henningsen, Bernd (Hrsg.): Der Norden: Eine Erfindung. Das europäische Projekt einer regionalen Identität. Antrittsvorlesung 28.05.1993, Berlin 1995: S. 7.
 - 2 Østergaard, Uffe: In: Øystein Sørensen and Bo Stråth. Oslo 1997. 25-71: S. 31.f.
 - 3 Henningsen, Bernd (Hrsg.): Das Projekt Norden. Essays zur Konstruktion einer europäischen Region. Berlin 2002: S. 7-10.
 - 4 Henningsen, Bernd, Berlin 1995: S. 16, 19, 22.

Im Rahmen des Kieler Graduiertenkollegs trägt die vorliegende Arbeit dazu bei, das gegenwärtige Selbstbild eines ‚nordischen‘ Landes, nämlich Dänemarks zu analysieren. Sozusagen aus der ‚Innensicht‘ eines nordischen Landes sollen die Forschungen zur *Imaginatio borealis* durch die Identifizierung stereotyper dänischer Vorstellungen vom ‚Norden‘ ergänzt werden. Als thematischer Rahmen eignen sich dänische Volksabstimmungen zu europäischen Vertragswerken: Oft wurde in diesem Kontext mit der Zugehörigkeit Dänemarks zum ‚Norden‘ die zurückhaltende Europapolitik des Landes begründet. Es kann also davon ausgegangen werden, dass im Zuge einer Diskursanalyse der Referendumsdebatten dänische Vorstellungen vom ‚Norden‘ identifiziert werden können.

Bis zur Abgabe dieser Arbeit stimmten die dänischen Wahlberechtigten sechs Mal über europäische Vertragswerke ab: Der EG-Beitritt des Landes wurde in einem Referendum 1972 beschlossen. Der Einheitlichen Europäischen Akte [EEA] stimmten die Dänen 1986 zu. Mit ihrem „Nej“ zum Maastrichter Vertrag überraschten sie 1992 ganz Europa. Ein Jahr später votierten sie für den Edinburgher Beschluss, der ihrem Land Ausnahmeregelungen vom Maastrichter Vertrag zugestand. Dem Amsterdamer Vertrag stimmten die Dänen 1998 zu, zwei Jahre später lehnten sie die Einführung der gemeinsamen Währung ab. Auf der Grundlage dieser Referendumsdebatten kann die Entwicklung der *imagines borealis* über 30 Jahre hinweg beobachtet werden.

Ende September 2005 hätte in Dänemark die siebte Volksabstimmung zu einem europäischen Vertragswerk, der EU-Verfassung stattfinden sollen. Ähnlich wie der Maastrichter Vertrag von 1992 setzt jedoch auch die europäische Verfassung ihre Ratifikation durch jedes EU-Mitgliedland voraus. Da bereits zwei Mitgliedstaaten, nämlich Frankreich und den Niederlanden, den Verfassungsvertrag abgelehnt haben, steht zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht fest, ob der Ratifikationsprozess überhaupt fortgeführt wird.

Da insbesondere Medien zur Verbreitung und Tradierung stereotyper Vorstellungen beitragen, wird die Berichterstattung dreier dänischer Tageszeitungen (*Politiken*, *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Ekstra Bladet*) untersucht, die während der dänischen Europa-Referenden veröffentlicht wurden. Der Untersuchungszeitraum umfasst Medientexte, die zwei Wochen vor und nach dänischen Volksabstimmungen veröffentlicht wurden. Um die Reflektion dänischer Stereotype im Ausland nachzuvollziehen, werden auch Zeitungsartikel dreier deutscher Tageszeitungen (*Süddeutsche Zeitung*, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und *BILD-Zeitung*), die im selben Zeitraum veröffentlicht wurden, analysiert.

Zunächst wird der Ausgangspunkt der Arbeit vorgestellt. Dabei werden sowohl die Wahl des thematischen Rahmens als auch des Untersuchungsgegenstandes begründet. Das Kapitel „Grundlegung“ wird mit Definitionen, der in dieser Arbeit häufig verwendeten „Begrifflichkeiten“ und der Erläuterung der „Methode“, einer quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse beschlossen. Daran schließt sich die Erörterung der „historischen und politischen Situation“ zu Zeiten der dänischen Volksabstimmungen an. Hier wird zum einen der „europäische Kontext“, zum anderen die „dänische Debatte“ dargelegt.

Den Hauptteil der Arbeit nimmt die Analyse des Datenmaterials ein. Die stereotypen Vorstellungen, die in den Zeitungsartikeln zum Ausdruck kommen, werden nach Topoi geordnet und analysiert. Auf diese inhaltliche Struktur gehe ich im Kapitel „Thematischer Rahmen der Arbeit“ und im Methodenteil näher ein. Als Erstes werden Vorstellungen vom ‚Norden‘ in den dänischen und deutschen Zeitungen quantitativ und qualitativ untersucht. Da sich einige Artikel inhaltlich auch auf ‚Deutschland‘ bezogen, wird diesem Themenbereich ebenfalls ein eigenes Analysekapitel gewidmet. An der – geografischen und demografischen - Größe eines Mitgliedstaates wurde außerdem häufig die Möglichkeit der Einflussnahme auf die Politik der Gemeinschaft festgemacht. Stereotype, die diese Thematik berühren werden im Kapitel „Einfluss und Macht“ erörtert. Die meisten stereotypen Vorstellungen bezogen sich inhaltlich auf bestimmte „gesellschaftliche Werte“. Eben diese werden im letzten Analysekapitel näher erläutert. Die Toposanalyse gliedert sich jeweils in die quantitative und die qualitative Inhaltsanalyse, wobei auf die Untersuchung des dänischen Textmaterials das des deutschen folgt.

An dieser Stelle muss darauf hingewiesen werden, dass die vorliegende Arbeit die Referendumsdebatten nicht vollständig abbildet, sondern lediglich einige zentrale stereotype Vorstellungen der Mediendiskurse herausgreift, die naturgemäß verallgemeinernd sind.

I. GRUNDLAGEN

I.1. THEMATISCHER RAHMEN DER ARBEIT

Spätestens das dänische „Nej“ zum Maastrichter Vertrag im Jahr 1992 und die hieraus resultierenden Verhandlungen um den „dänischen Ausnahmekatalog“, den Edinburgher Vertrag von 1993, haben dem Land den Ruf einer „Fußnoten-nation“ eingebracht, während die Bevölkerung inzwischen als chronisch EU-skeptisch gilt.¹ Die europäischen Bestrebungen, eine einheitliche Gesetzeslage zu schaffen, stellten sich für Dänemark vor allem auf den Gebieten als problematisch dar, bei denen es sich um Bereiche der nationalen Innenpolitik, wie etwa die Grenzkontrolle oder die Staatsbürgerschaft handelte. Für den dänischen Mitgliedstaat avancierten daher europäische Vertragswerke, wie etwa das Schengener Abkommen oder die Debatte um eine Unionsbürgerschaft, zu beinahe schon sicherheitspolitischen Problemfällen.² Dänemark nahm angesichts der zunehmenden Politisierung der EU gegenüber eine defensive Haltung ein. Die immer umfangreicheren Übertragungen nationaler Hoheitsrechte auf die Gemeinschaftsorgane wurden als Herausforderung des nationalen Selbstverständnisses, „des Dänischseins“ empfunden.³ Als Folge dieser Konfrontation mit der Europäischen Gemeinschaft entstand in Dänemark der politische und gesellschaftliche Wunsch, den Nationalstaat und sein Recht von der Gemeinschaft und ihren Befugnissen abzugrenzen.

In dieser Situation richtete sich Dänemark gen ‚Norden‘ und betonte die panskandinavische Gemeinschaft, die dem Land bereits im 19. Jahrhundert zu einem neuen nationalen Selbstverständnis verholfen hatte. Damals wurden die territorialen Verluste, die die ehemalige Großmacht zum multiethnischen Kleinstaat dezimierten, unter anderem durch die Proklamation einer historisch und mythisch miteinander verbundenen nordischen Gemeinschaft kompensiert. Obwohl das größte Teilgebiet, Norwegen, bereits 1814 an Schweden gefallen war, richtete sich die Abgrenzungsbewegung der dänischen Gesellschaft vor allem

-
- 1 Dies zeigen Arbeiten, die die Europapolitik des Landes untersuchten. Hier seien nur einige genannt, wie etwa: Pagell, Saskia, *Souveränität oder Integration? Die Europapolitik Dänemarks und Norwegens von 1945 bis 1995*. Kieler Werkstücke Reihe B: Beiträge zur nordischen und baltischen Geschichte Band 4, Frankfurt a. M. 2000; Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: *Der Norden auf dem Weg nach Europa. Skandinavien und die europäische Integration*. Hamburg 2002. Aber auch dänische Forscher haben sich mit dieser Thematik auseinandergesetzt, etwa: Mouritzen, Hans (red.): *Er vi så forbeholdne? Danmark over for globaliseringen, EU og det nære*. Århus 2003.
 - 2 Mouritzen, Hans (red.): *Er vi så forbeholdne? Danmark over for globaliseringen, EU og det nære*. Århus 2003. S. 261.
 - 3 Mouritzen, Hans: *Danske strategier – og magten over transnationaliseringen*. In: Mouritzen Århus 2003. S. 170-274: S. 210.

gegen den südlichen Nachbarn, der dem Land Mitte des 19. Jahrhunderts kleinere Gebiete in der Grenzregion streitig machte.⁴ Im 20. Jahrhundert hatte der ‚Norden‘ die Funktion einer Demarkationslinie, die das ‚friedliebende‘ Dänemark vom ‚konservativen‘ und ‚katholischen‘ Süden trennte.⁵

In den Augen vieler Skandinavier ist auch die heutige Abgrenzung zu Europa, das Geheimnis ihres wirtschaftlichen und politischen Erfolges.⁶ Dabei unterstreicht Dänemark immer noch insbesondere Deutschland gegenüber wirtschaftspolitische und kulturelle Unabhängigkeit.⁷ Bei der dänischen Debatte über den EG-Beitritt zu Beginn der 1970er Jahre wurde das Verhältnis zum südlichen Nachbarland vor allem durch die Gegner thematisiert. Eine Reihe dänischer Autoren⁸ veröffentlichte Werke, in denen in der europäischen Mitgliedschaft des Landes eine Annäherung an Deutschland⁹ kritisiert wurde. Klaus Rifbjerg interpretierte in seinem „Brief an Gerda“ Dänemarks EG-Mitgliedschaft als „Abwendung vom Norden“.¹⁰ Außerdem erinnerte der Autor seine Landsleute in seinem fiktiven Briefroman an Kriegserlebnisse mit dem deutschen Nachbarstaat und begründete damit den Appell, gegen den EG-Beitritt zu stimmen. Diese Sichtweise, die zwischen der Europäischen Gemeinschaft und dem ehemaligen Kriegsgegner Deutschland einen Zusammenhang sieht, ist bemerkenswert. Auf der Grundlage dieser Beobachtungen ist es interessant zu untersuchen, inwiefern Dänemark den ‚Norden‘ im europäischen Integrationskontext immer noch in der Funktion einer Abgrenzung Europa gegenüber betrachtet. Dabei soll auch geprüft werden, ob ‚Deutschland‘ auch in anderen dänischen Debatten zu Volksabstimmungen eine Rolle spielte und wenn ja, welche.

4 Østergaard, Uffe: The Geopolitics of Nordic Identity – From Composite States to Nation states. In: Øystein Sørensen and Bo Stråth: The Cultural Construction of Norden. Oslo 1997. S. 25-71: S.29, S. 68.

5 Ebd., S. 25 f.

6 Ebd., S. 26.

7 Mouritzen, Hans: Sammenfatning, perspektiver og reform. In: Hans Mouritzen (ed.): Aarhus 2003: S. 242 – 274: S. 246.

8 Vagn Lundbye: 2 oktober 1972. Odense 1972; Jørgen Gustava Brandt bezeichnete Dänemark nach dem EG-Beitritt in seinem Werk „Pink Champagner“ (1973) als „verfassungvergessen und verkauft“. Der wohl aktivste EG-Gegner und Autor war jedoch Ebbe Kløvedal Reich mit seinen Werken: „Holger Danske“, (1970), seiner Biografie über Nikolaj Frederik Severin Grundtvig „Frederik“ (1972), und „Du danske svamp“, (1974). Kløvedal-Reich ist Mitglied der politisch organisierten „Folkebevægelse mod EF“.

9 Holzapfel, Otto: Das deutsche Gespenst. Wie Dänen die Deutsche und sich selber sehen. Kiel 1994. S. 40 ff.

10 Rifbjerg, Klaus: Brevet til Gerda. Kopenhagen 1972.

Im 20. Jahrhundert war der ‚Norden‘ bereits historischer Bestandteil des dänischen Selbstbildes geworden. Bereits in der ersten dänischen Europadebatte 1972 spielte der Norden eine zentrale Rolle, als es um die Entscheidung ging, in welcher der beiden, damals miteinander konkurrierenden Wirtschaftsbündnisse Dänemark Mitglied bleiben bzw. werden sollte. Während das Land bislang gemeinsam mit Schweden und Norwegen der European Free Trade Association (EFTA) angehörte, lockte nun die Europäische-Wirtschafts-Gemeinschaft (EWG) und war aufgrund der Integration der Landwirtschaft in das Vertragswerk die für Dänemark interessantere Gemeinschaft.¹¹ Der ‚Norden‘ drohte neben der immer umfassenderen europäischen Integration der folgenden Jahrzehnte zu marginalisieren. Die europäische Entwicklung beeinflusste die nordische Kooperation zunehmend, sodass sich auch diese zwangsläufig am europäischen Bündnis orientierte.¹²

In Dänemark bestand dabei von Anfang an der Wunsch, nordische Zugehörigkeit mit europäischer Mitgliedschaft zu vereinen und mit den anderen nordischen Ländern eine gestärkte Region innerhalb der EG/EU zu bilden.¹³ Während das europäische Bündnis das für Dänemark politisch und wirtschaftlich wichtigere war, wurde der ‚Norden‘ als besseres und fortschrittliches Gesellschaftsmodell empfunden.¹⁴ Er wurde zum Bestandteil eines nationalen „Mehrwertgefühls“.¹⁵ Insbesondere die dänischen Referendumsdebatten von 1992 und 1993 waren, so das Fazit einer Diskurs- und Verhaltensstudie, durch idealistische Argumentationsmuster in der Darstellung des ‚Nordischen‘ geprägt.¹⁶

Auf diesen Ergebnissen aufbauend sollen auch alle anderen dänischen Referendumsdebatten unter dem Gesichtspunkt eines idealisierten, ‚nordischen Raumes‘ untersucht werden. Hierbei sollen vor allem die im Zuge einer solchen Idealisierung genannten Werte herausgearbeitet werden, die den ‚Norden‘ zu einem anderen Raum, hier dem Europäischen, ins Verhältnis setzen. Ihre Identifi-

-
- 11 Lundgreen-Nielsen, Flemming: Grundtvig og Danskhed. In: Ole Feldbæk (ed.) Dansk identitetshistorie. Band 3, Folkets Danmark 1948-1940. København 1992: S. 9-187: S. 17 ff.
 - 12 Pagell, Saskia: Frankfurt a.M., 2000: S. 26.
 - 13 Armstrup, Niels, Sørensen, Carsten L: Denmark – Bridge between Nordic Countries and the European Communities? In: Cooperation and Conflict. Vol. X, 1975. S. 21 – 32: S. 21, 32.
 - 14 Trägårdh, Lars: Sweden and the EU: welfare state nationalism and the spectre of ‘Europe’, in: Lene Hansen, Ole Wæver (eds.): European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic states. London, New York 2002. S. 130 – 179: S. 169.
 - 15 Mouritzen, Hans: Sammenfatning, perspektiver og reform. In: Hans Mouritzen (ed.): Aarhus 2003: S. 242 – 274: S. 246.
 - 16 Jóhannesdóttir, Anna: Die Identität Dänemarks. In: Joerißen, Britta; Stahl, Bernhard (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden. Münster 2003. S. 224 – 253: S. 242.

zierung, aber auch die Überprüfung des Verhältnisses zwischen europäischem und nordischem Raum - und eventuell in diesem Kontext erwähnten weiteren Räumen - stehen im Mittelpunkt der vorliegenden Analyse.

Das dänische Bekenntnis zum ‚Norden‘ in den 70er Jahren wird als Defensivantwort gewertet, um auf dem Höhepunkt des Ost-West-Konfliktes keine eindeutige Position einnehmen zu müssen.¹⁷ Im 19. Jahrhundert war es das bedrohliche Preußen gewesen, dem Dänemark nicht als Kleinstaat entgegentreten wollte.¹⁸ Eine andere wissenschaftliche Untersuchung stellte fest, dass auch die Ratifizierung des Edinburger Beschlusses durch die dänische Volksabstimmung 1993 ursächlich mit der Erkenntnis verbunden war, dass Dänemark außerhalb der EU ein Kleinstaat ohne jeglichen Einfluss sei.¹⁹ Von dänischer Seite wurde immer wieder das Ziel betont, innerhalb der Europäischen Gemeinschaft einen „nordischen Block“ bilden zu wollen, um beispielsweise den ‚nordischen Wohlfahrtsstaat‘ zu verteidigen.²⁰ In diesem Kontext erscheint die nordische Kooperation als eine Gemeinschaft mit dem Ziel, gesellschaftliche Modelle des Nordens zu verteidigen. Es kann daher von Interesse sein zu überprüfen, ob Dänemarks ‚nordische‘ Identität auch in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eine „Defensivantwort“ auf die fortschreitende europäische Integration war und aus der Erkenntnis erwuchs, in den anderen nordischen Ländern in erster Linie Bündnispartner innerhalb der EU zu sehen. Da mit Schweden und Finnland 1995 zumindest zwei weitere nordische Länder der EU beitraten, ist es daher besonders interessant festzustellen, inwiefern sich dies in den medialen Diskursen von 1998 und 2000 niederschlägt.

Die von dänischer Seite im Kontext der europäischen Integration betonte Einheitlichkeit der nordischen Länder ist tatsächlich nicht so groß, wie behauptet wird.²¹ So unterschied sich beispielsweise aufgrund unterschiedlicher innen- wie außenpolitischer Aspekte der Weg der nordischen Länder in die EU.²² Auch nachdem Schweden und Finnland 1995 der EU beigetreten waren, verhinderten ungleiche Interessen die Bildung eines Bündnisses innerhalb der EU.²³ Die Arbeit wird daher zu klären haben, ob und wenn ja welche Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten zwischen den nordischen Ländern betont werden.

17 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte. Hamburg 2002: S. 215.

18 Østergaard, Uffe: In: Øystein Sørensen and Bo Stråth: Oslo 1997: S. 25-71: S. 68.

19 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte. Hamburg 2002: S. 139 f.

20 Ebd., S. 141, 173.

21 Østergaard, Uffe: In: Øystein Sørensen and Bo Stråth, Oslo 1997: S. 25-71: S. 69.

22 Kite, Cynthia. Scandinavia faces EU: Debates and decisions on membership 1961-1994. Umeå 1996. S. 31

23 Kite, Cynthia: Scandinavia faces EU: debates and decisions on membership 1961-1994. Umeå, 1996. S. 3 ; Pagell, Saskia: Souveränität oder Integration? Die Europapolitik Dänemarks und Norwegens von 1945 bis 1995. Kieler Werkstücke Reihe B: Beiträge zur nordischen und baltischen Geschichte Band 4, Frankfurt am Main 2000: S. 33; Mahnert, Heike; Putensen, Dörte. Hamburg 2002: S. 215.

I.2. UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

Ein zentrales Anliegen dieser Arbeit ist es, in der dänischen Gesellschaft im europäischen Kontext verbreitete, stereotype Vorstellungen vom ‚Norden‘ sichtbar zu machen. Da sich die öffentliche Meinung auch aus Medienberichten bildet bzw. diese durch Medienberichte verbreitet und reflektiert wird, eignet sich besonders die Analyse von Medieninhalten, die zu Zeiten dänischer Volksabstimmungen veröffentlicht wurden, zur Untersuchung gesellschaftlich etablierter Vorstellungen. Über ihren Auftrag der Informationsvermittlung wird Medien eine Quellenfunktion zugesprochen. Vor allem die retrospektive Beurteilung von politischen, gesellschaftlichen und historischen Situationen erfolgt häufig über die Rekapitulation von Medienberichten, sei es in wissenschaftlichen oder in öffentlichen Diskursen, wie Museumsausstellungen und dem Schulunterricht. Während sich gegenwärtig das Internet neben dem Fernsehen zum gebräuchlichsten Bezugsort von Informationen im Allgemeinen entwickelt, dienen Printmedien und im Wesentlichen Tageszeitungen vor allem der retrospektiven Recherche als Grundlagenquelle. Dies liegt vor allem daran, dass Videoaufzeichnungen von beispielsweise Nachrichtensendungen oder Inhalte, die im Internet veröffentlicht werden, nur selten archiviert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Außerdem ändern sich vor allem die Homepages fast täglich, so dass eine vollständige Recherche von Online-Medientexten fast unmöglich ist. Die vorliegende Analyse ist daher auf die Berichterstattung von Tageszeitungen und solchen Artikeln begrenzt, die jeweils zwei Wochen vor und nach den Volksabstimmungen veröffentlicht wurden. Mit dieser Quelle ist eine vollständige Datengrundlage gewährleistet.

Zudem ergab eine Meinungsumfrage, die von der EU im Jahr 2002 u. a. in Dänemark in Auftrag gegeben worden war, dass Dänen rund 54 Prozent aller Informationen über die EU Tageszeitungen entnehmen.²⁴ Diese statistische Erhebung bestätigt, dass dänische Tageszeitungen mit ihrer Berichterstattung über die EG/EU einen wesentlichen Beitrag an der Informationsvermittlung leisten. Außerdem nimmt die öffentliche Meinung in dänischen Zeitungen in Form von Leserbriefen und (Experten-) Kommentaren einen wesentlichen Teil der Mediendiskurse ein. Dies gewährleistet, dass in die vorliegende Analyse nicht nur stereotype Vorstellungen von Journalisten eingehen, die unter Umständen bestimmte Sachverhalte verzerrend darstellen, sondern auch Vorstellungen, die direkt von der dänischen Öffentlichkeit artikuliert werden. Stereotype Vorstellungen einer Gesellschaft werden nicht nur in ihrem Inneren artikuliert, sondern auch im Ausland reflektiert. Es ist daher interessant, die Ergebnisse der dänischen Medieninhaltsanalyse mit den Diskursen deutscher Tageszeitungen im gleichen Zeitraum zu vergleichen. Dabei stehen jedoch nicht ‚deutsche‘ Vor-

24 EU Eurobarometer Poll no. 57.1: Executive Summary, S. 31. April 2002. www.europa.eu.int/comm/public.opinion/archives/eb/eb57/eb57_daenemark.pdf.

stellungen zum ‚Norden‘ oder Dänemark oder der EG/EU im Mittelpunkt des Interesses, denn dazu wäre das gewählte Textkorpus nicht umfassend genug. Vielmehr soll überprüft werden, inwiefern die in den dänischen Tageszeitungen zum Ausdruck kommenden stereotypen Vorstellungen von den deutschen Medien wahrgenommen und unter Umständen sogar bestätigt werden.

I.3. BEGRIFFLICHKEITEN

Eine Nation wird im Sinne Benedict Andersons als *imagined community*²⁵ verstanden und entwickelt als solche mehr oder weniger objektivierbare Gemeinsamkeiten. Sprache wirkt im Prozess der Identitätsbildung von Individuen und Kollektiven als Konstitutionsfaktor der Lebenswirklichkeit, da in ihr gespeicherte Vorstellungen zum Ausdruck kommen.²⁶ Solche ‚Imagines‘ können jedoch nicht als Abbildung von Wirklichkeit interpretiert werden, sondern sind vielmehr Ausdruck und Ergebnis eines gesellschaftlichen Wahrnehmungskonsenses, der auf starken Akzentuierungen beruht und durch kollektivitätsstiftende Faktoren wie Geschichte und Kultur geprägt wird.²⁷ Insbesondere Nationen operieren in diesem Zusammenhang mit spezifischen, historischen Erinnerungen, Mythen und Symbolen, die durch kollektive Verhaltensmuster und Erinnerungen die soziale Einheit wesentlich bestimmen können.²⁸

25 Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a.M., 1988. S. 14 f.: „Eine Nation (...) ist eine vorgestellte Gemeinschaft (...). Vorgestellt ist sie deshalb, weil die Mitglieder selbst der kleinsten Nation weder die meisten kennen, ihnen begegnet oder auch nur von ihnen hören werden, aber im Kopf eines Jeden die Vorstellung ihrer Gemeinschaft existiert.“

26 Hansen, Klaus P.: Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung. Tübingen 1995: S. 145.

27 Götsch-Elten, Ellen: Populäre Bilder vom Norden im 19. und 20. Jahrhundert. In: Engel-Braunschmidt; Annelore; Fouquet, Gerhard; von Hinden, Wiebke; Schmidt, Inken: Ultima Thule. Bilder des Nordens von der Antike bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 2001: S. 123-143, S. 123 f.

28 Kühnhardt, Ludger: Wahrnehmung als Methode, Mentalität, Kultur, Politik „des Anderen“ vor neuen Herausforderungen. In: Aschmann, Birgit, Salewski, Michael (Hrsg.): Das Bild „des Anderen“. Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2000: S. 9 - 20: S. 15.

Eine (nationale) Gemeinschaft betont ihre Kennzeichen nicht nur über Elemente ihres ‚Selbst‘. Durch die Charakterisierung des ‚Fremden‘ grenzt sie sich zudem nach außen hin ab.²⁹ Eine Verbindung zwischen Selbst- und Fremdbildern ergibt sich aus der expliziten Betonung der ‚Andersartigkeit‘ des Fremden. Oder aber implizit aus dem konnotativen, wertenden Vergleich, der meist einen Rückverweis auf das Selbst beinhaltet. Den Selbst- und Fremdbildern können gemeinsame inhaltliche Thematiken zugrunde liegen. In der vorliegenden Arbeit sollen diese untersucht werden.

In diesem Zusammenhang werden die unterschiedlichen Thematiken als heuristische Suchorte von Argumenten, als ‚Topoi‘ begriffen.³⁰ Diese Definition geht auf Quintilian zurück, der in seiner „*institutio oratoria*“ Rednern empfiehlt, Argumente in ihren jeweiligen ‚Lebenswelten‘ aufzusuchen: Wie Tiere sollten auch Beweise einer Rede an den Stellen gesucht werden, wo sie sich verbergen.³¹ Während in der Rhetorik die Topoi den Rednern vor allem als Orientierungshilfe dienen, stellen diese in der vorliegenden Arbeit ein Ordnungsprinzip dar, das die große Masse der Zeitungsartikel in einem ersten Analyseschritt inhaltlich strukturiert. Dominante, einheitliche und ähnliche Themen und Imagines können auf diese Weise identifiziert und zusammengefasst werden.

Das Hauptaugenmerk der Untersuchung liegt auf der Ermittlung von stereotypen Vorstellungen. Als „kleinste imagologische Bildeinheit“ haben sie eine besondere Bedeutung im gesellschaftlichen Prozess der Identitätsbildung. Sie reduzieren zum einen die Komplexität der Wirklichkeit, indem stark vereinfacht Gegenstände oder Thematiken dargestellt werden.³² Zum anderen sind sie Ausdruck einer bestimmten Weltsicht, die wiederum Aufschluss über den Sender eines Stereotyps liefern kann. Inhaltlich sind Einseitigkeit und eine stark selektierte Informationsauswahl ihre Kennzeichen.³³

29 Boekle, Henning; Nadoll, Jörg: Zum Stand der Identitätsforschung, in: Joerißen Britta; Stahl, Bernhard (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskursanalyse und Verhaltensstudien zu Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden. Münster 2003: S. 159-166, S. 160.

30 Kopperschmidt, Josef: Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der Persuasiven Kommunikation. Stuttgart, Berlin, Köln, München 1976²: S. 140, S. 147. und: Ueding, Gert; Steinbrink, Bernd: Grundriss der Rhetorik. Geschichte - Technik – Methode. Stuttgart 1994, S. 220-235.

31 Quintilianus, Marcus Fabius: Ausbildung des Redners: Zwölf Bücher. Hrsg. u. übers. von Helmut Rahn, 2. Bände: Bd. 1. S. 554-557 (§ 5,10,20-22).

32 Walter Lippmann prägte diese Definition 1922 in seinem Werk „Public opinion“. New York 1922.

33 Bonfadelli, Heinz: Medienwirkungsforschung I. Grundlagen und theoretische Perspektive. Konstanz 1999: S. 89.

Hiervon unterscheiden sich Vorurteile durch eine einseitig emotional geprägte Darstellung und Abwertung.³⁴ Hingegen können die häufigen, situativ bedingten und konstanten Verallgemeinerungen des Stereotyps sowohl positiv als auch negativ funktionalisiert werden. In der vorliegenden Arbeit werden negative und positive, projektive Stereotype von projektiven Idealisierungen und ihrer jeweiligen Anbindung an die Selbst- bzw. die Fremdvorstellung unterschieden: Negative projektive Heterostereotype spalten das Selbst meist als positives Gegenbild ab. Positiv erscheint das Fremde hingegen vor allem, wenn es fehlende Eigenschaften des Selbst beinhaltet. Wenn im Eigenen wie im Fremden hingegen grundlegend positive Eigenschaften identifiziert werden, liegen projektive Idealisierungen vor.³⁵

Da der thematische Rahmen der Volksabstimmungen eine inhaltliche Polarität zwischen Anhängern und Gegnern der europäischen Integration beinhaltet, werden in dieser Arbeit zudem Stereotype unterschieden, die funktional an ein politisches Lager gebunden sind. Von besonderem Interesse sind jedoch solche, die von beiden politischen Lagern gleichermaßen als Grundlage ihrer anschließend divergierenden Argumentation herangezogen werden und somit den gesellschaftlichen Konsens repräsentieren.

Unter ‚Diskurs‘ wird der Ort der Vermittlung und Träger kollektiven Bewusstseins verstanden. Diese Definition geht auf Michel Foucault zurück, der den Diskurs „als Menge der Aussagen“ bezeichnete, „die einem gleichen Formationssystem angehören und damit einem gemeinsamen Verbreitungs- und Verteilungsprinzips“.³⁶ In der vorliegenden Arbeit steht vor allem die Medienberichterstattung im Mittelpunkt, in der stereotype Argumentationsmuster und Vorstellungen untersucht werden. Am Rande ist auch die Art und Weise der Darstellung, beispielsweise durch bildliches Material oder aber durch grafische Hervorhebung einer Textrubrik von Interesse.³⁷

34 Horkheimer, Max: Über Vorurteile, Bonn 1963, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 3-10.

35 Diese Definitionen gehen zurück auf: Rühling, Lutz: Bilder vom Norden. Imagines, Stereotypen und ihre Funktion. In: Astrid Arndt, Andreas Blödorn, David Fraesdorff, Anette Weisner (Hrsg.), Frankfurt a. M. 2004: S. 279 - 300.

36 Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses. München 1994: S. 156.

37 Göttisch-Elten, Silke: Populäre Bilder vom Norden im 19. und 20. Jahrhundert. In: Annelore Engel-Braunschmidt, Gerhard Fouquet, Wiebke von Hinden, Inken Schmidt (Hrsg.), Frankfurt a. M. 2001: S. 123- 143: S. 124.

I.4. METHODE

Die Auswahl der Analyse-Methode richtet sich, ebenso wie die Eingrenzung des Textkorpus, nach der Aufgabenstellung. Generell zu unterscheiden sind Theorien und Analyse-Modelle, die, gemäß dem grundlegenden Kommunikationsmodell nach Roman Jakobson „Sender – Nachricht – Empfänger“, unterschiedliches Gewicht auf die jeweiligen Kommunikationsteilnehmer und/oder den Kommunikationsgegenstand legen.³⁸ Linguistische Analysen zählen zumeist Semantik und Syntax der Nachricht aus und bewerten diese, während Inhaltsanalyse und Medienwirkungsforschung vor allem den Text und seinen Kontext betrachten. Diese unterscheiden sich im Wesentlichen darin, dass sie unterschiedliche Instanzen einer Kommunikation betrachten: Während die Inhaltsanalyse den Text selbst untersucht, fokussiert die Medienwirkungsforschung vor allem auf den Leser und seine Rezeption.³⁹

Für die Untersuchung stereotyper Vorstellungen, wie sie im vorliegenden Fall auf der Grundlage der medialen Kommunikation geschehen soll, kann sowohl die inhaltliche Analyse der Mediendiskurse, als auch die Untersuchung ihrer Wirkung von Interesse sein. Die Medienwirkungsforschung rekapituliert anhand repräsentativer Umfragen und Rezeptionsstudien in Laboren das Leseverhalten. Für die vorliegende Arbeit müsste demnach aus der heutigen Situation das Leseverhalten der damaligen Rezipienten durch die Beobachtung gegenwärtiger Leser rekonstruiert werden. Die Rezeptionssituation würde damit auf einem gänzlich veränderten gesellschaftlichen Hintergrund, anderer Wissensperspektiven und Lebensumständen basieren, als es zu den jeweiligen Veröffentlichungszeiten der Fall war. Die Beeinflussung der dänischen Wähler durch die Medien kann auf diese Weise empirisch nicht nachgewiesen werden. Hingegen können Medieninhalte mithilfe der quantitativen und qualitativen Inhaltsanalyse auf ihre zentralen Bestandteile hin untersucht und auf diese Weise stereotype Vorstellungen sichtbar gemacht werden. Im Folgenden werden die Verschränkung quantitativer und qualitativer Untersuchungsschritte und ihre Umsetzung in der vorliegenden Arbeit näher erläutert.

38 Jacobson, Roman: Linguistik und Poetik. In: Literaturwissenschaft und Linguistik. Ergebnisse und Perspektiven. Hrsg. Von Jens Ihwe. Frankfurt a.M., 1972: S. 14 – 178.

39 Christiane Krüger beispielsweise führte in ihrer Dissertation „Journalistische Berichterstattung im Trend der Zeit. Stilstrategie und Textdesign des Nachrichtenmagazins FOCUS“, Münster 1999 eine Syntax- und Wortschatzanalysen durch. Die statistisch erhobenen Zahlen wurden anschließend miteinander verglichen. S.a. Merten, Klaus: Inhaltsanalyse. Eine Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen 1995²: S. 60-71.

I.4.1. QUANTITATIVE UND QUALITATIVE INHALTSANALYSE

Die Inhaltsanalyse untersucht kommunikative Inhalte in Hinblick auf eine bestimmte Fragestellung und beschreibt systematisch die Merkmale eines Textes.⁴⁰ Neben der Analyse von Thematiken und dem Gebrauch bestimmter Wortgruppen in Texten kann mithilfe dieser Methode auch die Herausbildung spezifischer Begriffe untersucht werden.⁴¹ In der vorliegenden Arbeit wird die Inhaltsanalyse jedoch vor allem als Diskursanalyse begriffen.

Da sich diese Arbeit mit grundlegenden Vorstellungen beschäftigt, stehen die Medieninhalte im Vordergrund des Forschungsinteresses. Der quantitative Analyseteil kann dabei dazu beitragen, zentrale Themen der Debatten von weniger Zentralen zu unterscheiden. Bereits vor der eigentlichen Analyse werden aus den Arbeitshypothesen bestimmte Themen abgeleitet, von denen vermutet wird, dass sie in den Texten angesprochen werden. So liegt etwa dieser Arbeit die Vermutung zugrunde, dass der ‚Norden‘ ein eben solcher Themenbereich ist. In einem ersten Analyseschritt, bei dem die Zeitungsartikel gelesen und kurze Inhaltsangaben angefertigt werden, werden weitere zentrale Topoi identifiziert. Auf ihrer Grundlage entstehen dann die so genannten „empiriegeleiteten Kategorien“.⁴² Für alle Themenbereiche werden anschließend bestimmte Schlüsselwörter definiert. Diese sind eine Art Raster, nach dem die Texte in den folgenden Analyseschritten schematisch abgesucht werden. Die Zuordnung zu einem Thema erfolgt dabei nur einmal, auch wenn eine Thematik häufiger in den Texten vor kommt.⁴³ Rein quantitativ kann auf diese Weise bestimmt werden, welcher Topos im Vergleich zu anderen innerhalb eines Untersuchungszeitraums besonders umfangreich ist. Auch die formalen Charakteristika der Artikel werden quantitativ erhoben, wie etwa die Häufigkeit bestimmter Textgenres innerhalb eines Themenbereichs.

40 Früh, Werner: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. München 1991³: S. 107.

41 Neuendorf, Kimberly A.: The Content Analysis Guidebook. London 2002: S. 5.

42 Früh, Werner: München 1991³: S. 35. und Früh, Werner: Kategorienexploration bei der Inhaltsanalyse. Basiswissen geleitete, offene Kategorienfindung (BoK). In: Wirth, Werner, Lauf, Edmund (Hrsg.): Köln 2001: S. 117-139: S. 120.

43 Bilandzic, Helena, Koschel, Friederike, Scheufele, Bertram: Theoretisch-heuristische Segmentierungen im Prozess der empiriegeleiteten Kategorienbildung. In: Früh, Werner (Hrsg.): Inhaltsanalyse. Perspektiven, Probleme, Potentiale. Köln 2001: S.98-16: S. 98 f.

Ein erster wichtiger Schritt der Inhaltsanalyse ist die formale und inhaltliche Kategorienbildung. Dabei ist Erstere vor allem dazu da, um das Datenmaterial zu verwalten. Anhand dieser können die einzelnen Texte identifiziert und unterschieden werden. Der qualitative Analyseteil orientiert sich vor allem an den inhaltlichen Kategorien. Beide Kategorienarten werden im Folgenden näher bestimmt.

I.4.1.1. FORMALE KATEGORIEN

Das Datenmaterial wird durch folgende Kategorien systematisch erhoben: Neben dem *Datum* der Veröffentlichung und der *Seitenangabe* sind auch der *Titel*, der Vermerk *mit/ohne Bild* und der *Autor* rein formale Kategorien, die keiner inhaltlichen Analyse bedürfen. Beginnend mit dem ersten Artikel eines Untersuchungszeitraums wird jedem eine *Artikelnummer* zugewiesen, über die dieser eindeutig identifiziert und eine doppelte Zählung verhindert werden kann.⁴⁴

Die Bestimmung der *Textrubrik* ist zwar eine formale Kategorie, bedarf jedoch der inhaltlichen Überprüfung, um dominant appellative Texte von überwiegend informativen zu unterscheiden. Hieraus ergibt sich die Zuordnung der Artikel zu verschiedenen Textarten: Meist werden *Leitartikel*, *Kommentare* und *Leserbriefe* visuell durch eine besondere Schriftart oder ihre Positionierung auf bestimmten Seiten als subjektive Meinungsträger gekennzeichnet. Die tatsachenbetonten Artikel unterscheiden sich von ihnen durch eine neutrale Informationsvermittlung. Ausführliche *Berichte* enthalten häufig Bildmaterial und Hintergrundinformationen und sind zudem meist sehr viel länger als neutrale *Kurznachrichten*.⁴⁵ Darüber hinaus ist vor allem der *Aufmacher* einer Zeitungsausgabe zu beachten: Artikel, die auf der oberen Hälfte der ersten Seite einer Zeitungsausgabe veröffentlicht werden, sollen in die „Sichtweise der Ereignisse einführen“ und behandeln ein aktuelles Thema.⁴⁶ Beim Rezipienten soll auf diese Weise der Lese- bzw. Kaufanreiz ausgelöst werden.⁴⁷

44 Ich bediene mich dabei der relationalen Datenbank Access, die dieses Vorgehen technisch ermöglicht.

45 Die Definitionen des Berichts, der Kurznachrichten und der persuasiven Textsorten geht auf Helmut Lüger zurück: Ebd.: Pressesprache, Tübingen 1983: S. 66-83.

46 Bucher, Hans Jürgen: Pressekommunikation. Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation als linguistischer Sicht. Tübingen: 1991: S. 54.

47 Bernhard Gröschel konzentrierte seine Analyse der „Themen und Tendenzen in Schlagzeilen der Kattowitzer Zeitung und des Oberschlesischen Kuriers 1925 – 1939“. Berlin 1993 gänzlich auf diese Schlagzeilen. Auch Christiane Krüger misst den Aufmachern in ihrer Untersuchung („Journalistische Berichterstattung im Trend der Zeit. Stilstrategien und Textdesign des Nachrichtenmagazins FOCUS“: Münster 1995) eine besondere Bedeutung bei.

In einigen Untersuchungen dient die Erhebung der Artikelgröße der Feststellung, mit welcher Dominanz ein Gegenstand im Vergleich zu anderen dargestellt wird. Da in der vorliegenden Untersuchung jedoch ausschließlich die Berichterstattung zu den einzelnen europäischen Vertragswerken untersucht wird und somit keine Vergleichsgröße besteht, wird auf die Auswertung der Artikelgröße verzichtet.

I.4.1.2. INHALTLICHE KATEGORIEN

Die Analyse der Mediendiskurse orientiert sich zum einen an Thesen, die durch bisherige Forschungsaufgaben als begründet gelten können. Auf ihrer Grundlage werden inhaltliche Kategorien gebildet und einer erneuten Überprüfung unterzogen. Dies gilt beispielsweise für die allgemein vertretene Annahme, Dänemark sei ein nordisches Land und würde als ein solches seine nordische Identität im europäischen Kontext betonen. Durch einen ersten Lesevorgang wurden weitere übergeordnete Thematiken identifiziert, in die stereotype Vorstellungen eingebettet waren. Aus diesen wurden zusätzliche Arbeitshypothesen entwickelt.

Wie bereits eingangs erläutert, findet in Dänemark im Zuge der Beschäftigung mit der EG/EU eine Auseinandersetzung mit der eigenen Nation statt. Diese Arbeit geht davon aus, dass die artikulierten Selbst- und Fremdbilder der Debatten in die Mediendiskurse der Tageszeitungen eingehen. Die Inhalte der Texte werden daher auf das Vorkommen von Auto- und Heterostereotypen hin untersucht. Zunächst wurden die Inhalte der Artikel zusammengefasst. Das ermöglicht die thematische Differenzierung der Artikel in einem späteren Analysevorgang. Die angeführten Themen wurden dabei nach Häufigkeit und inhaltlicher Zusammengehörigkeit geordnet. Da ein Artikel meist mehrere Thematiken enthält, kann es sein, dass er in unterschiedlichen Tabellen angeführt und auch innerhalb der qualitativen Analyse mehrfach erwähnt wird.⁴⁸

Da sich Dänemarks nationale Identität unter anderem über die Zugehörigkeit zum ‚Norden‘ definiert, wird davon ausgegangen, dass dieser auch Bestandteil der Diskurse ist. Mit der nordischen Identifizierung ging die Abgrenzung zu ‚Deutschland‘ einher. Die Zeitungsartikel werden daher auf die Schlüsselbegriffe wie ‚Norden‘, ‚nordisch‘ bzw. ‚nordisk‘ untersucht, sowie auf ‚Deutschland‘, ‚Deutscher‘, ‚Deutsch‘ bzw. ‚Tyskland‘, ‚Tysker‘, ‚tysk‘.

48 Dieses „Repräsentationsproblem“ ist eine bekannte Schwierigkeit in der Inhaltsanalyse. So fordert zum Beispiel Werner Früh (1991³), dass „jedem Element der numerischen Daten mindestens in Element unserer empirischen Wahrnehmung entsprechen“ muss (Ebd., S. 27). Da ein Text meistens mehr als ein Merkmal beinhaltet, ist eine eindeutige Kennzeichnung dieses „Mehrfachbesitzes“ im vorliegenden Fall nicht möglich.

Außerdem konnte bereits vor der Analyse davon ausgegangen werden, dass unterschiedliche Arten von Stereotypen in den Artikeln aufzufinden sind: Der thematische Rahmen der Volksabstimmungen bedingt polare Positionen und damit auch die Existenz funktional an die Lager der Befürworter bzw. der Gegner gebundener Vorstellungen. Daher wurden die Artikel den Kategorien ‚Pro‘, ‚Contra‘ und ‚Neutral‘ zugeordnet. Ein Nebenergebnis der quantitativen Erhebung dieser Kategorien und ihrer inhaltlichen Auswertung wird die Beurteilung der Medienberichterstattung sein, etwa in Bezug auf die in ihnen am häufigsten erwähnten Meinungen. Vermutlich werden jedoch auch solche Meinungen artikuliert, die auf einem gesellschaftlichen Konsens beruhen und von beiden Lagern gleichermaßen angeführt werden. Insbesondere diese sind von Interesse für die Arbeit, da nicht die Widerspiegelung der Debatte an sich, sondern die Identifizierung gesamtgesellschaftlich relevanter Vorstellungen im Vordergrund steht. Das Hauptaugenmerk liegt auch bei diesen Kategorien auf ihrer inhaltlichen Auswertung. So können sowohl bevorzugte Themen und Argumentationsmuster der jeweiligen Gruppierung, aber auch übergreifende und damit gesamtgesellschaftliche Vorstellungen ausfindig gemacht werden.

Wie ebenfalls in der Darstellung des thematischen Rahmens der Arbeit bereits angeführt, stellte eine andere wissenschaftliche Untersuchung fest, dass auch die Ratifikation des Edinburgher Beschlusses, durch die dänische Volksabstimmung 1993 ursächlich mit der Erkenntnis verbunden war, dass Dänemark außerhalb der EU ein Kleinstaat ohne jeglichen politischen Einfluss sei.⁴⁹ Im Zuge des ersten Analysevorgangs konnte festgestellt werden, dass die Thematik ‚Einfluss und Macht‘ tatsächlich in allen sechs Untersuchungszeiträumen relevant war. In den Zeitungsartikeln wurden daher Vorstellungen gesucht, die diese Thematik berühren.

Es wurde bereits erwähnt, dass die dänische Vorstellung vom Norden eng an bestimmte gesellschaftliche Modelle und Werte gebunden war, die im Vergleich zu europäischen Gesellschaftsmodellen als besser und fortschrittlicher empfunden werden.⁵⁰ Auch unabhängig von ‚nordischen‘ Stereotype befassten sich viele Texte mit ‚gesellschaftlichen Werten‘. Es wurde daher ein Topos gebildet, in dem all diese stereotypen Vorstellungen zusammengefasst wurden.

Das Textkorpus wurde daher nach insgesamt vier übergeordneten Topoi geordnet und analysiert: Zunächst sollen die quantitativen und qualitativen Ergebnisse der Untersuchung von Vorstellungen präsentiert werden, die sich mit dem ‚Norden‘ auseinandersetzen. Daran schließen sich Stereotype von ‚Deutschland‘ an, bevor ‚Einfluss und Macht‘ und schließlich ‚Gesellschaftliche Werte‘ analysiert werden.

49 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte. Hamburg 2002: S. 139 f.

50 Trägårdh, Lars, in: Lene Hansen, Ole Wæver (eds.): London, New York 2002. S. 169.

I.5. DAS TEXTKORPUS

Die Medien, deren Berichterstattung in die Analyse einfließen, wurden auf der Grundlage verschiedener Kriterien ausgewählt. Zunächst sollte eine hohe Auflagenzahl die Tageszeitungen auszeichnen. Diese gewährleistet eine große Reichweite der medialen Kommunikation und damit zahlreiche Empfänger, aber auch Sender, beispielsweise von Leserbriefen. Zudem sollten die Zeitungen unterschiedliche politische Grundhaltungen vertreten. Stereotype Vorstellungen, die in Zeitungstexten zum Ausdruck kommen, besitzen nur dann gesamtgesellschaftliche Relevanz, wenn sie durch unterschiedliche Meinungsrichtungen in den Diskurs eingebunden werden und nicht etwa an ein politisches (Extrem-) Lager gebunden sind.

Um diese Kriterien zu erfüllen, war es notwendig, nicht nur eine Zeitung zu untersuchen, sondern mehrere, hierunter auch eine Boulevardzeitung. Die besonderen diskursiven Strategien der sogenannten *yellow press* erreichen unter anderem durch adjektivische Sprache sehr viel mehr Emotionalität und haben einen höheren Appellcharakter. Begünstigt durch die Strategie der „Simplifizierung“, die die Darstellung übersichtlicher Weltbilder durch Reduktion komplexer gesellschaftlicher Vorgänge erreicht, ist davon auszugehen, dass in Boulevardzeitungen häufiger Stereotype artikuliert werden als in den seriösen Tageszeitungen.⁵¹ Durch das Einbeziehen dieser Mediensparte wird zudem der Kreis der möglichen Botschaftsempfänger vergrößert, da ihre Auflage meist sehr viel höher ist, als die der seriösen Blätter.

In vergleichbaren Analysen wurde das Textkorpus auf einzelne Textsorten, wie Berichte oder Reportagen oder aber auf kleinere Texteinheiten, wie Überschrift oder Titelseite einer Zeitungsausgabe begrenzt.⁵² In der vorliegenden Arbeit hingegen sollen alle Artikel, die sich inhaltlich mit den Volksabstimmungen auseinandersetzen, unabhängig von ihrer Rubrik in die Untersuchung einbezogen werden. Auf diese Weise kann nachgewiesen werden, ob die Medien ein bestimmtes Textgenre in der Berichterstattung zu den Referenden bevorzugten. Außerdem kann es sein, dass bestimmte Stereotype besonders häufig in bestimmten Textarten auftauchen, was nur durch die von der Textart unabhängige Analyse sichtbar gemacht werden kann.⁵³

51 Zu den diskursiven Strategien von Boulevardzeitungen s.a. : Bruck, Peter A., Stocker, Günther: Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. Hans Dieter Kübler (Hrsg.): Medien & Kommunikation, Band 23, Münster 1996: S. 23-32.

52 So begrenzt etwa Peter Gröschel seine Abhandlung über „Themen und Tendenzen in Schlagzeilen“, (Berlin 1993) auf die Grundeinheiten Hauptüberschrift und Schlagzeile, während Colin Good seine Untersuchung der „Zeitungssprache im geteilten Deutschland. Exemplarische Textanalysen.“ (München 1989) einer subjektiven Eingrenzung auf „typische Berichte und ausgewählte Schlagzeilen“ unterzieht.

53 Bucher, Hans Jürgen: Tübingen 1991. S: 40.

Das Textkorpus wird jedoch thematisch und zeitlich begrenzt. Die inhaltliche Konzentration auf die mediale Debatte der dänischen Volksabstimmungen zu europäischen Vertragswerken bildet den thematischen Rahmen des Textkorpus. In Dänemark fanden bis zur Fertigstellung der Arbeit insgesamt sechs Referenden statt, bei denen die dänischen Wahlberechtigten zur europäischen Integration Stellung beziehen sollten. Da sich die vorliegende Arbeit jedoch nicht die allgemeine Beurteilung der medialen Berichterstattung zum Ziel gesetzt hat, sondern spezifische Stereotype sichtbar machen will, soll nicht die Berichterstattung ganzer Kalenderjahre untersucht werden. In der Analyse werden vielmehr nur die Artikel berücksichtigt, die jeweils zwei Wochen vor und nach den jeweiligen Wahltagen erschienen, wobei die Berichterstattung meist wenige Tage nach der Abstimmung bereits abbrach.⁵⁴

Medien steigern vor politischen Ereignissen wie Wahlen und Volksabstimmungen ihre Berichterstattung. Infolgedessen treten nicht nur politische Kontroversen und gesellschaftliche Vorstellungen deutlicher hervor.⁵⁵ Auch die Leser haben eine höhere Erwartung an die Medieninformation. Diese veränderten Rahmenbedingungen können dazu führen, dass die Art der medialen Darstellung in diesen Extremzeiten verzerrend wirkt und nicht mit der ganzjährigen Kommunikationsweise übereinstimmt. In der vorliegenden Arbeit steht jedoch nicht die Beurteilung der medialen Darstellung im Mittelpunkt. Vielmehr sollen die charakteristischen Inhalte und stereotypen Argumentationen im Kontext eben dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzungen sichtbar gemacht werden. Die „Ereignisberichterstattung“ gilt zudem „als Keimzelle öffentlicher Meinungsbildung“ und eignet sich daher für die vorliegende Arbeit.⁵⁶

Auf der Grundlage dieser Überlegungen wurden unter den dänischen Medien die Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* und die seriösen Tageszeitungen *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Politiken* ausgewählt. Unter den deutschen Tageszeitungen wurde die Berichterstattung der *BILD*-Zeitung, sowie der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und *Süddeutschen Zeitung* in die Analyse einbezogen. Im Folgenden werden Entstehungsgeschichten und Charakteristika dieser Medien im Allgemeinen erörtert. Im Anschluss daran erfolgt eine erste quantitative und qualitative Bestimmung des Textkorpus“.

54 Die Termine der Volksabstimmungen waren der 2. Oktober 1972, der 27. Februar 1986, der 2. Juni 1992 und der 18. Mai 1993, sowie der 28. Mai 1998 und der 28. September 2000.

55 Schönbach, Klaus: Transaktionale Modelle der Medienwirkung: Stand der Forschung. In: Winfried Schulz (Hrsg.): Medienwirkungen: Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft. Untersuchungen im Schwerpunktprogramm „Publizistische Medienwirkung.“ Weinheim 1992: S. 109 - 119: S. 115.

56 Bucher, Hans-Jürgen; Straßner, Erich: Mediensprache, Medienkommunikation, Medienkritik. Tübingen 1991: S. 48.

I.5.1. DÄNISCHE TAGESZEITUNGEN: ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Die auflagenstärksten dänischen Tageszeitungen im Untersuchungszeitraum von 1972 bis 2000 sind *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Politiken* sowie die Boulevardzeitung *Ekstra Bladet*.⁵⁷ Das dänische Textkorpus, das dieser Untersuchung zugrunde liegt, umfasst in diesen drei Medien und allen sechs Abstimmungszeiträumen insgesamt 5.220 Zeitungsartikel.⁵⁸

Das politisch unabhängige *Ekstra Bladet*, das 1905 durch die Aktiengesellschaft *Politiken* gegründet worden war, hatte bis 1995 eine um fast 40 Prozent höhere Auflage als ihre seriösen Konkurrenten. Eine Erklärung dafür muss zum einen in der heterogenen Leserschaft boulevardformatiger Zeitungen gesehen werden und zum anderen in der vereinfachten und emotionalisierten Darstellung.⁵⁹ Seit 1972 verlor *Ekstra Bladet* zwar konstant an Auflagenhöhe, konnte

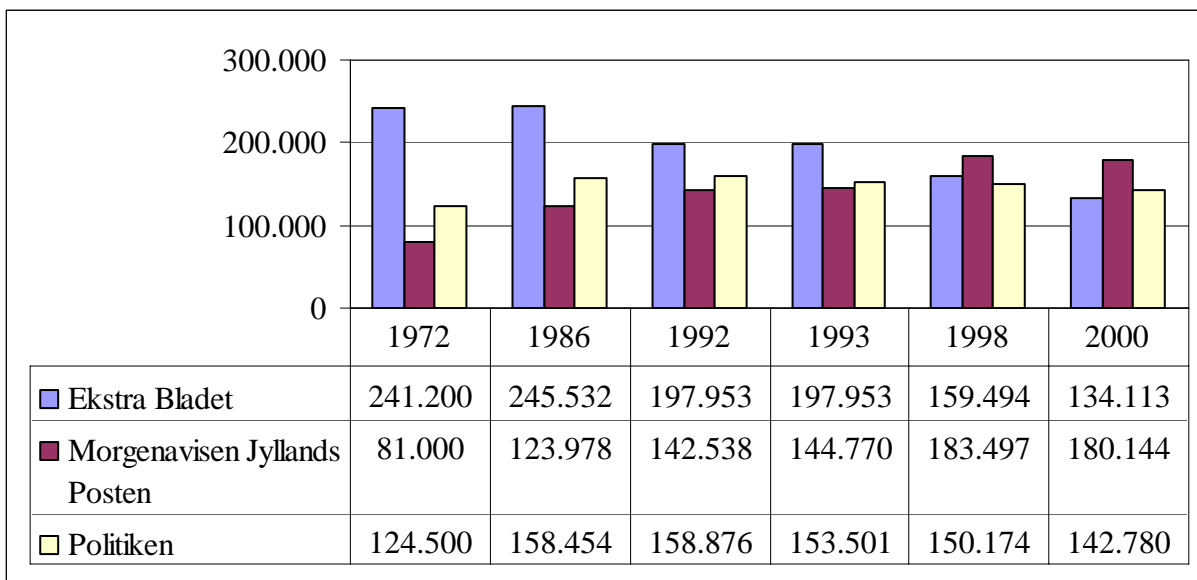


Tabelle 1: Auflagenzahlen (Mo-Fr) der auflagenstärksten dänischen Tageszeitungen während dänischer Volksabstimmungen zu europäischen Vertragswerken.

57 Die *Berlingske Tidende* ist ebenfalls wie *Morgenavisen Jyllands Posten* eine konservative Zeitung, die bis Mitte der 90er Jahre eine ähnliche Entwicklung durch machte. Da Letztere jedoch während der letzten vier Referenden den Zeitungsmarkt dominierte, wird deren Berichterstattung in die vorliegende Analyse einbezogen.

58 Dies ergaben meine Recherchen in der Königlichen Dänischen Bibliothek in Kopenhagen und dem Zeitungsarchiv der British Library, London.

59 Bruck, Peter A.; Stocker, Günther: Münster 1996: S. 4.

aber erst 1998 von der konservativen *Morgenavisen Jyllands Posten* als fortan auflagenstärkste Tageszeitung abgelöst werden (s. Tabelle 1).⁶⁰ Die politische Einstellung von *Ekstra Bladet* wird unabhängig radikal bezeichnet.⁶¹

Die ursprünglich auf die Leserschaft der jütländischen Region ausgerichtete *Morgenavisen Jyllands Posten* konnte ihre Auflage seit 1972 durch eine fortlaufende Modernisierung und Aktualisierung ihres Layouts steigern.⁶² Im Lauf der 80er Jahre wurde die Zeitung mithilfe eines Kopenhagener Lokalteils zu einer ernstzunehmenden Konkurrenz der Hauptstadtmedien.⁶³ Als diese Mitte der 90er Jahre die Auflage drosseln musste, verzeichnete *Morgenavisen Jyllands Posten* eine wachsende Anzahl an Abonnements. Insbesondere die Auflage der Wochenendausgabe verdeutlicht den Siegeszug der Zeitung: Von 1995 bis 1998 konnte der Druck von rund 240.000 auf 275.000 Exemplare gesteigert werden, während *Politiken* und *Ekstra Bladet* am Wochenende nur rund 190.000 Ausgaben druckten. Neben einer geschickten Marketingstrategie kennzeichnete der Ausbau des Auslandskorrespondentennetzwerkes zum größten innerhalb der dänischen Presselandschaft die Zeitung als „Dänemarks internationale Zeitung“ („Danmarks internationale avis“), wie sie sich seit 1998 nennt.⁶⁴ Die politische Ausrichtung der Zeitung war bei ihrer Gründung in Jütland 1871 gemäßigt liberal gewesen. Im 20. Jahrhundert entwickelte sich die Zeitung zu einer konservativen Stimme in der Medienlandschaft.

Im Zeitraum von 1972 bis 2000 ist einzig die Auflage von *Politiken* relativ konstant geblieben. Die Zeitung wurde 1905, als sich die radikalliberale Partei „*Det radikale venstre*“ von der Mutterpartei „*Venstre*“ abspaltete, zum „Kampforgan des radikalen Flügels der Liberalen“ und blieb bis in die Gegenwart dem linken politischen Flügel verpflichtet.⁶⁵ Bis Mitte der 90er Jahre hatte *Politiken* die zweithöchste Auflage: unter der Woche druckte sie rund 150.000 Zeitungen, am Wochenende 200.000. Die geringste Auflage hatte *Politiken* in den Jahren 1993-1998.

60 Søllinge, Jette D. Og Niels Thomsen: De danske aviser 1634 – 1989: Bind 2: 1848 – 1917. Odense 1991.

61 Informationen über die politische Ausrichtung und die Auflagenzahlen der Zeitungen sind folgenden Werken entnommen worden: Media Scandinavia 1972, Mediakatalog for Danmark, Island, Færøerne, Norge, Sverige og Finland. Udgivet af Media Documentation Scandinavia DRB: 1973, 1983, 1993, 1994, 1995. und: Dansk Oplagskontrol, Oplagsbulletin/Bulletin of the Danish Audit Bureau of Circulations 1982, København 1983, 1986, 1996, 1998, 2000.

62 Eriksen, Gerhardt: Hvis De vil vide mere. Historien om en avissucces. Viby 1996: S. 256.

63 Ebd., S. 220.

64 Mukerji, Monika: Was dänische Tageszeitungen über Deutschland berichten. Eine Themenanalyse, Hagen 2000: S. 51.

65 Mukerji: Hagen 2000: S. 58.

I.5.1.1. ERSTE QUANTITATIVE BESTIMMUNG DES DÄNISCHEN TEXTKORPUS

In den Untersuchungszeiträumen veröffentlichten die drei dänischen Zeitungen insgesamt 5.220 Texte zu den Referenden. Vor allem in den Wochen vor dem jeweiligen Wahltag war ihre Berichterstattung umfangreich.

Es ergaben sich folgende Untersuchungszeiträume: EG-Beitrittsabstimmung: 18. September - 10. Oktober 1972; Abstimmung über die Einheitliche Europäische Akte (EEA): 13. Februar - 8. März 1986; Referendum über den Maastrichter Vertrag: 16. Mai - 16. Juni 1992; Volksabstimmung zum Edinburgher Beschluss: 4. - 23. Mai 1993; Abstimmung über den Amsterdamer Vertrag: 14. Mai - 6. Juni 1998; Referendum über die Einführung des Euro: 14. September - 5. Oktober 2000.

Im Vergleich mit den anderen Tageszeitungen veröffentlichte die Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* insgesamt am wenigsten Artikel (1.424). Bei *Politiken* konnten etwas mehr Texte (1.654) gezählt werden, während *Morgenavisen Jyllands Posten* mit 2.151 Texten am ausführlichsten über die Referenden berichtete. Vergleicht man nun den Umfang der Berichterstattung pro Referendum, so wurde in allen drei Medien die zweite Abstimmung im Jahr 1986 am wenigsten behandelt.⁶⁶ Ihre jeweils umfangreichste Berichterstattung lieferten die Zeitungen hingegen zu unterschiedlichen Perioden. Bei *Ekstra Bladet* wurde die Abstimmung über die EU-Erweiterung und -Reform 1998 mit 313 Texten am ausführlichsten berichtet. Über die Hälfte dieser Texte, 54 Prozent, waren Leserbriefe. Auch in den Jahren 1986, 1993 und 2000 veröffentlichte *Ekstra Bladet* mehr Leserbriefe als andere Textarten.⁶⁷

Politiken hingegen schenkte der vorerst letzten dänischen EU-Abstimmung im Jahr 2000 mit 434 Artikeln die größte Aufmerksamkeit.⁶⁸ Hier war es die neutrale Rubrik der Kurznachrichten, die mit fast 50 Prozent am häufigsten verwendet wurde.

Morgenavisen Jyllands Posten hingegen berichtete mit 406 Texten am ausführlichsten über die Maastricht-Abstimmung im Jahr 1992, davon erschienen 41 Prozent in den vierzehn Tagen, nachdem das dänische „Nej“ in ganz Europa für Überraschung gesorgt hatte. Auch hier waren die Kurznachrichten mit 31

66 Hier waren es bei *Ekstra Bladet* nur 111 Texte. *Politiken* veröffentlichte 136 und *Morgenavisen Jyllands Posten* 289 Artikel. Diese Zahlen liegen weit unter den durchschnittlich in den Medien veröffentlichten Artikel: *Ekstra Bladet* 237, *Politiken* 275 und *Morgenavisen Jyllands Posten* 358.

67 1986 waren 41 Prozent aller Artikel, die in *Ekstra Bladet* veröffentlicht wurden, Leserbriefe, im Jahr 1993 umfassten sie 55 Prozent aller Texte und im Jahr 2000 waren sie mit 38 Prozent ebenfalls die am häufigsten verwendete Rubrik.

68 *Ekstra Bladet* veröffentlichte bei der letzten Volksabstimmung 309 Artikel und *Morgenavisen Jyllands Posten* 365.

Prozent die umfangreichste Textkategorie. Es wurden jedoch auch viele Kommentare (21 Prozent) und Leserbriefe (20 Prozent) veröffentlicht.

Überraschendes ergibt die Auszählung des Bildmaterials: Während bis 1993 die Boulevardzeitung rund 40 Prozent ihrer Artikel mit Bildern und Illustrationen versah, waren es bei *Jyllands Posten* im Jahr 1998 sogar 53 Prozent und im Jahr 2000 immerhin noch 47 Prozent.

I.5.1.2. ERSTE QUALITATIVE BESTIMMUNG DES DÄNISCHEN TEXTKORPUS

Die Berichterstattung der dänischen Zeitungen brach aus verschiedenen Gründen nach den Wahltagen meist schnell ab. So beschäftigten sich die Medien beispielsweise wenige Tage nach der dänischen Abstimmung im Jahr 1986 mit dem Mord am schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme. Hingegen war die Berichterstattung auch nach dem Wahltag im Jahr 1992 und der überraschenden Ablehnung des Maastrichter Vertrages durch die dänischen Wahlberechtigten noch ausführlich.

Insbesondere der Untersuchungszeitraum von 1998 ist bei *Ekstra Bladet* besonders umfangreich. Über die Hälfte dieser Texte, 54 Prozent, waren Leserbriefe. Das zentrale Thema der Berichterstattung war das Schengener Abkommen. Die Zeitung entwarf sogar ein Logo, mit dem rund 18 Prozent aller Artikel „abstempelt“ wurden und die Intention der Zeitung sehr deutlich zum Ausdruck brachte: In Form eines Stempel zeigt es einen Bleistift und ein Kreuz unter einem „Nej“. Die Leser wurden mit dem Slogan „die Grenze ist erreicht“ („Grænsen er nået“) zur Ablehnung des Amsterdamer Vertrages aufgefordert.⁶⁹

Die Rubrik der Leserbriefe war bei *Ekstra Bladet* jedoch auch in den Jahren 1986, 1993 und 2000 am umfangreichsten.⁷⁰ Mit dem Rubriktitel „Ekstra Bladet på din side“ („Ekstra Bladet på din side“) wurden die Leser direkt angesprochen und ein vertrauliches Verhältnis geschaffen, das durch die Porträtfotos der diese Seite betreuenden Journalisten noch verstärkt wurde. Auch auf Titelseiten und in Leitartikeln sprach *Ekstra Bladet* seine Leser direkt an. In Bezug auf die Rubrikbezeichnung ist das jedoch kein Phänomen der Boulevardzeitung, sondern eher eine dänische Besonderheit: Auch *Jyllands Posten* verwendete in den Jahren 1986, 1992 und 1993 eine direkte Ansprache an die Leser, um deren eigene Textbeiträge zu kennzeichnen. Dort hieß es appellartig: „Sei dabei in der

69 Einmal wurde eben dieses Logo mit einem „ja“ abgedruckt, doch die Beibehaltung des Slogans „Grænsen er nået“ sorgte auch bei diesem Bericht über Amsterdam-Befürworter für eine negative Konnotation. *Ekstra Bladet*, 19.05.1998: Tre store Europæere. Madsen, Ellemann og Genscher planlagde JA-strategien ved møde i Grøften. S. 48.

70 1986 waren 41 Prozent aller Artikel, die in *Ekstra Bladet* veröffentlicht wurden, Leserbriefe, im Jahr 1993 umfassten sie 55 Prozent aller Texte und im Jahr 2000 waren sie mit 38 Prozent ebenfalls die am häufigsten verwendete Rubrik.

Debatte“ („Vær med i debatten“), später nur noch „kurz gesagt“ („kort sagt“) und „Meinungen“ („Meninger“). *Politiken* hingegen unterstrich 1972 diese Rubrik als direkte Kommunikation zwischen den Lesern: „Von Leser zu Leser“ („Fra læseren til læseren“), in den folgenden Jahren neutraler als „Die Leser meinen“ („Læserne mener“).

Politiken hingegen verwendete am häufigsten die neutrale Rubrik der Kurznachrichten. Ganze Zeitungsseiten, meist die Seiten 4 und 5 einer Ausgabe, waren unter dem Thema „EURO-ABC“ der Wissensvermittlung von EU- und vor allem Euro-relevanten Themen gewidmet. So zum Beispiel auch am 17.09. 2000 die vierte Seite: Das Thema des Tages „*Dagens tema er*“ wurde im oberen Drittel der Seite genannt und zwei Zitate bekannter Politiker neben einem kleinen „Quiz“ abgedruckt. Die Quizfrage sei, so ein Hinweis, mithilfe der vielen informativen Berichte der Seite zu beantworten. Die Folgeseite einer Ausgabe übertitelte *Politiken* jeweils mit einem Logo und dem Slogan „*Danskernes valg*“. Interessant ist hier der explizit erwähnte nationale Bezugsrahmen der Wahl.

Bei *Morgenavisen Jyllands Posten* schien die Berichterstattung zu Maastricht 1992 schon deutlich früher als bislang begonnen zu haben. Die Rubrik „die EG-Union von A bis Z“ („EF-Unionen fra A til Å“), in der in alphabetischer Ordnung europapolitische Begriffe erklärt wurden, war bereits vierzehn Tage vor dem Wahltag beim Buchstaben Q angelangt. Der Brüssler Korrespondent der Zeitung erläuterte hierin jeweils eine zentrale Frage, die die Wähler in diesem Referendum beschäftigte: Unter dem Titel „Quo vadis?“ stellte Jørgen Ullerup am 16. Mai 1992 die Frage nach dem Ziel der Unionsbildung, ihren zukünftigen Aufgabengebieten und Hoheitsrechten.⁷¹ Neutral und informationsbetont erläuterte der Journalist hier und in den anderen Artikeln dieser Rubrik historische Ereignisse in der Geschichte der Gemeinschaft und Positionen einiger Mitgliedstaaten zum Abstimmungsgegenstand. Neben den zitierten Meinungen wurde jedoch nie eine abschließende Beurteilung getroffen, sodass der Leser die Möglichkeit hatte, sich seine eigene Meinung zu bilden. Unter Texten dieser Rubrik wurde bis zum Abstimmungstag am 2. Juni 1992 die Meinung eines mehr oder weniger bekannten Wählers, vom Feuerwehrmann bis zum Verwaltungsdirektor, veröffentlicht: „Für oder gegen die EG-Union“ („For eller imod EF-Unionen“) lautet die Frage, die im Untersuchungszeitraum in sieben von zehn Fällen durch Befürworter beantwortet wurde. Ausgeglichen waren hingegen die Wertungen in den Leserbriefen zum Maastrichter Vertrag.

71 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 16.05.1992: EF-Unionen fra A til Å af Jørgen Ullerup. Quo Vadis? S. 12.

I.5.2. DEUTSCHE TAGESZEITUNGEN: ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Unter den deutschen Tageszeitungen geht die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *BILD-Zeitung* in die Untersuchung ein. Insgesamt wurden zu allen sechs dänischen Referenden nur 161 Zeitungsartikel veröffentlicht. Auch in (West-)Deutschland war die Auflage der größten überregionalen Boulevardzeitung höher als die der seriösen Tageszeitungen: Selbst die zweit- und drittgrößten Tageszeitungen des Landes, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung* hatten innerhalb der Untersuchungszeiträume nur rund ein Zehntel der *BILD*-Auflage .

Während in Dänemark im Jahr 1986 die zweite Volksabstimmung abgehalten wurde, hatte die *BILD-Zeitung* mit 5.887.100 gedruckten Exemplaren bereits die Fünf-Millionengrenze deutlich überschritten.⁷² Eine solche Verbreitung erreichten die überregionalen Tageszeitungen aus Frankfurt am Main und München nie. Mit Ausnahme von 1993 konnte die *Süddeutsche Zeitung* ihre Auflage jedoch stetig steigern und hatte vor vier Jahren, als Dänemark über die Einführung des Euro abstimmte, eine Auflage von rund 512.000 Exemplaren erreicht.⁷³ Ihren Absatz sichern sich die seriösen Medien überwiegend über feste Abonnenten, während die *BILD-Zeitung* ausschließlich über den Straßenverkauf vertrieben wird.⁷⁴

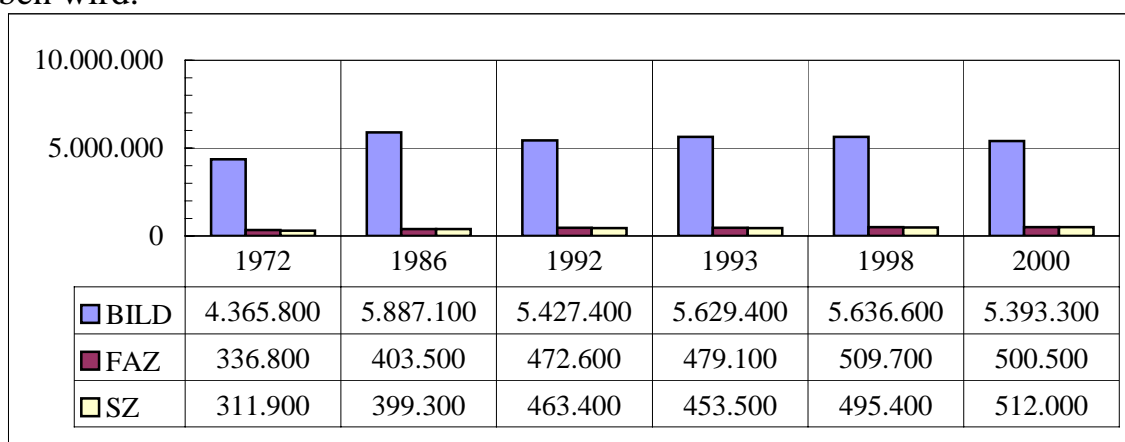


Tabelle 2: Auflagenzahlen der drei größten Tageszeitungen (West) –Deutschlands.⁷⁵

72 STAMM 1987, 40. Ausgabe, Presse und Medienhandbuch. Leitfaden durch Presse und Werbung. Verzeichnis, Beschreibung periodischer Publikationen, Rundfunkanstalten und Werbemöglichkeiten. Essen 1987.

73 STAMM 2001, 54. Ausgabe. Essen 2001.

74 Schirmer, Stefan: Die Titelseiten-Aufmacher der *BILD-Zeitung* im Wandel. Eine Inhaltsanalyse unter Berücksichtigung von Merkmalen journalistischer Qualität. München 2001: S. 9.

75 Alle Auflagenzahlen dem „STAMM, Presse und Medienhandbuch. Leitfaden durch Presse und Werbung. Verzeichnis, Beschreibung periodischer Publikationen, Rundfunkanstalten und Werbemöglichkeiten“ entnommen.

Die hohe Verbreitung, die die populär-sensationelle Berichterstattung der Boulevardzeitung in ganz Deutschland erreichte, rechtfertigt es, diese im Rahmen der vorliegenden Arbeit zu untersuchen. Außerdem kann so die Berichterstattung der dänischen mit der deutschen Boulevardzeitung verglichen werden.

Im Juni 1952 wurde *BILD* zum ersten Mal auf den Straßen zum Kauf angeboten. Axel Springer, ein großer Anhänger von Film und Fernsehen, konzipierte sie als „visuelle Zeitung“.⁷⁶ Die Zeitung bediente von Anfang an populäre Themen von ‚general interest‘. Ihr größeres Format, der hohe Anteil an Bildmaterial und die überdimensionierten Artikelüberschriften unterscheiden sie bereits rein optisch von ihrer seriösen Konkurrenz. Inhaltlich werden in der *BILD* politisch relevante Geschehnisse nur am Rande behandelt und dann oftmals in der für die *yellow press* typischen Mischform von Nachricht und Kommentar.⁷⁷ Die Gegenstände der Berichterstattung werden auf das Subjektive reduziert.⁷⁸ Die Tendenz zur Darstellung von übersichtlichen Weltbildern und die Simplifizierung komplexer gesellschaftlicher Vorgänge durch die Boulevardzeitung macht sie für die vorliegende Untersuchung so interessant. Durch direkte Adressierung und Emotionalisierung hat die *BILD*-Zeitung einen appellartigen Stil, durch den sich der Leser direkt angesprochen fühlt. Neben dem stetigen Ausbau der Regionalausgaben, die vor allem der Nutzung des lokalen Anzeigengeschäftes dienen, veränderte sich die *BILD*-Zeitung seit ihrer Gründung nicht wesentlich.⁷⁹

Die zweitgrößte deutsche Tageszeitung, die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* trat 1949 die Nachfolge der *Frankfurter Zeitung* an. Neben der Deutschland-Ausgabe ist auch eine Rhein-Main-Ausgabe mit Frankfurter Lokalteil erhältlich.⁸⁰ In der vorliegenden Arbeit wird jedoch die Berichterstattung über die sechs dänischen EG/EU-Referenden analysiert, wie sie in der überregionalen Ausgabe veröffentlicht wurde. Der politische Standpunkt der *FAZ* wird als konservativ-liberal bis gemäßigt rechts eingeschätzt. Die Ergänzung durch die links-liberale *Süddeutsche Zeitung* repräsentiert also auch im deutschen Textkorpus ein breites politisches Spektrum innerhalb der Medienlandschaft. Aufgrund der thematischen Nähe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu Wirtschaftskreisen ist zu erwarten, dass die Berichterstattung über die dänischen Referenden ebenfalls vor allem ökonomische Gesichtspunkte behandelt. Die Zielgruppen dieser Zeitung sind, wie auch die der *Süddeutschen Zeitung*, gesellschaftliche Kreise

76 Müller, Hans Dieter. Der Springer Konzern. Eine kritische Studie. München 1968: S.74.

77 Kirwel, Thomas: Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Presse untersucht an „Bild“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „taz“ und der „Deutschen Nationalen Zeitung“. Hamburg 1996: S. 47.

78 Bruck, Peter A.; Stocker, Günther: Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. In: Hans Dieter Kübler (Hrsg.), Medien & Kommunikation. Band 23, Münster 1996: S. 22.

79 Schirmer, Stefan. München 2001: S. 55.

80 Kirwel, Thomas. Hamburg 1996: S. 44.

mit höherer Schulbildung.⁸¹ Das Textkorpus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* umfasst insgesamt 88 Texte.

Die erste Ausgabe der *Süddeutschen Zeitung* wurde im Oktober 1945 aus dem eingeschmolzenen Bleisatz von Hitlers „Mein Kampf“ gedruckt. In der amerikanischen Besatzungszone sollte sie „weder meinungsloser Generalanzeiger, noch ein partei- und weltanschaulich gebundenes Organ“ sein.⁸² Obwohl sie als überregionale Zeitung konzipiert ist, veröffentlicht sie einen sehr ausführlichen Lokalteil, der von Münchner Begebenheiten ebenso berichtet wie von landespolitischen Themen Bayerns. Das Textkorpus der *Süddeutschen Zeitung* umfasst mit 70 Texten zu den dänischen Abstimmungen nur unwesentlich weniger Artikel als das der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Wie auch bei den dänischen Zeitungen hatte die Wochenendausgabe der deutschen Medien eine höhere Auflage, wobei erst ab der Abstimmung von 1992 eine Samstagsausgabe von *BILD* in die Analyse einbezogen werden kann.

I.5.2.1. ERSTE QUANTITATIVE BESTIMMUNG DES DEUTSCHEN TEXTKORPUS

Die drei deutschen Medien publizierten in allen Untersuchungszeiträumen zusammengerechnet nur 161 Artikel. Wie in Dänemark war es auch in Deutschland die Boulevardzeitung, die insgesamt am wenigsten Artikel veröffentlichte.

Die umfangreichste Berichterstattung lieferten also auch südlich der Grenze die seriösen Tageszeitungen: Mit insgesamt 88 Artikeln berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* über jedes der sechs Referenden, die *Süddeutsche Zeitung* veröffentlichte insgesamt 70 Texte. Von beiden Medien wurden die Referenden in den Jahren 1972 und 1992 am ausführlichsten behandelt. Bei der ersten dänischen Abstimmung waren es vor allem Kommentare der Chefredaktion, 1992 wurden mehr Kurznachrichten veröffentlicht.

Abgesehen von der *BILD*-Zeitung, die die Autoren ihrer Artikel nicht angab, wurden die Berichte, Kurznachrichten und Leitartikel der seriösen Tageszeitung überwiegend von den Korrespondenten der Zeitungen verfasst. Zu einem kleinen Teil wurden sie in deutschen Redaktionen geschrieben oder Agenturmeldungen entnommen. Im Vergleich zum dänischen Textkorpus, indem sehr viele Leserbriefe veröffentlicht wurden, beinhaltet das deutsche Textkorpus nur einen, was sicherlich primär auf das außenpolitische Thema zurückzuführen ist.

81 Ebd., S. 45.

82 Dürr, Alfred. Weltblatt und Heimatzeitung. Die „Süddeutsche Zeitung“. In: Michael Wolf Thomas (Hrsg.): Porträts der deutschen Presse. Berlin 1980. S. 63-79: S. 65.

I.5.2.2. ERSTE QUALITATIVE BESTIMMUNG DES DEUTSCHEN TEXTKORPUS

Da ein innenpolitisches Thema natürlich sehr viel umfangreicher in den eigenen nationalen Medien behandelt wird und aus der außenpolitischen Blickrichtung für einen Nachbarstaat weniger bedeutend ist, entspricht das Mengenverhältnis zwischen dänischen und deutschen Textkorpora den Erwartungen. Die Referenden wurden von den deutschen Medien vor allem retrospektiv behandelt und nur selten vor dem eigentlichen Wahltag erwähnt. Erst der Ergebnisdiskussion nach den Abstimmungstagen widmeten die deutschen Tageszeitungen zahlreiche Artikel.

Aufgrund des politischen Themas der Analyse ist es nicht überraschend, dass die deutsche Boulevardzeitung am wenigsten Artikel über die Referenden veröffentlichte. Dass *BILD* die dänische Debatte jedoch in insgesamt nur drei Artikeln thematisierte, ist vor allem deshalb erstaunlich, weil die Berichterstattung der dänischen Boulevardzeitung inhaltlich überhaupt nicht reflektiert wurde. Diese hatte oft aus Hamburg, dem Stammsitz von *BILD*, berichtet und identifizierte Deutschland als Gefahr für Dänemarks Souveränität.⁸³

Nach der überraschenden Ablehnung des Maastrichter Vertrages im Jahr 1992 erschien ein Artikel auf der Titelseite, ein Weiterer acht Jahre später, als die Dänen gegen die Euro-Einführung stimmten. Dieser wurde durch einen kurzen Leserbrief ergänzt. Inhaltlich stand jedoch nicht Dänemarks Abstimmung im Mittelpunkt des Interesses der *BILD*-Zeitung. Vielmehr deutete diese Zeitung das dänische „Nej“ von 1992 als „Rettung der D-Mark“.⁸⁴ Im Jahr 2000 hingegen schien vor allem das Bildmaterial der Grund gewesen zu sein, warum die dänische Abstimmung in der deutschen Boulevardzeitung erwähnt wurde: Ein Foto zeigte einen Mann mit entblößter Rückansicht und seinen „blanken Protest“ gegen den Euro. Daneben wurde das Porträt des konsternierten Finanzministers Mogens Lykketoft gezeigt.⁸⁵

Die FAZ berichtete über die Referenden von 1972 und 1992 am ausführlichsten. Während bei der ersten dänischen Volksabstimmung jedoch vor allem Kommentare der Chefredaktion überwogen, waren es mehr 1992 Kurznachrichten. Eine Untersuchung der Textgenres lässt jedoch vermuten, dass die Zeitungen vor allem 1992 allein ihrem Informationsauftrag nachkamen und weder in der deutschen Gesellschaft, noch aus Zeitungssicht eine nähere Kommentierung der dänischen Ereignisse stattfand: So war es nur ein Leitartikel, der 1992 die dänische Ablehnung einer Unionsbildung kommentierte, während sich im Jahr 1972 die Chefredaktion immerhin sechsmal zu Wort meldete. Aufgrund der In-

83 S. h. das Kapitel IV. Der Topos Deutschland, S. 85 – 107.

84 *BILD*, 4.06.1992.: Hat das kleine Dänemark unsere Mark gerettet? S. 1 f. (Bericht)

85 *BILD*, 30.09.2000: Nein zum Euro: „Blanker“ Protest und lange Gesichter. S. 2. (Bericht)

halte dieser Kommentare muss jedoch auch diese Zahl relativiert werden: Drei Mal war der Norden Europas aus sicherheitspolitischer Sicht und im Kontext des Ost-West-Konflikts Hauptgegenstand der Leitartikel.⁸⁶ Zwei Mal wurden generelle Betrachtungen über den Norden artikuliert, und ein Mal wurde der jeweilige Rücktritt des norwegischen und des dänischen Ministerpräsidenten nach den Volksabstimmungen thematisiert.⁸⁷ In den Kurznachrichten, die die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 1992 so umfangreich veröffentlichte, reflektierte die Zeitung vor allem die Reaktionen der anderen europäischen Mitgliedstaaten auf die dänische Entscheidung.⁸⁸

Am wenigsten Beachtung erhielt die Zustimmung der Dänen zum Amsterdamer Vertrag im Jahr 1998: Beide seriösen Zeitungen berichteten erst am Tag der Abstimmung und danach, als das Ergebnis bereits vorlag, über Inhalte und Positionen in dieser dänischen Debatte. Dabei wurde unter anderem jeweils auf das „Debakel“ bzw. die Spaltung innerhalb der dänischen Bevölkerung durch das Referendum von 1992 verwiesen.⁸⁹

86 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.09.1972: Blickrichtung: Nordmeer. S. 1; 27.09.1972: Nordischer Isolationismus, S. 1; 11.10. 1972: Skandinavien wird labil. S. 1. (alles Leitartikel)

87 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* , 27.09.1972: Schwerer Schlag. S. 1; 4.10. 1972: Ist das unser Europa? und Zwei Rücktritte. S. 1 (Leitartikel)

88 Am 4.06.1992 veröffentlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* acht kurze Nachrichten auf Seite 4, in denen von Reaktionen aus Den Haag, Rom, Madrid, London, Paris, Brüssel, Dublin und Athen berichtet wurde.

89 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.05.1998: Referendum über Amsterdamer Vertrag. Dänisches „Ja“ soll Maastricht-Debakel vergessen lassen. S. 8 (Bericht); *Süddeutsche Zeitung*: 28.05.1998: Volksabstimmung über den Amsterdamer Vertrag. Die Angst der Dänen vor Europa. S. 8. (Bericht)

II. DIE DÄNISCHEN REFERENDEN IM HISTORISCH-POLITISCHEN KONTEXT

Das dänische Grundgesetz, das „Grundlov“, sieht bei Souveränitätsübertragung, internationalen Verträgen und/oder fehlender Fünftel-Mehrheit im Parlament die Abhaltung einer Volksabstimmung vor.¹ Außerdem kann eine Zweidrittel-Mehrheit der Parlamentsabgeordneten ein Referendum einberufen, das dabei jedoch einen rein beratenden, „vejledende“ Charakter hat. Zwischen 1972 und 2000 stimmten die wahlberechtigten Dänen sechs Mal über europäische Vertragswerke ab, 1986 in einer „vejledende folkeafstemning“.

Im Folgenden wird der historische und politische Kontext der sechs Referenden dargelegt. Dabei wird jeweils die Situation auf dem europäischen Kontinent und der EG/EU im Besonderen betrachtet, bevor die politische Debatte, wie sie jeweils in Dänemark stattfand, erörtert wird.

II.1. DIE ABSTIMMUNG ÜBER DEN EG-BEITRITT 1972

Während der europäische Einigungsgedanke bereits vor 1945 existierte², brachten erst die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges die erste europäische Gemeinschaftsgründung hervor. Die Förderung der nationalen Wirtschaften stand im Zentrum der Interessen der vom Krieg zerstörten europäischen Länder. Auch in Dänemark war dies ein wichtiges Anliegen der Nachkriegsjahre. Die erste dänische Abstimmung zu einem europäischen Vertragswerk fand 1972 statt.

II.1.1. DER EUROPÄISCHE KONTEXT: DIE WIRTSCHAFTLICHE EINIGUNG

Die Unterzeichnung der „Römischen Verträge“ am 25. März 1957 gilt als Geburtsstunde des europäischen Einigungsprozesses.³ Diese bilden bis heute das Fundament der europäischen Integration. Frankreich, Deutschland, Italien und die Beneluxländer gründeten an diesem Tag die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und schlossen ein Übereinkommen über die friedliche Nutzung der Atomwirtschaft (EURATOM). Die Länder vereinbarten die Bildung einer Zollunion, um einen gemeinsamen Markt für Waren, Kapital und Arbeit zu erschließen.

1 Die für Volksabstimmungen relevanten Paragraphen (§20, stk. 2, §42, stk. 6 jf., §19 und lovn. 24 af 5. februar 1986) können auf der Homepage des dänischen Parlamentes www.folketinget.dk nachgelesen werden.

2 So inspirierte die Idee des geeinten Europas etwa Immanuel Kant. Aus dem beginnenden 20. Jahrhundert ist vor allem der Name Aristide Briands, französischer Außenminister 1926-1932, bekannt, dessen Memorandum „L'organisation d'un régime d'union fédérale européenne“ Einfluss auf den europäischen Einigungsprozess nach 1945 hatte.

3 Brunn, Gerhard: Die Europäische Einigung. Von 1945 bis heute. Stuttgart 2002. S. 118f.

Im Jahr 1967 wurde die EWG zusammen mit der bereits Anfang der 50er Jahre gegründeten Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und der EURATOM in den Europäischen Gemeinschaften (EG) zusammengefasst. Inhaltlich veränderten sich die Gründungsverträge weder durch diese Fusion, noch durch das Inkrafttreten der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) 1970. Denn die Absprachen, politisch regelmäßige Konsultationen abzuhalten und die gegenseitige Verständigung zu fördern, waren juristisch nicht bindend.⁴

Die Länder, die nicht in der EWG vertreten waren, gründeten 1959/60 auf Großbritanniens Initiative hin die sogenannte kleine Freihandelszone, die EFTA. Neben der Schweiz, Portugal und Österreich traten die nordischen Länder Schweden, Norwegen und Dänemark dem Bündnis bei. Als die EWG-Länder die Integration der Landwirtschaft in ihr wirtschaftliches Abkommen vorbereiteten, beantragten Dänemark, Irland, Norwegen und Großbritannien die Aufnahme. Die Verhandlungen zogen sich über knapp zehn Jahre hin. Verzögernd wirkten vor allem die zweimaligen Vetos Frankreichs gegen die britische Mitgliedschaft.⁵ Doch da die Förderung des landwirtschaftlichen Sektors für Dänemark von großer Bedeutung war und zudem nur ein zeitgleicher Beitritt mit dem Außenhandelspartner Großbritannien sinnvoll erschien, wurde der EG-Beitritt weiter forciert. Zudem hatte sich die außenpolitische Orientierung des Königreiches verändert und die europäische Dimension war Bestandteil der neuen Außenpolitik geworden.

II.1.2. DIE DÄNISCHE DEBATTE

In Dänemark endete mit den Nachkriegsjahren die außenpolitische Neutralität und es begann die Orientierung an den sogenannten ‚vier Eckpfeilern‘ der Außenpolitik, der atlantischen, nordischen, globalen und europäischen Dimension:⁶ Sicherheitspolitisch wollte man sich am atlantischen Verteidigungsbündnis der NATO, dem das Land 1949 beigetreten war, orientieren. Innerhalb der nordischen Gemeinschaft wurde die bestehende kulturelle und politische Affinität zu den Nachbarländern durch die politische Kooperation im Nordischen Rat seit 1952 verstärkt.⁷ In der UNO und der OSZE schließlich sollten universalistische

4 Brunn, Gerhard: Stuttgart 2002: S. 194.

5 Kaiser, Annegret: Dänemark und die Europäische Politische Union (1972 – 1992). Innenpolitische Kontroversen vom Beitritt bis zum Vertrag von Maastricht. Moosbach 1994: S. 18.

6 Hækkerup, Per: Danmarks Udenrigspolitik. København 1965: S. 2.

7 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994: S. 11.

Grundsätze der Außenpolitik, wie Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit eingebunden werden.⁸ Mit dem EG-Beitritt 1972 wurde der vierte Eckpfeiler, die europäische Dimension, auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik fester Bestandteil dänischer Außenpolitik.⁹ An einer europäischen politischen Dimension hatte Dänemark auch nach der Vorlage eines Stufenplans zur Wirtschafts- und Währungsunion und des Berichtes zur Politischen Zusammenarbeit im Jahr 1970 kein Interesse und schätzte die Realisierung dieser Versuche als unwahrscheinlich ein.¹⁰

Schon zu diesem frühen Zeitpunkt kündigten sich Konflikte an, die die Politik der ‚vier Eckpfeiler‘ mit sich bringen würde. Der Plan Per Hækkerups, die dänische Außenpolitik zwischen atlantischem Verteidigungsbündnis, globaler Verantwortungshaltung, nordischer politischer Zusammenarbeit und europäischer Wirtschaftspolitik aufzuteilen, konnte nicht lange funktionieren, denn einer der ‚vier Eckpfeiler‘ hatte bereits seine inhaltliche Gestalt verändert: Es war die europäische Dimension, die in den kommenden 30 Jahren schließlich auch einen zentralen Konfliktpunkt in der öffentlichen und politischen Debatte Dänemarks darstellen sollte. Darüber hinaus wurde bereits 1972 deutlich, dass es nicht allein in dänischer Eigenverantwortung lag, die Außenpolitik zwischen den vier Dimensionen aufzuteilen. Ihre Vereinbarkeit lag vor allem auch in fremder Hand, entwickelten die Gemeinschaften, denen das Land angehörte, doch zunehmend Eigendynamik und integrierten die von Dänemark bis dahin getrennt gehaltenen Bereiche Wirtschaft und Politik.¹¹

Im Dezember 1971 stimmte zwar eine Mehrheit des dänischen Parlamentes für einen Beitritt zur EG, die für eine rechtskräftige Ratifikation erforderliche Fünfsechstel-Mehrheit wurde jedoch nicht erreicht. Die Entscheidung trafen daher die Bürger in einem Referendum.¹²

8 Jóhannisdóttir, Anna: Dänische Außenpolitik – Von der Neutralität zur verhaltenen Integration. In: Britta Joerissen, Bernhard Stahl (eds.): Münster 2003. S. 42 – 65: S. 42.

9 Hansen, Peter: Die Formulierung der dänischen Europapolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik. Wien 1973, 1/1973: S. 3 – 31: S. 6 f.

10 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994, S. 21.

11 In jüngster Vergangenheit werden auch zunehmend universalistische Grundsätze integriert, wie zum Beispiel Menschenrechte, die Bestandteil der EU-Verfassung sind.

12 Folketinget (Hrsg.): Tryksag fra Folketingets partier fra 1972. København 1972. S. 1 (www.eu-oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger); Presse- und Kulturabteilung des Kgl. Dänischen Ministeriums des Ässeren (Hrsg.): Dänemark: Ein offizielles Handbuch, Kopenhagen 1971. S. 114 ff.

Erst ein Jahr zuvor hatte der Sozialdemokrat Jens Otto Krag den Liberalen Hilmar Baunsgaard von der *Venstre*-Partei als Ministerpräsident abgelöst. Damit wurde die lange Tradition der sozialdemokratischen Regierungen in Dänemark wieder fortgesetzt.

Befürworter der EG-Mitgliedschaft waren neben den Sozialdemokraten und Liberalen (*Venstre*), *Det radikale venstre*, *Det Konservative Folkeparti* und *Kristeligt Folkeparti*. In der Förderung der (Land)-Wirtschaft fanden sie ihr Stärkstes und wohl auch das ausschlaggebende Argument. Die Möglichkeit der nordischen Zusammenarbeit innerhalb der EG betonten sie, selbst nachdem Norwegen eine Woche zuvor gegen den EG-Beitritt gestimmt hatte. Aus der „nordischen Kooperation in der EG“ wurde kurzerhand die „Pflicht gegenüber den nordischen Ländern als Sprecher für die nordischen Interessen in der Gemeinschaft dieser [der EG] beizutreten.“ Beispielgebend sollte Dänemark vorgehen, den Weg für einen späteren Beitritt Norwegens und Schwedens ebnen und als „Brücke“ zwischen der EG und dem Norden fungieren.¹³ Dieses Argument ging als die sogenannte ‚Brücken-Idee‘ in die dänische Debatte ein. Befragt zur politischen Ausrichtung der Gemeinschaft, die in der EPZ begründet wurde, verwiesen die Regierungsparteien auf den rein pragmatischen und informellen Charakter der geplanten Zusammenarbeit.¹⁴

Für die Gegner stellte diese politische Ausrichtung den Ablehnungsgrund dar, da sie in ihr eine Bedrohung der dänischen Souveränität sahen. Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren die politischen Vertreter der EG-Gegenbewegung neben *Danmarks Retsforbund*, die *Socialistisk Folkeparti*, *Danmarks Kommunistiske Parti* und die *Venstresocialisterne*. In der im April 1972 gegründeten *Folkebevægelse mod EF* sammelten sich die außerparlamentarischen Gegner. Neben dem Verlust nationaler Souveränität und dem „Ausverkauf des Landes samt seiner Traditionen“ befürchteten sie unter anderem auch ein Übergewicht Deutschlands in der EG.¹⁵

Aber auch unter den Sozialdemokraten gab es Gegner des EG-Beitritts. Als der Ministerpräsident einen Tag nach der Abstimmung überraschend zurücktrat, spekulierte man in der dänischen Öffentlichkeit, inwieweit die parteiinternen EG-Uneinigkeiten daran Anteil gehabt haben könnten. Krag hatte seine Partei in

13 Amstrup, Niels, Sørensen, Carsten L.: Denmark – Bridge between the Nordic Countries and the European Communities? In: *Cooperation&Conflict*, Volume X, London 1975. S. 21 – 32: S. 21.

14 Hansen, Peter: Wien 1973. S. 10.

15 Christine Kasper: „NEJ“. Die dänische Volksabstimmung zur Europäischen Union vom Juni 1992 und ihre Hintergründe, in: Rust, Holger (Hrsg.): *Europa – Kampagnen. Dynamik öffentlicher Meinungsbildung in Dänemark, Frankreich und der Schweiz*, Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Band 3, Wien 1993. S. 101 – 142. S. 102.

der EG-Frage nicht einen können und so gingen er und *Socialdemokratiet* geschwächt aus der EG-Debatte hervor. Seinen Posten übernahm der Parteivorsitzende Anker Jørgensen.

Die dänische Bevölkerung stimmte am 2. Oktober 1972 mit 56,7 Prozent für den EG-Beitritt. Auf Grönland stimmten 70 Prozent der Wähler dagegen. Das dänische Hoheitsgebiet wurde dennoch ebenfalls EG-Gebiet, da es, im Gegensatz zu den Færøer, erst 1979 das Selbstverwaltungsrecht erhielt. 1982 entschieden sich die Grönländer dann in einer erneuten Volksabstimmung gegen die weitere EG-Mitgliedschaft. Seitdem sichern Sonderabkommen mit der EG den zollfreien Zugang grönländischer Fischereiprodukte zum EG-Markt.

II.2. DIE ABSTIMMUNG ÜBER DIE EINHEITLICHE EUROPÄISCHE AKTE 1986

Obwohl die EG bereits 1970 den Wunsch zu einer zukünftig engeren politischen Zusammenarbeit artikuliert hatte, geriet dieses Ziel bis in die 80er Jahre hinein beinahe in Vergessenheit: Diese Phase der sogenannten ‚Eurosklerose‘, zeichnete sich durch geringe Integrationsschritte aus.¹⁶ Die Verhandlungen über die Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarkts und außenpolitische Krisenherde begünstigten schließlich die Fortsetzung der europäischen Integration.

II.2.1. DER EUROPÄISCHE KONTEXT

Die Genscher-Colombo-Initiative im Jahr 1981 brachte die Verhandlungen zur politischen Europäischen Union erneut auf die Tagesordnung. Während Westdeutschland und Italien eine zügige Ausgestaltung der Politischen Union anstrebten, standen Dänemark, Griechenland und Großbritannien der Initiative skeptisch bis ablehnend gegenüber.¹⁷ 1983 mündeten die Verhandlungen zunächst in einem vagen Bekenntnis zur Gemeinschaft¹⁸: Hierin war nur noch von „verstärkten Konsultationen im Bereich der Außenpolitik“ die Rede, wo Italiens Außenminister und sein Amtskollege aus der BRD gerne eine „Erarbeitung und Festlegung gemeinsamer Positionen“ vereinbart hätten.¹⁹

Zwei internationale Konfliktherde begünstigten schließlich die Fortführung der Debatte über die Ausgestaltung einer politischen Union: Erstmals erlebten die EG-Mitglieder die Begrenzung ihrer internationalen Handlungsfähigkeit während und nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan im Jahre 1979. Zu diesem Zeitpunkt wurde in der EG bereits die Möglichkeit debattiert, sich zukünftig außen- und sicherheitspolitisch zu positionieren.²⁰ Ein Wunsch, der

16 Brunn, Gerhard: Stuttgart 2002. S. 228 f.

17 Griechenland ist seit 1981 Mitglied der Europäischen Gemeinschaften.

18 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994. S. 41.

19 „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“, verabschiedet vom Europäischen Rat in Stuttgart am 19. Juni 1983, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, Bonn 1984. S. 417-424: S. 419.

20 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994. S. 38f.

durch den NATO-Doppelbeschluss im selben Jahr noch verstärkt wurde: Als Antwort auf die sowjetische Aufrüstung von Mittelstreckenraketen beschlossen die NATO-Mitglieder die Stationierung neuer Raketen im Westen, sollte die Sowjetunion nicht abrüsten. Schließlich forderte auch Frankreich die Wiederaufnahme der EG-Verhandlungen über eine umfassende politische Union. Damit scherte das Land plötzlich und unerwartet aus der Reihe der Länder aus, die den institutionellen Reformen innerhalb der EG bislang kritisch gegenüberstanden.²¹

Die zentralen Punkte der folgenden Verhandlungen waren die Verwirklichung des Binnenmarktes durch die Beseitigung wesentlicher Handelshemmnisse sowie die Erweiterung der Befugnisse des Europäischen Parlamentes.²² 1986 mündeten diese Bemühungen schließlich in der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), die am 16. Februar von sieben Mitgliedern paraphiert wurde: Griechenland und Italien warteten mit der Unterzeichnung aus Rücksicht auf die eine Woche später stattfindende dänische Volksabstimmung.

Dänemark insistierte bei den Verhandlungen über das neue Übereinkommen auf einer Erklärung, die besagt, dass die Vertragsbestimmungen die Teilnahme Dänemarks an der nordischen Zusammenarbeit in der Außenpolitik nicht beeinträchtigen würden.²³ Dass die nordische Orientierung des Landes innerhalb der Gemeinschaft bereits bekannt war, zeigt ein Zitat des damaligen italienischen Außenministers, Giulio Andreotti, der diesen Wunsch „als besondere Moral des Zusammenlebens bei unseren Freunden im Norden“ bezeichnete und empfahl, man müsse diese „Polygamie“ akzeptieren.²⁴

II.2.2. DIE DÄNISCHE DEBATTE

Anker Jørgensen, der seit dem überraschenden Rücktritt Jens Otto Kragss am 3. Oktober 1972 das Land als Ministerpräsident regiert hatte, trat seinerseits 1982 zurück. Unter dem Konservativen Poul Schlüter bildeten die bürgerliche Parteien *Kristelig Folkeparti*, *Centrums Demokraterne* und *Venstre* die sogenannte „Kleeblatt-Regierung“.²⁵

Um den wirtschaftlichen Niedergang des Landes zu bremsen, hatten sich die vier Regierungsparteien die Reform des öffentlichen Sektors, niedrigere Steuern und die uneingeschränkte Teilnahme am europäischen Integrationsprozess auf

21 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Der Norden auf dem Weg nach Europa. Skandinavien und die europäische Integration. Hamburg, 2002. S. 50.

22 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994. S. 50.

23 Ebd. S. 9.

24 Ellemann-Jensen, Uffe: Da Danmark sagde igen ja. København 1987. S. 151.

25 Der dänische Begriff „Kleeblatt“ (firekløver) wird immer dann verwendet, wenn sich vier ähnliche Personen oder Personengruppen zusammenschließen und eine Gemeinschaft bilden. 1982 sprach man von der „firekløverregering“, da sich die beteiligten Parteien politisch nahe standen.

die Fahnen geschrieben.²⁶ Innenpolitisch war Letzteres kaum durchzusetzen, angesichts der neuen Entwicklungsrichtung der EG. Die Zustimmung zur europäischen Einigung lag in Dänemark wesentlich unter dem Durchschnitt der übrigen Mitgliedstaaten, den institutionellen Ausbau der Gemeinschaft empfand man in Dänemark zunehmend als Bedrohung der nationalen Souveränität.²⁷ Der politische Kurswechsel Frankreichs sorgte insbesondere im dänischen Parlament für Aufregung, musste doch einerseits die Wiederbelebung der deutsch-französischen Achse und andererseits eine Gewichtsverlagerung in der Gemeinschaft zugunsten der integrationsfreundlichen Länder befürchtet werden.²⁸ Obwohl die neue Vertragsvereinbarung der EG keine Souveränitätsabgabe beinhaltete, wollte das Folketing die Bevölkerung zum „EG-Paket“, wie die EEA im Dänischen genannt wurde, durch eine „vejledende“ Volksabstimmung befragen.²⁹ Bereits vorab beschlossen die Parteien, dieser empfehlenden und unverbindlichen Entscheidung der Wähler Folge zu leisten.

Die Realisierung eines Vereinigten Europäischen Bundesstaates, so die dänische Interpretation des Unionsbegriffes, werde nicht verwirklicht werden. Das versicherte Schlüter den Wählern mit dem Slogan „die Union ist tot“.³⁰ Ein Versprechen, dessen Bruch er 1992, bei der Maastricht-Abstimmung, beschuldigt wurde. Die Koalitionspartner wiesen auf die Beseitigung von Handelshemmnissen und die Aufnahme von Umweltschutzmaßnahmen in die Vertragsgrundlage der Gemeinschaft hin. Damit stellten die Befürworter, wie schon 14 Jahre zuvor, die wirtschaftlichen Vorteile in den Vordergrund ihrer Argumentation, während die Gegner die Unionsbildung kritisierten.³¹ Die Sozialdemokraten hatten zwar noch kurz vor der Abstimmung im Folketing eine Zustimmung in Aussicht gestellt, schließlich aber doch dagegen gestimmt. In ihrer Wahlempfehlung verwiesen sie auf ihr Versprechen von 1972, der EG nicht zu mehr Macht verhelfen zu wollen.³²

26 Mahnert, Heike; Putensen Dörte: Hamburg 2002. S. 45.

27 Ebd.

28 Siehe hierzu die in Auszügen veröffentlichte Folketings-Debatte, abgedruckt in: Dansk Udenrigspolitisk Institut (Hrsg.): Udenrigspolitisk Årbog 1984. København 1984. S. 269-304.

29 Während 1972 die notwendige Fünftel-Mehrheit im Parlament nicht erreicht worden war, griff 1986 der Paragraf des dänischen Grundgesetzes, das eine Volksabstimmung auf Wunsch eines Drittels der Parlamentsabgeordneten ermöglicht. In diesem Fall sollte die Wählerentscheidung jedoch rein konsultativen Charakter haben. Eine solche „vejledende folkeafstemning“ fand bislang nur 1986 statt.

30 Im dänischen: „Unionen er standød“.

31 Lene Hansen: Sustaining sovereignty. The Danish approach to Europe in: Lene Hansen, Ole Wæver: European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic states. London, New York, 2002. S. 50-87: S. 50.

32 Folketinget (Hrsg.): Vælgerne og EF-pakken. Tryksag fra Folketingets partier fra 1986. S. 4. (www.eu.oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger)

Das offizielle „Nein“ der Partei war parteiintern umstritten und wurde von den Gewerkschaften kritisiert, die jedoch aus Rücksicht auf die Sozialdemokraten von einer offiziellen Wahlempfehlung absahen.³³ Auch *Det radikale venstre* wollte die Europäische Gemeinschaft weiterhin vor allem pragmatisch und wirtschaftlich ausgerichtet sehen und reihte sich daher ebenfalls in das Lager der Gegner ein.³⁴ Im Mittelpunkt der radikalliberalen Argumentation für ein negatives Votum stand jedoch der Wunsch, die europäische, außenpolitische Zusammenarbeit dürfe das Land nicht von der nordischen Zusammenarbeit entfremden.³⁵ Die *Socialistisk Folkeparti* und die Linksliberalen lehnten ebenfalls die Ratifikation der EG-Reformen ab. Während Erstere vor allem gegen die Pläne einer politischen Union und der umfassenden Harmonisierung der nationalen Rechtssysteme waren, sahen die Radikalliberalen in der Union gar die Verwirklichung „der geheimen Träume der westeuropäischen Großfinanziers und Kapitalisten“.³⁶

Am 27. Februar stimmten 56,2 Prozent der wahlberechtigten Dänen für und 43,8 Prozent gegen die EEA. Die EG-Partner sahen dies als Zeichen für einen Kurswechsel in der dänischen Europapolitik hin zu einer aktiveren Rolle des Landes in der Gemeinschaft.³⁷ Die Berichterstattung über die Volksabstimmung wurde durch den Mord am schwedischen Ministerpräsidenten Sven Olof Palme, einen Tag nach der dänischen Abstimmung, schnell verdrängt.

II.3. DIE ABSTIMMUNG ÜBER DEN VERTRAG VON MAASTRICHT 1992

II.3.1. DER EUROPÄISCHE KONTEXT: DIE POLITISCHE EINIGUNG

Bereits drei Jahre nach der Ratifikation von 1986 stand die Ausgestaltung einer politischen Europäischen Union erneut auf der Tagesordnung der Gemeinschaft. Unter dem Eindruck der gesellschaftlichen Umwälzungen in Staaten Osteuropas und der deutsch-deutschen Wiedervereinigung entstand unter den EG-Mitgliedern der Wunsch, ein funktionierendes Forum für zukünftige Europapolitik zu gründen, um dem Umbruch geeint begegnen zu können.³⁸ Die deutsche Wiedervereinigung verunsicherte einige Mitgliedsstaaten. Sie forderten, das geeinte Deutschland auch in Zukunft fest in die Gemeinschaft zu integrieren.³⁹

33 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994. S. 55.

34 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Hamburg 2002. S. 53.

35 *Det radikale venstre: Det radikale venstre og EF-pakken*. In: Folketinget (Hrsg.): *Vælgerne og EF-pakken*. København 1986. S. 6.

36 *Venstresocialisterne: Stop EF-Union – stem nej til pakken*. in: Folketinget (Hrsg.) 1986. S. 16-17. S. 16.

37 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Hamburg 2002. S. 55.

38 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994. S. 59 ff.

39 Pagell, Saskia: Frankfurt a. M. 2000. S. 81 f.

Während des Ausbruchs des Golfkrieges und der Krise am Persischen Golf äußerten einige Abgeordnete im Europäischen Parlament zudem die Absicht, eine Sicherheitsgemeinschaft mit gemeinsamer Strategie schaffen zu wollen.⁴⁰

Bundeskanzler Kohl und Mitterand regten schließlich an, eine Konferenz zur Politischen Union parallel zur geplanten über die Wirtschafts- und Währungsunion durchzuführen.⁴¹ Dänemark beteiligte sich ebenfalls bereits im Vorfeld an den Vorbereitungen und überraschte mit einem Memorandum, das mögliche Ziele der Konferenz benannte.⁴²

Im Mittelpunkt der Konferenz standen schließlich die Beseitigung des Demokratiedefizits in den EG-Institutionen und die Kompetenzerweiterung der Gemeinschaft sowie die Unionsbürgerschaft. Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) rückte im Licht des Golf-Krieges in den Mittelpunkt der Verhandlungen, wobei hierbei insbesondere die Rolle der Westeuropäischen Union (WEU) diskutiert wurde. Großbritannien, die Niederlande und Dänemark stimmten gegen die Aufnahme der WEU in die Union und verwiesen die Aufgabe der militärischen Verteidigung an die Kompetenz der NATO.⁴³ Darüber hinaus debattierte man über die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU). Es folgten weitere Verhandlungen, die insbesondere im Bereich der Ausgestaltung einer politischen Union mit föderalen Strukturen divergierende Meinungen zzutagetreten ließen. In Dänemark wurden föderale Strukturen mit der Verwirklichung eines Bundesstaates nach amerikanischem Vorbild gleichgesetzt und vehement abgelehnt. Als Konzession an Dänemark, Portugal und Großbritannien wurde diese Passage schließlich gestrichen. Die Einigung über die Wirtschafts- und Währungsunion konnte schneller erzielt werden, wobei Dänemark und Großbritannien die Kontrolle über ihre nationale Geldpolitik nicht aufgeben wollten. Großbritannien erreichte bereits während der Verhandlungen eine Ausnahme von der Teilnahme an dieser sogenannten ‚Dritten Stufe‘ der Währungsunion, während Dänemark hiervon erst nach der Volksabstimmung durch den Beschluss von Edinburgh 1993 befreit wurde.⁴⁴

Der „Vertrag über die Europäische Union“, der am 7. Februar 1992 in Maastricht die Europäische Union begründete, sah die Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in drei Stufen vor: Die Anpassung der nationalen

40 Laursen, Finn; Vannhoonacker, Sophie; Wester, Robert: Overview of the Negotiations. In: Finn Laursen; Sophie Vanhoonacker (eds.): The Intergovernmental Conference on Political Union, Institutional Reforms, New Policies and International Identity of the European Community. Maastricht 1992.S. 3-24. S. 8 f.

41 Mahnert Heike; Putensen, Dörte: Hamburg 2002. S. 132.

42 Laursen, Johnny; P. Nedergaard; Th. B. Olsen (m fl.): Danmark I Europa. 1945 – 1993. Red. af Tom Swienty, København. 1994. S. 231 ff.

43 Pagell, Saskia: Frankfurt a.M. 2000. S. 82 f.

44 Pryce, Roy: The Treaty Negotiations In: Pryce, Roy; Duff, Andrew; Pinder, John (Hrsg.) Maastricht and Beyond. Building the European Union. London 1994. S. 36 – 52. S. 47 f

Wirtschaft- und Währungspolitik war bereits am 1. Juli 1990 in Kraft getreten. Die zweite Stufe sollte 1994 die Währungsunion vorbereiten, indem das Europäische Währungsinstitut zur Vorbereitung gegründet werden sollte. Zum 1. Januar 1999 sollte dann dieses zur Europäischen Zentralbank umgestaltet werden. Auf politischer Ebene waren die Erwartungen einiger Mitgliedsstaaten an die Harmonisierung der Außenpolitik hoch gewesen, effektiv wurde aber in diesem Bereich nicht mehr erreicht, als bereits in der Europäischen Politischen Zusammenarbeit von 1986 festgelegt worden. Erst im Zuge der Kosovo Krise 1999 entstanden erneut Bemühungen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) enger in die Gemeinschaftspolitik einzubeziehen.⁴⁵

Der gesellschaftliche und politische Umbruch Osteuropas und die deutsche Wiedervereinigung hatten einen Wandel in der dänischen Außenpolitik herbeigeführt. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik wurden die Grundsätze der Politik der ‚Vier-Eckpfeiler‘ der Nachkriegsjahre zugunsten des aktiveren ‚Internationalismus‘ aufgegeben, der sich durch eine europäisch ausgerichtete Sicherheitspolitik auszeichnete.⁴⁶

II.3.2. DIE DÄNISCHE DEBATTE

Das Folketing lehnte den Antrag der Regierung auf Ratifikation des Maastrichter Vertrages mehrheitlich ab. Da dies jedoch nicht mit einer Fünftel-Mehrheit geschah, wurde gemäß Paragraf 20 des dänischen Grundgesetzes eine Volksabstimmung ausgerufen.⁴⁷

Die Regierung von 1992, bestehend aus Konservativen und Liberalen, erfreute sich nicht großer Popularität. Für sie erschwerend kam das Wort ‚Union‘ hinzu, das die politische Ausrichtung der Gemeinschaft verdeutlichte – ein Ziel, das den Interessen der dänischen Bevölkerung nicht entsprach.⁴⁸ Und eben hieran entzündete sich schließlich die politische Debatte zwischen den Parteien der Befürworter und Gegner: Während die einen im Maastrichter Vertrag die Zusammenarbeit souveräner Nationalstaaten verwirklicht sahen, fürchteten die anderen einen zukünftigen Bundesstaat vereinter europäischer Nationen. So argumentierte beispielsweise die *Socialistisk Folkeparti*:

45 Pagell, Saskia: Frankfurt a.M. 2000. S. 84.

46 Heurlin, Bertil: *Activisme og europæisering af dansk sikkerhedspolitik*. In: Bertil Heurlin (red.): *Danmark og den Europæiske Union*. København 1994. S. 129-137: S. 133.

47 Der relevante Paragraf des dänischen Grundgesetzes (§20, stk. 2) kann auf der Homepage des dänischen Parlamentes www.folketinget.dk nachgelesen werden.

48 Hansen, Lene: *Sustaining sovereignty. The Danish approach to Europe*. In: Hansen, Lene; Wæver, Ole: London, New York 2002. S. 51.

EF-unionen er en forkert dagsorden. I stedet er der brug for et åbent og fleksibelt samarbejde i hele Europa, som vil være til fordel for alle lande i Europa, også landene uden for EF.⁴⁹

Darüber hinaus betrachtete diese Partei den Unionsvertrag als Zentralisierung von Entscheidungen, die fortan weit weg von den Bürgern und den nationalen Parlamenten in Brüssel würden getroffen. Diese Auslegung des Maastrichter Vertrages wurde auch von der rechtspopulistischen *Fremskridtsparti* vertreten und war somit ein zentrales Argument der Contra-Kampagnen des linken und rechten Parteienflügels. Die *Fremskridtsparti* rückte ihr Bild von einer zentralisierten, bürokratischen EU-Maschinerie in die sozialistische Richtung und beschuldigte die Gemeinschaft der Planwirtschaft. Unnötige Dinge reglementiere sie, so die Partei in der Informationsbroschüre des Parlaments und führte einige Extrembeispiele, wie die Krümmung von Salatgurken an:

„[...] standardisering af kondomer, kollektive afskedigelser, (...) tobaksreklamer, udlån og unlejningsret af grammofonplader, agurkers krumning, [...]” an.⁵⁰

Das Fortbestehen der dänischen Nation stehe zur Debatte, so der Slogan ihrer Kampagne, denn Dänemark solle in Zukunft, gemäß der „Salamimethode“, immer mehr Souveränität abgeben.⁵¹ So sahen es auch die außerparlamentarischen Organisationen, die *Folkebevægelse mod EF, Danmark '92* und *Frihedsbrev 92*, eine Organisation, die den Slogan prägte: „*Et nej den 2. juni er et ja til selvstændighed og frihed.*”⁵² Die *Kristeligt Folkeparti* war in ihrer Meinung gespalten: Während die Parteispitze ein ‚Nej‘ empfahl, setzte sich die Mehrzahl ihrer Abgeordneten für ein ‚Ja‘ ein. Einig waren sie sich in der Ablehnung der Westeuropäischen Union als einer Verteidigungsgemeinschaft und verwiesen auf die NATO, die ihrer Meinung nach den Kontinent ausreichend sicherte.⁵³

Der Antrag der nordischen Bruderländer um Aufnahme in die EG war das Herzstück der sozialdemokratischen Ja-Empfehlung. Die Norderweiterung der Gemeinschaft könne diese nachhaltig beeinflussen, beispielsweise indem das nordische Wohlfahrtsmodell größere Bedeutung erhalte.⁵⁴ Diese Perspektive war auch für *Det radikale venstre* ein zentrales Anliegen, hoffte die Partei doch

49 Socialistisk Folkeparti: Det nytter at stemme nej! In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 7.

50 Fremskridtspartiet: Fremskridtspartiet mener. In: Folketinget (Hrsg.), København 1992. S. 10.

51 Ebd.

52 Frihedsbrev '92: Kan vi komme ud af unionen? In: Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 11.

53 Kristeligt Folkeparti: Derfor nej. Flertal fra folketingsgruppen: Derfor ja. In: Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 8

54 Socialdemokratiet: Derfor siger vi ja. In: Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 3.

innerhalb der Gemeinschaft eine nordische Dimension etablieren zu können.⁵⁵ Ihre Mutterpartei *Venstre* sah die dänische Teilnahme an Maastricht sogar als Bedingung für die Nord-Erweiterung der Gemeinschaft und als Möglichkeit, die Politik der Union beeinflussen zu können.⁵⁶ Die Konservativen hingegen betonten das Gewicht, das die nordischen Länder in der zukünftigen Union einnehmen könnten: In ihren Augen hätten Norwegen, Schweden, Finnland und Dänemark im Ministerrat zwei Stimmen mehr als Deutschland. Damit sei der Weg frei für einen starken Norden in einem geeinten Europa:

Danmark har 3 stemmer i Ministerrådet, mens Tyskland har 10. Med fire nordiske lande med i EF får vi 12 stemmer. Så vil vi blive et stærkt Norden i et samlet Europa.⁵⁷

Die norwegischen Wähler stimmten jedoch im November 1994 gegen den Beitritt.

Die Partei des dänischen Ministerpräsidenten betonte, das kleine Dänemark benötige vor allem Verbündete. So sahen die Konservativen Maastricht als Garant dafür, dass kleine Länder im Verhältnis zu ihrer geografischen Größe mehr Einfluss bekämen als große Staaten.⁵⁸, während die Zentrumsdemokraten keine Bündnis-Alternative zur EU sahen: „For et lille land som Danmark turde det være umiddelbart indlysende, at man må gå sammen med andre, hvis man vil have nogen som helst indflydelse.“⁵⁹ Das positive Votum der Sozialdemokraten stützte sich ebenfalls auf dieses Selbstbild: „Traktaten betyder, at de store lande ikke kan bestemme Europas udvikling alene.“⁶⁰ Die Sicherung des Friedens und die Einbeziehung von Mindeststandards für Umweltschutzmaßnahmen im Vertragswerk von Maastricht waren ebenfalls Argumente der Befürworter-Parteien.

55 Det radikale venstre: Den europæiske union – vejen til Europa. In: Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 4.

56 Venstre: Venstre arbejder for et klart ja, fordi det er i alles interesse af Danmark fastholder sin indflydelse i Europa. In: Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 9.

57 Det konservative Folkeparti: Der står meget på spil. In: Folketinget (Hrsg.). København 1992: 5.

58 Ebd.

59 Centrums Demokraterne: CD. In: Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 6.

60 Socialdemokratiet: Derfor siger vi ja. In: Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 3.

Wie diese Zitate zeigen, wurde im Kontext der europäischen Integration das Selbstbild, ein kleines Land zu sein, eng an das Fremdbild vom großen und bedrohlichen deutschen Nachbarland geknüpft. Auf diese Weise war Deutschland immer wieder Gegenstand der Debatte, wenn auch, wie hier, nur am Rande. Der Grund hierfür muss in der Wiedervereinigung gesehen werden. Der kleine Nachbar im Norden war verunsichert, ob - und wie - sich das neue Deutschland in die EU integrieren würde.⁶¹

Wie schon in den zwei Referenden zuvor stand der Bevölkerung auch 1992 zahlreiches Informationsmaterial zur Verfügung. Dennoch herrschte große Verwirrung über Inhalte und mögliche Folgen einer weiteren Souveränitätsabgabe. Die Maastricht-Gegner leiteten aus dem Zweifel einiger Wähler die Notwendigkeit der Ablehnung ab, indem sie diese als revidierbar, eine Zustimmung jedoch als unwiederbringlich einstufte.⁶²

Die Wahlbeteiligung war mit 83,1 Prozent, trotz der Unentschlossenheit vieler Bürger kurz vor der Wahl, höher als bei früheren Volksabstimmungen und Parlamentswahlen. Ein Grund hierfür ist sicherlich in der Debatte zu sehen, die sich im Rahmen der institutionellen Entwicklung der EU notwendigerweise auch mit dem eigenen Nationalstaat und der nationalen Souveränität auseinandersetzte und nun bestimmen sollte, inwieweit diese in die Hände der EU übergeben werden sollte. Eine knappe Mehrheit von 50,7 Prozent Nein-Stimmen gegenüber 49,3 Prozent Ja-Stimmen lehnte die Ratifikation schließlich ab. Das Postulat der gefährdeten dänischen Identität durch den Verlust nationaler Souveränität an die EU schien schließlich die meisten Wähler überzeugt zu haben.⁶³

Die Entzweiung der Wähler von ihren Parteien, die mehrheitlich ein „Ja“ empfohlen hatten, verdeutlichte hingegen das in diesen Jahren europaweite Phänomen des ‚elite-mass-split‘: eine wachsende Entfremdung der politischen Elite und ihrer Meinungen von der ihrer Bevölkerungen.⁶⁴

II.4. DIE ABSTIMMUNG ÜBER DEN BESCHLUSS VON EDINBURGH 1993

II.4.1. DER EUROPÄISCHE KONTEXT

Das ‚Nej‘ der dänischen Wählerschaft zum Maastrichter Vertrag 1992 war innen- wie außenpolitisch eine Überraschung. Das zeigen auch die Aufnahmeverhandlungen, die mit Österreich, Schweden, Finnland und Norwegen bereits ge-

61 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994. S. 61f.

62 Holzapfel, Otto: Kiel 1994. S. 11.

63 Jóhannesdóttir, Anna: Die Identität Dänemarks: In: Britta Joerßen, Bernhard Stahl (Hrsg.): Münster 2003. S. 224 – 253; S. 247.

64 Siehe hierzu ausführlich: Lene Hansen, M.C. Williams: The Mythos of Europe: Legitimacy, Community and the „crisis“ of the EU. In: Journal of Common Market Studies. 37/2. Copenhagen 1998. S. 233 – 249.

führt wurden, obwohl formal erst die Vertragsratifikation der EU-Erweiterung den Weg ebnen sollte. Dänemark hatte sich in den bisherigen zwanzig Jahren seiner Mitgliedschaft bereits als ein zurückhaltender Partner mit „Ambitionen zu Fußnoten“ einen Namen gemacht, die vergangenen Jahre jedoch waren von einer aktiveren und integrationsfreudigeren dänischen Europapolitik geprägt gewesen.⁶⁵

Da der Vertrag von Maastricht die Vertragsbestätigung durch alle Mitgliedstaaten voraussetzte, war der Druck auf Dänemark und die Gemeinschaft groß, einen Lösungsweg zu finden.⁶⁶ Frankreich setzte nach dem dänischen Nein überraschenderweise ebenfalls ein Referendum an, während Großbritannien mit der Ratifikation warten wollte, bis für Dänemark eine Lösung gefunden wurde. Deutschland und Frankreich forderten indes, den Integrationsprozess unbeirrt fortzuführen. Die Regierungen der nordischen Länder fürchteten, die Gegenbewegungen könnten durch das dänische ‚Nej‘ erstarken und die Beitrittsverhandlungen beeinflussen, etwa durch Forderung von Ausnahmeregelungen.⁶⁷

Die Oppositionsparteien *Socialdemokratiet*, *Socialistisk Folkeparti* und *Det radikale venstre* erarbeiteten unmittelbar nach dem negativen Votum der Wähler den sogenannten „nationalen Kompromiss“, welcher der Regierung die notwendige Grundlage für Neuverhandlungen eröffnen und Wählern gleichermaßen wie der Europäischen Gemeinschaft Entgegenkommen signalisieren sollte.⁶⁸ Auf den Erkenntnissen einer wissenschaftlichen Studie gründete sich schließlich das Positionspapier „Danmark i Europa“, in dem Ausnahmeregelungen für Dänemark bei der Unionsbürgerschaft, der polizeilichen und asylrechtlichen Zusammenarbeit der Länder, der gemeinsamen Verteidigungspolitik und der Verpflichtung zur Währungsunion als zentrale Forderungen der dänischen Bevölkerung identifiziert wurden.⁶⁹ Im „Beschluss, der im Europäischen Rat vereinigten Staats- und Regierungschefs zu bestimmten von Dänemark aufgeworfenen Problemen betreffend den Vertrag über die Europäische Union“ wurde diesen Wünschen entsprochen. Der als „Beschluss von Edinburgh“ bekannt gewordene dänische Ausnahmenkatalog ermöglichte der Gemeinschaft, die Politische Union so zu verwirklichen, wie sie in Maastricht begründet worden war. In Artikel 2 des „Protokolls über die Position Dänemarks“ heißt es:

65 Kelstrup, Morten: Danish Integrations Policies; Dilemmas and Options, Working Paper 18/2000, Kopenhagen 2000. S. 13.

66 Kaiser, Annegret: Moosbach 1994. S. 83.

67 Ebd., S. 76 f.

68 Socialdemokratiet, Socialistisk Folkeparti, Det radikale venstre (eds.): Danmark i Europa: <http://www.eu-oplysningen.dk/dokumenter/traktat/nationalkompromis/>

69 Siunne, Karen; Svensson, Palle; Tonsgaard, Ole: Det blev et nej. Århus 1992.

[...]; und diese Vorschriften, Maßnahmen oder Entscheidungen berühren in keiner Weise die Zuständigkeiten, Rechte und Pflichten Dänemarks; ebenso wenig berühren diese Vorschriften, Maßnahmen oder Entscheidungen in irgendeiner Weise den gemeinschaftlichen Besitzstand oder sind Teil des Gemeinschaftsrechtes, soweit sie auf Dänemark Anwendung finden.⁷⁰

Durch die Ausnahmeregeln war Dänemark ein ‚semi-integrated actor‘ und konnte EU-Mitglied mit Sonderstatus bleiben.⁷¹ Die EU signalisierte darüber hinaus Bereitschaft, dass Dänemark sich von diesen Vorbehalten zu einem späteren Zeitpunkt lösen und volles EU-Mitglied werden könne.⁷²

II.4.2. DIE DÄNISCHE DEBATTE

Es war absehbar, dass die Mehrheit im Folketing für die Annahme des Beschlusses von Edinburgh stimmen würde. Da damit ein internationaler Vertrag vorlag, musste gemäß dänischem Grundgesetz dennoch eine Volksabstimmung über die Ratifizierung entscheiden. Außerdem verabschiedeten die Parlamentarier ein Gesetz, das zugleich festlegte, dass über eine mögliche Revision der Ausnahmeregeln zu einem späteren Zeitpunkt ebenfalls die Wähler zu entscheiden hätten.⁷³ Diese sogenannte ‚Sieben-Parteien-Absprache‘ wurde nur von der *Fremskridtsparti* nicht unterzeichnet. Somit war die Grundlage für zukünftige EU-Abstimmungen, sofern sie die Vorbehalte dieses Beschlusses betrafen, bereits gelegt. Außerdem signalisierte Dänemark der Gemeinschaft die Möglichkeit einer eventuellen Rückkehr in die Reihen der Vollmitglieder.

Bevor jedoch die Wähler über diese und die Bestimmungen des Edinburgher Protokolls entschieden, zwang die ‚Tamilenaffäre‘ den Konservativen Poul Schlüter und seine Regierung zum Rücktritt.⁷⁴ So kehrten die Sozialdemokraten mit Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen in die Regierung zurück. Koalitionspartner waren die *Centrums Demokraterne*, *Det radikale venstre* und die *Kristeligt Folkeparti*.

70 Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 10.11.1997. S. 340.

71 S.h.: Morten Kelstrup: Danish Integrations Policies: Dilemmas and Options. Working Paper 18/2000. København 2000. S. 5f.

72 Folketinget (Hrsg.): Afgørelsen truffet af stats- og regeringscheferne, forsamlet i Det Europæiske Råd, om visse problemer, som Danmark har rejst vedrørende Traktaten om Den Europæiske Union. In: Information fra Folketinget, Danmark i EF. København 1993. S. 14, Afsnit E, 2.

73 Dies erfolgte auf der Grundlage des §42, stk. 6. des dänischen Grundgesetzes. Nachzulesen in: Folketinget (Hrsg.). Danmark i EF. København 1993. S. 2.

74 Hohe Beamte und Minister hatten jahrelang die Ansuchen tamilischer Flüchtlinge auf Familienzusammenführung verschleppt.

Der Beschluss von Edinburgh sicherte Dänemark einen Sonderstatus innerhalb der polizeilichen und asylrechtlichen Zusammenarbeit zu, indem das Land in diesen Bereichen keine weiteren Souveränitätstransfers vornimmt.⁷⁵ Von der Verwirklichung der dritten Phase der Währungsunion, der Gründung einer europäischen Nationalbank und der Einführung einer gemeinsamen Währung sollte Dänemark ausgenommen sein und innerhalb der Westeuropäischen Union (WEU) nur einen Beobachterstatus einnehmen. Was die Unionsbürgerschaft betraf, so wollte Dänemark diese nicht einführen. Da durch diese die nationale Staatsbürgerschaft zu keinem Zeitpunkt ersetzt werden sollte, war dieser Punkt eine reine Beruhigungsmaßnahme für diejenigen in der dänischen Bevölkerung, die in der Unionsbürgerschaft eine Bedrohung und Entmachtung des nationalen Hoheitsrechtes der Staatsbürgerschaft sahen. Ebenso wiederholten sich im Vertrag das Subsidiaritätsprinzip und die Gewährleistung der Öffentlichkeit institutioneller Dokumente. Auch Letztere stellten keine dänische Ausnahmeregeln dar und waren ebenfalls von rein deklaratorischem Wert. Die Anführung dieser Prinzipien und Regeln verdeutlicht indes die Problematik, die die politische Integration für Dänemark bedeutete: Die Übertragung nationaler Souveränität wurde in Öffentlichkeit und Politik als existentielle Bedrohung des dänischen Staates empfunden.

Die Positionen der Parteien waren seit der vergangenen Volksabstimmung unverändert. Das Lager der außerparlamentarischen Gegner war indes größer geworden: Im Zuge der Abstimmung von 1992 hatte sich der moderate Teil der *Folkebevægelse mod EU* abgespalten und die *JuniBevægelse* gegründet. Gemeinsam mit der *Fagbevægelse mod Unionen* und dem *Nødvendigt Forum* verstärkten sie das Lager der Gegner.⁷⁶

Wie bereits ein Jahr zuvor waren die Aufnahmeanträge der nordischen Länder und die empfundene Kleinheit des eigenen Landes zentrale Punkte in der Argumentation beider Lager. Während die Befürworter jedoch den Einfluss des kleinen Königreiches an dem Entgegenkommen der anderen Mitgliedstaaten im Edinburgher Beschluss maßen,⁷⁷ befürchteten die *Folkebevægelse mod EF* und *Nødvendigt Forum*, Dänemark würde zu einem Teilstaat in einem zentral regierten Europa reduziert werden. Sie zweifelten die juristische Verbindlichkeit des neuen Beschlusses an und betonten, mit dem Edinburgher Vertrag ändere

75 Petersen, Nikolaj: The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam. In: Bertil Heurlin, Hans Mouritzen (eds.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999. København 1999: S. 101 – 122. S. 106.

76 Jóhannesdóttir, Anna: Die Identität Dänemarks: in: Britta Joerißen, Bernhard Stahl (Hrsg.): Münster 2003. S. 240 f.

77 So: Det radikale venstre, Socialistisk Folkeparti, Kristelig Folkeparti und Venstre. S.h.: Information fra Folketinget, Danmark i EF. København 1993. S. 4,7,8,9.

sich nichts am Unionsvertrag von Maastricht.⁷⁸ Für einige Gewerkschaftsverbände, die sich in der Gegenbewegung engagierten, gefährdeten die Vereinbarungen über die Harmonisierungen der Arbeitsmarktpolitik die dänischen Arbeitsplatzbestimmungen. Die *JuniBevægelse* führte die Stimmverteilung im Ministerrat als Beweis dafür an, wie wenig Einfluss das Land auf die EU erhalte und wie viel Macht die anderen Mitgliedstaaten über Dänemark bekämen:

Ved du – at Danmark med et ja får 3 ud af 76 stemmers indflydelse på forhold i andre EF-lande. De andre EF-lande får til gengæld 76 stemmer indflydelse på forhold i Danmark.⁷⁹

Die Bewegung stellte die Wähler vor die Wahl: Demokratie oder Union, was für sie gleichbedeutend war mit der Wahlentscheidung Nein bzw. Ja.

Aus der Ablehnung von 1992 zogen die meisten Parteien ein neues nationales Selbstbewusstsein: entweder, indem ein Entgegenkommen der Gemeinschaft auf Dänemark und somit die Durchsetzungsfähigkeit des (kleinen) Landes (unter großen) betont wurde, oder aber, indem aus der Ablehnung von 1992 eine Art revolutionäre Erweckung Europas abgeleitet wurde. Die *Kristeligt Folkeparti* formulierte das folgendermaßen:

Yderligere satte det danske nej gang i debatten omkring fortolkningen af Maastricht-traktatens afsnit om nærhed og åbenhed i EF-samarbejde. [...] Edinburgh-aftalen dokumenterer, at de små lande har en væsentlig indflydelse på EF-samarbejdet.⁸⁰

Auch die *Socialistik Folkeparti* teilte dieses neue Selbstbewusstsein. In ihrer Bürgerinformation begründet die Partei ihre (erstmalige) Ja-Empfehlung mit der Erfüllung der Forderungen, die sie 1992 in Anschluss an das Referendum gestellt hatte. Die dänische Mitgliedschaft knüpfte sie darüber hinaus an eine Verantwortungshaltung, bestimmte Werte auch weiterhin zu repräsentieren und die Erweiterungsfähigkeit der EU zu gewährleisten:

78 Folkebevægelse mod EF: Union nej igen. Nødvendigt Forum og Fagbevægelsen mod Unionen opfordrer også til et nyt NEJ. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 11.

79 JuniBevægelse: Unionsvalget 18. maj. Demokrati eller union. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 12.

80 Kristeligt Folkeparti: Derfor anbefaler Kristeligt Folkeparti et JA. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 8.

Det danske nej har sat afgørende spor i Europa. Det skabte en helt ny folkelig diskussion om Europas fremtid, som ingen af EF-politikerne eller EF-bureaukraterne længere kan komme uden om. [...] I øvrigt kører unionstoget slet ikke for tiden. Den chance skal vi gribe og i stedet satse på at åbne EF over for Norden og Central – og Østeuropa, samt give U-landene en chance.⁸¹

Die EU-Gegner teilten das Gefühl des ‚Missionarischen‘, verwendeten es jedoch für ihre Haltung. So argumentierte die *Fremskridtsparti*, dass Dänemark seit 1992 nicht mehr alleine im Widerstand gegen eine Unionsbildung stehe und nun die Verantwortung habe, Maastricht den Todesstoß zu versetzen.⁸² Im eigenen Land sah sich die Partei in der Rolle der Landesverteidigerin: Wie schon ein Jahr zuvor wurde der Informationstext der Partei in der Parlamentszeitung mit einem Foto veröffentlicht, das die Parteivorsitzende vor dem dänischen Grundgesetz zeigte. Die Interpretation liegt nahe, in ihr den letzten – und einzigen? – Wächter dieses Grundpfeilers der dänischen Demokratie zu sehen: Zwischen dem *Grundlov* und der EU schien – auf diesem Foto – nur noch Pia Kjærsgaard und ihre Partei zu stehen.

Am 18. Mai stimmten 56,8 Prozent für die Annahme des Edinburgher Beschlusses, während 43,2 Prozent dagegen stimmten. Die vier ‚opt-outs‘ gaben Dänemark Zeit, um den Erfolg und die Folgen von Maastricht in den kommenden Jahren zu beobachten und eventuell den Schritt zurück in die Gemeinschaft zu suchen.⁸³ Ein wichtiger Grund für die Zustimmung zum Unionsvertrag lag 1993 daran, dass „die Edinburgher Vereinbarungen der Union die Zähne gezogen hatten.“⁸⁴

Die Abstimmung über den Edinburgher Beschluss wurde insbesondere von seinen dänischen Gegnern als Missachtung der demokratischen Wahl des Vorjahres empfunden. Gewaltakte im Kopenhagener Stadtteil Nørrebro überschatteten den Abend des Referendums. In den Tagen danach beschäftigte sich insbesondere die Boulevardzeitung mit den Unruhen, während bei beiden seriösen Tageszeitungen die Zustimmung der Wähler zum Edinburgher Beschluss im Mittelpunkt der Berichterstattung stand.⁸⁵

81 Socialistik Folkeparti: Det helt andet ja. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 7.

82 Fremskridtsparti: Skal Danmark bankes på plads i EF-Unionen? NEJ! – Vi skal bevare vores selvstændighed. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 10.

83 Kelstrup, Morten: Kopenhagen 2000. S. 11.

84 Jóhannesdóttir, Anna: Die Identität Dänemarks: in: Britta Joerißen, Bernhard Stahl (Hrsg.): Münster 2003. S. 247.

85 Ekstra Bladet, 19.05.1998: Gadekrig efter EF-ja: Politiet skød demonstranter. S. 1 f; Jyllands Posten, 19.05.1998: Unge amok på Nørrebro. S. 1 f.

II.5. DIE ABSTIMMUNG ÜBER DEN AMSTERDAMER VERTRAG 1998

II.5.1. DER EUROPÄISCHE KONTEXT

Bereits im Maastrichter Vertrag war eine Überprüfung und Revision des Unionsvertrages im Jahr 1996 festgelegt worden, da nicht alle Reformvorhaben verwirklicht wurden.⁸⁶ Die Aufnahmeanträge von elf mittel- und osteuropäischen Staaten, den baltischen Ländern sowie von Malta und Zypern machten darüber hinaus Vorbereitungen und institutionelle Verbesserungen notwendig. Während andere Mitgliedstaaten die Ost-Erweiterung der Gemeinschaft als Schritt hin zur institutionellen Veränderung sahen, betrachtete Dänemark dies als Möglichkeit, den Umgestaltungen entgegen zu wirken.⁸⁷ Nach den Erfahrungen aus dem Referendum von 1992 war die Regierung bemüht, den Status quo, wie es die vier ‚opt-outs‘ im Beschluss von Edinburgh dem Land zusicherten, beizubehalten. Dänemark verhandelte infolgedessen sehr defensiv, damit der neue Vertrag ein Referendum überstehen könne.⁸⁸

Auf der Gipfelkonferenz im Oktober 1997 konnten sich die Mitgliedstaaten auf den Vertrag von Amsterdam einigen. Während keine umfassenden institutionellen Änderungen erzielt wurden, wurden mehrere sogenannte Flexibilitätsklauseln eingeführt. Diese ermöglichten die differenzierte und unterschiedlich zügige Integration der Gemeinschafts-Beschlüsse und der politischen Harmonisierung in den Mitgliedstaaten. Damit wurde das Europa der ‚mehreren Geschwindigkeiten‘ oder auch der ‚differenzierten Integration‘ begründet. Den integrationsfreudigeren Mitgliedern sollte dies ein Vorankommen ermöglichen, indem Blockaden anderer Länder überwindbar wurden.⁸⁹ Andererseits sollte zudem ein Anreiz für eben diese Länder geschaffen werden, der umfangreichen Integration ebenfalls beizutreten, eventuell nachdem die Erfolge der Beschlüsse ersichtlich seien.⁹⁰

Zu Kernzielen wurden „klassische dänische Themenbereiche“, wie Umwelt- und Verbraucherschutz, die Sicherung von Bürgerrechten und die Beschäftigungspolitik.⁹¹ Hinzu kamen die stärkere Berücksichtigung der Prinzipien der Transparenz und der Subsidiarität. Darüber hinaus wurde eine verstärkte Zu-

86 Streinz, Rudolf: Der Vertrag von Amsterdam. Einführung in die Reform des Unionsvertrages von Maastricht und erste Bewertung der Ergebnisse. In: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW), 1998. S. 137-147: S. 137.

87 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Hamburg 2000. S. 176 f.

88 Jóhannesdóttir, Anna: Dänische Außenpolitik – Von der Neutralität zur verhaltenen Integration. In: Britta Joerißen, Bernhard Stahl (Hrsg.): Münster 2003. S. 50.

89 Schauer, Martin: Schengen- Maastricht – Amsterdam. Auf dem Weg zu einer flexiblen Union. Wien 2000. S. 143.

90 Pagell, Saskia. Frankfurt a.M. 2000. S. 98.

91 Jóhannesdóttir, Anna: Dänische Außenpolitik – Von der Neutralität zur verhaltenen Integration: in: Britta Joerißen, Bernhard Stahl (Hrsg.): Münster 2003. S. 50.

sammenarbeit im Kampf gegen organisierte Kriminalität vereinbart. Integriert wurde zudem das Schengener Abkommen, das die Aufhebung der Binnengrenzen vorsah und die Grenzkontrolle in die Hände der Gemeinschaft legte. Hier von wurden Großbritannien, Irland und Dänemark ausgenommen – ein Beispiel für die neue „Integrationslogik“ der EU.⁹² Bei der verstärkten Zusammenarbeit in Visa, Asyl- und Einwandererfragen, sowie der justitiellen Zusammenarbeit in Zivilsachen behielten sich diese Länder ihre Teilnahme ebenfalls vor.

Das Schengener Abkommen (Abschaffung von Passkontrollen an den Grenzen und die Erleichterung im Grenzverkehr) wurde ebenfalls 1997 in den Amsterdamer Vertrag integriert. Für Dänemark waren dabei die Bestimmungen, die im Beschluss von Edinburgh eine Ausnahme an der justitiellen Zusammenarbeit gewährten, gültig.⁹³ Norwegen und Island wurden assoziierte Mitglieder des Schengener Abkommens. Das norwegische Interesse an diesem europäischen Bündnis war aufgrund der schon lange bestehenden nordischen Passunion groß: Im Jahr 1995 waren Schweden und Finnland der EU beigetreten und wurden ein Jahr später im Zuge ihrer Teilnahme am Schengener Abkommen zu EU-Gebiet. Ohne die assoziierte Teilnahme der nordischen Nicht-EU-Länder am Schengener Raum hätten deren Staatsbürger bei Grenzübertritt zu einem nordischen EU-Land trotz der nordischen Passunion wieder die Ausweispflicht ausüben müssen.

II.5.2. DIE DÄNISCHE DEBATTE

Innenpolitisch hatte sich Dänemark seit den Parlamentswahlen im Jahr 1994 stark verändert: Die Sozialdemokraten büßten im Parlament sieben Plätze ein und verloren ihren Koalitionspartner, die Christliche Volkspartei, die den Einzug ins Parlament nicht mehr schaffte. Die Regierung unter Poul Nyrup Rasmussen blieb als Minderheitsregierung bestehen. Gewinner dieser Wahl waren die Liberalen und die 1989 gegründete linke Partei, die *Enhedsliste*, die die ehemaligen Wähler der Parteien des Nationalen Kompromisses für sich gewinnen konnte. Diese waren von der Europapolitik ihrer Parteien enttäuscht.⁹⁴ Auch in der rechten Parteienlandschaft war eine neue Partei hinzugekommen: Pia Kjærsgaard hatte sich 1995 nach innerparteilichen Diskussionen um die personelle Besetzung des Gruppenvorsitzenden von der *Fremskridtsparti* getrennt und die *Dansk Folkeparti*, dessen Vorsitzende sie seitdem ist, gegründet. Da die Regierungsparteien nicht die notwendige Mehrheit für die Ratifikation im Parlament erzielen konnte, wurde eine Volksabstimmung für den 28. Mai festgesetzt.

Angesichts der Osterweiterung der Gemeinschaft konzentrierte sich die däni-

92 Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Der Amsterdamer Vertrag zur Reform der Europäischen Union. Ergebnisse, Fortschritte, Defizite. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Bd. 47, 1997. S. 21 – 29: S. 25.

93 Protokoll (Nr. 2) zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union (1997). Abgedruckt in Sartorius II, Nr. 151. S. 2-5.

94 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Hamburg 2002. S. 175.

sche Debatte auf Punkte, die im Land höchst umstritten waren: Die Reform der EU-Institutionen und des Entscheidungsprozesses sowie der Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Stellung des EU-Parlamentes. Aufgrund der Vorbehalte, die im Beschluss von Edinburgh Dänemark Ausnahmeregelungen zugestanden, änderte sich für das Land auch durch die Integration des Schengener Abkommens in den Amsterdamer Vertrag nichts. Die Befürworter betonten dies, während es die Gegner bezweifelten. Zweifellos war es die dänische Diskussion um die Abgrenzung des Staates und der Nation von der EU und ihrer Kompetenzen, die diese Debatte mit auslöste. Mit der Abschaffung der Grenzkontrollen sollte schließlich ein zentrales nationales Hoheitsrecht abgeschafft und die äußere Abgrenzung und Sicherung der Nation scheinbar aufgelöst werden. Der dänische Justizminister bemühte sich daher, diese Sichtweise aus der Welt zu räumen, indem er Schengen als Vision eines grenzenlosen Europas beschrieb und das Fortbestehen der nationalen Grenzen versicherte.⁹⁵

Darüber hinaus stand Dänemark durch die EU als eines ‚state in making‘ unter Druck.⁹⁶ Während die Befürworter in Folge dieser Sichtweise den zwischenstaatlichen Charakter der Union betonten, lehnten die Gegner die Gemeinschaft erneut mit dem Verweis auf eine möglicherweise föderale Ausgestaltung ab. Die Pro-Parteien konzentrierten sich auf die Betonung der EU als Friedensgarant, die Gegner postulierten eine Bedrohung des nationalen Wohlfahrtsstaates.

Im Zuge der vergangenen Jahre hatte sich der Norden verändert: Der schwedisch-finnische Beitritt machte eine nordische Blockbildung innerhalb der EU möglich. In Dänemark wurde die Idee artikuliert, dass eben diese Gemeinschaft in der Gemeinschaft „[...] traditionelle skandinavische politische und wirtschaftliche Konzepte und Zielsetzungen gegenüber den anderen Mitgliedstaaten einbringen und verteidigen könnte.“⁹⁷ Der Wortführer der Sozialdemokraten, Ove Fich, formulierte das folgendermaßen:

Der er ingen tvivl om, at danske tanker, også på sigt, specielt efter udvidelsen af EU med to nordiske lande og Østrig, vil vinde endnu mere styrke i det europæiske samarbejde.⁹⁸

95 Rådet for Europæisk Politik (ed.): Beretninger og udredninger, Schengen. Rådet for Europæiske Politiske skrifter nr. 21, København 1999. S. 2.

96 Hansen, Lene. In: Ole Wæver, Lene Hansen (eds.): London, New York 2002. S. 67 f., S. 76.

97 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Hamburg 2000. S. 173.

98 Fich, Ove: Europa i verden – Danmark i Europa. In: Søren von Dosenrode (ed.): Danske Europa visioner. Rådet for Europæisk Politik 1/1999. Århus 1998. S. 25-28: S. 28.

Ein zentrales Problem schien sich damit für Dänemark gelöst zu haben, denn auch eine nordische Alternative zur EG/EU hatte sich nun endgültig erübrigt. Dennoch flossen weniger nordische Argumente in die Debatte ein, als man angesichts der nunmehr verwirklichten nordischen Gemeinschaft in der EU hätte vermuten können, wie ein Blick in die Informationsbroschüre des Parlaments zeigt.⁹⁹ Aus gutem Grund: Die politische Zusammenarbeit der nordischen Länder war nur noch innenpolitisch, auf der Grundlage der panskandinavischen Ausrichtung der Bevölkerung, von Bedeutung. Außenpolitisch hatten sich die Länder seit Ende des Ost-West-Konfliktes und angesichts der divergierenden Meinungen über die Westeuropäische Union (WEU) voneinander entfernt.¹⁰⁰ Während die nordische Kooperation angesichts der hohen Spannungen zwischen Ost und West in den 60er und 70er Jahren eine funktionierende und stabile Defensivgemeinschaft dargestellt hatten, fehlte ihnen nach Beilegung des Konfliktes ein pragmatisches Interesse an der Fortführung der Interessengemeinschaft. In der Überhöhung der nordischen, gemeinsamen Identität einerseits und dem fehlenden Interesse an der Ausgestaltung politisch tragfähiger Kooperationen andererseits kann ein Grund für das Scheitern nordischer Initiativen gesehen werden.¹⁰¹ Mental jedoch blieb die ‚Nordifizierung‘ in den Herzen der Dänen bewahrt.¹⁰²

Die ‚Kleinheit‘ des Landes erhielt im Gegensatz zur nordischen Argumentation Eingang in die Parteitexte und wurde von *CentrumsDemokraterne* und *Enhedslisten* zur Unterstreichung ihrer Ja- bzw. der Nein-Empfehlung angeführt.¹⁰³

Aus der Ablehnung des Maastrichter Vertrages und dem Entgegenkommen der Union im Edinburgher Vertrag 1993 hatte Dänemark neues Selbstbewusstsein geschöpft. Dieses hatte bereits die Debatte von 1993 geprägt und war auch 1998 wesentlicher Bestandteil der pro-Kampagnen: Ein „Ja, nicht nur für Dänemark, sondern für ganz Europa“ war das Motto der konservativen und liberalen Wahlempfehlung¹⁰⁴, während die Regierungsparteien einen wesentlichen Einfluss Dänemarks auf die bisherige Entwicklung der Union betonten:

99 Rådet for Europæisk Politik. Folkeafstemning 28. maj 1998. København 1998.

100 Mahnert, Heike; Putensen, Dörte: Hamburg 2000. S. 211 ff.

101 Olsen, Johan P.; Svedrup, Björn Otto: Europa i norden. Europeisering av nordisk samarbeid. Oslo 1998. S. 360.

102 S.h. ausführlich: Mouritzen, Hans med Kajse Ji Noe Petterson: Den nære transnationalisering. In: Hans Mouritzen (red.): Århus 2003. S. 39-99.

103 CD siger ja. EU er den bedste vej til fred, stabilitet og velstand i Europa, vi er en del af. In: Rådet for Europæisk Politik. Folkeafstemning 28. maj 1998. København 1998. S. 3. Enhedslisten siger nej i maj. Amsterdamtraktaten handler om mere Union. In: Ebd. S. 7.

104 Det sikre valg. Det Konservative Folketparti. In: Rådet for Europæisk Politik. Folkeafstemning 28. maj 1998. København 1998. S. 3. Derfor skal vi stemme JA. Venstre, In: Ebd.: S. 6.

Europa bevæger sig nu i højere grad ad den danske vej. Med Amsterdamtraktaten bliver EU-samarbejde i langt højere grad præget af danske værdier og holdninger.¹⁰⁵

Die außerparlamentarischen Bewegungen und Parteien, die ein Nein empfahlen, betonten vor allem ihre Bedenken hinsichtlich der Beibehaltung der dänischen Vorbehalte von 1993. Mit Schengen sei ein erster Schritt hin zur Entmachtung der Nationalstaaten und der Gründung eines Verbundstaates unternommen worden.

Während sich in den vorangegangenen Abstimmungen die Debatte weniger um den Vertrag als um die EU-Mitgliedschaft insgesamt gedreht hatte, ging es seit 1993 vor allen Dingen um die Abgrenzung zwischen den Aufgaben des Nationalstaates und denen der Gemeinschaft.¹⁰⁶ Die Mitgliedschaft an sich stand nicht mehr zur Debatte, wie eine Meinungsäußerung Ebbe Kløvedal-Reichs, ein zentraler Protagonist des dänischen EG- und EU-Widerstandes seit 1972, verdeutlicht. Während er bislang die EG und später die EU vollkommen ablehnte, wiegelte er in einer Stellungnahme von 1998 die Angst der Dänen vor der Union als reaktionären „Rückenmarksreflex“ ab. Die Unionsbildung sei notwendig, so Kløvedal-Reich, und man solle sich statt auf den Widerstand lieber darauf konzentrieren, zum Wächter der Demokratie zu werden.¹⁰⁷

Am 28. Mai stimmten schließlich 55,1 Prozent der Wähler für den Amsterdamer Vertrag. Der Ministerpräsident versprach den Gegnern, ihre Argumente und Bedenken in Zukunft verstärkt zu berücksichtigen. Mit Blick auf die EU sah er das dänische Referendum als ein Signal, das Integrations-Tempo zu drosseln. Angesichts des mangelnden Widerklangs dieser Sichtweise bei den anderen Mitgliedstaaten kann dies wohl nur als Beruhigung an die Adresse der Nein-Wähler gesehen werden.¹⁰⁸

105 Socialdemokratiet: Den danske vej – også i Europa. In: Rådet for Europæisk Politik. Folkeafstemning 28. maj 1998. København 1998. S. 2.

106 Pagell, Saskia: Frankfurt a.M. 2000. S. 99.

107 Kløvedal-Reich, Ebbe: Demokratiets genfødsel. In: von Dosenrode, Søren (red.): Danske Europa Visioner“. Rådet for Europapolitik 1/1998. Aalborg 1998: 85-91.

108 Pagell, Saskia: Frankfurt a.M. 2000. S. 100 f.

II.6. DIE ABSTIMMUNG ÜBER DIE EINFÜHRUNG DES EURO 2000

II.6.1. DER EUROPÄISCHE KONTEXT

In Amsterdam war der Druck, institutionelle Veränderungen vorzunehmen angesichts der Verzögerung der Osterweiterung der Gemeinschaft noch nicht groß gewesen.¹⁰⁹ Um die ‚left overs‘, die der Gipfel 1998 hervor gebracht hatte, ging es drei Jahre später bei der Konferenz in Nizza: Die Integrationsfähigkeit der Gemeinschaft sollte erhalten und die Aufnahme der Beitrittsländer vorbereitet werden.¹¹⁰ Zur Debatte standen die Ausdehnung der Mehrheitsentscheidungen, die Neuordnung der Stimmengewichtung und die Umorganisation der Kommission. Insbesondere die Begrenzung des Vetorechtes führte zu Schwierigkeiten. Diese Substanzfrage, die schon zum dritten Mal seit 1992 verhandelt wurde, brachte nationale Verhaltensmuster und historische Traditionslinien wieder auf: „Die Kleinen gegen die Großen“, die großen Länder gegeneinander und „die alten gegen die neuen Mitgliedstaaten.“¹¹¹ Unter anderem der Vorschlag von der Rotation der Kommissare löste bei kleineren Mitgliedstaaten die Befürchtung aus, „[...]“, dass die Großen in zunehmendem Maße die Kommission als supranationales Organ ausgrenzen und eine Gewichtsverlagerung zugunsten des Europäischen Rates erreichen möchten“.¹¹² Auch Dänemark bevorzugte in diesem Punkt den Status quo um die bestehende Balance zwischen großen und kleinen Ländern, zwischen Institutionen und Mitgliedstaaten beizubehalten.¹¹³

Am 1. Februar 2003 trat die vorerst letzte EU-Reform in Kraft, die eine Reihe institutioneller Veränderungen vorsah: Für die Bereiche der Struktur- und Kohäsionsfonds, aber auch in der Asylpolitik wurden künftig Mehrheitsentscheidungen festgelegt. Wie bereits 1998 war der Wunsch eine flexiblere Integrationspolitik zu schaffen Mutter dieses Reformprozesses. Eine mögliche Blockade von Ländern, die darauf abzielten, weitere integrative Schritte anderer Mitgliedstaaten zu verhindern, konnte unterbunden werden. Durch die Angleichung der Stimmengewichtung im Rat an die Bevölkerungsgröße der einzelnen Mitgliedstaaten wurden EU-Entscheidungen zu stärkerer Legitimation verholfen.

109 Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela: Die Vertiefung der europäischen Integration: Aktueller Stand, Reformvorhaben und Debatten. In: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): Wohin treibt die Europäische Union? Grundlagen und Dysfunktionen der Einigungspolitik. Baden-Baden 2001. S. 63-69: S. 55.

110 Esmark, Anders: Europæisering. In: Hans Mouritzen (ed.): Århus 2003. S. 72-99: S. 87.

111 Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh 2001²: S. 27.

112 Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela. in: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Baden-Baden 2001. S. 61.

113 Petersen, Nikolaj: Dänemark. In: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn: 1999/2000. S. 317-322.

Die vierte Revision der Römischen Verträge fiel hinter den Verhandlungsergebnissen von 1986, 1992 und 1998 weit zurück.¹¹⁴ Die Bezeichnungen, die Nizza „in der Nacht der langen Messer“ im In- und Ausland erhielt, zeigen, dass die Ergebnisse nicht den Erwartungen entsprachen: Vom „Gipfel der Teppichhändler“ und dem „Fegefeuer der nationalen Eitelkeiten“¹¹⁵ war allein die „Erklärung zur Zukunft der Union“ ein tatsächlicher Fortschritt im Prozess der europäischen Integration. Die Länder vereinbarten eine subsidiaritätsgerechte Arbeitsteilung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten zu etablieren, den endgültigen Vertragsstatus der in Nizza zunächst nur proklamierten Grundrechtecharta festzulegen, eine Vereinfachung der undurchsichtigen Gemeinschaftsverträge zu erreichen und die künftige Rolle der nationalen Parlamente in der europäischen Architektur zu bestimmen.¹¹⁶ Einen kleinen Schatten auf den Vertrag von Nizza warf indes auch das dänische Referendum über die Einführung des Euro.

II.6.2. DIE DÄNISCHE DEBATTE

Die Verwirklichung der Dritten Phase der WWU war in Dänemark von 1993 bis ca. 1997 nicht Gegenstand der öffentlichen und politischen Debatte gewesen. In dieser Zeit bestanden Zweifel daran, ob dieses Projekt überhaupt verwirklicht werden würde.¹¹⁷ Auch Meinungsumfragen zeigten, dass eine Aufhebung der vier Vorbehalte, wie sie 1993 beschlossen worden waren, keine Unterstützung in der Bevölkerung fand. Eine Wende brachte der Spätsommer 1998.¹¹⁸ Nachdem die dänische Krone zweimal infolge der Russlandkrisen unter Druck geraten war und absehbar war, dass die meisten EU-Länder die Einführung einer gemeinsamen Währung befürworteten, wurde der Festgeldkurs der dänischen Währung im September 1998 an den ECU, die Vorgängervährung des EURO,

114 Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh 2001²: S. 21, 23.

115 s.a. Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela. In: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.), Baden-Baden 2001: S. 67 und Weidenfeld, Werner: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – die europäische Integration: Gütersloh 2001²: S. 19-49.

116 Weidenfeld, Werner: Gütersloh 2001²: S. 29.

117 Hans Mouritzen, Kajsa Ji Noe Petterson, Kartsen Skjalm og David Munis Zepernick: Danmark møder transnationalisering. In: Hans Mouritzen (red.): Århus 2003 S. 124 – 169: S. 161.

118 Jóhannesdóttir, Anna: Dänische Außenpolitik – von der Neutralität zur verhaltenen Integration. In: Joerißen, Britta, Stahl, Bernhard (Hrsg.): Münster 2003. S. 42-65: S. 51.

gebunden.¹¹⁹ Um die Krone darüber hinaus zu stärken, bemühte sich Dänemark um Einhaltung der Konvergenzregeln. Das machte das Land zu einem ‚virtuellen Mitglied‘ der Währungsgemeinschaft.¹²⁰

Eine Meinungsumfrage bezifferte die Unterstützung der gemeinsamen Währung durch die Bevölkerung Anfang 1999 auf 50 Prozent und auch die Wirtschaft forderte die Einführung.¹²¹ Schließlich verstärkten die separaten Konferenzen der Mitgliedstaaten, die den Euro einführen wollten, das Empfinden Dänemarks, keinen politischen Einfluss mehr auf die EU zu haben.¹²²

Im Folketing konnte indes keine Mehrheit für die Einführung des Euro gefunden werden. Durch die ‚Sieben-Parteien-Absprache‘ von 1993 war die Regierung gezwungen, eine Volksabstimmung über Dänemarks Teilnahme an der Währungsunion entscheiden zu lassen. Das Referendum fand am 28. September 2000 statt.

Die Argumente der Ja-Parteien drehten sich sowohl um wirtschaftliche als auch politische Vorteile des Euro. Die Bindung an die Frankfurter Europäische Zentralbank sei bereits eine Teilnahme an der Währungsunion, die letztendliche Einführung nur noch ein kleiner Schritt. Die Nicht-Teilnahme setzten die Befürworter indes mit einem faktischen Austritt aus der Gemeinschaft gleich, was ihnen den Vorwurf einbrachte, eine Schreckenskampagne zu führen. Die Sozialdemokraten und Liberalen betonten, es sei wichtig für Dänemark auch weiterhin in der EU Einfluss zu haben. Die Beratungen der Länder, die den Euro einführen wollten und von denen Dänemark ausgeschlossen war, empfanden diese Politiker als Beweis des herben Einflussverlustes Dänemarks in Brüssel. Infolgedessen betonten die Befürworter häufig, dass die Abstimmung sich nicht allein um den Euro drehe, sondern vor allem um Dänemarks Positionierung und Einfluss in der EU. Da die Wähler aus der Teilnahme oder Nicht-Teilnahme von dänischen Regierungsvertretern an EU-Konferenzen im Alltag keine unmittelbaren Auswirkungen spürten, konnten sie diesen Einwand nicht nachvollziehen. Durchschlagkraft hatten daher auch in dieser Volksabstimmung wieder wirtschaftliche Argumente, die die Gefährdung der Dänischen Krone umschrieben.¹²³

119 Der ECU war eine sogenannte Korbwährung, die aus Währungen der Mitgliedstaaten bestand und bis 1998 nur Zahlungsmittel und Recheneinheit war. Der ECU wurde mit der Einführung des Euro hinfällig.

120 Mouritzen, Hans: Århus 2003. S. 162.

121 Gallup: Ugens Gallup nr 1, 1999. S. 4,
http://www.gallup.dk/ugens_gallup/pdf_gra/ug_1_99_hg.pdf

122 Mouritzen, Hans: Århus 2003. S. 163.

123 Ebd., S. 164.

Die Debatte drehte sich um dänische Hoheitsrechte und Insignien der dänischen Gesellschaft, folkepension, folkestyre und nærdemokrati. Der Ministerpräsident reagierte darauf mit einem „Rettungsversuch“ und wollte ein Gesetz verabschieden, das die Unantastbarkeit der Volkspension feststellen sollte. Dies scheiterte jedoch an der *Socialistisk Folkeparti*, die aufgrund ihrer Bedenken um die zukünftige Gestalt der EU die Einhaltung dieses Versprechens nach einer eventuellen Zustimmung zum Euro als unrealistisch abwies.¹²⁴

Die Gegner waren politisch sowohl im linken als auch rechten Flügel angesiedelt, was die unterschiedliche Ausrichtung ihrer Argumentationen begründet. Die *Dansk Folkeparti* präsentierte sich wie schon 1998 als Landesverteidigerin der nationalen Währung und des Vaterlandes, „for kronen og fædrelandet“.¹²⁵ Die *Socialistisk Folkeparti* betonte hingegen ihre Solidarität mit armen Ländern: Die EU war mit den Konvergenzbestimmungen in ihren Augen nach wie vor ein exklusiver Club der reichen Länder.

Am 28. September entschieden die bis dahin Unentschlossenen und gaben damit dem Slogan der Gegner, im Zweifel sei ein Nein die bessere Entscheidung, Recht.¹²⁶ Insgesamt waren es 53,2 Prozent, die mit „Nej“ und damit für die Wiedervorlage der Frage um die Euro-Einführung in einem späteren Referendum stimmten.

II.7. ZUSAMMENFASSUNG

Während Artikel 2 des EWG-Gründungsvertrages von 1957 von einer wünschenswerten Verbesserung der „Zusammenarbeit zwischen den Ländern“ sprach, hatte sich dieser Artikel im Jahr 2000 durch das Hinzufügen bestimmter Politikfelder stark verändert:

Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken und Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu fördern.¹²⁷

124 S.h. Morgenavisen Jyllands Posten, 19.09.2000: Ja-sidens garanti: Pensionen er sikret. S. 1 (Aufmacher) und: Garanti til de ældre. S. 20 (Bericht)

125 S.h. die Homepage der Partei: www.danskfolkeparti.dk

126 Mouritzen, Hans, Århus 2003: S. 164.

127 EG-Vertrag in der aktuellen Fassung von Nizza, 2000: www.politische-union.de/egv99/

Doch in den sechs dänischen Referenden stand die schrittweise umfangreicher werdende politische Integration nie derart im Mittelpunkt, wie die Frage nach dem Einfluss des Landes innerhalb der EU.¹²⁸

Die dänische Debatte wurde oft aus der Position eines - nordischen - Gegenübers zur EG/EU geführt, eine europäische Identifizierung fand selten statt. Die Befürworter bemühten sich daher auch inhärent dänische Werte in der EU zu unterstreichen, um die Wählerschaft von der Gemeinschaft zu überzeugen, während die Gegner die Unvereinbarkeit mit dänischen Wertmaßstäben betonten. Einig waren sie sich somit in ihrem Urteil, im besten Falle von einer glücklichen Überlagerung von Interessen und Maßstäben zu sprechen, nie aber war von einer natürlichen Zugehörigkeit die Rede.

Die Mitgliedschaft in der EG als Wirtschaftsgemeinschaft war 1972 als eine sinnvolle Maßnahme zur Förderung der dänischen Landwirtschaft betrachtet worden. Die politische Integration, wie sie ab 1992 als grundlegendes Ziel der EU artikuliert wurde, lehnte Dänemark in den 80er und 90er Jahren zunehmend als Bedrohung dänischer Souveränität ab. In diesem Kontext müssen auch die Vorbehalte gesehen werden, die im Edinburger Beschluss 1993 endeten und Dänemark genau von den Bereichen der politischen Zusammenarbeit entbanden, die als Gefahr des Nationalstaates betrachtet wurden: Die gemeinsame Währung als Bedrohung der Dänischen Krone, die gemeinsame Verteidigungsunion als Gefahr der eigenständigen dänischen Verteidigung und die Unionsbürgerschaft als Konkurrenzmodell zur nationalen Staatsbürgerschaft:

„(...): den fælles mønt (truer kronen), fælles forsvar (ses som trussel mod et selvstændigt dansk forsvar), unionsborgerskabet (ses som konkurrende med det danske statsborgerskab) og integreret politi (ses som konkurrende med dansk politi). Dvs. EU-skepsis er primært national, kun sekundært baseret på en demokratiebekymring.¹²⁹

Je politisch integrativer die Europäische Gemeinschaft agierte, desto stärker wurde Dänemarks Europapolitik zur Außenpolitik. Das erschwerte die Entscheidungsfindung auf dem innenpolitischen Sektor. Die im Zuge der stetigen Harmonisierung notwendige Angleichung beispielsweise von Verbraucherschutz-Bestimmungen avancierte so zu nationalem Hoheitsgebiet, das man meinte, vor europäischem Übergriff verteidigen zu müssen.¹³⁰

128 Kelstrup, Morten: Danish Integration Policies: Dilemmas and Options. Working Paper 18/2000, København 2000. S. 14.

129 Mouritzen, Hans: Danske strategier – og magten over transnationalisering: in: Hans Mouritzen (red.): Århus 2003. S. 170 – 241: S. 211.

130 Mouritzen, Hans: Sammenfatning, perspektiver og reform. In: Hans Mouritzen (red.): Århus 2003. S. 242 – 274: S. 261.

Die Führung der Europapolitik aus der Position eines Gegenübers resultiert aus dem, wie Hans Mouritzen feststellte, „quantitativen Minderwertigkeits-“ und dem „qualitativen Mehrwertsgefühl“: Obwohl kaum tragfähige politische Kooperationen und keine Wirtschaftlichen aus dieser Orientierung resultierten, konnte das Argument der Befürworter, das Sprachrohr des Nordens in der EG zu sein, die Zweifler von 1972 überzeugen. Selbst nach dem Beitritt Schwedens und Finnlands zur EU 1995 blieb die panskandinavische Strömung Bestandteil des dänischen Selbstverständnisses.¹³¹ Hinzu kam ein weiteres Selbstbewusstsein: Das überraschende „Nej“ der Wählerschaft zur Ratifikation des Maastrichter Vertrages 1992 wurde zunehmend als revolutionärer Akt und Ausdruck allgemeiner, europäischer Unzufriedenheit mit der Brüsseler Bürokratie interpretiert.

131 Mouritzen, Hans: Sammenfatning, perspektiver og reform. In: Hans Mouritzen (red.): Århus 2003. S. 242 – 274: S. 246.

III. DER TOPOS ‚NORDEN‘

Der vorliegenden Arbeit liegt die These zugrunde, dass sich Dänemark als ein ‚nordisches‘ Land versteht und diese Vorstellung im Kontext der europäischen Integration als ein Teil der nationalen Identität betont wird. Im Mittelpunkt dieser Analyse steht die Untersuchung der dänischen Vorstellungen vom ‚Norden‘, wie sie in dänischen Mediendiskursen zum Ausdruck kommen, die anlässlich der sechs Volkabstimmungen zu europäischen Vertragswerken veröffentlicht wurden.

Zunächst wurden die Zeitungsartikel auf Wortgruppen hin untersucht, die einen ersten Anhaltspunkt für die Thematisierung des ‚Nordens‘ liefern. Solche Texte, in denen einerseits die Mitgliedstaaten des Nordischen Rates, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland und Island, erwähnt wurden bzw. in denen die Wörter ‚Norden‘, ‚nordisch‘ bzw. ‚nordisk‘ vorkamen, wurden dem Topos ‚Norden‘ zugeordnet. Die so als ‚nordische‘ Artikel identifizierten Medientexte wurden im Anschluss daran auf ihre inhaltlichen Bedeutungsebenen hin untersucht. Im Folgenden werden zunächst quantitative Merkmale erläutert, bevor im Zuge der qualitativen Analyse die inhaltlichen Dimensionen des Topos herausgearbeitet werden. An dieser Stelle muss nochmals betont werden, dass sich die Inhalte der Medientexte meist auf mehr als nur einen Topos bezogen. Daher werden zahlreiche Zeitungsartikel in mehreren quantitativen Topoi-Analysen auftauchen.

Auf die Analyse der dänischen Medientexte folgt die der deutschen, in der sowohl eigene, also ‚deutsche‘ Vorstellungen vom ‚Norden‘, als auch die Widerspiegelung dänischer Stereotype sichtbar gemacht werden sollen.

III.1. QUANTITATIVE ANALYSE

III.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die quantitative Analyse bestätigt die eingangs erwähnte Hypothese: Der ‚Norden‘ ist in 419 von insgesamt 5.220 dänischen Zeitungsartikeln Gegenstand und Teil der medialen Berichterstattung über die Volksabstimmungen. Mit rund acht Prozent vom gesamten Textkorpus ist es insgesamt jedoch nur ein Randthema in den Mediendiskursen.

Am häufigsten wird der ‚Norden‘ in den dänischen Zeitungsartikeln von 1972 behandelt. Im Verlauf der sechs Referenden nimmt der Topos einen immer geringeren Umfang in den dänischen Mediendiskursen ein (s. Tabellen 1 und 2, S. 62). Während der Volksabstimmung von 1992 wurden etwas mehr ‚nordische‘ Texte veröffentlicht als noch anlässlich des vorangegangenen Referendums.

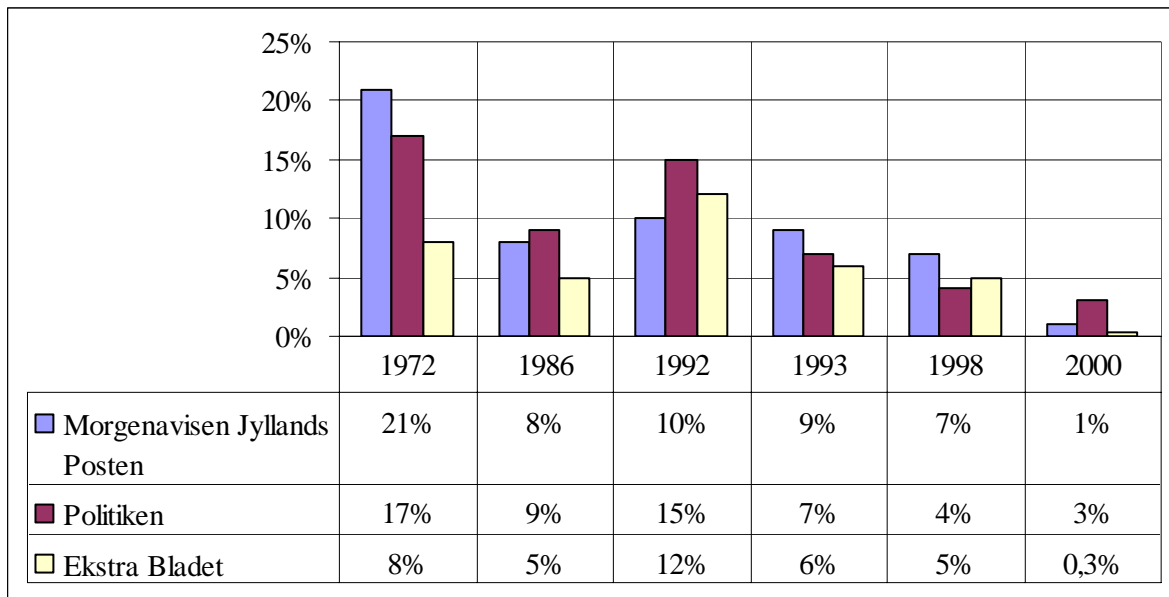


Tabelle 1: Anteil der dänischen Artikel, die u.a. dem Topos ‚Norden‘ zugerechnet werden.

Abstimmungsjahr	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	73 (342)	22 (289)	42 (406)	33 (388)	24 (361)	5 (356)
Politiken	36 (216)	12 (136)	49 (336)	16 (220)	14 (312)	12 (434)
Ekstra Bladet	20 (237)	5 (111)	26 (222)	14 (232)	15 (313)	1 (309)

Tabelle 2: Absolute Zahlen zu Tabelle 1.

In der Berichterstattung der Boulevardzeitung, die vor allem mit emotional-appellativen Gegenständen arbeitet, war der Topos nicht so häufig präsent, wie in den Diskursen der seriösen Tageszeitungen. Trotz der insgesamt geringen Beschäftigung mit dem ‚Norden‘ sticht bei *Ekstra Bladet* der Untersuchungszeitraum von 1992 durch eine überdurchschnittlich hohe ‚nordische‘ Artikelanzahl hervor. In den Folgejahren nahm jedoch auch in diesem Medium die Auseinandersetzung mit dem ‚Norden‘ wieder ab und wurde im Jahr 2000 sogar nur noch einmal und zwar in einem Leserbrief angesprochen.

Die Auszählung der verwendeten Textrubriken zeigt, dass der ‚Norden‘ in den dänischen Zeitungen vor allem in meinungsbetonten Texten präsent war. Dies könnte darauf hindeuten, dass der ‚Norden‘ in der dänischen Vorstellung nicht so sehr von realpolitischer Bedeutung war, denn dann wäre der Topos sicherlich häufiger in neutralen Kurznachrichten und Berichten thematisiert worden.

Die Meinungen, die in den Texten in Bezug auf den Abstimmungsgegenstand artikuliert werden, wurden den Kategorien ‚pro‘, ‚contra‘ oder ‚neutral‘ zugeordnet. Sind in einem Text mehrere Meinungen vorhanden, wurde er allen zutreffenden Kategorien zugeordnet und die jeweilige Aussage vermerkt. Es kann daher sein, dass ein Artikel mehr als einer Kategorie zugeordnet wird, wenn es sich beispielsweise um einen Bericht über eine Podiumsdiskussion zwischen

Befürwortern und Gegnern des Maastrichter Vertrages handelt. Es sei an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass eine Addition der Artikel, in denen Pro- und Contra-Meinungen bzw. neutralen Äußerungen, den Abstimmungsgegenstand betreffend, artikuliert werden, nicht die Gesamtanzahl der untersuchten ‚nordischen‘ Texte ergeben kann. Durch die quantitative Auswertung der Kategorien kann dennoch deutlich werden, in welcher argumentativen Richtung der Topos in die Berichterstattung des jeweiligen Mediums eingebunden wurde.

Tatsächlich ergibt die Auswertung eine klare Polarität zwischen seriösen Tageszeitungen und der Boulevardpresse. So wurden in *Ekstra Bladet* deutlich häufiger die Meinungen der EG-/EU-Gegner der jeweiligen Vertragswerke präsentiert, als die der Befürworter (s. Tabellen 3 und 4, S. 64). Bei den ersten beiden Abstimmungen in den Jahren 1972 und 1986 enthalten fast alle Artikel, die dem Topos ‚Norden‘ zugeordnet werden können, ablehnende Meinungen zum Abstimmungsgegenstand, während in verschwindend wenig Artikeln positiven Stellungnahmen beinhalteten (s. Tabellen 5 und 6, S. 64.). Nur die Untersuchungszeiträume 1992 und 1993 bilden eine Ausnahme.

Die seriösen Tageszeitungen *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Politiken* stellten bei allen Abstimmungen v. a. die Argumente der jeweiligen Befürworter dar und vertraten diese Meinung auch jeweils selbst (s. Tabellen 5 und 6, S. 64).

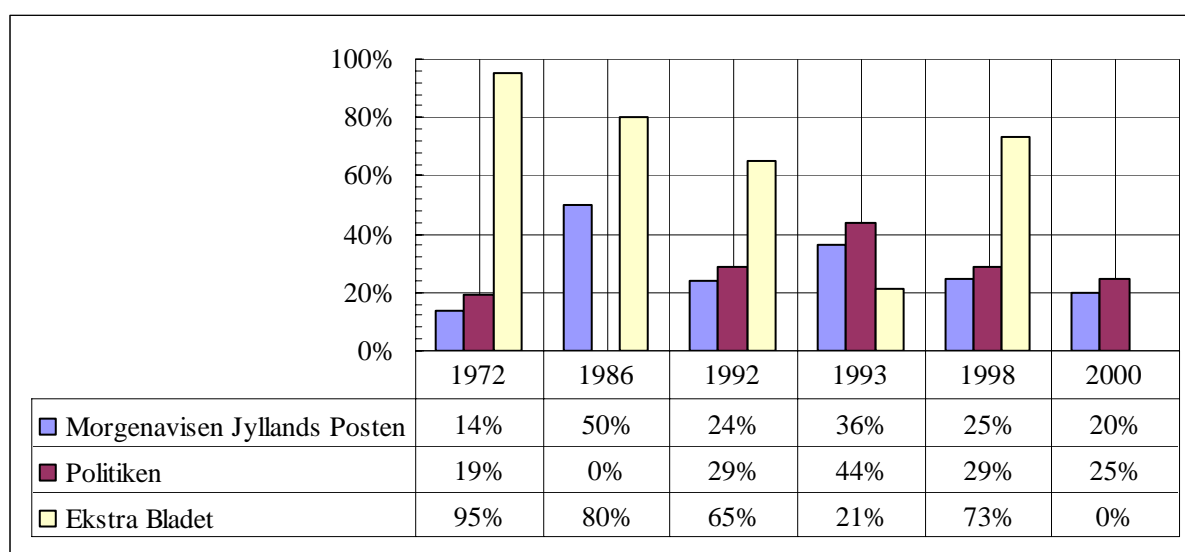


Tabelle 3: Anteil der Artikel, die u.a. dem Topos ‚Norden‘ zugerechnet werden und in denen überwiegend Contra-Argumente erwähnt wurden.

Abstimmungsjahr	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	10 (73)	11 (22)	10 (42)	12 (33)	6 (24)	1 (5)
Politiken	7 (36)	0 (12)	14 (49)	7 (16)	4 (14)	3 (12)
Ekstra Bladet	19 (20)	4 (5)	17 (26)	3 (14)	11 (15)	0 (1)

Tabelle 4: Absolute Zahlen zu Tabelle 3.

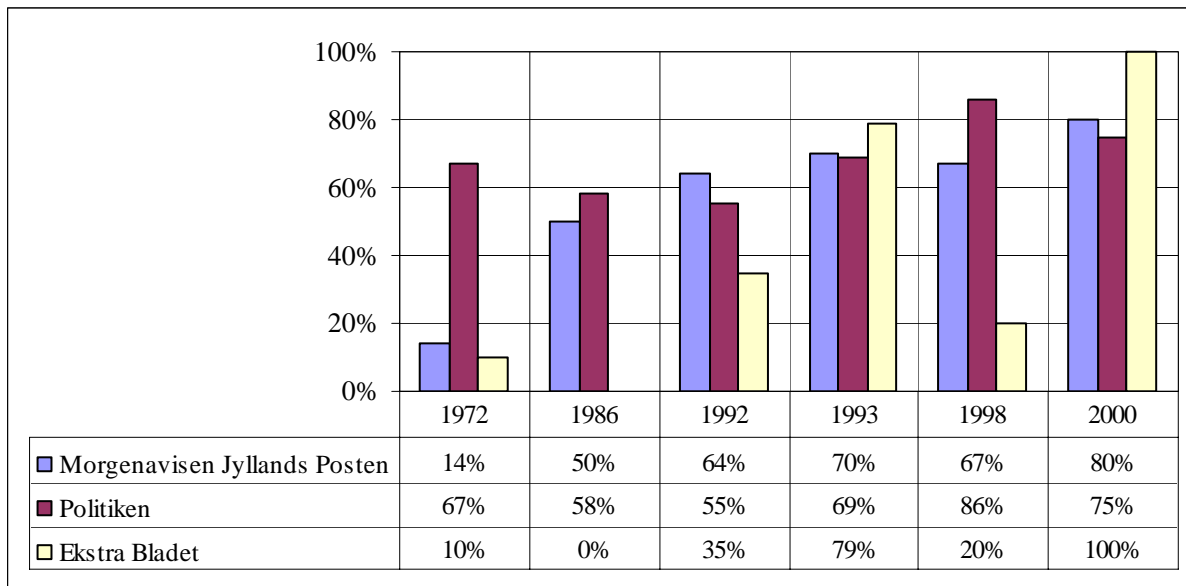


Tabelle 5: Anteil der Artikel, die u.a. dem Topos ‚Norden‘ zugerechnet werden und in denen überwiegend Pro-Argumente erwähnt wurden.

Abstimmungsjahr	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	10 (73)	11 (22)	27 (42)	23 (33)	16 (24)	4 (5)
Politiken	24 (36)	7 (12)	27 (49)	11 (16)	12 (14)	9 (12)
Ekstra Bladet	2 (20)	0 (5)	9 (26)	11 (14)	3 (15)	1 (1)

Tabelle 6: Absolute Zahlen zu Tabelle 5

III.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die Analyse der deutschen Tageszeitungen zeigt, dass der ‚Norden‘ auch in den Mediendiskursen der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *BILD-Zeitung* Gegenstand der Berichterstattung war: Von den insgesamt 161 Artikeln, die die drei untersuchten Tageszeitungen zu den sechs Referenden in Dänemark insgesamt veröffentlichten, konnten 35 Texte dem Topos ‚Norden‘ zugeordnet werden. Damit bezogen sich immerhin rund 20 Prozent aller deutscher Zeitungsartikel auf den Topos, während es im dänischen Textkorpus nur rund acht Prozent waren.

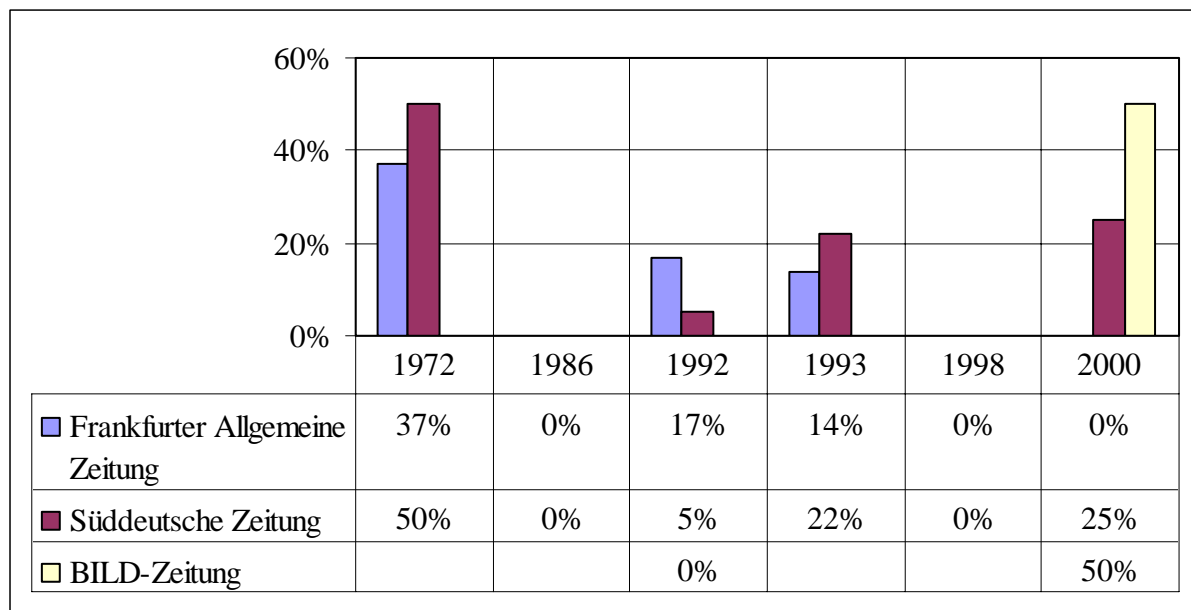


Tabelle 7: Anteil der deutschen Artikel, die u.a. dem Topos ‚Norden‘ zugerechnet werden.

Abstimmungsjahr	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Frankfurter Allgemeine Zeitung	11 (30)	0 (3)	5 (30)	2 (14)	0 (2)	0 (9)
Süddeutsche Zeitung	11 (22)	0 (6)	1 (22)	2 (9)	0 (3)	2 (8)
BILD	/	/	0 (1)	/	/	1 (2)

Tabelle 8: Relativzahlen zu Tabelle 7.

Wie die Tabellen 7 und 8 zeigen, wurde der ‚Norden‘ während der Volksabstimmungen von 1986 und 1998 nicht thematisiert. Die Berichterstattung der deutschen Boulevardzeitung *BILD* war mit insgesamt nur drei Texten sehr gering. Davon kann nur ein Text dem ‚nordischen‘ Topos zugeordnet werden.

Die quantitative Auswertung der verwendeten Textgenres zeigt darüber hinaus, dass die deutschen Tageszeitungen den ‚Norden‘ vor allem in Kurznachrichten und Berichten thematisierten. Die Berichterstattung erfolgte zu einem großen Teil durch die jeweiligen Korrespondenten der Zeitungen, die aus Skandinavien und Brüssel berichteten.

Der Topos wurde in den deutschen Tageszeitungen sowohl als Teil der Argumentation der dänischen EG-/EU-Befürworter als auch der Gegner dargestellt. Eine genaue Auszählung der Kategorien ‚Pro‘, ‚Contra‘ und ‚Neutral‘ ist hier nicht möglich, da der Themenbereich in den deutschen Medien nur selten im direkten Kontext ablehnender oder befürwortender Meinungen erschien.

III.2. QUALITATIVE ANALYSE

Die meisten Artikel, die dem Norden-Topos zugeordnet werden können, erschienen, wie die quantitative Analyse zeigte, 1972 1992 und 1993. Dies liegt vermutlich an der norwegischen Volksabstimmung, die 1972 eine Woche vor der dänischen stattfand, bzw. an den Aufnahmeverhandlungen mit Norwegen, Schweden und Finnland.

Indes könnte im 1995 erfolgten EU-Beitritt Schwedens und Finnlands eine Ursache für die Abnahme bis hin zur marginalen Behandlung des ‚Nordens‘ in den Zeitungsartikeln von 1998 und 2000 gesehen werden. Wie bereits im Kapitel „Thematischer Rahmen der Arbeit“ erläutert wurde, war die nationale Politik Dänemarks seit dem EG-Beitritt von dem Wunsch geprägt, den nordischen Ländern den Weg in die EG zu ebnen. Die Inhaltsanalyse wird zu klären haben, ob dieses Ziel in den letzten beiden Diskursen nicht mehr so häufig artikuliert wurde und ob dies in Zusammenhang mit dem schwedischen und finnischen EU-Beitritt steht.

In der dänischen Boulevardzeitung wurden 1992 und 1993 mehr positive Stellungnahmen zum Abstimmungsgegenstand veröffentlicht wurden, als in den anderen Untersuchungszeiträumen. Das liegt daran, dass der damalige Chefredakteur von *Ekstra Bladet*, Sven Ove Gade, beide Male für die Zustimmung zum Maastrichter Vertrag und zum Edinburgher Beschluss warb. Die Diskurse der Zeitung waren daraufhin erstmals, aber auch letztmals, durch eine ausführlichere Darstellung der Befürworter-Seite geprägt. Leser und Redaktionsmitglieder lehnten jedoch auch in diesen Zeiträumen die europäischen Vertragswerke ab.

In den dänischen Zeitungsartikeln werden Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland als ‚nordische‘ Länder bezeichnet. Zu keinem Zeitpunkt wurde Island erwähnt, und so ist zu vermuten, dass dieses Land aus dänischer Sicht zumindest im Kontext der europäischen Integration keine ‚nordische‘ Rolle spielt. Wie in den dänischen Artikeln wurden auch in den deutschen Medien nur diese vier Länder erwähnt, wobei der inhaltliche Fokus deutlich auf der gesamt-nordischen Perspektive lag und häufiger vom ‚Norden‘ im Allgemeinen, als von bestimmten Nationen die Rede war.

Nur selten wurde die Gemeinschaft der ‚nordischen‘ Länder und Dänemarks Zugehörigkeit hierzu explizit erwähnt. In den meisten Zeitungsartikeln betonten Befürworter und Gegner der jeweiligen Abstimmungsgegenstände, Dänemark trage innerhalb der EG/EU für den ‚Norden‘ Verantwortung: Einerseits, indem die ‚nordische‘ EG-/EU-Mitgliedschaft ein anzustrebendes Ziel sei und andererseits die Europäischen Gemeinschaften in einigen Bereichen reformbedürftig seien. Der Beitritt weiterer ‚nordischer‘ Länder bedürfe daher erst einiger System-Verbesserungen der EG, wofür Dänemark Verantwortung übernehmen sol-

le. Der ‚Norden‘ wurde dabei als Vorbild für die EG/EU angesehen. Die Vorstellungen von der EG/EU waren indes negativer Art und wurden durch die Feststellung inhärenter Differenzen der gesellschaftlichen Systeme des Nordens und der EG/EU betont. Die Unterschiede bezogen sich vor allem auf gesellschaftliche Werte, die auch unabhängig vom ‚nordischen‘ Topos in sehr vielen Zeitungsartikeln angesprochen wurden und daher auch in einem eigenen Kapitel näher analysiert werden.¹ An dieser Stelle kann jedoch auf die Darstellung bestimmter Wertmaßstäbe nicht verzichtet werden, da sie in dänischer Vorstellung den ‚Norden‘ charakterisieren und ihn gegenüber der EG/EU als „bessere“ Gemeinschaft auszeichnen.

Im Folgenden werden die Themenbereiche „nordische Verantwortung Dänemarks“ einerseits und „der Norden als Gegenbild zur EG/EU“ andererseits näher betrachtet. Die Analyse der deutschen Medientexte schließt sich an die der dänischen an.

III.2.1. DIE ‚NORDISCHE VERANTWORTUNG‘ DÄNEMARKS

III.2.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Eine Woche vor dem dänischen Referendum hatten die norwegischen Wähler den EG-Beitritt ihres Landes abgelehnt.² Fast die Hälfte der ‚nordischen‘ Texte, die anlässlich der ersten Volksabstimmung im Jahr 1972 in den drei dänischen Zeitungen veröffentlicht wurden, thematisierten die Abstimmung im Nachbarland. Die Vermutung, der zahlenmäßige Umfang der ‚nordischen‘ Artikel zu diesem Zeitpunkt sei mit der Volksabstimmung in Norwegen in Verbindung zu bringen, kann somit bestätigt werden.

Beide politischen Lager, EG-Gegner und -Befürworter, argumentierten mit dem norwegischen Referendum. So sahen es die Beitrittsbefürworter als ‚dänische Verantwortung‘ an, gemeinsam mit Norwegen in der EG ‚nordische‘ Interessen zu vertreten. Da europäische Fragen zunächst auf nordischer Basis besprochen und ein gemeinsamer Standpunkt formuliert werde, könne auf diese Weise die nordische Zusammenarbeit gar gestärkt werden, so Dänemarks Staatsminister Jens Otto Krag in einem Kommentar.³ Nachdem Norwegens Wähler den EG-Beitritt schließlich abgelehnt hatten, wurde es für die dänischen

1 S. h. Kapitel VI. Der Topos der ‚gesellschaftlichen Werte‘, S. 131 – S. 161.

2 Die dänische Regierung hatte den Termin für die Abstimmung erst einige Monate zuvor eine Woche hinter das norwegische Referendum verlegt, um mit einem „Ja“ im Nachbarland ebenfalls die Zustimmung im eigenen Land zu erreichen. Da die Meinungsumfragen lange Zeit ein dänisches „Ja“ voraussahen, die Stimmung in Norwegen jedoch schwankte, wurde diese Entscheidung nach beiden Volksabstimmungen in Dänemark - aber auch von norwegischer Seite - heftig kritisiert.

3 Politiken, 21.09.1972: På mødeturné for EF. Statsminister Jens Otto Krag (S). S. 19. (Kommentar)

Befürworter schwierig, die angestrebte EG-Mitgliedschaft mit dem Verweis auf das Nachbarland als ‚nordischen Gemeinschaftsakt‘ zu bezeichnen. Anstelle des gemeinsamen Einsatzes für die Interessen des ‚Nordens‘ betonten sie fortan, Dänemark trage nun allein ‚nordische Verantwortung‘: Als EG-Mitglied könne man „mehr für den Norden tun“, als außerhalb der EG.⁴ Der dänische Beitritt sei von „Vorteil für den Norden“⁵, etwa indem man sich dafür einsetzen könne, dass die EG Norwegen ein Handelsabkommen anbiete.⁶ Der ehemalige Staatsminister Hilmar Baunsgaard betonte in einem Bericht in *Politiken*, zwischen Norwegen und Dänemark gäbe es auch wirtschaftliche Unterschiede, weswegen man eine eigenständige Entscheidung bezüglich des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsmarkt treffen müsse.⁷ Statt gemeinsam mit Norwegen, solle fortan Dänemark als „einziges nordisches EG-Mitglied“ eine „Brücke zwischen dem Norden und der EG“ schlagen, so ein gängiges Argument von EG-Befürwortern dieser Tage.⁸

Doch auch die Beitritts-Gegner betonten Dänemarks Verantwortlichkeit gegenüber dem ‚Norden‘: In *Ekstra Bladet*, einem Medium, das dem EG-Beitritt ablehnend gegenüberstand, wurde ein „Nej“ zur EG-Mitgliedschaft als Voraussetzung für die Wiederaufnahme der ‚nordischen‘ Zusammenarbeit interpretiert.⁹ Während die Befürworter diese als nicht ausreichend bezeichneten,¹⁰ betonten die EG-Gegner, die Zusammenarbeit könne im ‚Norden‘ erst wieder aufgenommen werden, wenn Dänemark der EG nicht beitrete.¹¹ Nach Norwegens „Nej“ schließlich lehnten sie einen Alleingang grundsätzlich ab und sahen aufgrund der norwegischen Entscheidung die dänische ebenfalls als bereits besiegelt an:

-
- 4 Morgenavisen Jyllands Posten 29.09.1972: Kom til Danmark, min far! S. 15. (Glosse)
 - 5 Morgenavisen Jyllands Posten, 30.09.1972: Dansk ja til gavn for det nordiske. S. 15 (Leserbrief)
 - 6 Morgenavisen Jyllands Posten, 28.09.1972: Norge får lettere EF-aftale hvis Danmark siger ja. S. 2. (Kurznachricht)
 - 7 *Politiken*, 1.10.1972: Vi kan blive Nordens brohoved i Europa. Danmark bør være med i EF, når Norge og Sverige om få år søger optagelse, siger LOs formand Thomas Nielsen, S. 15. (Bericht); Morgenavisen Jyllands Posten, 26.09.1972: Norges nej. S. 21. (Leitartikel)
 - 8 *Politiken*, 27.09.1972: Hilmar Baunsgaard: Det bliver værre for Danmark at sige nej. S. 4. (Bericht)
 - 9 *Ekstra Bladet*, 27.09.1972: Finland vil snakke NORDEK. Tiden er inde nu, sagde Krag i svensk TV. S. 4. (Bericht)
 - 10 *Politiken*, 27.09.1972: Nordiske svaner. S. 13. (Leserbrief); Morgenavisen Jyllands Posten, 21.09.1972: Udvidet EF kan medvirke til Øst-Vest-afspændning. Gustav Barfod, forfatter, redaktør af lærebøger. S. 15. (Kommentar).
 - 11 *Ekstra Bladet*, 18.09.1972: I EF bli'r vi en provins af Tyskland. EF er ikke noget virkeligt fællesskab, siger skuespilleren Peter Steen, der ønsker globalt samarbejde. S. 8 (Bericht).

„Norwegen sagte Nein, Dänemark sagt morgen Nein.“¹² Für sie lag die eigentliche nationale Verantwortung in der Zugehörigkeit zum ‚Norden‘, der nur durch die Ablehnung der EG-Mitgliedschaft Ausdruck verliehen werden konnte.

Bei der zweiten dänischen Volksabstimmung über die Einheitliche Europäische Akte (EEA) im Jahr 1986 betonten einige Vertrags-Befürworter, der ‚Norden‘ habe von der dänischen EG-Mitgliedschaft profitiert und auch die dänische Zustimmung zum Vertragswerk von 1986 könne diese Länder stärken.¹³ Außerdem habe sich die EG in bestimmten Politikbereichen dem Nordischen Rat und damit dem ‚Norden‘ angenähert. So hätten sich etwa beide Gemeinschaften 1985 ablehnend gegenüber der Apartheidbewegung in Südafrika geäußert. Darüber hinaus hätte die EG europäischen Unternehmen, die in Südafrika angesiedelt waren, einen Verhaltenskodex auferlegt, der es ihnen untersagte, der Trennung von Weißen und Farbigen Folge zu leisten. In diesem Annäherungsprozess der europäischen an die ‚nordische‘ Politik habe Dänemark eine wichtige Rolle gespielt, so Außenminister Uffe Ellemann Jensen.¹⁴ Die EG-Befürworter sahen ihr Land weiterhin als eine Brücke zwischen EG und ‚Norden‘, das zwischen beiden Gemeinschaften vermitteln solle und könne.¹⁵ Unter „Vermittlung“ wurde dabei neben der Einführung bestimmter ‚nordischer‘ politischer Auffassungen in die Politik der EG/EU vor allem die Annäherung der europäischen Politik an die der nordischen Länder verstanden. In dieser Vorstellung wird die Abspaltung des negativen Fremdbildes von der EG/EU vom positiven Stereotyp des ‚Nordens‘ deutlich.

Die Gegner der EEA hingegen lehnten erneut die Brückenfunktion Dänemarks ab, da in ihren Augen „der Norden gar nicht Mitglied der EG“ sein wolle.¹⁶ Nach dem positiven Entscheid der Wähler forderten sie, die ‚nordische‘ Kooperation in der Außenpolitik dürfe nicht durch das europäische Vertragswerk beeinträchtigt werden.¹⁷

Verwirklichtbar schien der EG-Beitritt anderer ‚nordischer‘ Länder erstmals 1992. Bei der Abstimmung über den Maastrichter Vertrag verhandelte die EG zeitgleich mit drei ‚nordischen‘ Ländern über deren Aufnahme in die Gemeinschaft. Wie auch bisher drehte sich die dänische Debatte bei der Thematisierung des ‚Nordens‘ vor allem um Verantwortung und Vermittlung. So betonten die

12 Ekstra Bladet, 28.09.1972: Titusinder til folketog imod EF. Alle politiske retninger samler søndag i kæmpemarch gennem København. S. 30 (Bericht).

13 Politiken, 16.02.1986: Norden og EF. S. 44. (Leserbrief)

14 Politiken, 24.02.1986: Ingen grund til skepsis. Uffe Ellemann-Jensen, udenrigsminister (V). S. 25 f. (Kommentar)

15 Politiken, 1.03.1986: Norden og EF. Nordisk Råd i København. S. 24. (Leitartikel).

16 Politiken, 24.02.1986: EF-pakken og de to generationer. Arne Stinus, MF (R). S. 25. (Kommentar)

17 Morgenavisen Jyllands Posten, 4.03.1986: Nu skal ja’et bruges positivt. Niels Helveg Petersen, MF (R). S. 10. (Kommentar)

Maastricht-Befürworter, Dänemarks Zustimmung würde den ‚nordischen‘ Ländern den Weg in die EU ebnen: „Siger Danmark ja, kommer Norden med i Europa.“¹⁸ Hingegen meinte ein EU-Gegner, Dänemark müsse Norwegen, Schweden und Finnland einen EU-Beitritt unter den gegenwärtigen Bedingungen sichern, also ohne die Reformbestimmungen, die die EU mit dem Maastrichter Vertrag einleitete.¹⁹ Aufgrund seiner geografischen Lage sei das Land für die Vermittlung zwischen Europa und dem ‚Norden‘ zuständig, so der dänische Außenminister Ellemann Jensen.²⁰ Erneut wurde unter „Vermittlung“ die Einführung politischer Vorstellungen des ‚Nordens‘ in die EG/EU verstanden. Bislang sei der dänische Einsatz bereits erfolgreich gewesen indem beispielsweise das Budget der EG für Entwicklungshilfe erhöht worden sei:

På de sidste forberedelsesmøder førte Danmark således ordet på Nordens vegne i det vigtige spørgsmål om flere penge til u-landene, hvor Norden er noget mere imødekommende over for u-landene, end EF.²¹

Auch 1992 wurde die Zugehörigkeit des Landes zum ‚Norden‘ betont, diesmal jedoch wurde in Dänemarks Ablehnung des Maastrichter Vertrages die Gefahr der Isolation von den ‚nordischen‘ Ländern gesehen. Außerhalb der EU, so der Chefredakteur von *Ekstra Bladet*, gäbe es für das Land kaum eine Alternative, da es die nordischen Länder in die Gemeinschaft ziehen würde. Das „Nej“ zu Maastricht trenne Dänemark von den Ländern, mit denen es „verwandt“ sei: „Det forbandede er, at der er så vanskeligt at se en attraktiv fremtid uden for den union, som alle lande, vi er i familie med, drages af.“²² In dieser Vorstellung wird besonders deutlich, dass der ‚Norden‘ und das Gefühl der ‚nordischen‘ Zusammengehörigkeit als eigentliche Priorität empfunden werden. So betont Gade hier etwa nicht, Dänemark müsse in der EU wegen bestimmter politischer oder wirtschaftlicher Vorteile Mitglied sein, sondern dass ein Dasein außerhalb der nordischen Gemeinschaft für Dänemark nur „schwer vorstellbar“ sei.

Bei der Debatte um den Edinburgher Beschluss im Jahr 1993 meinte auch der schwedische Ministerpräsident Carl Bildt (1991-1994), Dänemarks Zustimmung könne den Weg für die „Wiedervereinigung des Nordens in europäischem Rahmen bahnen“: „Danmarks Ja baner nu også vejen for Nordens genforening inden

18 Morgenavisen Jyllands Posten; 27.05.1992: Det væsentlige: at sikre freden. Uffe Ellemann-Jensen, udenrigsminister (V). S: 10. (Kommentar)

19 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.05.1992: Folketinget ude af trit med vælgerne. Knud Glønborg, Kristeligt Folkeparti. S. 13. (Kommentar)

20 Politiken, 23.05.1992: For eller imod eller ved ikke. Uffe Ellemann-Jensen, udenrigsminister (V). S. 6 (Kommentar)

21 Politiken, 29.05.1992: Miljø lister ind i EF-kontorer. EF-kommissionen prioriterer miljøspørgsmål højere. S. 2. (Bericht)

22 Ekstra Bladet, 3.06.1992: EF-Politikerne fik fingeren. S. 2 (Leitartikel)

for europæiske rammer.”²³ Die „Vereinigung der nordischen Gemeinschaft in der EU“ läge in dänischer Hand, so ein Leser der Boulevardzeitung. Durch die Zustimmung zum Maastrichter Vertrag könne das erreicht werden.²⁴ Gegenteilige Meinung vertrat ein anderer Leser, der eine mögliche Ablehnung als „mutigen Schritt für Osteuropa und den Norden“ bezeichnete.²⁵

Im Jahr 1998 sollten die dänischen Wahlberechtigten über den Amsterdamer Vertrag abstimmen, der die umfassende Erweiterung der Europäischen Union einleiten sollte. Wie bereits die quantitative Auswertung der dänischen Mediendiskurse zeigte, bezogen sich 1998 nur noch wenige Artikel auf den ‚Norden‘. Nach dem schwedischen und finnischen EU-Beitritt wurde die Frage nach dem Weg der verbleibenden ‚nordischen‘ Länder in die Europäische Gemeinschaft kaum noch behandelt. So war Norwegen nur noch am Rande Gegenstand einiger Berichte, in denen zudem betont wurde, dass das Land durch vielfältige Kooperationsverträge mit der EU quasi ein „passives Mitglied“ sei.²⁶ Diesbezüglich trage Dänemark immer noch „nordische Verantwortung“, da es vom Nachbarland als Sprachrohr in der EU benötigt werde, so ein Leser von *Morgenavisen Jyllands Posten*.²⁷

Aus Schweden und Norwegen erreichten die dänischen Tageszeitungen Wahlempfehlungen, gegen den Amsterdamer Vertrag zu stimmen. Die norwegische Kulturministerin Anne Enger Lahnstein meinte in einem Interview, die Ablehnung des Amsterdamer Vertrages durch Dänemark könne Norwegen aus dem Schengener Abkommen befreien. Sie kritisierte vor allem ein demokratisches Defizit in der EU: „Hvem er med til at bestemme i EU? Er det Ministerrådet? Er det embedsmændene? Folket er det i hvert fald ikke, mener den norske kulturminister.”²⁸ Aus Schweden kam ebenfalls die Aufforderung gegen das Abkommen zu stimmen, da „nordische Maßstäbe“, wie Umweltschutz und Demokratie in diesem „im besten Fall nett umschrieben seien“.²⁹ Diese Reaktionen aus dem ‚nordischen‘ Umland bestätigen also das Verantwortungsgefühl, das in einigen Zeitungsartikeln zum Ausdruck kam und dem vor allem durch die Einführung nordischer Werte in der EG/EU Rechnung getragen werden sollte.

23 Politiken, 22.05.1993: Gavnligt at vente på dansk ja. Carl Bildt. Sveriges statsminister. S. 21. (Kommentar)

24 Ekstra Bladet, 17.05.1993: Foren Norden med dit ja. S. 26. (Leserbrief)

25 Ekstra Bladet, 17.05.1993: Vis dit mod. S. 26 (Leserbrief)

26 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.05.1998: Norge – EU’s passive medlem. S. 22 (Bericht)

27 Morgenavisen Jyllands Posten, 17.05.1998: Norden følger EU-reglerne. S. 11. (Leserbrief)

28 Morgenavisen Jyllands Posten, 27.05.1998: Et norsk råd: Stem nej. S. 22. (Bericht)

29 Morgenavisen Jyllands Posten; 18.05.1998: Svenskerne ville stemme nej. S. 2. (Leserbrief)

Bei der Abstimmung im Jahr 2000 meldete sich eine finnische Europaparlamentarierin zu Wort und betonte, Dänemark könne durch die Einführung des Euro dem ‚Norden‘ zu mehr Einfluss in der EU verhelfen.³⁰ Dank der Zusammenarbeit untereinander und Dänemarks Einsatz würden zentrale Wertmaßstäbe der ‚nordischen‘ Länder heute „das europäische Modell“ genannt werden: Hierunter falle der umfassende Verbraucher- und Umweltschutz, die Gleichstellung der Geschlechter und die staatliche Fürsorge für die Schwachen einer Gesellschaft. Mit der Teilnahme an der Währungsunion könne Dänemark auch weiterhin dafür Sorge tragen, dass ‚nordische‘ Wertmaßstäbe in der EU berücksichtigt wurden, so das Fazit der finnischen Abgeordneten.

III.2.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

In den Zeitungsartikeln der deutschen Medien wurden zwar mehr Artikel vor und nach der dänischen Volksabstimmung veröffentlicht als anlässlich des norwegischen Referendums. Inhaltlich war jedoch der Fokus nicht auf die dänische, sondern vielmehr auf die gesamt-nordische Entwicklung gelegt. Das dänische Referendum war für die deutschen Medien sicherlich nicht das zentrale, sondern vielmehr zeitlich das spätere, und leitete damit die Artikel ein, die die gesamt-nordische Perspektive aus deutscher Sicht behandelten. Dies wird in den Artikeln der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und *Süddeutschen Zeitung* deutlich: Nicht die einzelnen Länder waren für die Medien von Bedeutung, sondern neben Dänemark und Norwegen auch Schweden und Finnland. Island wurde auch in den deutschen Mediendiskursen nicht thematisiert.

Zwischen diesen Ländern sahen beide seriösen Zeitungen eine enge Verbindung und konstatierten, die Ergebnisse der Referenden würden auf die anderen ‚nordischen‘ Länder Einfluss haben.³¹ Aus deutscher Sicht waren die Volksabstimmungen vor allem vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes von Bedeutung. So zeigte sich die *Süddeutsche Zeitung* über die freudigen Reaktionen Moskaus anlässlich der norwegischen Entscheidung „irritiert“. Ihrer Ansicht nach stünden diese im Widerspruch zur sowjetischen Anerkennung der EWG-Institutionen einige Monate zuvor.³² Auch in der *Frankfurter Allgemeinen Zei-*

30 Politiken, 16.09.2000: Et dansk nej til svække Norden i EU. Med finske øjne. Heidi Hautala, MEP, Formand for gruppen De Grønne/Den Europæiske Fri-Alliance.S. 32. (Kommentar)

31 So zum Beispiel: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.09.1972: Wenn die Dänen und Norweger nicht beitreten. S. 17 (Kurznachricht) und *Süddeutsche Zeitung*: 27.09.1972: Mansholt: Eine Niederlage für Europa. In Brüssel rechnet man auf fünf Jahre hinaus nicht mehr mit dem Beitritt Oslos. S. 1 (Bericht); 28.09.1972: Schweden bietet Vermittlung zwischen Oslo und der EWG an, S. 2. (Kurznachricht); 5.10.1972: Dänemarks labile Innenpolitik. Im Kopenhagener Parlament gibt es nach wie vor keine feste Regierungsmehrheit. S. 4. (Bericht)

32 *Süddeutsche Zeitung*, 4.10.1972: Der Gipfelkonferenz entgegen. S. 4. (Leitartikel)

„tung“ stand der ‚Norden‘ als Gegenstand eines Tauziehens zwischen Ost und West im Mittelpunkt der Berichterstattung. Der Nichtbeitritt der Norweger wurde sogar als Annäherung an die Sowjetunion interpretiert, die bereits „bei allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen“ in Finnland involviert sei, so der Skandinavien-Korrespondent der Zeitung. In dem Leitartikel, der eine Woche nach dem dänischen Referendum veröffentlicht wurde, folgerte der Journalist aus dieser Beobachtung „Skandinavien wird labil“. ³³ In der Berichterstattung beider seriöser Medien wird deutlich, dass aus deutscher Sicht der EG-Beitritt der Länder befürwortet wurde. Die dänische „Verantwortlichkeit“ für den ‚Norden‘ in der EG wurde hier jedoch als schwedisches Interesse identifiziert, was in den dänischen Zeitungen so nicht zum Ausdruck kam. So heißt es in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wenige Tage vor dem dänischen Referendum:

Schweden, das selbst nicht in den EWG-Organen vertreten sein wird, sondern nur den Handelsvertrag bekommt, ist außerordentlich am skandinavischen ‚Brückenkopf‘ in der Gemeinschaft interessiert. Dänemark fällt diese Rolle des Brückenkopfs jetzt, falls die Abstimmung zum Beitritt führt, verstärkt zu, weil es das einzige skandinavische Land in der EWG sein würde und dort die Interessen der Nachbarländer mit wahren und Stockholm und Oslo ständig mit Informationen versorgen könnte; die skandinavische Zusammenarbeit ist eng. ³⁴

Die Argumente der dänischen Beitritts-Gegner, nach einem „Nej“ zur EG könne die ‚nordische‘ Kooperation wieder aufgenommen werden, wurden nur am Rande thematisiert: Die norwegische EG-Gegenbewegung wurde als „nationalistisch“ und ihre Mitglieder als „starrköpfige Bauern und Fischer“ charakterisiert. ³⁵

Bei der zweiten dänischen Volksabstimmung im Jahr 1986 wurde der ‚Norden‘ in den deutschen Medien nicht thematisiert. In den Medientexten von 1992 war der ‚nordische‘ Topos relativ gering und bezog sich inhaltlich ausschließlich auf die Wahrnehmung eines Gemeinschaftsgefühls der nordischen Länder und die möglicherweise hieraus resultierenden Auswirkungen auf die europäische Integration. Zum ersten Mal thematisierte auch die deutsche Boulevardzeitung *BILD* eine dänische Volksabstimmung. Jedoch nicht unter dem Aspekt des ‚Nordischen‘, weswegen der Artikel an dieser Stelle nicht näher analysiert wird.

Hingegen erinnerten sowohl die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* als auch die *Süddeutsche Zeitung* an den Zusammenhalt der ‚nordischen‘ Länder. Angesichts des skandinavischen Gemeinschaftsgefühls befürchteten beide Medien, die Entscheidung Dänemarks, den Maastrichter Vertrag abzulehnen, könne Auswirkun-

33 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.1972: Skandinavien wird labil. S. 1. (Leitartikel)

34 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.09.1972: Vor der dänischen Entscheidung. Viele Unterschiede zum Referendum über den EWG-Beitritt in Norwegen. S. 5. (Bericht)

35 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.09.1972: Verleumdungen und Emotionen in Norwegen. S. 7. (Bericht)

gen auf die Wähler der potentiellen Beitrittskandidaten Schweden, Norwegen und Finnland haben. So titelte die *Süddeutsche Zeitung*: „Skandinaviens EG-Gegner sehen sich gestärkt“.³⁶ Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zitierte einen deutschen Regierungssprecher und seine Hoffnung, ein ‚nordischer‘ Beitritt würde zu einem späteren Zeitpunkt auch die Dänen zur Ratifikation bewegen können.³⁷ Der Korrespondent der Zeitung berichtete, auch in Norwegen und Schweden stehe die Bevölkerung der EU skeptisch gegenüber.³⁸

Die deutschen Medien betonten jedoch lediglich den mentalen Zusammenhalt dieser Länder,³⁹ begründeten dies jedoch nicht mit gemeinsamen Wertmaßstäben, wie es in einigen dänischen Texten der Fall war.

Im Untersuchungszeitraum von 1993 wiesen nur zwei Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen ‚nordischen‘ Bezugsrahmen auf: Angesichts der dänischen Zustimmung zum Edinburgher Beschluss stellte der Korrespondent der Zeitung bei der norwegischen Regierung Erleichterung fest. Eine Kurznachricht bestätigte indes auch Zufriedenheit der deutschen Regierung und deren Hoffnung, das positive Ergebnis habe Einfluss auf die Verhandlungen der EU mit Schweden, Finnland und Norwegen.⁴⁰

Auch die *Süddeutsche Zeitung* meinte nach der Volksabstimmung, der Beitritt weiterer ‚nordischer‘ Länder zur EU sei nach dem dänischen Referendum wahrscheinlicher geworden.⁴¹ Wie schon bisher zeichneten beide deutschen Medien also ein Bild vom ‚Norden‘, das geprägt war durch einen engen Zusammenhalt und gegenseitigen Einfluss. Am dänischen Selbstbild, Verantwortung für den ‚nordischen‘ EU-Beitritt zu tragen, orientierte sich diese Vorstellung jedoch nicht.

36 *Süddeutsche Zeitung*, 4.06.1992: Skandinaviens EG-Gegner sehen sich gestärkt. Regierungen Schweden und Finnlands halten aber an Beitritt fest. S. 9. (Kurznachricht)

37 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.06.1992: „Europäische Union konsequent und unbeirrt verwirklichen.“ Kohl und Mitterand bedauern das Ergebnis des Referendums. Tür für Dänemark bleibt offen. S. 3. (Bericht)

38 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 6.06.1992: Schlüter strebt eine zweite Volksabstimmung an. Sonderstatus für Dänemark angestrebt. In Schweden wächst der Widerstand. In Oslo droht Rebellion. S. 5. (Bericht)

39 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.06.1992. Erschütterungen aus Kopenhagen. S. 1. (Leitartikel)

40 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.05.1993: Überwiegend Erleichterung in Bonn, S. 4; Erleichterung in den nordischen Staaten, S. 4. (Kurznachricht)

41 *Süddeutsche Zeitung*, 22.05.1993: Keine Sonderbündelei in Europa. Nach dem Maastrichter ja der Dänen und Briten liegt der Schlüssel zur Zukunft in Frankreich. S. 4. (Bericht)

Wie bereits 1986 thematisierten die deutschen Medien auch 1998 die dänische Volksabstimmung nicht in Hinblick auf den ‚Norden‘. Und auch im Jahr 2000 war der ‚Norden‘ nur am Rande Gegenstand der deutschen Medienberichte zur dänischen Volksabstimmung. In den drei Medien wurde Dänemark als das „kleine Land im Norden“⁴² bzw. als ein „kleines skandinavisches Land“ bezeichnet.⁴³ So auch bei der *BILD*-Zeitung, die das Referendum eine „Entscheidung des 5,3 Mill. Volkes im Norden“ nannte.⁴⁴

Die *Süddeutsche Zeitung* erwähnte, dass diese Abstimmung möglicherweise Auswirkungen auf Großbritannien und Schweden haben könnte, sollte in diesen Ländern ebenfalls ein Referendum abgehalten werden.⁴⁵ Eine nähere inhaltliche Auseinandersetzung mit dem ‚Norden‘ fand jedoch nicht statt.

Wie die Analyse zeigt, herrschte in den Texten der deutschen Tageszeitungen vor allem die Vorstellung vor, die ‚nordischen‘ Länder seien eine zusammengehörende Gemeinschaft und Volksabstimmungen hätten auf die Meinung der Wähler der anderen Länder Einfluss. Die dänische Vorstellung der ‚Verantwortlichkeit‘ gegenüber den ‚nordischen‘ Ländern kam jedoch in den deutschen Medientexten nicht zum Ausdruck.

III.2.2. DER NORDEN ALS GEGENBILD ZUR EG/EU

III.2.2.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Bei der Volksabstimmung von 1972 mussten die dänischen Wähler erstmals zwischen ‚nordischer‘ und europäischer Gemeinschaft abwägen: Der EWG-Beitritt setzte zunächst den Austritt aus der EFTA-Gemeinschaft voraus, in dem auch ‚nordische‘ Länder vertreten waren.⁴⁶ Es stellte sich daher die grundlegende Frage, ob die Mitgliedschaft in einer Wirtschaftsgemeinschaft, in der die ‚nordischen‘ Länder nicht vertreten waren, die darüber hinaus sogar zu deren Bündnis eine Konkurrenz darstellte, mit dem Gefühl der ‚nordischen‘ Zugehörigkeit zu vereinbaren sei.

42 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000: Decke über den Kopf und weiter wie bisher. Aber die Brüsseler Beruhigungsspielen ändern nichts an einer schleichenden Verunsicherung. S. 9 (Bericht)

43 Süddeutsche Zeitung, 30.09.2000: Nach dem Votum gegen den Euro. EU hält Tür für Dänemark offen. Prodi: Beitritt zur Währungsunion ist jederzeit möglich. Börsen reagieren gelassen auf Ergebnis des Referendums. S. 1 (Bericht)

44 BILD, 30.09.2000: Nein zum Euro. „Blanker“ Protest und lange Gesichter. S. 2. (Kurznachricht)

45 Süddeutsche Zeitung, 30.09.1972: Nach dem Votum gegen den Euro. EU hält Tür für Dänemark offen. Prodi: Beitritt zur Währungsunion ist jederzeit möglich. Börsen reagieren gelassen auf Ergebnis des Referendums. S. 1 (Bericht)

46 Siehe hierzu ausführlich Kapitel II. Der historisch-politische Kontext der dänischen Referenden, S. 31 – S. 59.

Dänemarks Beitrittsgegner stellten in *Ekstra Bladet* die Volksabstimmung als eine Wahl zwischen „nordischer Freiheit“ oder dem Dasein Dänemarks als eines europäischen „Vasallenstaates“ dar.⁴⁷ In diesem Bild spiegelt sich nicht nur die negative Bewertung der EG wider, sondern vor allem inhaltliche Divergenzen, die aus Sicht der Gegner die Gemeinschaften voneinander unterschieden. Sie waren weiter der Ansicht, es sei illusorisch, damit zu rechnen, Dänemark könne in der EG Einfluss geltend machen.⁴⁸ In ‚nordischer‘ Gemeinschaft jedoch, so der Rückschluss aus dieser Vorstellung, agiere Dänemark gleichberechtigt. Einige Artikel definierten den ‚Norden‘ als kulturelle Gemeinschaft, die EG hingegen vor allem als ein wirtschaftspolitisches Bündnis.⁴⁹ In einem Leitartikel erläuterte *Morgenavisen Jyllands Posten* ihren Lesern einige Tage vor dem norwegischen Referendum, es sei für den ‚Norden‘ von Vorteil, wenn man sich künftig um rein „folkelige“ Bindungen unter den nordischen Ländern kümmern könne und die ökonomischen Details der EG überantworten würde.⁵⁰ Es wurde also einerseits die inhaltliche Ausrichtung beider Gemeinschaften differenziert, andererseits aber auch, vonseiten der Gegner, eine Wertung in diese Vorstellung integriert. Für die EG-Befürworter hingegen bestand zwischen den unterschiedlichen inhaltlichen Betätigungsfeldern der nordischen Länder und der EG-Mitgliedschaft kein Widerspruch.

Das Textkorpus von 1986 war insgesamt das Kleinste und auch der ‚Norden‘ nimmt in den Zeitungsartikeln dieser Abstimmung nur durchschnittlich sechs bis acht Prozent aller Artikel ein. Insbesondere nach dem Referendum wurden sehr wenige Artikel veröffentlicht: Die Medien beschäftigten sich in dieser Zeit vor allem mit dem Mord am schwedischen Ministerpräsidenten Sven Olof Palme, der einen Tag nach der dänischen Abstimmung geschehen war. Inhaltlich war es eine komplizierte Abstimmung und die Wähler beklagten sich über den Umfang des „EG-Paketes“, wie die Abstimmung über die Einheitliche Europäische Akte (EEA) genannt wurde. Sie sollten zu mehreren Fragen Stellung beziehen, über Inhalt und Folgen fühlten sie sich jedoch nicht ausreichend aufgeklärt. Ein Leser vermutete in diesem Zusammenhang, der ‚Norden‘ sei als „Pluswort“ in die Debatte eingeführt worden, um das „EG-Paket an die Wähler zu bringen“.⁵¹

47 Ekstra Bladet, 28.09.1972: Titusinder til folketog mod EF. S. 30 (Bericht); 30.09.1972: Er Danmark stadig frit om tre dage? S. 1. (Leitartikel)

48 Ekstra Bladet, 3.10.1972: Danmark er nu en Vasalstat. S. 13. (Bericht); Morgenavisen Jyllands Posten, 26.09.1972: Norges nej. S. 2. (Leitartikel)

49 Politiken 24.09.1972: Dansk, norsk og fælles. Danmarks håb om Norges folkeafstemning. S. 10. (Leitartikel)

50 Morgenavisen Jyllands Posten: 22.09.1972: Nej i Norge. Emne: Danmark kommer måske til at gå ene. S. 10. (Leitartikel)

51 Morgenavisen Jyllands Posten, 24.02.1986: Folketing eller marketing. S. 10. (Leserbrief)

Obwohl der Topos rein quantitativ nicht viele Artikel umfasste, war er inhaltlich ausdrucksstärker als im Untersuchungszeitraum von 1972. In den meist kommentierenden Artikeln wurde der ‚Norden‘ vor allem als Lebensraum gekennzeichnet, in dem gesellschaftliche Werte wie Demokratie, Umweltschutz, Entwicklungshilfe und der Wohlfahrtsstaat angeblich mit besonders hohen Standards verwirklicht würden. Dies verdeutlicht der Kommentar eines Politikers, der wenige Tage nach der Abstimmung in der Rubrik *„Kroniken i Politiken“* erschien. In dieser Spalte ließ die Zeitung tagespolitisch aktuelle Ereignisse von Experten kommentieren. Der fehlende inhaltliche Bezug zur EG und der Volksabstimmung fällt in diesem Kommentar daher besonders auf. Die Zeitung bettete den Text dennoch in die EG-Debatte ein und schrieb als Einleitung, der Autor habe „in diesen Tagen, in denen die EG wie ein Graffiti auf der Tapete klebt, den Blick gen Norden gewandt“.⁵² Die positiven Werte, die die ‚nordischen‘ Länder im Inneren miteinander verbinde, stellte der Kommentator in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. So teilten die Länder gemeinsame Haltungen zu Demokratie, Ethik, Moral, Rechtsverständnis, Humanismus und sozialer Verantwortung. Aber auch die geografische Gegebenheit, dass nämlich die ‚nordischen‘ Länder allesamt kleine Staaten seien, die zwischen Größeren lägen, ergäbe ein Gefühl der Verbundenheit. Der ‚Norden‘, so das Fazit des Autors, sei „lebendig“:

Alligevel er der på en række områder et særligt fællesskab. En samfølelse, og forståelse i synspunkter, som næppe kan findes mellem en gruppe af lande noget andet sted i verden. Det er noget med fælles holdninger til demokrati, etik, moral, retsfølelse, humanisme, socialt ansvar – og dertil det ikke uvæsentlige, at vi er en række små lande, beliggende mellem store, og det kan give os en ekstra grund til fællesskab uden at det behøver at have noget med militært forsvar at gøre.⁵³

Der Leerstelle, die die EG in diesem Text einnimmt, setzte der Autor ein positives Gegenbild vom ‚Norden‘ entgegen. Dafür spricht die zeitliche Einordnung des Kommentars, der durch die Zeitung wenige Tage nach der Volksabstimmung veröffentlicht wurde. Es bestand kein anderer tagespolitisch aktueller Anlass, die ‚nordische‘ Zusammenarbeit in dieser ausführlichen Art und Weise zu kommentieren. Und schließlich war es der erste und letzte Kommentar, der seit der Volksabstimmung in dieser Rubrik veröffentlicht wurde.

Doch auch in anderen Texten wurden, wie hier, der ‚Norden‘ und die EG einander diametral gegenübergestellt. Eine Leserin von *Ekstra Bladet* macht in Bezug auf soziale Rechte gar ein Nord-Süd Gefälle aus: So seien Frauen und Pensionäre im Süden Europas weitaus schlechter gestellt als in Nordeuropa. Die EG-Mitgliedschaft Dänemarks gefährde die hohen dänischen Standards durch den

52 Politiken, 4.03.1986: Kroniken i Politiken: Vi skal videre i det nordiske samarbejde. Sven Haugaard, MF (R). S. 25 f. (Kommentar)

53 Ebd., S. 26.

von Männern gelenkten EG-Apparat, so ihre Warnung.⁵⁴ Eine solche geographische Abgrenzung wurde jedoch allein in der Boulevardzeitung artikuliert, wie z.B. in einem Leitartikel: Die Chefredaktion begrüßte ihre Leser am 28. September 1986 im „Römischen Reich“, in das Dänemark aufgenommen sei.⁵⁵ Nun beginne die Beherrschung des Landes durch Süd- und Mitteleuropa. Eine Zeichnung des erwachenden Nationalheiligen Holger Danske,⁵⁶ auf dessen Knie ein hämisch lachendes Männchen sitzt, verdeutlichte die nationale Abhängigkeit, in die Dänemark aus Sicht von *Ekstra Bladet* geraten sei.

Insgesamt wurde die EG 1986 stärker in die Betrachtungen einbezogen als noch 1972. Dabei wurde derselbe Wertmaßstab angelegt, mit dem auch der ‚Norden‘ in diesem Jahr beurteilt wurde. Die EG schnitt in diesem Vergleich jedoch schlecht ab: Schon fast als hilflose Rechtfertigung erscheint in diesem Kontext der Kommentar des dänischen Ministerpräsidenten, der in *Morgenavisen Jyllands Posten* betonte, das EG-Parlament sei, wie das Dänische, durch das Volk gewählt.⁵⁷ In einigen Artikeln wurde neben dem Demokratiegehalt im Entscheidungsprozess der EG auch die Möglichkeit der Mitgliedstaaten, weiterhin souverän zu agieren hinterfragt. Ein Gegner betonte, die europäischen Institutionen unterbänden die Eigenständigkeit der Nationen, der ‚Norden‘ hingegen nicht.⁵⁸

Die Gegner führten den ‚Norden‘ bewusst als positiven Gegensatz zur EG in die Berichterstattung ein⁵⁹ und forderten beispielsweise, die ‚nordischen‘ Länder sollten außerhalb der EG „zum Vorbild anderer Länder Demokratie leben“.⁶⁰ Auch die Befürworter sahen aufseiten Europas ein Defizit, etwa im Bereich des Umweltschutzes. In ihren Augen hatte Dänemark jedoch die Möglichkeit, die Entwicklung in der EG zu prägen und bessere Umweltstandards durchzusetzen.⁶¹ Als Anwalt der unterdrückten Drittweltländer solle das Land den Kampf um bessere Lebensbedingungen in und außerhalb Europas fortsetzen.

54 Ekstra Bladet, 27.02.1986: Kvinder – vågn op! S. 34. (Leserbrief)

55 Ekstra Bladet, 28.02.1986: Velkommen i Romerriget. S. 2. (Leitartikel)

56 Holger Danske ist der Nationalheilige Dänemarks. Wenn Dänemarks Freiheit in Gefahr ist, wird er aus einem tiefen Schlaf erwachen und für das Land kämpfen, so die Mythe.

57 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.02.1986: Poul Schlüter: Nej skaber kaos. S. 20. (Interview)

58 Morgenavisen Jyllands Posten, 26.02.1986: Selvforsyning er vejen frem. S. 19. (Leserbrief)

59 Morgenavisen Jyllands Posten, 25.02.1986: Penge til våbenfabrikker? S. 12. (Leserbrief)

60 Politiken, 19.02.1986: EF skygger for Europa. Nej til EF-pakken vil skabe respekt om Danmark. Else Hammerich, Folkebevægelse mod EF. S. 25. (Kommentar)

61 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.02.1986: Danmarks internationale rolle. S. 11. (Leserbrief)

Vor allem die Unterschiede zwischen dem inhärent guten und vorbildlichen ‚Norden‘ und der EU als einer reformbedürftigen Gemeinschaft, wurden bei der Volksabstimmung über die Ratifikation des Maastrichter Vertrages 1992 betont. So meinte etwa der dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen, der ‚Norden‘ und Dänemark sollten als Vorbild für Europa fungieren.⁶² Die ‚nordischen‘ Erfahrungen könnten der Gemeinschaft zugute kommen,⁶³ und die schlechten Arbeitsbedingungen, die in anderen Ländern herrschten, könnten sich unter ‚nordischem‘ Einfluss in der EU ändern.⁶⁴ Ein Maastricht-Gegner meinte hingegen, es sei „nordisch, mit Nein zu stimmen“: „Stem nordisk – stem nej.“⁶⁵

Inhaltlich ähnliche und gleiche Schwerpunkte weist der ‚nordische Topos‘ 1993 auf. Im Vergleich der beiden Gemeinschaften miteinander schnitt das europäische Bündnis auch in dieser Debatte nicht gut ab. Als ein Beitrittsziel der ‚nordischen‘ Länder bezeichnete der Vorsitzende der Homosexuellen Dänemarks die Verbesserung der demokratischen Struktur der EU:

De [resten af Skandinavien] skal med, det er absolut nødvendigt, for at EF kan blive en velfungerende demokrati. EF's store demokratiske underskud løses lettere, hvis flere skandinaviske lande er med til at påvirke og præge. Vores demokratiske traditioner er noget bedre end det øvrige Europas og det er vigtigt, at de bliver medlem.⁶⁶

In diesem Text kommt deutlich die Vorstellung der fast schon missionarisch verstandenen Aufgabe des ‚Nordens‘, die EU zu reformieren, zum Ausdruck. Aus den USA schrieb ein Däne in einem Leserbrief, das „restliche Europa“ sei „gar nicht auf einem Niveau mit Skandinavien“ was etwa „die politische Lenkung und eine gesunde Gesellschaft“ betreffen.⁶⁷ Da es zudem „naiv“ sei zu glauben, dass „293 Millionen [Bürger der EU-Mitgliedstaaten] sich ändern“ würden, sei die Ablehnung des Edinburgher Beschlusses die einzige Möglichkeit, das ‚nordische‘ Gesellschaftsmodell zu bewahren.

62 Morgenavisen Jyllands Posten, 26.05.1992: Hvad vil nej-sigerne efter 2. juni? Henrik H-Thøgersen, Unge Europæiske Føderalister. S. 2 (Kommentar)

63 Morgenavisen Jyllands Posten, 24.05.1992: Behov for nordisk samarbejde. S. 8 (Kurznachricht)

64 Morgenavisen Jyllands Posten, 17.05.1992: Før nej – nu ja. S. 40. (Leserbrief)

65 Morgenavisen Jyllands Posten, 28.05.1992: Stem nordisk – stem nej. S. 10. (Leserbrief)

66 Politiken, 12.05.1993: 1972: nej, 1986: nej, 1992: ja, 1993: ja. Steffen Jensen, København. International sekretær, Landsforeningen for Bøsser og Lesbiske, 45 år. S. 7 (Kommentar)

67 Politiken, 13.05.1993: Politikerne savner opbakning. En afstemning, der skaber spild. S. 4. (Leserbrief)

Die Befürworter des europäischen Vertragswerkes hingegen meinten, Dänemark müsse „mit aller Macht versuchen“ den „europäischen Prozess“ zu beeinflussen. Gemeinsam mit den anderen ‚nordischen‘ Ländern könnten „nordische Standards“, zum Beispiel „mehr Demokratie nach nordeuropäischem Vorbild“ in der EU durchgesetzt werden. In ganz Europa könnte auf diese Weise politische Stabilität erzielt werden:

Vi må forblive i magtens centrum med alle midler og gradvist søge at påvirke den europæiske proces i en retning med mere demokrati efter nordeuropæiske forbilleder, for på lang sigt at sikre den politiske stabilitet i hele det europæiske område.⁶⁸

Bei der nächsten Volksabstimmung in Dänemark im Jahr 1998 wurde mit dem Schengener Abkommen auch die ‚nordische‘ Passunion zum Gegenstand der Debatte. Dabei wurde die europäische Kooperation vor allem an der schon länger bestehenden ‚nordischen‘ Passunion gemessen. Einen Vergleich des europäischen mit dem ‚nordischen‘ Abkommen wies jedoch ein *Ekstra Bladet*-Leser zurück. Im ‚Norden‘ gäbe es nicht wie in Europa „fremde Polizisten, die in Hintertärten saßen und mit Schusswaffen rumlaufen“ würden:

Vi har da ikke nogen hemmelig registrering af borgerne på nordisk plan eller nogen Schengen-manual for nordisk politi. Vi har heller ikke nordisk politi siddende i danske baghaver eller noget fremmed politifolk susende rundt med skydevåben.⁶⁹

In *Morgenavisen Jyllands Posten* war gar zu lesen, Dänemarks ‚nordische‘ Art stehe durch die weiteren integrativen Schritte der EU in Gefahr, vom Katholizismus überrollt zu werden.⁷⁰ Doch diese Vorstellung war die Ausnahme, obwohl *Politiken* berichtete, der von ausländischen Medien am Tag der Abstimmung am häufigsten porträtierte Däne sei ein Gegner mit religiösen Motiven.⁷¹ Dieser protestierte auch bei der Abstimmung über die Euro-Einführung. In einem Leserbrief schrieb er, die EU ebne dem „Antichrist“ den Weg.⁷²

68 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 23.05.1993: Jeg stemte mod Unionen. S. 8. (Leserbrief)

69 *Ekstra Bladet*, 22.05.1998: Schengrende skørt. S. 24. (Leserbrief)

70 *Morgenavisen Jyllands Posten*. 18.05.1998. Katholicismen dominerende i EU. S. 11. (Leserbrief)

71 *Politiken*, 29.05.1998: Moses hittede. S. 57. (Kurznachricht). Es sei hier bereits betont, dass in den deutschen Tageszeitungen keine Abbildung dieses religiösen Gegners gefunden wurde.

72 *Ekstra Bladet*, 24.09.2000: Moses kæmper for et nej. S. 21. (Leserbrief)

Die Befürworter betonten auch in dieser Abstimmung, der „nordische Einfluss“ würde Europa „verbessern“. Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen erklärte seine Vision eines „nordischen Europas“ in einem Interview und bezog sich dabei vor allem auf den Wohlfahrtsstaat.⁷³ Durch die Aufnahme weiterer Mitgliedstaaten in die EU hätte Dänemark weitere potentielle Bündnispartner und damit mehr Einfluss in der EU. Im Zuge dieser Machtverteilung würde das ‚nordische‘ Wohlfahrtsmodell im nächsten Jahrhundert kein besonderes System mehr sein, das man ständig verteidigen müsse. Dann würde es ein Teil der offensiven politischen Strategie Europas werden, so der Politiker:

Det er da en fantastisk vison, at den nordiske velfærdsmodel i næste århundrede ikke længere bliver et særligt system, som vi hele tiden skal forsvare defensivt, men bliver en offensiv politisk strategi i Europa.⁷⁴

Bei der Abstimmung über die Einführung der gemeinsamen Währung in Dänemark wurde der ‚Norden‘ vor allem in Hinblick auf die Frage nach seinem Einfluss in der EU in die Medienberichte integriert. Nur noch die Gegner betonten den ‚Norden‘ dabei als Wertegemeinschaft und positives Gegenbild zur EU. Eine Parlamentsabgeordnete meinte in ihrem Kommentar, Frauen seien zu Recht EU-skeptisch, da die EU mit den Werten des ‚nordischen‘ Wohlfahrtsmodells in Konflikt stünde.⁷⁵ Die Gefährdung der ‚nordischen‘ gesellschaftlichen Solidarität sei nur durch die Ablehnung der Euro-Einführung abzuwenden, meinte auch ein anderer Gegner.⁷⁶ Der ‚Norden‘ sei eine kulturelle Gemeinschaft, die ein politisches „nærhedsprincip“ verwirkliche, wie es in der EU nicht möglich sei.⁷⁷ Da „man Identität nicht teilen kann“, gehöre Dänemark dem ‚Norden‘ und nicht Europa an, so der Euro-Gegner weiter.

III.2.2.2. Deutsche Zeitungsartikel

Bestimmte Kritikpunkte, wie etwa die mangelhafte Umsetzung des demokratischen Systems und die allgemeine Reformbedürftigkeit der Gemeinschaft wurden in den deutschen Zeitungstexten häufig als dänische, manchmal auch als ‚nordische Kritik‘ an der EG/EU identifiziert. Die Differenz, die in einigen dänischen Medientexten jedoch zwischen dem ‚Norden‘ einerseits und der EG/EU andererseits gesehen wurde, kam dabei jedoch nicht zum Ausdruck.

73 Politiken, 20.05.1998: Usikkerheden ved et nej. Kun to ting er sikre: Statsministeren bliver og der kommer ikke nye folkeafstemninger. S. 10. (Bericht)

74 Ebd.

75 Politiken.23.09.2000: Feminin EU-skepsis er forståelig. Drude Dahlerup, JuniBevægelsen. S. 36. (Kommentar)

76 Politiken, 20.09.2000: Dårligere velfærd. S. 5. (Kurznachricht)

77 Politiken, 20.09.2000: Identitet kan ikke deles. S. 4. (Kurznachricht)

So zitierte Frankfurter Tageszeitung kurz nach der norwegischen Abstimmung 1972 den designierten Staatsminister Anker Jørgensen, der den Ausbau der Demokratie in der EG forderte.⁷⁸ Von der *Süddeutschen Zeitung* wurde dies als eine „skandinavische Debatte“ bezeichnete.⁷⁹ Die Chefredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* forderte indes, die Gemeinschaft müsse als „Lehre aus der Abstimmung“ eine umfassende Demokratisierung einleiten.⁸⁰ Dieser Leitartikel macht deutlich, dass das „Demokratiedefizit“ der EG bereits zu Beginn der 70er Jahre nicht nur von dänischer, sondern auch von deutscher Seite kritisiert wurde.

Da durch die Einheitliche Europäische Akte (EEA), über die die dänischen Wähler 1986 abstimmten, eine Umstrukturierung der EG eingeleitet werden sollte, sah die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dem Ausgang des Referendums optimistisch entgegen: „Allgemein wird erwartet, daß die Volksbefragung, welche an diesem Donnerstag in Dänemark stattfindet, mit einem kräftigen Ja zur Reform der Europäischen Gemeinschaft enden wird.“⁸¹ Auch in diesem Leitartikel wurde von der dänischen Kritik am System der EG berichtet.

Dies war auch bei der darauffolgenden Abstimmung im Jahr 1992 der Fall. Der von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* nach Brüssel entsandte Journalist Peter Hort berichtete, Dänemarks Ablehnung sei in Brüssel als Zeichen aufgefasst worden, „die Institutionen der EU zu reformieren und vielerlei unnötige Gesetz- und Harmonisierungsvorschläge zu bremsen.“⁸² Bei dem Referendum über die Euro-Einführung im Jahr 2000 meinte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Dänemark habe „Europa, wie 1992, ins Schlingern gebracht“.⁸³ „Auch heute“, sei Dänemark noch der „Sprecher der skeptischen europäischen Bevölkerung“, so ein Journalist der Zeitung, der schließlich fragte, ob Europa „ein all zu ferner Traum und ferner Kontinent“ sei.

78 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.1972: Dänemark: Befürchtungen der Grönländer. S. 4. (Kurznachricht)

79 Süddeutsche Zeitung, 6.10.1972: Wehner warnt vor EWG-Krise bei Kampf um soziales Europa. S. 1. (Kurznachricht); 6.10.1972: Demokratie in der EWG unterentwickelt. Das parlamentarische System muss von der Gemeinschaft selbst gefördert werden. S. 6. (Bericht)

80 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.09.1972: Schwerer Schlag. S. 1. (Leitartikel)

81 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.02.1986: Blockieren – das geht nicht mehr. S. 1. (Leitartikel).

82 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.06.1992: Brüsseler Sorgen wegen der Gaspedalstellung von Gabelstaplern. Der EG-Kommission fehlt die Bodenhaftung. S. 3. (Bericht)

83 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000: Decke über den Kopf und weiter wie bisher. Aber die Brüsseler Beruhigungspillen ändern nichts an einer schleichenden Verunsicherung. S. 3. (Bericht)

In all diesen Berichten der seriösen deutschen Medien wurde eine generelle Kritik am System und vor allem am Demokratiegehalt der EG/EU deutlich und sogar durch eine deutsche Sichtweise auch bestätigt. Dies zeigt, dass das „Demokratiedefizit“ keineswegs eine rein dänische oder gar „nordische“ Haltung der EG/EU gegenüber war, sondern vielmehr eine, in der Europäischen Gemeinschaft verbreitete Ansicht war.

IV. DER TOPOS ‚DEUTSCHLAND‘

In den untersuchten dänischen Medientexten war der deutsche Nachbarstaat Gegenstand einiger Zeitungsartikel. Dies überrascht insofern, als dass keines der Vertragswerke, zu denen die dänischen Wähler Stellung beziehen sollten, Deutschland oder aber Dänemarks spezielles Verhältnis zu Deutschland betrafen. Im Kontext der europäischen Integration gab es somit keinen Anhaltspunkt, der die Thematisierung des Topos in den dänischen Mediendiskursen rechtfertigen würde. Selbst die deutsche Wiedervereinigung, die zweifelsohne ein Ereignis darstellte, das Europa veränderte, erfolgte nicht im unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang mit einem dänischen Referendum. Hingegen war Deutschland schon seit einigen Jahrzehnten ein wichtiger Bestandteil dänischer Politik und insbesondere seit den Erfahrungen der Besatzungszeit in der gesellschaftlichen Debatte gegenwärtig. Auf der Grundlage der quantitativen Analyse wird die Inhaltsanalyse zu zeigen haben, inwiefern die Thematisierung ‚Deutschlands‘ auf der Grundlage der historischen Erfahrungen mit dem Nachbarland geschah. Vielleicht kann diese Analyse sogar dazu beitragen, einige der stereotypen dänischen Vorstellungen von ‚Deutschland‘ im Allgemeinen zu identifizieren.

Im Folgenden werden die quantitativen Merkmale des Topos ‚Deutschland‘ erörtert. Die Zeitungstexte wurden diesem Themenbereich zugeordnet, sofern sie die Wörter ‚Deutschland‘, ‚Deutsche/r‘, ‚deutsch‘ bzw. ‚Tyskland‘, ‚Tysker‘, ‚tysk‘ beinhalteten. Außerdem, wenn festgestellt werden konnte, dass der Themenbereich ein wesentlicher Gegenstand der Texte war und Deutschland nicht etwa nur im Zuge einer Aufzählung erwähnt wurde. Im Lauf der qualitativen Analyse wurde deutlich, dass über die gesuchten Wörter hinaus auch deutschsprachige Zitate und Begriffe Merkmale für die Thematisierung des Topos in den dänischen Medien waren.

IV.1. QUANTITATIVE ANALYSE

IV.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Der Topos ‚Deutschland‘ wurde in 264 der dänischen Zeitungstexte behandelt. Mit fünf Prozent Anteil am gesamten Textkorpus nimmt dieser Themenbereich nur eine Nebenrolle in den dänischen Mediendebatten anlässlich der sechs untersuchten Volksabstimmungen ein. Dabei wird der Topos jedoch über die Jahre hinweg konstant in die Berichterstattung einbezogen.

Kontinuierlich am umfangreichsten behandelte die Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* ‚Deutschland‘ während der ersten drei Volksabstimmungen mit elf bzw. dreizehn Prozent. Bei der Abstimmung im Jahr 1993 hingegen konnten nur noch sechs Prozent dem Topos zugeordnet werden.

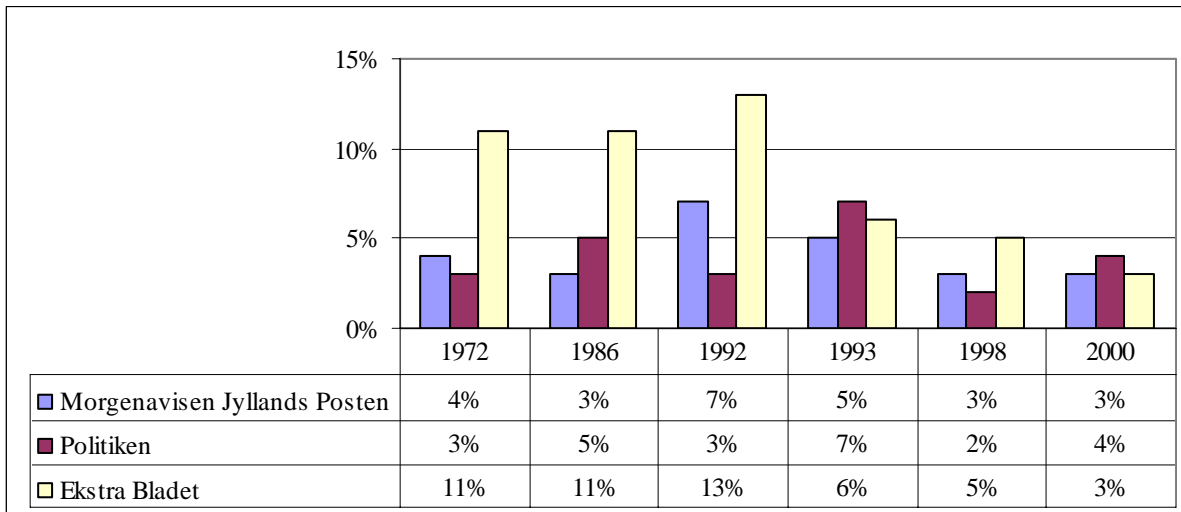


Tabelle 1: Anteil der dänischen Artikel, die u.a. dem Topos ‚Deutschland‘ zugerechnet werden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	14 (342)	8 (289)	30 (406)	21 (388)	11 (361)	12 (365)
Politiken	7 (216)	7 (136)	10 (336)	16 (220)	7 (312)	16 (434)
Ekstra Bladet	27 (237)	12 (111)	29 (222)	13 (232)	16 (313)	8 (309)

Tabelle 2: Absolute Zahlen zu Tabelle 1.

Anders als bei *Ekstra Bladet* thematisierten beide seriösen dänischen Tageszeitungen den Topos fortwährend in nur rund sechs Prozent der veröffentlichten Texte. Dabei integrierte *Morgenavisen Jyllands Posten* ähnlich wie *Ekstra Bladet* den Topos 1992 in größerem Umfang in ihre Berichterstattung als 1993. Bei *Politiken* hingegen ist umgekehrtes zu beobachten: Hier erreichte der deutsche Topos seinen zeitungswirtschaftlichen Kulminationspunkt bei der Abstimmung im Jahr 1993. Zeitungswirtschaftswidrig nahm die Thematisierung des ‚Deutschland‘ Topos im Zuge der letzten drei Referenden ab. Nur noch sieben bis vier Prozent der Zeitungsartikel können in den Jahren 1993, 1998 und 2000 dem Themenbereich zugerechnet werden.

Die Auszählung des verwendeten Textgenres zeigt, dass auch dieser Topos vor allem in Leserbriefen, Kommentaren und Leitartikeln Gegenstand der medialen Debatte war. Ebenso wie der ‚Norden‘ scheint dies ein emotional geprägtes Thema zu sein, das überwiegend durch Leser und Kommentatoren in die Mediendiskurse eingeführt wurde und damit Teil der persuasiven Medienkommunikation war. Eine Ausnahme bildet die Berichterstattung von *Ekstra Bladet* im Untersuchungszeitraum von 1972: Zwölf von insgesamt 27 Texten, die unter der Kategorie ‚Deutschland‘ zusammengefasst werden können, sind Berichte. Dieses Textgenre erfordert sehr viel mehr journalistische Arbeit, als beispielsweise eine kurze, neutrale Nachricht. Generell werden solche Themen, denen

die Zeitung ein hohes Leserinteresse zuzuschreiben, in Berichten ausführlicher dargestellt. Es kann also davon ausgegangen werden, dass *Ekstra Bladet* ‚Deutschland‘ eine besondere Bedeutung im dänischen Entscheidungsprozess um den EG-Beitritt 1972 zumaß.

Die quantitative Auswertung der in den Texten artikulierten Meinungen zu dem Abstimmungsgegenstand ergibt markante Zahlen für das Medium *Ekstra Bladet*: In allen Artikeln, die sich 1972 inhaltlich auf Deutschland bezogen, wurde gegen den EG-Beitritt votiert (s. Tabellen 3 und 4). Dieser Anteil pendelte sich im Lauf der folgenden Abstimmungen auf rund 75 Prozent ein. Doch auch bei *Morgenavisen Jyllands Posten* enthielten 1972 immerhin über 50 Prozent der ‚deutschen‘ Artikel Argumente von dänischen Beitrittsgegnern. Nur *Politiken* zeigt in diesem Jahr eine klare Gegenposition: Hier waren es überwiegend die EG-freundlichen Meinungen der Befürworter, die in Verbindung mit dem Topos eingebracht wurden (s. Tabellen 5 und 6, S. 89). Während bei den seriösen Medien die unterschiedlichen Meinungen relativ ausgewogen jeweils rund 50 Prozent der Texte ausmachten, waren es bei der Boulevardzeitung noch bis zur letzten Abstimmung überwiegend die Gegner des jeweiligen Abstimmungsgegenstandes, die sich inhaltlich auch auf Deutschland bezogen.

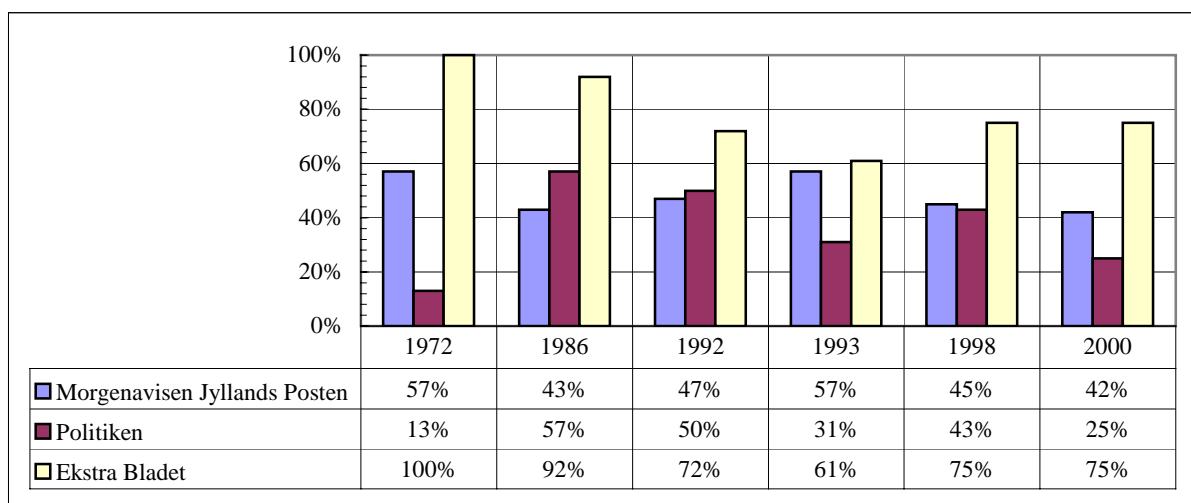


Tabelle 3: Anteil der Artikel, die u.a. dem Topos ‚Deutschland‘ zugerechnet werden und in denen überwiegend Contra-Argumente erwähnt wurden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	8 (14)	3 (7)	14 (30)	12 (21)	5 (11)	5 (12)
Politiken	1 (8)	4 (7)	5 (10)	5 (16)	3 (7)	4 (16)
Ekstra Bladet	27 (27)	11 (12)	21 (29)	19 (31)	12 (16)	6 (8)

Tabelle 4: Absolute Zahlen zu Tabelle 3.

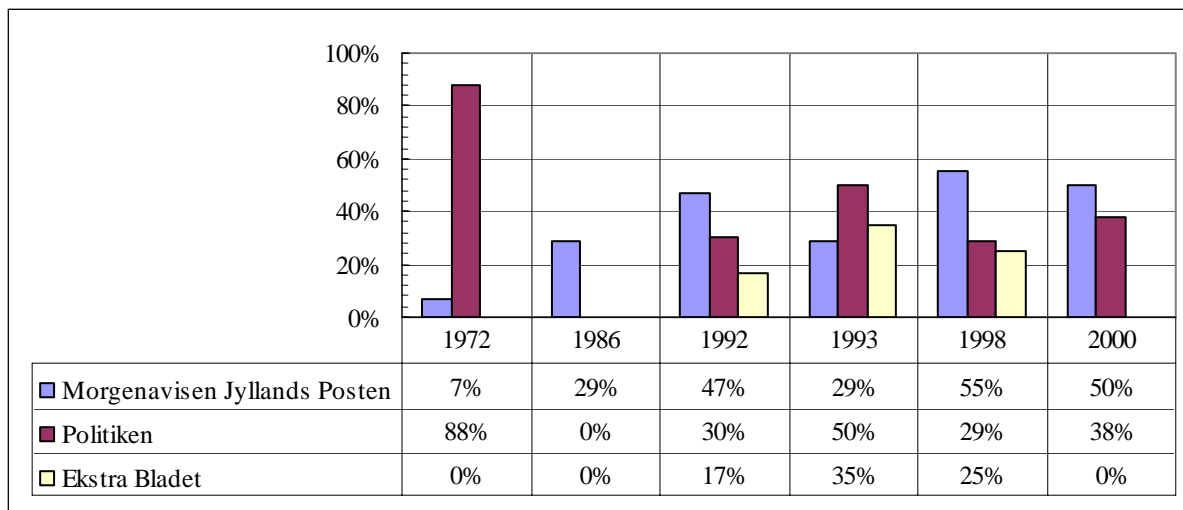


Tabelle 5: Anteil der Artikel, die u.a. dem Topos ‚Deutschland‘ zugerechnet und in denen überwiegend Pro-Argumente erwähnt wurden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	1 (14)	2 (7)	14 (30)	6 (21)	6 (11)	6 (12)
Politiken	7 (8)	0 (7)	3 (10)	8 (16)	2 (7)	6 (16)
Ekstra Bladet	0 (27)	0 (12)	5 (29)	11 (31)	4 (16)	0 (8)

Tabelle 6: Absolute Zahlen zu Tabelle 5.

IV.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die Untersuchung der deutschen Medien und ihrer Berichterstattung über die dänischen Volksabstimmungen wird in die vorliegende Untersuchung integriert, um zu überprüfen, ob dänische Heterostereotypen von ‚Deutschland‘ von deutschen Medien wahrgenommen wurden.

Auf der Grundlage dieser Überlegungen ergibt die quantitative Analyse der deutschen Medien, dass der Topos nur am Rande ein Teil der Informationsübermittlung deutscher Tageszeitungen über die dänischen Referenden war. Von den insgesamt 160 Artikeln, die die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die *BILD*-Zeitung zu den sechs Referenden in Dänemark veröffentlichten, thematisieren nur acht Texte, rund sechs Prozent des Textkorpus, ‚Deutschland‘ im dänischen Wahlkampf (s. Tabellen 7 und 8, S. 90).

Die *BILD*-Zeitung veröffentlichte mit drei Artikeln insgesamt nur sehr wenig Texte über die dänischen Referenden.

Die Auswertung des Textgenres zeigt, dass die deutschen Tageszeitungen ihre Leser über die Thematisierung ‚Deutschlands‘ in den dänischen Mediendiskursen vor allem in Berichten und Kurznachrichten informierten. Diese Rubrik entspricht der journalistischen Ausgangslage, die die Berichterstattung über ausländische (Wahl-) Ereignisse oftmals in die Hände von Korrespondenten legt.

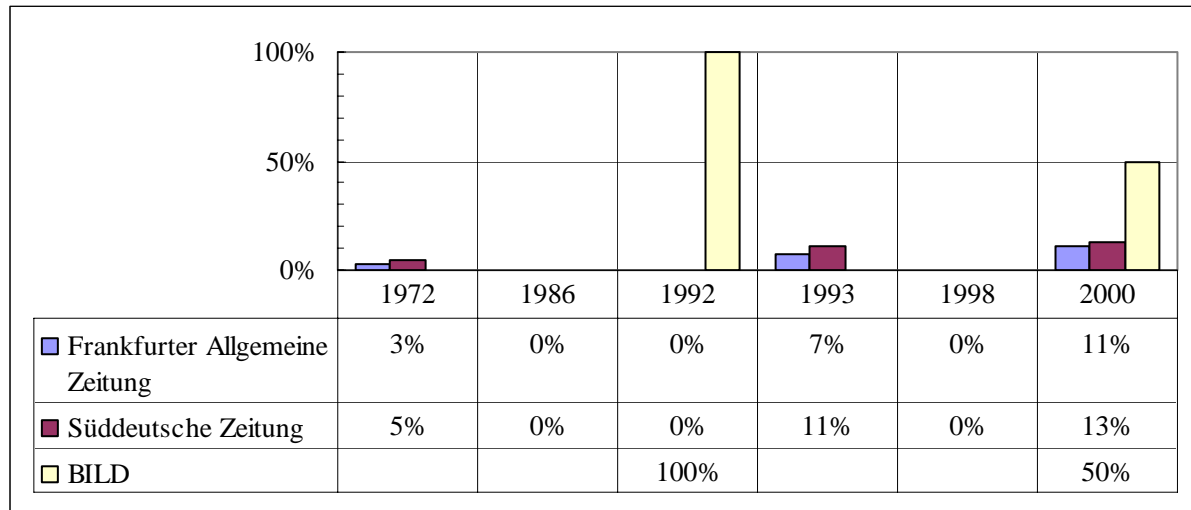


Tabelle 7: Anteil der deutschen Artikel, die u.a. dem Topos ‚Deutschland‘ zugerechnet werden

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Frankfurter Allgemeine Zeitung	1 (30)	0 (3)	0 (30)	1 (14)	0 (2)	1 (9)
Süddeutsche Zeitung	1 (22)	0 (6)	0 (22)	1 (9)	0 (3)	1 (8)
BILD	/	/	1 (1)	/	/	1 (2)

Tabelle 8: Absolute Zahlen zu Tabelle 7.

Der Topos wurde bei den seriösen Tageszeitungen als Teil der Argumentation der dänischen Gegner des jeweiligen Abstimmungsgegenstandes dargestellt. Die *BILD*-Zeitung erwähnte diese dänische Debatte nicht.

IV.2. QUALITATIVE ANALYSE

Ogleich ‚Deutschland‘ rein quantitativ keinen umfangreichen Topos darstellt, ist schon die Tatsache, dass das Nachbarland überhaupt Gegenstand der dänischen Medientexte war, die anlässlich der Volksabstimmungen veröffentlicht wurden, bemerkenswert.

Interessant ist der quantitative Rückgang an ‚deutschen‘ Artikeln in der dänischen Boulevardzeitung bei den Referenden von 1992 und 1993. Das könnte mit der Stellungnahme der Chefredaktion von *Ekstra Bladet* zu den Abstimmungsgegenständen dieser beiden Referenden zusammenhängen: Beide Male empfahl diese ihren Lesern die Zustimmung zum Vertragswerk und begründete dies mit der ihrer Ansicht nach einzugrenzenden Macht Deutschlands in der EU. Dennoch wurde die Thematik unterschiedlich umfangreich in die Berichterstattung einbezogen, was nicht am Abstimmungsgegenstand lag. Die mengenmäßigen Differenzen, die vor allem in den Leserbriefen und Kommentaren zu beobachten sind, könnten ein Indiz dafür sein, dass der Topos im gesellschaftlichen

Diskurs von 1993 eine weitaus geringere Rolle spielte als noch ein Jahr zuvor. Für die Chefredaktion war der deutsche Nachbarstaat indes auch bei der Abstimmung im Jahr 1993 noch ein zentrales Thema, das sie in ihren Leitartikeln ähnlich umfangreich wie 1992 anführte.

Die umfangreiche Thematisierung ‚Deutschlands‘ bei der Maastricht Abstimmung 1992 durch *Morgenavisen Jyllands Posten* hängt vielleicht mit der deutlich artikulierten Befürwortung des Maastrichter Vertrages durch die deutsche Regierung zusammen. In dem Fall entspräche die Thematisierung des Topos einer informativen Berichterstattung über europäische Reaktionen zum Vertragswerk. Diese Thesen können erst durch die Inhaltsanalyse verifiziert werden.

Insgesamt konnten drei thematische Schwerpunkte festgestellt werden: Häufig wurde der deutsche Nachbarstaat in der historischen Perspektive betrachtet und als ehemalige Besatzungsmacht Dänemarks und einstiges nationalsozialistisches Regime in den Texten erwähnt. Mit der historischen Erinnerung wurde manchmal die Vorstellung verknüpft, der Nachbarstaat sei immer noch eine potentielle Bedrohung Dänemarks. Bisweilen wurde dieses Bild auch ohne die Erwähnung der historischen Perspektive angeführt. An die Darstellung Deutschlands wurden in einigen Untersuchungszeiträumen Vorstellungen von einer zweiten Nation, nämlich von Frankreich, inhaltlich eng an geknüpft. Beiden Ländern wurde beispielsweise ein ähnlich dominantes Verhalten in EG-/EU-Verhandlungen attestiert. Die artikulierten Fremdbilder von Frankreich werden im Folgenden daher nicht als eigener Topos, sondern als Bestandteil des ‚deutschen‘ analysiert werden. Der Topos wird im Folgenden unter den Gesichtspunkten ‚Das bedrohliche Deutschland‘, ‚Frankreichs und Deutschlands Dominanz in der EU‘ und ‚Deutschland in der historischen Perspektive‘ näher erläutert.

In den deutschen Zeitungen wurde der ‚Deutschland‘-Topos in der dänischen Medienberichterstattung überraschenderweise nur am Rande reflektiert. Das ist insofern erstaunlich, als die dänischen Fremdbilder überwiegend negativer Art waren und es im Interesse der deutschen Medien liegen könnte, dies widerzuspiegeln.

Vor allem die BILD-Zeitung berichtete mit insgesamt drei Artikeln nur am Rande über die dänischen Wahlen. Doch Analyse zeigt, dass immerhin zwei dieser Texte einen Bezug zu Deutschland herstellten und daher dem deutschen Topos zugeordnet werden können. Dies bestätigt eine These, die im Zuge der quantitativen Analyse des Topos ‚Norden‘ aufgestellt wurde: Die knappe Berichterstattung der BILD-Zeitung zu den dänischen Abstimmungen könnte damit zusammenhängen, dass die dänischen Wahlen insbesondere für dieses Medium nur dann interessant waren, wenn sie innenpolitische Themen berührten. Diese Annahme belegen die zwei Artikel der BILD-Zeitung im Untersuchungszeitraum von 1992 und 2000. In diesen Texten wurde die Abstimmung über den

Maastrichter Vertrag und das Referendum über die Einführung des Euro im Jahr 2000 zum Anlass genommen, um deutsche Interessen an diesen Vertragswerken zu artikulieren. Die dänische Debatte und die Thematisierung Deutschlands wurden jedoch nicht wiedergegeben. Hingegen könnte man annehmen, dass Fremdbilder, anderer Nationen von der Eigenen, die zudem überwiegend negativer Art sind, für (solche) Medien durchaus von Interesse sind. Auf der Grundlage dieser Überlegungen ist die mangelnde Berichterstattung der dänischen, negativen Heterostereotype auffällig. Aus Mangel an Analysematerial kann dies jedoch nicht näher erklärt werden.

IV.2.1. DAS BEDROHLICHE DEUTSCHLAND

IV.2.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

In den meisten Texten wurde Deutschland als dominanter EG-/EU-Mitgliedstaat und als eine nachbarstaatliche Bedrohung für Dänemark dargestellt. Diese Vorstellung kam vor allem in den Berichten und Leitartikeln der dänischen Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* zum Ausdruck. Während ‚Deutschland‘ bei *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Politiken* insbesondere in Leserbriefen und Kommentaren thematisiert wurde, investierte *Ekstra Bladet* sehr viel mehr journalistische Eigenarbeit. In aufwändigen Hintergrundberichten, die oft auf Reisen dänischer Redakteure beruhten, wurde Deutschland in regelmäßigen Abständen und mit gleichbleibend negativen Charakteristika im Zusammenhang mit den Referenden behandelt.¹

Ihren inhaltlichen Ausgangspunkt nahmen diese Texte der Boulevardzeitung in der politischen und gesellschaftlichen Debatte um die sogenannten „Grundstückserwerb-Gesetze“ (jordlove): Die 1958 verabschiedeten Richtlinien sollten den Erwerb dänischer Grundstücke durch ausländische Käufer reglementieren. Durch ein Vorkaufsrecht des dänischen Staates sollte der umfangreiche Grundstücksaufkauf durch ausländische Investoren unterbunden werden. Deutschland wurde in diesem Kontext von *Ekstra Bladet* als potentieller „Käufer Dänemarks“ präsentiert. Das Medium stilisierte sich dabei selber als Ermittler der deutschen „Verschwörung“ und „Aufklärer“ der dänischen Bevölkerung. In einem Leitartikel wies die Chefredaktion darauf hin, dass sie bereits einige Tage zuvor „enthüllt“ habe, der dänische Beitritt zur EG erhöhe die Gefahr Dänemarks „verkauft zu werden“. Der umfangreiche Grundstücksaufkauf der „deutschgesinnten Familie Jebsen“, über den die Zeitung ebenfalls bereits be-

1 Ekstra Bladet, 22.09.1972: Tyskerne regner med Danmark som EF's Mallorca, S. 1; 22.09.1972: Dansk Arkitekt agent for tysk højfinans. S. 4; 22.09.1972: 52000 ledige Hollændere til Tyskland, S. 8; 22.09.1972: Europas supermand har det skidt, S. 12; 27.09.1972: EF-Kampagnes økonomiske bagmænd skjuler sig, S. 8; 30.09.1972: Hotelkæde tilbyder sig til tysk EF-kapital, S. 6; 3.10.1972: Ikke så ked af det siden besættelsen, S. 21. (alles Berichte)

richtet habe, würden diese Vermutungen bestätigen.² Die Ablehnung des EG-Beitritts sei die einzige Möglichkeit, Dänemark „vor dieser feindlichen Übernahme zu verteidigen“. Einige Seiten weiter zitierte *Ekstra Bladet* die Aussage eines Schauspielers in der Überschrift, der den dänischen EG-Beitritt mit der „deutschen Provinzwerdung“ des Landes gleichsetzte.³

Die dänische Gesetzeslage räume den Deutschen sogar noch eine Frist von „sieben Monaten“ ein, „die dänischen Grundstückserwerbsgesetze zu umgehen“, so das Medium über die möglichen Folgen des dänischen EG-Beitritts.⁴ Sommerhäuser würden für Dänen nicht mehr erschwinglich sein,⁵ während die Deutschen bereit stünden, Dänemark „an nur einem Tag aufzukaufen“.⁶ Indes sei das Interesse der Deutschen am Nachbarland verständlich, so die Chefredaktion in einem Leitartikel, schließlich sei Dänemark „wunderbar“.⁷ Doch das würde es nach dem dänischen EG-Beitritt nicht bleiben: „Dänischer Boden – deutsche Nägel“, so der Titel dieses Artikels, der die Kaufabsichten Deutscher, im Sinne von „sich dänischen Boden unter die Nägel reißen“ als Faktum präsentiert. Diese Überschrift zeigt anschaulich die Verwendung negativ konnotierter Metaphern in diesem Topos.

Einen Tag später präsentierte *Ekstra Bladet* seine Vision von Dänemark als einem EG-Mitgliedland: Die Dänen müssten die „Flucht auf verlassene schwedische Höfe“ antreten.⁸ Der Verkauf dänischer Grundstücke an Deutsche wurde in diesem Bericht als Verstoß gegen moralische und patriotische Grundsätze kritisiert. Hingegen brachte das Medium dem zu beobachtenden zunehmenden Ankauf schwedischer Grundstücke durch „kauflustige Dänen“ in den letzten Tagen vor der Volksabstimmung Verständnis entgegen. Dies wurde als eine Art natürlicher Rückzug und als Folge der deutschen „Invasion“ dargestellt.

Drei Tage vor dem Referendum erreichte die Berichtserie von *Ekstra Bladet* einen schon fast dramaturgisch inszenierten Höhepunkt: Im Aufmacher der Ausgabe wird die Aussage eines „hochstehenden deutschen Beamten“, des Sprechers des Hamburger Senats, zitiert, „die Dänen müssten lernen aus der Hand zu essen oder zu sterben“.⁹ Dänemark müsse akzeptieren, dass es das Feriendomizil der „arbeitenden Millionen der EG“ werden würde, sagte der Spre-

2 Ekstra Bladet, 18.09.1972: Jordene og pengene. S. 2. (Bericht)

3 Ekstra Bladet, 18.09.1972: I EF blir'r vi en provins af Tyskland. S. 8 (Bericht)

4 Ekstra Bladet, 23.09.1972: Hele syv måneder at omgå vore jordlove på i EF, S. 14. (Bericht)

5 Ekstra Bladet, 23.09.1972: Følge af EF-ja: Sommerhuse til 600.000 Kr., S. 14. (Bericht)

6 Ekstra Bladet, 27.09.1972: Tyskerne klar til at købe Danmark på en dag via EDB. S. 1f., 22f. (Bericht)

7 Ekstra Bladet, 27.09.1972: Danske jord – tyske negle, S. 2. (Bericht)

8 Ekstra Bladet, 28.09.1972: Danmark i EF – flugt til svenske ødegårde. S. 30. (Bericht)

9 Ekstra Bladet, 29.09.1972: Tysk EF-trussel: Danskerne må lære at spise af hånden eller dø. S. 1, 6. (Bericht)

cher angeblich. *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Politiken* berichteten nicht über diese Äußerungen, was die Darstellung in der Boulevardzeitung als fragwürdig erscheinen lässt. Einen Tag später eröffnete *Ekstra Bladet* seine Ausgabe mit der (rhetorischen) Frage, ob Dänemark in einem Tag, also nach der Volksabstimmung, „noch ein freies Land“ sei.¹⁰ Diese Frage ließ sich die Zeitung zwei Tage später von einem EG-Gegner beantworten. Nachdem am 2. Oktober die Mehrheit der wahlberechtigten Dänen für die EG-Mitgliedschaft ihres Landes gestimmt hatte, stellte dieser fest, Dänemark sei nun ein „Vasallenstaat“.¹¹ Rechts neben diesem Artikel veröffentlichte *Ekstra Bladet* eine neutrale Kurznachricht, in der es ihre Leser über eine Initiative des Deutschlandfunks informierte: Der Sender strahle ab dem 2. Oktober einen „kostenlosen Deutschunterricht“ aus, durch den die Dänen nicht nur deutsch, sondern auch das Nachbarland selbst besser kennen lernen könnten.¹² Obwohl in diesem kleinen Artikel ausschließlich neutrale Informationen vermittelt wurden, erscheint der Text aufgrund seiner Veröffentlichung neben oben erwähntem Bericht in einem fragwürdigen Licht. Mancher Leser könnte die deutsche Initiative gar als Bestätigung des im Nebentext postulierten Vasallenstatus Dänemarks betrachtet haben.

Die gesetzlichen Bestimmungen bezüglich des Erwerbs dänischer Grundstücke und des Fortbestehens ihrer Gültigkeit nach einem möglichen EG-Beitritt waren Gegenstand der gesellschaftlichen Debatte von 1972. Die Chefredaktion von *Politiken* distanzierte sich in einem Leitartikel von der tendenziösen Thematisierung der Grundstücksgesetze durch die Gegner des dänischen EG-Beitritts. Nicht die Errichtung eines Schutzwalls vor deutschen, französischen oder gar holländischen Käufern sei von Bedeutung, sondern eine generelle Absicherung, dass dänischer Boden vernünftig genutzt werde.¹³ Der Zeitungsvergleich und oben angeführte Beispiele machen deutlich, dass *Ekstra Bladet* diese Thematik sehr viel pointierter und in eindeutig tendenziöser Art und Weise in seine Berichterstattung integrierte. In den seriösen Tageszeitungen wurde der deutsche Nachbarstaat nur in Leserbriefen und Kommentaren als potentielle Gefahrenquelle präsentiert, jedoch nicht als möglicher „Käufer“ Dänemarks.

10 Ekstra Bladet, 30.09.1972: Er Danmark stadig frit om tre dage? S. 1.(Aufmacher)

11 Ekstra Bladet, 3.10.1972: Danmark er nu en vasalstat. S. 13. (Bericht)

12 Ekstra Bladet, 3.10.1972: Gratis Tyskundervisning, S. 13. (Kurznachricht) Da der Inhalt dieses Artikels sich inhaltlich nicht auf die dänische Volksabstimmung bezieht, wurde er nicht dem Textkorpus zugerechnet. Dennoch wurde die Kurznachricht an dieser Stelle erwähnt, um die Art und Weise der Berichterstattung durch *Ekstra Bladet* zu verdeutlichen.

13 Politiken, 24.09.1972: Debat på vildspor. Jordlovs-modstanderne har narret EF-modstanderne. S. 10. (Bericht)

Auch bei der Abstimmung 1986 waren es in den zwei seriösen dänischen Tageszeitungen vor allem die Leser, die den ‚deutschen‘ Topos in die Debatte einführten. So fürchtete etwa ein Abonnent von *Morgenavisen Jyllands Posten*, Deutschland wolle Dänemark in Wahrheit nur zu einem weiteren „Bundesland“ machen.¹⁴ *Politiken* informierte ihre Leser indes in wenigen, neutralen Nachrichtentexten darüber, dass einige deutsche Bundesländer im Zuge der fortschreitenden europäischen Integration einen wachsenden Souveränitätsverlust befürchteten.¹⁵ Die in Dänemark zur Abstimmung stehende Einheitliche Europäische Akte (EEA) wurde wenige Tage zuvor bereits durch acht europäische Regierungsvertreter unterzeichnet. Dies zeige, so die Zeitung, dass sich die EG-Länder über Dänemark und insbesondere ihren Staatschef lustig machen. Als treibende Kraft hinter dieser vorzeitigen Unterzeichnung identifizierte *Ekstra Bladet* dabei Deutschland: Den Titel des Berichts veröffentlichte sie in grammatikalisch falschem Deutsch, um ihre Behauptung zu unterstreichen: „Die Dumme Dänen.“¹⁶

Erstmals in der Geschichte der Boulevardzeitung führte die Chefredaktion bei den Referenden von 1992 und 1993 die „deutsche Gefahr“ nicht als Grund für die Ablehnung, sondern die Zustimmung der zur Abstimmung stehenden Vertragswerke an. Über diesen Meinungswechsel bezüglich der dänischen Europapolitik kam es in beiden Jahren zu Auseinandersetzungen zwischen den gegenwärtigen Chefredakteuren Bent Falbert und Sven Ove Gade und dem ehemaligen, Victor Andreasen. Besonders interessant ist diese Kontroverse, die in veröffentlichten Kommentaren und Leitartikeln ausgetragen wurde, weil beide Parteien jeweils im deutschen Nachbarland eine potentielle Bedrohung Europas und Dänemarks im Besonderen sahen. Die deutsche Dominanz in der EU und das deutsche „Herrschaftsstreben“ gegenüber Dänemark seien durch historische Fakten begründet und belegt, so der EU-Gegner Victor Andreasen.¹⁷ Wenige Tage vor dem Maastricht-Referendum warnte EU-Befürworter Sven Ove Gade seine Leser, das Verhältnis zu Deutschland sei und müsse weiterhin der alles entscheidende Faktor in der Volksabstimmung sein.¹⁸ Das Bemerkenswerte an dieser Aussage des Chefredakteurs ist, dass dieser inzwischen ein Anhänger der EU geworden war und dennoch negative Stereotype von Deutschland anführte. Er schrieb, Dänemark müsse ein Teil der EU werden, um Deutschlands Dominanz in der Gemeinschaft einzudämmen. Die restliche Berichterstattung der

14 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 4.03.1986: Europaterne skal bremses. S. 11. (Leserbrief)

15 *Politiken*, 16.02.1986: Tysk forbehold: Delstater utrygge ved EF-pakken. S. 42. (Leitartikel)

16 *Ekstra Bladet*, 18.02.1986: Die Dumme Dänen. 8 af de 12 EF-lande skriver under og gør grin med Schlüters finde løfter. S. 11. (Bericht)

17 *Ekstra Bladet*, 19.05.1992: Stangerup og Gade. Victor Andreasen, tlg. chefredaktør. S. 18. (Kommentar)

18 *Ekstra Bladet*, 24.05.1992: Brev til læserne. S. 13. (Leitartikel)

Boulevardzeitung war, wie die der vorherigen Abstimmungen von einer ablehnenden Haltung der EU gegenüber geprägt, die von negativen stereotypen Vorstellungen vom Nachbarland begleitet wurden. So erfuhren die *Ekstra Bladet* Leser beispielsweise von einem erfolgreichen dänischen Box-Sportler, der „Angst vor den Deutschen“ habe und daher mit „Nej“ stimme.¹⁹ Die dänische Boulevardzeitung zitierte diese Aussage des Sportlers im Titel und ergänzte sie durch die Unterüberschrift: „Eyrup Can – der Boxer ohne Furcht im Ring stimmt mit Nein.“ Die Vorstellung von dem furchteinflößenden deutschen Nachbarstaat wurde durch die Bezeichnung des Boxers als eines ansonsten mutigen Sportlers in ihrer Wirkung gesteigert.

Bei *Morgenavisen Jyllands Posten* identifizierte ein Leser im wiedervereinigten Deutschland keine potentielle Gefahrenquelle für Dänemark, sondern für den Frieden in Europa. Das Land müsse fortan fest in die EU eingebunden werden, so der EU-Befürworter.²⁰ Ein Jahr nachdem die dänischen Wähler die Ratifizierung der Maastrichter Verträge abgelehnt hatten, sollten sie über den Edinburgher Beschluss abstimmen. Hierin wurden Dänemark Ausnahmeregelungen von einigen Bestandteilen des EU-Vertrags zugestanden. Unter anderem sollte das Land von der Einführung der gemeinsamen Währung Abstand nehmen dürfen. Durch das positive Votum sollte auch dem Maastrichter Vertrag zugestimmt werden, der von allen Mitgliedstaaten einstimmig ratifiziert werden musste. Die Europäische Union erwartete daher mit Spannung den Ausgang dieser Volksabstimmung im Jahr 1993. Die Vertreter der einzelnen Mitgliedstaaten äußerten sich bewusst nicht öffentlich zum dänischen Referendum: Man wollte der abstimmenden Bevölkerung nicht das Gefühl vermitteln, dass sich die EU in die nationale Debatte einmischen würde, wie es ihr 1992 vorgeworfen worden war.

Der damalige deutsche Vizepräsident der EG-Kommission, Martin Bangemann, brach Anfang Mai 1993 das Schweigen. Der Deutsche meinte unter anderem, dass mit britischer und dänischer Zustimmung die Bildung eines europäischen Bundesstaates in greifbare Nähe rücke.²¹ Auf seine Äußerungen reagierten in Dänemark vor allem die dänischen EU-Gegner, die ihre Befürchtungen bestätigt sahen. Viele Zeitungsleser kritisierten die Aussagen Bangemanns als „Drohgebärden“. Der Politiker, dessen Name im Dänischen „Angstmann“ bedeutet, wurde zur Spottfigur der dänischen Debatte²² und man vermutete gar, er

19 Ekstra Bladet, 1.06.1992: Jeg er bange for tyskerne. Eyrup Can – bokseren uden frygt i ringen stemmer nej. S. 14. (Bericht)

20 Morgenavisen Jyllands Posten, 22.05.1992: Et europæisk Tyskland. S. 11. (Leserbrief)

21 Politiken, 6.05.1993: EF bryder tyvshed om unionen. EF-topfigur: Traktat fører til europæisk forbundstat. S. 1 f.(Bericht) 6.05.1993: Union fri spur. EF-kommissær på supertog mod Europas forenede stater. S. 3. (Bericht)

22 Politiken, 15.05.1993: Den bange Bangemann. Anders Bodelsen, forfatter. S. 1 f. (Kommentar)

wolle die Dänen zur Ablehnung des Edinburgher Beschlusses treiben.²³ Auch Victor Andreassen, der ehemalige Chefredakteur von *Ekstra Bladet*, führte Bangemanns Äußerungen als Beweis seiner These an, die EU würde zu einem „Bundesstaat“ umgeformt werden.²⁴ Dänemark würde dann eine „europäischen Gemeinde auf dem Lande“ werden. Die gegenwärtige Chefredaktion von *Ekstra Bladet* teilte die Einschätzung von einem die EU dominierenden Deutschland, empfahl ihren Lesern aber erneut ein „Ja“, damit sich „Dänemark nicht den deutschen Beschlüssen unterordnen müsse“.²⁵

Anlässlich der Volksabstimmung von 1998 führte *Ekstra Bladet* das Bild von der „deutschen Gefahr“ erstaunlicherweise nicht mehr als Begründung ihrer Wahlempfehlung, den Amsterdamer Vertrag abzulehnen, an. Aus zwei Gründen ist dies verwunderlich: Zum einen wurde bei dieser Abstimmung das Schengener Abkommen, das 1997 in den Amsterdamer Vertrag integriert worden war, in der dänischen Debatte um die Volksabstimmung thematisiert. Insbesondere war die deutsch-dänische Grenze im Gespräch. Einige Gegner meinten, die Aufhebung der nationalen Grenzkontrollen würde dazu führen, dass künftig deutscher Polizisten in Dänemark auch Dänen „schikanieren“ könnten.²⁶ Zum anderen veröffentlichte die Zeitung viele ihrer Artikel mit einem eigens entworfenen stempelförmigen Logo, auf dem „Nein. Die Grenze ist erreicht“ stand. Sprachlich wurde damit durchaus Bezug zum Schengener Abkommen genommen. Hingegen wurden keine der in diesem Medium bislang gängigerweise artikulierten negativen deutschen Heterostereotypen in Artikeln der Chefredaktion erwähnt. Sven Ove Gade, der noch bei den vorangegangenen Volksabstimmungen 1992 und 1993 vor der „deutschen Gefahr“ gewarnt hatte, äußerte sich beim Referendum von 1998 diesbezüglich erstaunlicherweise nicht. In *Politiken* verteidigte er indes die Verwendung des Logos als „offene Kommunikation“. *Ekstra Bladet* würde nur explizieren, was die anderen Medien im Versteckten artikulierten.²⁷

Die EU-Debatte um Präsidenten und Sitz der Europäischen Zentralbank, die schließlich ihren Sitz in Frankfurt am Main einnahm, führte bei der Volksabstimmung im Jahr 2000 dazu, dass einige Euro-Gegner meinten, die Europäische Gemeinschaft unterwerfe sich deutschem Diktat. *Morgenavisen Jyllands Posten*

23 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 6.05.1993: 12 dage til EF-afstemningen: Nye skarpe udtalelser af Martin Bangemann. S. 5. (Bericht)

24 *Ekstra Bladet*, 12.05.1993: Martin Bangemann taler klart ud. Hvad herr Bangemann har sagt, kan ikke fejles af bordet af danske sognepolitikere, der ønsker at gøre Danmark til et europæisk landsogn. Victor Andreassen, tdl. chefredaktør. S. 30. (Kommentar)

25 *Ekstra Bladet*, 9.05.1993: Passet fra Europa. S. 11. (Leitartikel); 18.05.1993: Om igen Danmark. S. 2. (Leitartikel)

26 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 24.05.1998: Schengen viser vej, S. 11. (Leserbrief)

27 *Politiken*, 24.05.1998: Nej'ets psykologi. *Ekstra Bladets* chefredaktør Sven Ove Gade tror på den populistiske og subjektive journalistik som et angreb på System-Danmarks lukkede rum. S. 5 (Interview)

zitierte in diesem Kontext den ehemaligen dänischen Nationalbankdirektor, Erik Hoffmeyer, der seine Befürwortung der Euro-Einführung in Dänemark damit begründete, die Wahl entscheide darüber, ob Deutschland alleine oder alle Mitgliedstaaten gemeinsam das Sagen hätten:

Valget er i virkeligheden ganske enkelt. Vil man have et Europa, der bliver total domineret af et land, nemlig Tyskland? Eller ønsker man et Europa, der er baseret på ligestilling og balance, spørger Hoffmeyer og giver selv svaret.²⁸

Auch in einem Bericht in *Politiken* beschrieb Hoffmeyer, der dem Euro bislang skeptisch und ablehnend gegenüber gestanden hatte, den Grund für seinen Meinungswandel: Seit das deutsche Nachbarland seine unabhängige nationale Währung zugunsten des Euros aufgegeben habe, sei auch er ein eifriger Anhänger geworden:

Hoffmeyer siger, at han selv var skeptisk over ØMUen, fordi han ikke troede på, at Tyskland faktisk ville give magten fra sig, når det kom på stykket. Men da det viste sig at landet faktisk har gjort det, er han blevet en af de ivrigste tilhængere.²⁹

Dies sei ein Zeichen dafür, dass es Deutschland mit dem friedlichen Europa ernst meine, so der frühere Direktor der dänischen Nationalbank in einem Kommentar in *Politiken*.³⁰

Die Analyse zeigte vor allem in Bezug auf die Berichterstattung durch *Ekstra Bladet*, dass das Bild vom deutschen Nachbarstaat als einer potentiellen Bedrohung Dänemarks eine stereotype Vorstellung war, die unabhängig von der Wahlempfehlung des Mediums immer wieder angeführt wurde. Doch auch in den Leserbriefen und Kommentaren der seriösen Zeitungen wurde Deutschland als ein die EU dominierender Mitgliedstaat und als eine Gefahr für Dänemark begriffen.

IV.2.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Erstaunlicherweise nahm die deutsche Boulevardzeitung 1972 die „Aufklärungskampagne“ von *Ekstra Bladet* nicht wahr, obwohl diese von dänischen Journalisten meist sogar in Hamburg initiiert wurde, wo die *BILD*-Zeitung ihren Stammsitz hat. So schaltete *Ekstra Bladet* beispielsweise fingierte Annoncen im *Hamburger Abendblatt*, in denen die gesamte jütländische Westküste zum Verkauf angeboten wurde. Die Zeitung informierte anschließend empört ihre dänischen Leser darüber, dass sich eine große Hamburger Maklerfirma auf die An-

28 Morgenavisen Jyllands Posten, 18.09.2000: Bankchefens skepsis forsvandt. S.16. (Bericht)

29 Politiken, 17.09.2000: Store og små: Giver afkald på magten. S. 4. (Kurznachricht)

30 Politiken, 20.09.2000: Tysklands store indrømmelse. Erik Hoffmeyer, fhv. Nationalbank direktør. S. 25. (Kommentar)

zeige gemeldet und angeboten habe, „Dänemark an nur einem Tag via EDV zu verkaufen“.³¹

Über eben diese Anzeigenkampagne der dänischen Boulevardzeitung berichtet am 2. Oktober 1972, dem Tag der Volksabstimmung in Dänemark, hingegen die *Süddeutsche Zeitung*. Der Wahlkampf der EG-Gegner, so der Autor weiter, sei eine „Schreckenskampagne“ und von dänischen Ressentiments geprägt:

Angst wird den anderen [Wählern] in erster Linie vor den Deutschen gemacht, die angeblich nur darauf warten, nach einem Beitritt des Landes zur EWG, an einem Tag Dänemark zu kaufen.³²

In nur einem Artikel erwähnte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Vorstellung von Deutschland, die dänische Beitritts-Gegner in der Debatte einführten. Während die norwegische Abstimmung von Nationalismus geprägt sei, stünde „in der dänischen Gefühlslage die deutsche Gefahr mehr im Vordergrund“, so der Korrespondent Claus Gennrich. Als Ursache sah der Autor „wirtschaftliche Überlegenheit des großen, südlichen Nachbarn“ und Befürchtungen auf Seiten der Dänen, die Deutschen könnten in der EWG „dominieren“.³³

IV.2.2. FRANKREICHS UND DEUTSCHLANDS DOMINANZ IN DER EU

IV.2.2.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Neben der deutschen EU-Mitgliedschaft wurde bei den Volksabstimmungen, die in Dänemark zwischen 1992 und 2000 abgehalten wurden, auch die EU-Mitgliedschaft einer weiteren Nation beurteilt. So kritisierten einige Gegner des Maastrichter Vertrages „diese aufbrausenden Germanen und arroganten Franzosen“ und das Gebaren ihrer Vertreter in den EU-Institutionen als das von „Herrnsvölkern“.³⁴ Beide Länder wurden über weitgehend ähnliche Stereotype beurteilt und in einem negativen Fremdbild zusammengefasst. *Politiken* zitierte eine französische Zeitung, die meinte, die dänischen Maastricht-Gegner hätten vor allem die „Dominanz und Arroganz“ Frankreichs und Deutschlands abgelehnt: „Det er på en måde det fransk-tyske fællesherredømme, danskerne forkastede. De censuerede en lovlige store arrogance.“³⁵ In einigen weiteren Aussagen über die EU wurde die Gefahr einer französischen und deutschen „Vorherrschaft“ in

31 Ekstra Bladet, 27.09.1972: Tyskerne klar til at købe Danmark på en dag via EDB. S. 1f., 22f. (Bericht)

32 Süddeutsche Zeitung, 2.10.1972: Dänemark: Volksabstimmung zum EWG-Beitritt. ‚Nej‘ auf Bannern und Blusen. Furcht vor Konzernen, Landkäufern und Franz Josef Strauß macht Europa-Gegner mobil. S. 3. (Bericht)

33 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.09.1972: Vor der dänischen Entscheidung. Viele Unterschiede zum Referendum über den EWG-Beitritt in Norwegen. S. 5. (Bericht)

34 Ekstra Bladet, 19.05.1992: Jeg vil ikke trues. S. 22. (Leserbrief)

35 Politiken, 4.06.1992: Frankrig. Unionen ud til folket. S. 2f. (Kurznachricht)

der Gemeinschaft prognostiziert.³⁶ Während einerseits beiden Nationen eine gemeinsame Eigenschaft, nämlich Dominanz in der EU, vorgeworfen wurde, wurde andererseits ein gewisses Konkurrenzgefühl zwischen Deutschland und Frankreich als mögliche Kriegsgefahr in Europa ausgemacht. Der Frieden könne nur durch die Einbindung dieser beiden Mächte in die EU gesichert werden, so ein Maastricht-Befürworter.³⁷

Diese These wiederholte sich bei der folgenden Abstimmung im Jahr 1993 jeweils in einem Bericht und einem Leserbrief in den beiden seriösen Zeitungen, *Politiken* und *Morgenavisen Jyllands Posten*. Einige Edinburgh-Befürworter befürchteten, die konkurrierenden Parteinahmen beider Länder im Jugoslawienkrieg könnten eine Kriegsgefahr darstellen. Die EU müsse daher, so ihre Forderung, durch das dänische Votum gestärkt werden.³⁸

Bei dem Referendum über den Amsterdamer Vertrag wurden sowohl die Dominanz Frankreichs und Deutschlands in der EU kritisiert als auch die Notwendigkeit betont, zwecks Friedenssicherung in Europa diese beiden Länder fest in die EU zu integrieren.³⁹ In einem Kommentar wurde die Unionsgründung durch den Maastrichter Vertrag 1992 gar als französische Initiative bezeichnet. Das Land habe damit die Kriegsgefahr, die durch das wiedervereinte Deutschland ausgehe, zu mindern versucht. Die anderen Länder, so der Autor weiter, seien in diesem Prozess jedoch nur „Statisten“ gewesen.⁴⁰ Als ein Beispiel deutsch-französischer Vormachtstellung in der EU führte ein Abonnent von *Morgenavisen Jyllands Posten* die Personalfrage bei der Besetzung des Präsidenten der Europäischen Zentralbank an.⁴¹ Beide Länder seien „Dampfschiffe“, die „sowieso machen, was sie wollen“, so ein anderer Leser, der ein „Nein im Mai“ empfahl:

36 Ekstra Bladet, 20.05.1992: Bobler i lakken. S. 21. (Leserbrief); *Morgenavisen Jyllands Posten*, 25.05.1992. Udemokratisk beslutning. S. 13. (Leserbrief)

37 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 17.05.1992: Europas miniputter. S. 5. (Bericht)

38 *Politiken*, 6.05.1993: EF er en lang pression. Politikerne vil have ny afgørelse. S. 1, 3. (Bericht); 13.05.1993: Læserbreve om EF: Forpligtelser. S. 24. (Leserbrief); *Morgenavisen Jyllands Posten*, 4.05.1993: 14 dage til EF-afstemningen: Unions-duel i Esbjerg. S. 4. (Bericht); 16.05.1993: Vær med i debatten: Bangemann sagde sandheden. S. 10. (Leserbrief).

39 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 28.05.1998: Angst om Amsterdam: Fredensprojekt Europa. Brigitte Bollmann, Journalist. S. 2 (Kommentar) und *Politiken*, 21.05.1998: Farvel demokrati. Bent Sørensen, Prof. RUC. S. 31. (Kommentar)

40 *Politiken*, 21.05.1998: Farvel demokrati. Bent Sørensen, Prof. RUC. S. 31 (Kommentar)

41 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 27.05.1998: Meninger: De store træffer beslutninger. S. 10. (Leserbrief)

De to EU-damptrømler, Frankrig og Tyskland har gang på gang vist, at EU er disse to lande og stort set ikke mere [...]. I det nuværende EU er der ikke tale om demokrati men om demokratur. Derfor endnu en gang. Nej i maj.⁴²

Bei der Abstimmung über die Euro-Einführung erinnerte auch die Vorsitzende der „Dansk Folkeparti“, Pia Kjaersgaard, an die Debatte um die Europäische Zentralbank. Die Meinungen anderer Länder seien in dieser Diskussion nicht gefragt gewesen. Ohne es näher zu erläutern meinte die Politikerin in ihrem Kommentar weiter, eine Zentralbank nach deutschem Vorbild könne gar nicht funktionieren.⁴³ Auch in der Warnung eines anderen Euro-Gegners wird die Vorstellung von den EU-Mitgliedstaaten Frankreich und Deutschland als herrschaftsstüchtige EU-Länder betont. Seiner Ansicht nach würde Dänemark mit der Euro-Einführung zum „Blinddarm im Norden“ werden, im Sinne eines überflüssigen ‚Anhängsels‘. Frankreich und Deutschland, die „Mächtigen in der EU“, müssten Dänemark dann nie wieder zu irgendwelchen europapolitischen Fragen befragen.⁴⁴

IV.2.2.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Einzig die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* erwähnte die dänische Vorstellung von den dominanten EU-Mitgliedstaaten Frankreichs und Deutschlands, allerdings auch nur anlässlich der Volksabstimmung von 1993. Ihr Korrespondent berichtete vom Positionswechsel der linksliberalen Socialistisk Folkeparti (SF), die ihren Wählern empfehle, dem Edinburgher Beschluss zuzustimmen. Dies begründe die SF damit, ein „deutsch-französisches Supereuropa verhindern“ zu wollen. Die Deutschen und Franzosen fürchteten (so der Vorsitzende der SF, Holger Nielsen) ein dänisches Ja, weil dies zur „Dänemarkisierung“ der EG führe. Sie wollten in Wahrheit ein zweites Nein, um dann ohne Dänemark ihr kleines „Supereuropa“ aufbauen zu können. Wer dieses „Supereuropa“ verhindern wolle, müsse also für Maastricht stimmen.⁴⁵

Der Korrespondent der deutschen Tageszeitung bewertete diese Strategie als „Eiertanz“, sah jedoch nicht die Vorstellungen, die hinter der Argumentation der Linksliberalen standen: Die Dominanz des erst kürzlich wiedervereinten Deutschlands ließ in Dänemark nicht nur historische Erinnerungen wach werden, sondern weckte auch Sorgen um das zukünftige Mächtegleichgewicht in Europa und der Europäischen Union. Der Korrespondent behauptete in seinem

42 Morgenavisen Jyllands Posten, 24.05.1998: Schengen viser vej. S. 11. (Leserbrief)

43 Morgenavisen Jyllands Posten, 25.09.2000: Euroen er en fejlkonstruktion. Pia Kjaersgaard, Dansk Folkeparti. S. 12. (Kommentar)

44 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.09.2000: Et uforståeligt medlemskab. S. 9.(Leserbrief)

45 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.1993: Mit Ja ein Supereuropa verhindern. Eier-tänze vor der dänischen Entscheidung. S. 3. (Bericht)

Bericht, dass die Argumentation des SF-Politikers zum Teil der von *Politiken* entspreche. Dies muss jedoch auf der Grundlage der vorliegenden Untersuchung relativiert werden: In keinem der Leitartikel, die im Untersuchungszeitraum veröffentlicht wurden, wurde eine Meinungsäußerung gefunden, die dies bestätigen könnte. Hingegen stimmt die Argumentation der dänischen Zeitung *Politiken* und des SF-Politikers insofern überein, als dass sich beide für die Ratifizierung des Edinburger Beschlusses aussprachen.

IV.2.3. DEUTSCHLAND IN DER HISTORISCHEN PERSPEKTIVE

IV.2.3.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Deutschland und seine historische Vergangenheit als ehemalige Besatzungsmacht Dänemarks und nationalsozialistisches Regime wurden häufig durch die Gegner der jeweiligen Vertragswerke in die Debatte eingebracht. Dabei wurde die Vorstellung artikuliert, der Nachbarstaat könne für Dänemark immer noch gefährlich sein, der damaligen Idealen und Eroberungsvisionen anhänge.

Erneut war es *Ekstra Bladet*, das diese Vorstellungen besonders deutlich in seine Berichterstattung integrierte. Neben der selbst auferlegten Mission, die Dänen über die deutschen „Kaufabsichten“ aufzuklären, tauchten in den Berichten der Boulevardzeitung immer wieder deutschsprachige Zitate und Begriffe des Nazijargons auf. So vermutete die Zeitung beispielsweise, dem „deutschen Kapital“ solle mit „Kraft durch Freude“ zu neuer Stärke verholfen werden. Außerdem wolle Deutschland Dänemark zum „Mallorca der EG“ machen. Einen jütländischen Architekten entlarvte die Zeitung als „verdeckten Agenten“, der für die „deutsche Hochfinanz“ tätig geworden sei:⁴⁶

Han [der Architekt] fører dokumentation for, at den tyske finansvedens nyeste spekulationsobjekt efter et dansk ja til EF den 2. oktober bliver Danmark som et fællesmarkeds-millionernes Nordens Mallorca, hvor tysk kapital får fornyet ‚Kraft durch Freude‘.⁴⁷

Begriffe des Nationalsozialismus wurden in den seriösen dänischen Tageszeitungen vor allem in Leserbriefen und Kommentaren erwähnt. So druckte etwa *Morgenavisen Jyllands Posten* wenige Tage vor dem Referendum über Dänemarks EG-Beitritt einen Leserbrief ab, in dem der Autor meinte, das Deutschland von 1972 sei wie das von 1940 nicht vertrauenswürdig.⁴⁸ Der Beitritt in eine Gemeinschaft mit einem solchen Mitgliedstaat sei daher nicht zu empfehlen.

46 *Ekstra Bladet*, 22.09.1972: Dansk arkitekt agent for tysk højfinans, S. 4. (Bericht)

47 *Ekstra Bladet*, 22.09.1972: Tyskerne regner med Danmark som EF's Mallorca. S. 1, 4. (Bericht)

48 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 26.09.1972: Tyske politikere oprigtighed. S. 11. (Leserbrief)

Politiken berichtete indes von einer Kontroverse zwischen einem Beitritts-Gegner und dem ehemaligen dänischen Staatsminister Viggo Kampman.⁴⁹ Den Vergleich mit „Hitlers Versuchen Dänemark in sein ‚Neuropa‘ einzugliedern“ und dem „neuen Europa von 1972“ wies Kampman vehement zurück. Ein weiterer EG-Befürworter meinte in *Politiken*, das deutsche EG-Mitgliedland solle nicht an seiner Vergangenheit und der Person Hitlers gemessen werden, sondern am gegenwärtigen Kanzler Willy Brandt.⁵⁰ In seiner Person sah der Leser den inhärenten Gegensatz zum Hitlerdeutschland. Brandts Generation habe schwer an den Verbrechen der Nazis zu tragen und verdiene dänische Unterstützung, die durch den EG-Beitritt des Landes am besten zum Ausdruck gebracht werden könne, so ein Leser:

Brandt generationen fortjener, at vi med den gamle demokratiske tradition støtter den gunstige bestræbelse. Vi kan støtte ved at stemme ja til dansk deltagelse i det europæiske samarbejde.⁵¹

In dieser Meinungsäußerung spiegelt sich die linksorientierte politische Ausrichtung dieser Zeitung und ihrer Leserschaft wieder.

Auch in den Mediendiskursen der darauffolgenden Abstimmung wurden deutsche Begriffe der 30er und 40er Jahre verwendet, um ein negatives Bild von Deutschland und der EG zu etablieren. Im Jahr 1986 bat die dänische Regierung die Wahlberechtigten des Landes in einer „beratenden Volksabstimmung“ um ihre Empfehlung bezüglich der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA), die im dänischen das EG-Paket, „EF-pakke“ genannt wurde. Am Tag der Abstimmung betonte die Chefredaktion der Boulevardzeitung, die „Südgrenze“ müsse beibehalten werden, und zeigte damit, wie stark sie bei europapolitischen Themen auf Deutschland fokussiert war.⁵² Ein Leser von *Ekstra Bladet* meinte, die EEA sei nur „der zweite Akt“ dessen, was mit der Rom-Berlin-Achse begonnen habe. Gemäß deutscher Gründlichkeit, „Ordnung muss sein!“, würde das damalige Ziel nun fortgesetzt werden.⁵³ Dieser auf Deutsch veröffentlichte Ausdruck, der an sich schon ein Stereotyp ist, wird in diesem Kontext dazu verwendet, um ein negatives Bild vom deutschen EG-Mitgliedland zu etablieren. Darüber hinaus wird dabei die EG mit Deutschlands scheinbaren Zielen, Dänemark zu erobern, gleichgesetzt. Diese Identifizierung der gesamten Gemeinschaft mit einem Mitgliedland wiederholte sich zwei Tage später in einem Leitartikel: *Ekstra Bladet* kommentiert hier einen Korruptionsfall in der deutschen SPD. Dieser Vorfall zeige, so *Ekstra Bladet*, dass sich Dänemark keinesfalls dieser „korrupten deut-

49 *Politiken*, 28.01.1972: Viggo Kampmann om sig selv: En fanatisk tilhænger af nedbrudte grænser. S. 4. (Bericht)

50 *Politiken*, 27.09.1972: Fra læser til læser: Willy Brandt generation. S. 13. (Leserbrief)

51 Ebd.

52 *Ekstra Bladet*, 27.02.1986: Sidste chance. S. 2. (Leitartikel)

53 *Ekstra Bladet*, 25.02.1986: Rom-Berlin-aksen. S. 31. (Leserbrief)

schen Demokratie unterwerfen könne“. Denn anständig sei diese Nation wohl kaum, sonst hätten diese „bier-wurstere“ die ca. 125 Millionen Kronen zurückgezahlt, die sie Dänemark unter der Besatzung gestohlen hätten.⁵⁴

Der Titel des Leitartikels, „Deutsche Millionen“, wurde ebenso wie der grammatikalisch falsche und negative Ausdruck „bier-wurstere“ auf Deutsch veröffentlicht. Deutlich zeigt die Verwendung dieser Begriffe die negative Konnotation, die diese Zeitung mit dem Deutschland der Gegenwart und der EG in Verbindung brachte.

Bei der Abstimmung über den Maastrichter Vertrag im Jahr 1992, bei der die Dänen der europäischen Unionsgründung zustimmen sollten, veröffentlichten die dänischen Medien nicht nur insgesamt mehr Artikel zur Volksabstimmung. Auch das ‚deutsche‘ Topos umfasste in diesem Untersuchungszeitraum bei *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Ekstra Bladet* wieder mehr Artikel als noch 1986. Wiederum war es die Boulevardzeitung, die mit elf Prozent ‚deutscher‘ Artikel den Topos am umfassendsten in die Berichterstattung integrierte. *Politiken* hingegen bezog sich im Untersuchungszeitraum 1992 in nur drei Prozent der Artikel auf Deutschland.

Ekstra Bladet betrieb zwar keine aufwendige journalistische Hintergrundrecherche wie noch im Jahr 1972, als in umfassenden Berichten die Leser von den Kaufabsichten des südlichen Nachbarn überzeugt werden sollten. Im Untersuchungszeitraum von 1992 waren es überwiegend Leserbriefe und Kommentare, in denen Deutschland und historische Rückbezüge auf die Hitlerzeit als Begründung für die Ablehnung der Maastrichter Verträge angeführt wurden. So kündigte beispielsweise ein Leser an, er wolle im Falle der Beitrittsablehnung den Tag der Abstimmung mit dem Ritual feiern, mit dem seit Mai 1945 in Dänemark der Befreiung des Landes erinnert wird.⁵⁵ Eine brennende Kerze im Fenster solle im Juni 1992 an die Befreiung des Landes von der „europäischen Gefahr“ erinnern. Zwischen der Unionsgründung und der deutschen Besatzung rund 50 Jahre zuvor wurde damit eine Parallele gezogen und beides zur nationalen Bedrohung stilisiert. Zwei Tage vor dem Referendum schrieb ein weiterer Leser, Dänemark sei seit 47 Jahren ein freies Land und ein „Nej“ zum Maastrichter Vertrag sei ein Nein zu einem „jawohl“.⁵⁶ Auch dieser Ausdruck wurde auf Deutsch veröffentlicht. Im Unionsvertrag identifizierte der ehemalige Chefredakteur von *Ekstra Bladet* gar „Adolfs Träume von 1933“, der „schon damals den Norden“ erobern wollte:

54 Ekstra Bladet, 20.02.1986: Deutsche Millionen. S: 2. (Leitartikel)

55 Ekstra Bladet, 24.05.1992: I øvrigt mener jeg om EF-. S. 21. (Leserbrief)

56 Ekstra Bladet, 31.05.1992: Nej til jawohl. S. 20. (Leserbrief)

Hvad gennem århundrede har vist sig umuligt, skulle altså pludseligt blive muligt, med især Tysklands hjælp inden for unionen. Det var den tanke, saglig Adolf søgte at gennemføre.⁵⁷

Als ein Jahr später erneut abgestimmt wurde, führte ein Leser der Boulevardzeitung seine Angst vor den Deutschen als Begründung seiner Ablehnung des Edinburgher Beschlusses an. Seine Befürchtungen fand er in der Tatsache begründet, dass am Gedenktage von Dänemarks Befreiung deutsche Truppen militärische Übungen in Dänemark absolviert hätten. Obgleich er meinte, viel schlimmer könne es kaum noch werden, appellierte er an seine Landsleute das Vaterland nicht zu „verkaufen“:

Kan det bliver værre, at vi på Danmarks befrielsesdag har tyske tropper på øvelse her i landet? [...] Vi er rigtig mange, der er bange for tyskerne. Derfor skal vi stemme nej, som vi gjorde sidst. Vi vil ikke sælge vores fædreland.⁵⁸

Solche Ängste und Vorstellungen prägten vor allem die Leserbriefe der dänischen Boulevardzeitung, wurden insgesamt jedoch eher selten artikuliert. Auch die historischen Rückbezüge auf die Zeit der Besetzung Dänemarks wurden vor allem in *Ekstra Bladet* betont, nur selten in den seriösen Tageszeitungen und dort ausschließlich in Leserbriefen und Kommentaren.⁵⁹ Die quantitative Analyse ergab, dass *Politiken* im untersuchten Zeitraum von 1993 mehr Artikel mit Bezug zu Deutschland veröffentlichte als in dem von 1992. Hierfür konnte die inhaltliche Untersuchung keine Begründung finden, wie auch nicht für die umfangreichere Thematisierung Deutschlands durch *Ekstra Bladet* bei der Volksabstimmung von 1992 im Gegensatz zu der von 1993.

Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde 1998 die Erweiterung der Europäischen Union um neue Mitgliedsstaaten eingeleitet. Dies war in Dänemark lang nicht so umstritten, wie es die bisherigen Gegenstände der Referenden seit 1972 gewesen waren. Infolgedessen verlief die Debatte des Referendums von 1998 nicht so emotionsbetont, wie beispielsweise die der vorangegangenen zwei Abstimmungen in den Jahren 1992 und 1993. Das spiegelt sich auch im ‚deutschen‘ Topos wider, der in diesem Untersuchungszeitraum weit weniger Artikel umfasste als bislang.

57 Ekstra Bladet, 30.05.1992: Et rungende nej. Victor Andreasen, tdl. chefredaktør. S. 14. (Kommentar)

58 Ekstra Bladet, 6.05.1993: I øvrigt mener jeg: Kan det bliver værre. S. 23. (Leserbrief)

59 So zum Beispiel: Morgenavisen Jyllands Posten, 18.05.1993: Historieløs lederskribent. Kai Pedersen, forfatter. S. 8. (Kommentar) Der Autor kritisiert hierin die Chefredaktion und deren Leitartikel vom 30. April, in dem die Zeitung die EU-Gegner unter den Südschleswigern als Minderheit bezeichnete. Diese seien sich, im Gegensatz zu Morgenavisen Jyllands Posten, der deutsch-dänischen Geschichte bewusst. Ihr „Nein zur EU“ gründe auf ihren Erfahrungen, in einer Gemeinschaft würden immer nur die Großen bestimmen, so der Autor in seinem Kommentar.

Erneut waren es Leserbriefe und Kommentare der Boulevardzeitung *Ekstra Bladet*, in denen historische Ressentiments bedient wurden. Das, „was Hitler nicht bekommen habe, würden [die Dänen] nun freiwillig weg geben“, so ein Leser.⁶⁰ Der Bezug, der hier zwischen der EU und Hitlerdeutschland hergestellt wurde, zwischen den Intentionen des Diktators und den Zielen des Amsterdamer Vertrages, stellten auch vier weitere *Ekstra Bladet* Leser her. Selbst im Jahr 1998 orientierten einige EU-Gegner ihr Fremdbild von Deutschland und der EU an der Person Hitlers.⁶¹

Sogar bei der Abstimmung über die Einführung des Euro in Dänemark fragte ein junger Mann wütend den Ministerpräsidenten, ob sie denn in Zukunft „alle VW fahren“ sollten „wie Hitler“.⁶² In *Politiken* meinte ein Leser, die EU würde sich in eine Irrenanstalt verwandeln, die totale Kontrolle und Überwachung ausüben würde „wie Hitler“.⁶³

IV.2.3.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

In nur einem Korrespondentenbericht und einer kurzen Nachricht der *Süddeutschen Zeitung* wurde dieses Deutschlandbild einiger dänischer EU-Gegner erwähnt. So berichtete der Journalist von seiner Begegnung mit einer älteren Dame. Durch seine Herkunft an die deutschen Besatzer erinnert erklärte diese ihm gegenüber, ihre Ablehnung des Edinburgher Beschlusses gründe sich auf ihre Angst, die Geschichte könne sich wiederholen:

„Sie kommen aus München?“, fragt die grauhaarige Frau. „Das war doch Hitlers Hauptstadt der Bewegung, wir können uns alle noch gut an die deutsche Besatzung erinnern. [...] So etwas wollen wir nicht noch einmal erleben. Ich stimme natürlich mit Nein.“⁶⁴

Eindrücklich wird hier die Identifizierung der gegenwärtigen europäischen Integration mit dem damaligen Deutschland deutlich. Zwei Tage nach der Abstimmung erwähnte die *Süddeutsche Zeitung* in einer kurzen Nachricht, die EU-Skepsis der Dänen könne mit den historischen Erfahrungen, die das Land mit

60 Ekstra Bladet, 23.05.1998: Holger K. en skabs-ja-siger. S. 22. (Leserbrief)

61 Ekstra Bladet, 24.05.1998: Nej til tysk dominans. S. 33; 25.05.1998: Fælden klapper, S. 26; 25.05.1998. Ikke flere besættelser. S. 27; 28.05.1998. I øvrigt mener jeg om EU... S. 39. (alles Leserbriefe)

62 Ekstra Bladet, 28.09.2000: Vi ses i helvede, Poul. Politiet måtte fjerne radense ungdom, der forfulgte statsministeren på den afsluttende røde rose-turné. S. 8. (Bericht)

63 Politiken, 28.09.2000: Flere end 1.300 læsere har frem til dagens folkeafstemning sendt indlæg om euroen til Politiken. Her er nogle få af argumenterne for et ja eller et nej. S. 25. (Leserbrief)

64 Süddeutsche Zeitung, 18.05.1993: Dänemark vor dem zweiten Maastrichter Referendum. Meinungswandel in der Besinnungspause? S. 3. (Bericht)

Deutschland gemacht habe, zusammenhängen.⁶⁵ Die Tageszeitung mit Stammsitz in München war damit die einzige der untersuchten deutschen Medien, die das historisch gewachsene Deutschlandbild wahrnahm und es in Zusammenhang mit der Ablehnung der europäischen Integration durch einige Dänen setzte.

⁶⁵ Süddeutsche Zeitung, 30.09.2000: Euro-Feinde auf dem falschen Pferd. Europa braucht die Einheitswährung, um sich im harten globalen Wettbewerb zu behaupten. S. 4. (Kurznachricht).

V. DER TOPOS ‚EINFLUSS UND MACHT‘

In den dänischen Zeitungsartikeln wurde immer wieder die Frage nach Einfluss und Macht einzelner Länder in der EG/EU debattiert. Diese Thematik wurde meist in Verbindung mit der geografischen und demografischen Größe der Mitgliedstaaten angesprochen: Während großen EG-/EU-Mitgliedstaaten viel Geltung hätten, beklagten einige Autoren in den dänischen Zeitungsartikeln, ihr kleines Land habe wenig Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Gemeinschaft.

Zunächst wurden die Texte im Zuge der quantitativen Analyse nach den Wörtern ‚lille/små‘ bzw. ‚stor‘ in Verbindung mit ‚EF-/EU-land/-medlemslande‘ abgesehen. Außerdem wurden Zeitungsartikel dem Topos zugeordnet, sofern sie Umschreibungen für ‚indflydelse/magt‘ beinhalteten. Im Kontext tauchten darüber hinaus auch Begriffe wie ‚bestemme‘ und ‚regere‘ auf. Im deutschen Textkorpus wurden die Zeitungsartikel entsprechend nach den Begriffen ‚kleine/große EG/EU-Länder/Mitgliedstaaten‘ und ‚wenig/viel Einfluss/Macht‘, ‚bestimmen‘ und ‚regieren‘ abgesehen und dem Topos zugeordnet. Zunächst werden die dänischen Zeitungsartikel auf quantitative Auffälligkeiten hin untersucht, im Anschluss daran die Texte der deutschen Medien.

V.1. QUANTITATIVE ANALYSE

V.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die quantitative Auswertung der dänischen Zeitungsartikel zu diesem Themenbereich ergibt einen ähnlich umfangreichen Topos, wie die des ‚Nordens‘ und ‚Deutschlands‘: Insgesamt können 368 Texte der Thematik zugeordnet werden, was rund sieben Prozent aller dänischer Zeitungsartikel sind. In den Untersuchungszeiträumen von 1992 und 2000 waren es insgesamt mehr Texte, die ‚Einfluss und Macht‘ kleiner und großer EU-Mitgliedstaaten thematisierten als bei den anderen Abstimmungen. Vor allem bei der Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* steigerte sich der Anteil der Artikel, die auch diesem Topos zugeordnet werden können, von nur zwei Prozent bei der Abstimmung von 1972 auf vierzehn Prozent bei der von 1992. Auch *Politiken* veröffentlichte im Vergleich der Untersuchungszeiträume bei der Abstimmung über den Maastrichter Vertrag mit rund zehn Prozent am meisten Zeitungsartikel zu diesem Topos. Bei den übrigen Referenden sank die Anzahl in diesem Topos auf fünf bis neun Prozent. *Morgenavisen Jyllands Posten* behandelte das Thema bei der vorerst letzten Abstimmung mit zwölf Prozent sogar etwas umfangreicher als im Untersuchungszeitraum von 1992 (s. Tabellen 1 und 2, S. 108).

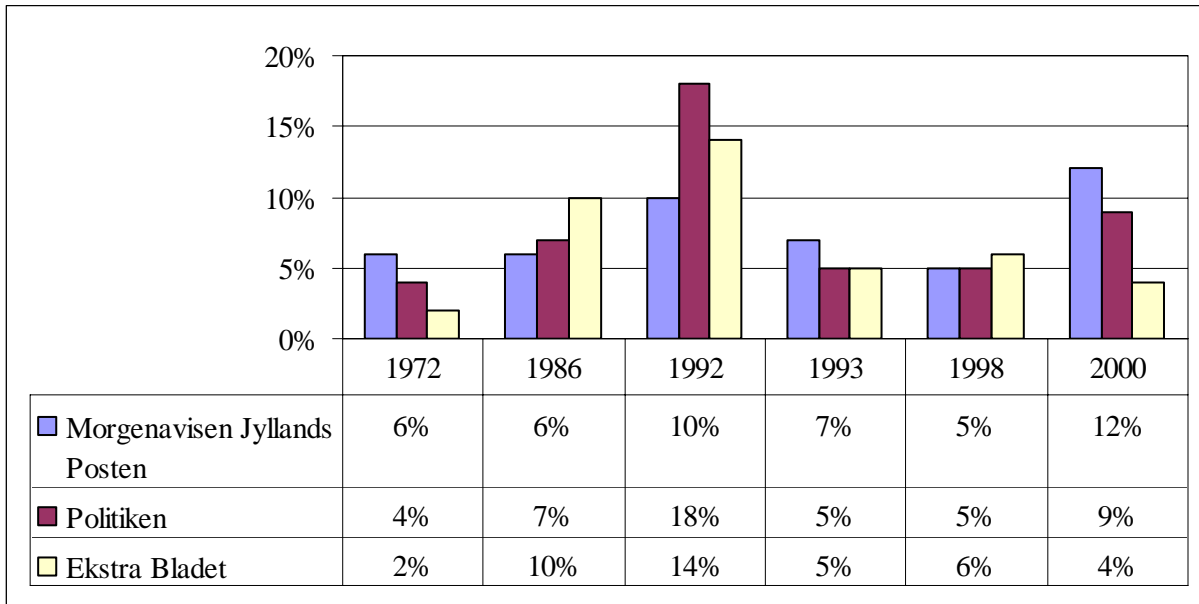


Tabelle 1: Anteil der dänischen Artikel, die u.a. dem Topos ‚Einfluss und Macht‘ zugerechnet werden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	20 (342)	16 (289)	41 (406)	26 (388)	19 (361)	43 (356)
Politiken	9 (216)	10 (136)	59 (336)	11 (220)	15 (312)	38 (434)
Ekstra Bladet	4 (237)	11 (111)	32 (222)	12 (232)	20 (313)	12 (309)

Tabelle 2: Absolute Zahlen zu Tabelle 1.

Während bei *Ekstra Bladet* der Topos in den Zeitungsartikeln vor allem durch Gegner des jeweiligen Abstimmungsgegenstandes erwähnt wurde, war der Topos bei *Morgenavisen Jyllands Posten* deutlich durch die Argumentation der Befürworter geprägt (s. Tabellen 3, 4 und Tabellen 5 und 6, S. 109). Dies zeigt, wenn auch in unterschiedlichen Medien, dass diese Thematik nicht nur für eine politische Richtung, der Befürworter oder der Gegner, eine relevante Thematik darstellte. Die Frage nach Einfluss und Macht der einzelnen Staaten im Verhältnis zur EU ist vielmehr in der dänischen Gesellschaft eine allgemein relevante Frage im Kontext der europäischen Integration. Vor allem die qualitative Analyse wird zu klären haben, inwiefern hierbei von Befürwortern und Gegnern der jeweiligen Abstimmungsgegenstände tatsächlich auch ähnliche oder sogar gleiche stereotype Vorstellungen artikuliert wurden.

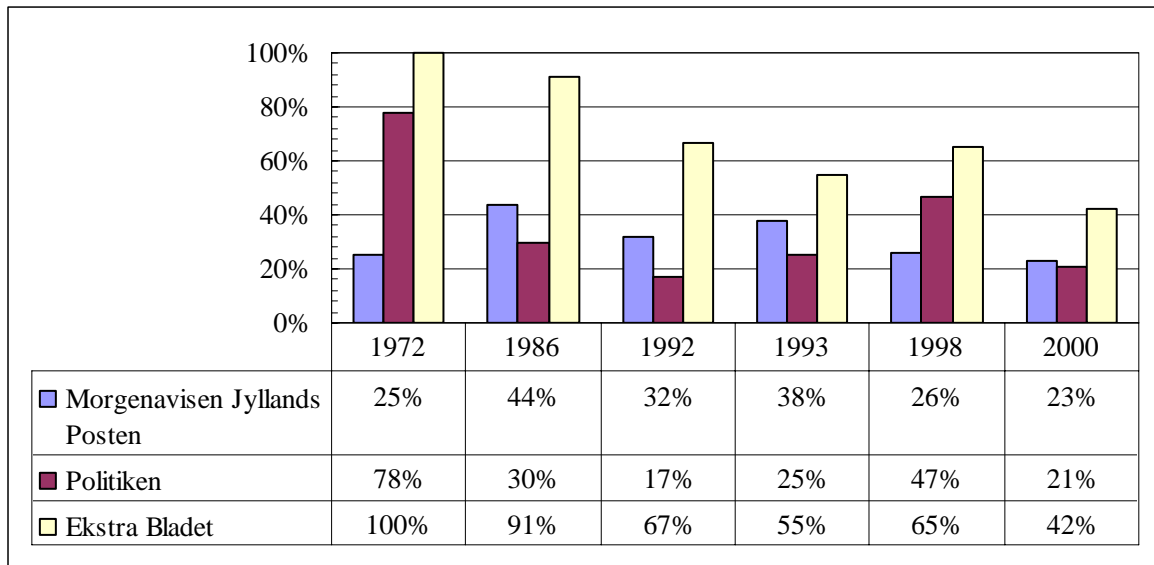


Tabelle 3: Anteil der Artikel, die u.a. dem Topos ‚Einfluss und Macht‘ zugerechnet werden und in denen überwiegend Contra-Argumente erwähnt wurden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	5 (20)	7 (16)	13 (41)	10 (26)	5 (19)	10 (43)
Politiken	7 (9)	3 (10)	10 (59)	3 (12)	7 (15)	8 (38)
Ekstra Bladet	3 (3)	10 (11)	22 (33)	6 (11)	13 (20)	5 (12)

Tabelle 4: Absolute Zahlen zu Tabelle 3.

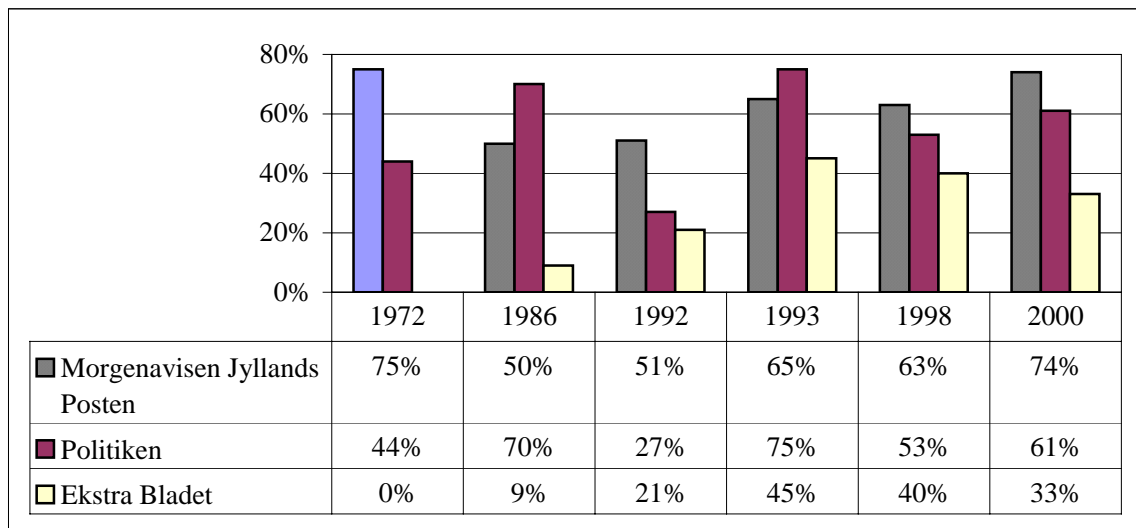


Tabelle 5: Anteil der Artikel, die u.a. dem Topos ‚Einfluss und Macht‘ zugerechnet werden und in denen überwiegend Pro-Argumente erwähnt wurden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	15 (20)	8 (16)	21 (41)	17 (26)	12 (19)	32 (43)
Politiken	4 (9)	7 (10)	16 (59)	9 (12)	8 (15)	23 (38)
Ekstra Bladet	0 (3)	1 (11)	7 (33)	5 (11)	8 (20)	4 (12)

Tabelle 6: Absolute Zahlen zu Tabelle 5.

Besonders häufig wurde der Topos in Kommentaren und Leserbriefen angesprochen. In allen drei Zeitungen wurden außerdem Kurznachrichten publiziert, in denen die Thematik des Einflusses einzelner Mitgliedstaaten Gegenstand war.

V.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Rund neun Prozent aller Artikel, die die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung* und die *BILD*-Zeitung zu den dänischen Volksabstimmungen in den Untersuchungszeiträumen veröffentlichten, können dem Topos ‚Einfluss und Macht‘ zugeordnet werden. Alle drei veröffentlichten in den Untersuchungszeiträumen von 1992 und 2000 die meisten Artikel zu dieser Thematik. Nur die *Süddeutsche Zeitung* publizierte außerdem bei der zweiten dänischen Abstimmung zu einem europäischen Vertragswerk im Jahr 1986 einen Leitartikel, der ebenfalls dem Topos zugeordnet werden kann.

Die Auszählung des Textgenres bestätigt die bisherigen Ergebnisse: Auch in diesem Topos überwiegen die Korrespondentenberichte und -kommentare. Dies entspricht der journalistischen Praxis, die die Berichterstattung über ausländische Wahlereignisse oft in die Hände von Korrespondenten legt. Die Auszählung der artikulierten Meinungen, die in diesen Texten publiziert wurden, ist in diesem Kontext jedoch schwierig: Die Thematik des Topos wurde in den vorliegenden deutschen Artikeln meist ohne eine bestimmte Meinungsäußerung im Sinne der Kategorien ‚Pro‘ oder ‚Contra‘ behandelt. Vermutlich liegt das am Themenbereich: In den deutschen Medientexten wurde zwar die dänische Debatte um Einfluss und Macht einzelner Mitgliedstaaten dargestellt, jedoch nicht durch eigene, ‚deutsche‘ Stellungnahmen oder Beurteilungen ergänzt. Daher kann diese Kategorie in diesem Zusammenhang nicht ausgezählt werden.

V.2. QUALITATIVE ANALYSE

Die quantitative Auswertung ergab, dass mit jeder Abstimmung die Frage nach ‚Einfluss und Macht‘ eine immer wichtigere Rolle zu spielen schien. Im Zuge der weiteren inhaltlichen Analyse wird zu klären sein, ob diese quantitativen Auffälligkeiten in den zur Abstimmung stehenden Vertragswerken begründet liegen. Zwar war in allen Volksabstimmungen die Übertragung nationaler Souveränität auf die EG/EU Gegenstand der Referenden. Doch die Abstimmungen von 1992 und 2000 berührten beispielsweise mit der Ablösung der nationalen Währung durch den Euro sehr viel sensiblere Bereiche der nationalstaatlichen Eigenbestimmung als beispielsweise im Jahr 1998 der Beschluss über die Erweiterung der Union durch zusätzliche Mitgliedstaaten. Offenbar wurde also in Volksabstimmungen, die über die Übertragung bestimmter nationalstaatlicher Kompetenzen entscheiden sollten, häufiger die Frage nach Einfluss und Macht einzelner Mitgliedstaaten gestellt, als in anderen.

Abgesehen von der oft fehlenden Stellungnahme zum Topos selber, befürworteten die deutschen seriösen Medien generell die EU und auch die dänische EG/EU-Mitgliedschaft. Bei jeder Abstimmung im Nachbarland äußerten sie die Hoffnung, das entsprechende Vertragswerk würde von den Dänen ratifiziert werden. Eine Befürwortung oder Ablehnung der einzelnen Meinungen, etwa ob kleine Staaten weniger oder mehr Einfluss in der EU haben, erfolgte sehr selten. Die *Bild*-Zeitung hingegen, das wurde bisher schon deutlich, bezog die dänischen Abstimmungen vor allem auf nationale Belange Deutschlands und vertrat hier jeweils eine ablehnende Haltung gegenüber der weiter reichenden europäischen Integration.

In den dänischen Medientexten war die Frage nach den Möglichkeiten der Mitgliedstaaten, auf die Gemeinschaft Einfluss auszuüben, ein wichtiges Thema. Dabei wurde immer wieder ein Zusammenhang zwischen der Größe der Länder und ihrem Einfluss auf die EG/EU hergestellt: Während große Staaten viel Macht hätten, sei es bei kleineren Mitgliedsländern wie Dänemark umgekehrt und die Gemeinschaft habe über diese mehr Einfluss. Im Laufe der fortschreitenden europäischen Integration und der damit verbundenen Übertragung nationaler Souveränität wurde die EG/EU in der Vorstellung vieler Dänen zu einer „Bedrohung“ des Nationalstaates. Der Transfer von Hoheitsrechten auf die Gemeinschaft bedeutete in ihren Augen den Verlust nationalstaatlicher Kompetenz und einen Machtgewinn der Gemeinschaft über Dänemark. Im Selbstbild blieb hingegen das „kleine Dänemark“ bestehen, dass sich nicht nur um Einfluss in der EG/EU bemühen, sondern zudem auch seine Unabhängigkeit verteidigen müsse.

Eine Ausnahme bildete in diesem Zusammenhang die Volksabstimmung über den Maastrichter Vertrag. Das dänische „Nej“ sorgte im europäischen Ausland für Erstaunen. In Dänemark war man über das eigene Votum, vor allem aber von den europäischen Reaktionen überrascht und es entstand der Eindruck, als habe „das kleine Dänemark die große EU in die Krise gebracht“. Diese Vorstellung verstärkten die nachfolgenden Verhandlungen noch, die 1993 im Edinburgher Beschluss mündeten und Dänemark wesentliche Ausnahmen vom Maastrichter Vertrag einräumten. Seitdem setzte in den Medien ein Diskurs ein, bei dem immer wieder das „besondere Dänemark“ auch losgelöst von bestimmten politischen und gesellschaftlichen Errungenschaften betont wurde. Auch dieses Stereotyp soll im Zuge der Inhaltsanalyse näher erläutert werden.

Um die hier angeführten Vorstellungen und ihre Darstellung in den einzelnen Debatten darzulegen, wird der Topos in der Inhaltsanalyse in drei Unterkapitel unterteilt. Dabei werden zunächst stereotype Vorstellungen von der ‚Großen EG/EU und dem kleinen Dänemark‘ erläutert. Daran schließt sich ‚Das Große als Bedrohung des Kleinen‘ an, und schließlich mündet die Analyse in der ‚Überraschung von 1992: Das kleine Dänemark ganz groß‘.

V.2.1. GROÙE UND KLEINE EG-/EU-STAATEN

V.2.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die geringe demografische GröÙe Dänemarks wurde bei der ersten Volksabstimmung 1972 mit der Frage nach den Einflussmöglichkeiten des Landes in der Europäischen Gemeinschaft verbunden. Nachdem die Norweger sechs Tage vor dem dänischen Referendum den EG-Beitritt abgelehnt hatten, hieß es in einem Leitartikel der Chefredaktion von *Ekstra Bladet*, dass Dänemark mit nur fünf Millionen Einwohnern keinen Einfluss auf den Entscheidungsprozess dieses „böartigen, handelspolitischen Zusammenschlusses“ haben werde:

Selvfølgelig skal Danmark ikke som eneste nordiske land søge ind i den ondartede handelspolitiske sammenslutning, Fællesmarkedet er. Tanken om, at Danmark med kun fem millioner indbyggere skulle kunne sikre sig nogen som helst indflydelse ved de stores bord forekommer simpelthen absurd.¹

Im Umkehrschluss wird also den nordischen Ländern bei einem gemeinsamen EG-Beitritt durchaus die Möglichkeit der Einflussnahme zugesprochen. Alleine jedoch habe Dänemark keine Hoffnung, sich am „Tisch der GroÙen“ Geltung zu verschaffen. Mit dieser Vorstellung verknüpft ist die Annahme, dass zwischen kleinen und großen Mitgliedstaaten, bzw. zwischen der EG und den nordischen Ländern ein natürlicher Interessenskonflikt bestehe. Auch 1986, bei der Abstimmung über die Einheitliche Europäische Akte (EEA), meinte die Chefredaktion von *Ekstra Bladet*, Dänemark spiele im „europäischen Symphonieorchester“ nur die „Piccoloflöte“. Das Land solle daher lieber seine eigene Melodie spielen, als sich mit einem „kleinen Pieps in der großeuropäischen Symphonie“ zufrieden zu geben.² Man solle nicht „wie eine kleine Bank mit einer großen fusionieren“, so ein Theologieprofessor anlässlich der Abstimmung von 1992.³ Besonders deutlich wurde die Vorstellung, ein kleines Land zu sein, in Illustrationen zum Ausdruck gebracht. So veröffentlichte *Ekstra Bladet* eine Karikatur des dänischen Außenministers, der als kleiner Junge im Matrosenlook hilflos versucht, böse dreinschauende Schlägertypen, den italienischen Ministerpräsidenten Giuliano Amato und den deutschen Bundeskanzler Gerhard Schröder, in die Knie zu zwingen.⁴ Eine andere Zeichnung stellte Wim Duisenberg, den Präsidenten der Europäischen Zentralbank, dar, der an einem Tisch sitzend zur Seite schießt. Dort sind gerade noch, knapp über der Tischkante, die traurigen Gesichter der viel kleiner gezeichneten dänischen Ministerpräsidenten und

1 Ekstra Bladet, 26.09.1972: Norges Nej, S. 2. (Leitartikel)

2 Ekstra Bladet, 20.02.1986. F for fup. S. 2. (Leitartikel)

3 Politiken, 25.05.1992: Uden demokratie er det en rædsel. Danmark skal ikke tilsluttes Europa som en lille bank fusionerer med en stor. Peter Kemp, professor dr. theol. S. 5. (Kommentar)

4 Ekstra Bladet, 22.09.2000. EU's nye stærke mænd. S. 2. (Karikatur).

der Wirtschaftsministerin Marianne Jelved zu sehen. Der große EU-Beamte fragt sich mit Blick auf die traurigen Gesichter, ob die EU „mit denen überhaupt noch rechnen soll“.⁵

Die mit dem Maastrichter Vertrag erfolgte Unionsgründung brachte eine Akzentverschiebung mit sich. Nicht mehr nur „das kleine Dänemark“ stand im Mittelpunkt der Argumentation der EU-Gegner, sondern vor allem die zukünftige Gestalt der Gemeinschaft als einer Union mit noch mehr Mitgliedstaaten und umfangreicheren Kompetenzen. Ausgelöst wurde diese Debatte im Wesentlichen durch einen Bericht des EU-Kommissionspräsidenten Jacques Delors, der wenige Stunden, bevor das dänische Parlament am 12. Mai 1992 über den Maastrichter Vertrag abstimmen sollte, veröffentlicht wurde. Hierin wurde ein EU-Gipfel angekündigt, auf dem die Machtverteilung im Ministerrat neu debattiert werden sollte. In Dänemark wurde dies von den EU-Gegnern als eine Konferenz zur „Begrenzung des Einflusses kleiner Mitgliedstaaten“ verstanden und ging einher mit dem starken Anwachsen ihres Lagers bis zur Volksabstimmung am 2. Juni.⁶ Es erstaunt daher nicht, dass die quantitative Auswertung für diesen Untersuchungszeitraum mit rund zehn Prozent ein außergewöhnlich umfangreiches Textkorpus bei den drei dänischen Zeitungen ergab.

Immer wieder war in den Medientexten die Rede von der EU als einem „Großeuropa“.⁷ Ein Leser war der Ansicht, es sei naiv zu denken, dass Dänemark in dem „deutsch-französischen Supereuropa“ Einfluss haben werde: „Man skal være meget naiv, hvis man tror, at Danmark får nogen særlig indflydelse i et tysk/fransk super-europa med stabile og kuede randstater.“⁸ Mit einer „großen Maschinerie“ verglich eine Autorin die EU in ihrem Kommentar und hoffte, „alle Frauen“ würden „Nein“ zu diesem „Giganten“ sagen.⁹ Interessanterweise sprachen sich jedoch Befürworter wie Gegner zu jedem Zeitpunkt für eine Erweiterung der Gemeinschaft um zusätzliche Staaten aus. Die artikulierte Kritik richtete sich ausschließlich gegen die Größe der Institutionen und die Erweiterung der Kompetenzen der EU, nicht aber gegen ihre Größe in Bezug auf die Anzahl der Mitgliedstaaten. So auch bei der Abstimmung über den Amsterdamer Vertrag, in dessen Zusammenhang die Erweiterung der Gemeinschaft um elf Staaten beschlossen wurde.¹⁰ Einige Autoren kritisierten die wachsenden Kompetenzen der EU und wandten sich gegen die „Mammutisierung“, aus der „etwas Gigantisches, ein eigenmächtiges Regime“ entstehen könnte:

5 Politiken, 17.09.2000. Kampen om indflydelse. S. 4. (Bericht)

6 Politiken, 3.06.1992: Hertil og ikke længere sagde danskerne i går. S. 21. (Bericht)

7 Im dänischen war die Rede von „Storeuropa“ oder „Super-Europa“.

8 Ekstra Bladet, 20.05.1992: Bobler i lakken. S. 22. (Leserbrief)

9 Ekstra Bladet, 22.05.1992: Dinosaurernes Indtogsmarch. S. 12. (Bericht)

10 S.h. ausführlich: Kapitel II. Die dänischen Referenden im historisch-politischen Kontext. S. 31 – 59.

Personlig har jeg et dybt mistillid til hele det amsterdamske maltraktament, som ingen kan gennemskue, den fulde konsekvens af. Så meget har man der fattet – en mamuttisering der vil noget, et overdimensioneret, gigantisk, enevældigt styre, holdt i stram snor, af en masse zombi-liberalistiske øvropærede øvropaparlamentmænd.¹¹

Die Autorin, eine Schauspielerin, verwendet hier ein typisches Stilmittel der EU-Gegner. An Stelle der Silbe „Eu“ von „Europa-Parlamentarier“ setzt sie die dänische Silbe „Øv“. Es entstand die eigene Wortschöpfung „øvropa-parlamentmænd“. Auch der Begriff „øvropærede“ ist eine eigene Wortschöpfung der Schauspielerin. Hier hat sie die „øvro“- Silbe mit dem verstärkenden Ausdruck „pære-“ ergänzt, was soviel wie „sehr“ oder auch „total“ bedeutet und in diesem Zusammenhang vor allem den übertriebenen Amtseifer der europäischen Beamten beschreiben soll. „Øv“ ist im Dänischen ein umgangssprachlicher Ausruf, der so viel bedeutet wie „Oh“ oder manchmal auch „aua“. Die EU-Gegner führten diesen umgangssprachlichen Ausruf bei der Nennung von EU-Begriffen ein und schufen damit eine negative Konnotation. Am häufigsten wurde sie bei der Abstimmung über den Euro, der „Øvro“ genannt wurde, verwendet.

Die Befürworter konzentrierten sich indes darauf, die Zukunft der kleinen Länder und ihre Möglichkeiten der Einflussnahme in der EU zu debattieren. So empfahlen sie 1972 den EG-Beitritt, indem sie Großbritannien, das zeitgleich beitreten sollte, als möglichen Koalitionspartner bei EG-Verhandlungen bezeichneten. Auch Wortmeldungen aus dem Nachbarland waren bei dieser Abstimmung nichts Ungewöhnliches. Ein englischer Autor sah in der Mitgliedschaft kleiner Staaten, wozu er auch Norwegen und Dänemark zählte, gar die Möglichkeit einer Vermittlungsinstanz zwischen großen und kleineren EG-Ländern:

Jeg håber inderligt på dansk og norsk medlemskab. De to lande kan sammen med Storbritannien ændre balancen mellem højre og venstre inden for fællesmarkedslandene i en positiv retning. Og ikke alene mellem højre og venstre. Også mellem de store og små medlemslande.¹²

Bei der Abstimmung über die Euro-Einführung äußerte die Chefredaktion von *Morgenavisen Jyllands Posten* die Hoffnung, mit Dänemarks Zustimmung die Macht der kleinen Länder zu vergrößern und die der großen EU-Mitgliedstaaten einschränken zu können.¹³ Dieser Gedanke macht deutlich, dass sich in den Vorstellungen einiger Dänen die EU in eine Gemeinschaft großer und kleiner Länder aufteilte, wobei eine Koalition, zum Zwecke der Einflussnahme, nur unter

11 Politiken, 17.05.1998: Amsterverdamt...Anne Marie Holger, Skuespieler. S. 23. (Kommentar).

12 Politiken, 26.09.1972: Engelsk forfatter og EF-tilhænger: „De små lande kan blive effektive.“ Mener, dansk EF-medlemskab vil styrke demokratiet. S. 9. (Bericht)

13 Morgenavisen Jyllands Posten, 25.09.2000: Den nordiske effekt. S. 12. (Leitartikel)

gleichen möglich bzw. erwünscht zu sein schien. Einander ähnlich erscheinen nach wie vor die nordischen Länder, wie die (rhetorische) Frage eines *Ekstra Bladet*-Lesers zeigt, die er an den dänischen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen richtete: Die Frage, ob Dänemark überhaupt die Möglichkeit haben werde, Einfluss in der EU geltend zu machen, begründet der Fragensteller mit der Feststellung, Süd- und Nordeuropa unterschieden sich durch grundlegend verschiedene Mentalitäten.¹⁴

Nach der Abstimmung wurde unter den Euro-Befürwortern die Meinung vertreten, Dänemark stünde durch die Ablehnung der gemeinsamen Währung nun „an der Seitenlinie“.¹⁵ Die Chefredaktion von *Morgenavisen Jyllands Posten* teilte diese Einschätzung und schrieb in einem Leitartikel, das Land habe sich mit dem „Nej“ zum Euro „vom Einfluss abgeschnitten“.¹⁶ *Politiken* kritisierte die Wahlentscheidung als Verlust für die kleinen EU-Länder. Die größeren Länder bekämen nun noch mehr Macht, dies geschähe allerdings auf Kosten der Kleineren und vor allem jener Länder, deren Aufnahme in die EU bevorstehe.¹⁷

Mit dem Verweis auf die EG-Gründungsmitglieder Holland und Luxemburg betonten einige Befürworter die positiven Erfahrungen kleiner EG-Mitgliedstaaten. Ein holländischer Experte sah die Europäischen Gemeinschaften als „Chance für die kleinen Länder“ an, die sich im Zuge der globalen Integration bedrängt fühlten.¹⁸ Das „kleine Holland“ wurde als Paradebeispiel für die erfolgreiche Mitgliedschaft eines kleinen Landes angeführt, das sich keinesfalls der Gemeinschaft habe beugen müssen,¹⁹ ein Schicksal, das laut EG-Gegnern Dänemark ereilen würde. Beispielsweise hätten etwa die nationalen Standards in der holländischen Sozialpolitik nicht „unter der EG-Mitgliedschaft gelitten“, so der Verfasser. Auch Luxemburg wurde als Vergleich herangezogen. Das Land sei wie Dänemark klein und bislang mit der EG-Mitgliedschaft zufrieden gewesen.²⁰ Indes wurde Belgien, wie Holland und Luxemburg ein kleines Land und zudem Gründungsmitglied der EG, in diesem Zusammenhang nicht erwähnt.

Die Analyse zeigt also, dass das Selbstbild Dänemarks, ein kleines Land zu sein, ebenso wie das Fremdbild von der EG/EU als einer großen Gemeinschaft auf gesellschaftlichem Konsens beruhte und von beiden Lagern artikuliert wurde. Während die EG-/EU-Befürworter jedoch keine Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Gemeinschaftspolitik sahen, betonten die EG-/EU-Gegner vor allem die Größe der EG/EU als „gigantisch“ und bedrohlich.

14 Ekstra Bladet, 22.09.2000: Hvem betaler for østlandene? S.16. (Leserfrage)

15 Morgenavisen Jyllands Posten, 29.09.2000. Et nej med konsekvenser. S. 24. (Bericht)

16 Morgenavisen Jyllands Posten, 2.10.2000. Den sorte Europa. S. 10. (Leitartikel)

17 Politiken, 30.09.2000. Hilsen fra os. Danmarks nye rolle i EU. S. 32. (Leitartikel)

18 Morgenavisen Jyllands Posten, 18.09.1972.: Hollandsk ekspert. EF de små landes chance. S. 2. (Bericht)

19 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.09.1972: Jeg er ikke i tvivl. S. 10. (Leserbrief)

20 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.09.1972: En tvivlers afgørelse. S. 11. (Leserbrief)

V.2.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Nur in der *Süddeutschen Zeitung* und erst bei der zweiten dänischen Volksabstimmung 1986 konnte ein Artikel gefunden werden, der den gesuchten Begriff „klein“ aufwies und damit dem Topos ‚Macht und Einfluss‘ zugeordnet werden kann. Allerdings behandelte der Leitartikel nicht primär die dänische Volksabstimmung, sondern kommentierte vor allem den Ratifikationsprozess der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA): Eine Woche vor der dänischen Volksabstimmung verweigerten Griechenland und Italien die Ratifikation des Vertragswerks. Während es die beiden südlichen EG-Länder als Loyalität gegenüber Dänemark empfanden, die dänischen Wähler durch eine Vorabunterzeichnung nicht unter Druck zu setzen, kommentierte die *Süddeutsche Zeitung* es als „Hemmnis einiger Mitgliedstaaten“.²¹ Durch diese Länder, die mit „national motivierten Einwänden“ das wichtige Reformpaket nicht unterzeichnen wollten, drohe ein „Auseinanderbrechen der EG“. Die Tageszeitung aus München kritisierte die Haltung der drei Länder und formulierte abwertend: „Und nun legen sich die Kleinen quer.“ Im Falle Dänemarks wurde das Unverständnis der deutschen Zeitung dadurch hervorgerufen, dass das Land eine Volksabstimmung durchführte, obwohl diese vom Grundgesetz her nicht notwendig war und zudem einen rein „empfehlenden“ Charakter hatte: Ein Drittel der Parlamentsabgeordneten hatten sich für die Abhaltung einer solchen „*vejledende folkeafstemning*“ ausgesprochen und die Regierung wollte der Entscheidung der Wähler Folge leisten. Bei der Zeitung aus München stieß dieses Vorgehen offensichtlich auf Kritik. Insbesondere die Formulierung, „und nun legen sich die Kleinen quer“ zeigt, dass sich die dänischen stereotypen Vorstellungen von der großen EG/EU und dem kleinen Dänemark in dem deutschen Zeitungsartikel wiederfinden. In dieser Formulierung schwingt eine gewisse Geringschätzung mit und man könnte den Eindruck gewinnen, dass sich aus der Sicht dieses Journalisten der *Süddeutschen Zeitung* kleinere EG-Mitgliedstaaten dem Reformpaket der „Großen“ nicht widersetzen dürften.

Als die dänischen Wähler 1992 über den Maastrichter Vertrag abstimmten, war es ein Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der von der stereotypen Vorstellung der Dänen von der EU als einer großen Gemeinschaft berichtete: „Mit JA ein Supereuropa verhindern“ lautete der Titel eines Korrespondentenberichtes der Frankfurter Tageszeitung am Tag der dänischen Volksabstimmung.²² Der Journalist erläuterte den Meinungswechsel der Socialistisk Folkeparti (SF), die noch ein Jahr zuvor die Ablehnung des EU-Vertrags empfohlen hatte. Wie damals wollte die Partei auch 1993 vor allem ein „Supereuropa“ verhindern, diesmal meinte sie dies jedoch mit einem „Ja“ der dänischen Wähler erreichen

21 Süddeutsche Zeitung, 18.02.1986. Da waren´s nur noch neun. S. 4. (Bericht)

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.1993: Mit JA ein Supereuropa verhindern. Eier-tänze vor der dänischen Entscheidung. S. 3. (Bericht)

zu können. Ihre Begründung zielte darauf ab, die deutsch-französische Dominanz in der EU durch die dänische Mitgliedschaft zu schwächen. Erneut war es also das Bild einer großen Gemeinschaft, die hier als abzulehnende Vorstellung artikuliert wurde. Damit ging dieses Fremdbild der dänischen Gegner von der EU in die deutsche Berichterstattung ein, wurde aber aus deutscher Sicht weder bestätigt noch widerlegt. Ihr eigenes Bild vom kleinen Nachbarn verdeutlichte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* in diesem Untersuchungszeitraum zudem in einer Karikatur: Ein kleiner Holzpfehl mit der Aufschrift „Dänemark“ bindet die EU, dargestellt als ein großer Stier, an sich und schränkt damit die Gemeinschaft in ihrer Beweglichkeit ein.²³ Einerseits findet sich das dänische Selbstbild, ein kleines Mitgliedland zu sein in der Illustration dieser Zeitung wieder. Andererseits wird jedoch auch deutlich, dass dieser Entscheidung keine langfristige Wirkung beigemessen wurde: Denn der „dänische Holzpfehl“ würde einer Kraftanstrengung des „EU-Stieres“ wohl kaum Stand halten.

Im Jahr 2000 konnten in allen drei untersuchten deutschen Tageszeitungen Artikel dem Topos ‚Macht und Einfluss‘ zugeordnet werden. Auch die *BILD*-Zeitung informierte zwei Tage nach der dänischen Abstimmung ihre Leser über Dänemarks „sechste Abstimmung über Europa“.²⁴ „Die Entscheidung des 5,3 Millionen Volkes im Norden“, so die Zeitung, habe keine langfristigen Folgen für die EU, da die dänische Wirtschaft so klein sei. Die Frage nach Einfluss und Macht kleiner EU-Mitgliedstaaten wurde also von der deutschen Boulevardzeitung wahrgenommen, und zudem das dänische Selbstbild, ein kleines Land zu sein, im deutschen Fremdbild bestätigt. Interessant ist die Bezeichnung der Volksabstimmung als einer „über Europa“. Tatsächlich betraf die Einführung des Euro zwar den Europäischen Währungsraum, war jedoch weder für dessen Verwirklichung Voraussetzung noch eine Bedingung für das Fortbestehen der dänischen EU-Mitgliedschaft. Damit hatte diese dänische Abstimmung keine fundamentale Bedeutung, wie beispielsweise das Referendum über den Maastrichter Vertrag im Jahr 1992. Damals war die Verwirklichung der Vertragsbestimmungen von der Ratifizierung aller Mitgliedstaaten abhängig. Hätte die EU mit dem Edinburgher Beschluss Dänemark keine Ausnahmeregelungen zugestanden, wäre der Reformplan von Maastricht gescheitert. Eine solche grundlegende Entscheidung zog jedoch dieses sechste Referendum nicht nach sich und somit ist die Bezeichnung der Abstimmung als einer „über Europa“ nicht nur irreführend, sondern auch effektheischend.

Der Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zitierte eine Äußerung des ehemaligen dänischen Bildungsministers Bertel Haarder, der in einer Debatte den Dänen den „ausgeprägten Minderwertigkeitskomplex einer ehema-

23 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.06.1992: Welche Optionen hat die Gemeinschaft? Kinkel für ein zweites Referendum. S. 4. (Bericht)

24 BILD, 30.09.2000. Nein zum Euro. Blanker Protest und lange Gesichter. S. 2. (Bericht)

ligen Kolonialmacht“ bescheinigte.²⁵ Die Gunst der EU sei wichtig für „einen Kleinstaat“, so der dänische Politiker. Auch diese Bemerkung wurde von der Zeitung nicht weiter kommentiert und ist ein Beispiel dafür, dass dänische Selbstbilder mit deutschen Mediendiskurse übereinstimmten.

V.2.2. DAS ‚GROBE ALS BEDROHUNG DES KLEINEN‘

V.2.2.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die Vorstellungen von Dänemark als einem „kleinen Mitgliedstaat“ und der EG/EU als einer „großen Gemeinschaft“ wurden in den Mediendiskursen häufig mit bestimmten Eigenschaften verknüpft. So war in den Augen der Befürworter ihr kleiner Staat sowieso durch die EG/EU beeinflusst. Ob Dänemark Einfluss ausüben könne oder nicht, liege vor allem in der eigenen Verantwortung und letztlich daran, ob sich das Land am europäischen Einigungsprozess beteilige oder nicht. Die EG-/EU-Gegner hingegen sahen die große Gemeinschaft als Bedrohung des kleinen Dänemarks und der nationalen Souveränität an. In ihrer Vorstellung dominierte das Negative und sie betonten es daher als nationale Pflicht, die Eigenständigkeit, Unabhängigkeit und Freiheit ihres Landes gegen die „feindliche Übernahme“ zu verteidigen.

Eine Möglichkeit, auf die EG Einfluss zu nehmen und nationale Interessen durchzusetzen, bestand aus Sicht ihrer Gegner nicht. Bereits bei der ersten Abstimmung über Dänemarks Beitritt 1972 betonten sie die EG als Bedrohung des unabhängigen dänischen Nationalstaates.²⁶ Die zwei Wochen vor dem Referendum in Umfragen zunehmenden „Nej“-Stimmen wurden als Zeichen der „wachsenden Erkenntnis“ darüber gewertet, dass die „Freiheit unseres Landes mehr wert“ sei, als der „zweifelhafte wirtschaftliche Gewinn“.²⁷

Einen Tag vor der Abstimmung über den EG-Beitritt stellte *Ekstra Bladet* ihren Lesern auf der Titelseite die - für das Medium rhetorische - Frage: „Ist Dänemark in drei Tagen noch ein freies Land?“ Aus der Geschichte des Königreiches leiteten die Autoren die Feststellung ab, Dänemark sei schon seit Jahrhunderten ein „bedrohtes, kleines Land“. Nun läge es in den Händen der Wähler, ob es von den Europäischen Gemeinschaften „verschlungen“ werde oder nicht:

25 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.09.2000: Auch diese Abstimmung wird eine Zitterpartie. Das dänische Volk entscheidet über die Einführung des Euro. S. 7. (Bericht).

26 Dies zeigen auch die zwei literarischen Werke aus dem Jahr 1972 sehr anschaulich, die bereits einleitend erwähnt wurden: Vagn Lundby, „2. oktober 1972“. O.O 1972 und Klaus Ribbjerg, „Brevet til Gerda“, København 1972.

27 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.09.1972: På trods af Krags knæ. S. 11. (Leserbrief)

Er vi stadig et frit folk på tirsdag? Ja, det afgøres af de vælgere, der på mandag stemmer Ja eller Nej til Danmarks opslugning i Fællesmarkedet.²⁸

Ein zentraler Gegenstand dieser ersten Volksabstimmung zu einem europäischen Vertragswerk behandelte unter anderem die Verkaufsmodalitäten dänischer Grundstücke an Ausländer. Vor allem die EG-Gegner bangten um den Fortbestand der Grundstückserwerbsgesetze, der sogenannten *jordlove*, die dem dänischen Staat ein Vorkaufsrecht einräumten, sobald ausländische Investoren Interesse zeigten. Auf diese Weise sollte der Erwerb umfangreicher dänischer Grundstücke durch ausländische Käufer unterbunden werden. Man fürchtete, das Land könne sonst in die Hände kapitalstarker Ausländer fallen und Dänemark Gefahr laufen, ein Land ohne oder mit noch kleinerem Staatsterritorium zu werden. Diese Gesetze und ihre Gültigkeit sollten sich auch mit Eintritt in das europäische Bündnis nicht ändern, was die Gegner des EG-Beitritts jedoch als fragwürdig darstellten. So befürchtete beispielsweise ein Politiker der *Socialistisk Folkeparti* (SF) eine Verschärfung der Grundstücksproblematik und warnte, das Land könne „in die Hände reicher Kapitalisten“ fallen.²⁹

Einen Tag nach dem positiven Votum 1986 begrüßte *Ekstra Bladet* ihre Leser im „Römischen Reich“, in dem Dänemark bereits seit dreizehn Jahren „einverleibt“ sei und auch in Zukunft von „den süd- und mitteleuropäischen Ländern dominiert“ werden würde.³⁰ Dänemark könne in der EG keinen Einfluss geltend machen und vor allem kleine Länder würden „von Brüssel ferngesteuert“ werden, so ein Leser.³¹ Als Zeichen des drohenden „Untergangs Dänemarks“ wurde bei dieser zweiten dänischen Abstimmung des Öfteren der Schutzheilige Holger Danske abgebildet. Die Mythe erzählt, der Krieger würde aus seinem tiefen Schlaf erwachen und Dänemark retten, wenn es in Gefahr sei. Darauf hoffte nicht nur ein Wähler³², sondern auch die Chefredaktion von *Ekstra Bladet*.³³ Die *Socialistisk Folkeparti* bildete bei der Abstimmung 1992 den nationalen Schutzheiligen sogar auf ihren Wahlplakaten ab und erinnerte dadurch an die existentielle Gefahr, die in ihren Augen von der EU ausginge. Sein gegenwärtiger Namensvetter, der Parteivorsitzende Holger K. Nielsen und dessen Frau empfahlen daher auf dem Plakat die Ablehnung des Maastrichter Vertrages: „Holger og

28 Ekstra Bladet, 30.09.1972: Er Danmark stadig frit om tre dage. S. 1. (Aufmacher)

29 Politiken, 23.09.1972: Vi kan ikke sikre råderet over dansk jord i EF. Jens Maigaard (SF) ordfører i jordlovsspørgsmål. S. 9. (Kommentar)

30 Ekstra Bladet, 28.02.1986. Velkommen i Romerriget. S. 2. (Leitartikel)

31 Ekstra Bladet, 7.02.1986: Kun velfærd for nålestribede. S. 35. (Leserbrief)

32 Morgenavisen Jyllands Posten, 22.02.1986: De snakker demokratiet til handlingslammelse. S. 9. (Leserbrief)

33 Ekstra Bladet, 28.02.1986. Velkommen i Romerriget. S. 2. (Leitartikel)

konen siger nej til unionen.“³⁴ In diesem Zusammenhang fällt eine weitere Illustration auf, die neben mehreren Artikeln von *Ekstra Bladet* im Untersuchungszeitraum von 1986 abgebildet wurde: Zu sehen ist eine schwarze Hand, die nach Dänemark greift, das im Landkartenformat gezeichnet wurde. Damit wurde ganz bildlich die Bedrohung Dänemarks dargestellt.³⁵

Die bislang umfangreichste Übertragung nationaler Souveränität sollte mit der Ratifikation des Maastrichter Vertrages vollzogen werden, die die Dänen 1992 ablehnten. In diesem Kontext betonten viele EU-Gegner die Auflösung des Nationalstaates, die in ihren Augen der Transfer nationaler Hoheitsrechte auf die Institutionen der Europäischen Union mit sich brächte. So wurde beispielsweise der Europäische Gerichtshof nicht als „Wächter der nationalen Rechtssysteme“ gesehen, sondern vielmehr als ihre Gefährdung empfunden. Dies sei, „als ob der Fuchs die Gänse bewache“.³⁶ Die Unionsgegner betonten oft, dass die Gründung einer Union den Verlust nationaler Eigenarten zugunsten der Vereinheitlichung bedeute. So würde beispielsweise als eine weitere Folge der Unionsgründung die nationale Identität „in der unglaublichen großen und unbestimmten Masse“ untergehen.³⁷ Andere EU-Gegner warnten davor, dass die dänische Sprache „verschwinden“ würde.³⁸ In einer Karikatur wurde die Meinung eines Universitätsdozenten verbildlicht, der meinte, die neun offiziellen Sprachen der EU würden die dänische Nationalsprache „verschlingen und verzehren“: Gewürzt mit englischer Sauce, italienischem und französischem Dressing „verzehren“ drei Männer die dänische Nationalflagge Dannebrog.³⁹ Auch eine von *Ekstra Bladet* porträtierte „bodenständige“ Gärtner-Familie fürchtete, Dänemark könne von einem „Groß-Europa verschlungen“ werden.⁴⁰

Selbst der Ausnahmekatalog von Edinburgh, der Dänemark von manchem Kompetenztransfer auf die EU ausnahm, wurde von seinen dänischen Gegnern als „Aufgabe der nationalen Souveränität“ gewertet. Den nachfolgenden Generationen könne das Leben in einer selbständigen und freien Nation allein durch ein „Nej“ gewährleistet werden.⁴¹ Mit der Ratifikation würde man indes das

34 Zu sehen ist das Plakat auf einem Foto, das mit folgendem Artikel in Morgenavisen Jyllands Posten am 22.05.1992 veröffentlicht wurde: Unionen kom til Mogenstrup. S. 16. (Bericht)

35 So auf einer Doppelseite mit Leserbriefen: Ekstra Bladet 21.02.1986, S. 28 f.

36 Politiken, 12.05.1993: Samme vare i ny indpakning. Folketingets hustandsavis vildledende. Sven Danø, Professor Dr. polit. S. 25. (Kommentar)

37 Ekstra Bladet, 28.05.1992: Giro 413, Dannebrog, Unionen og Jaques Delors. S. 24. (Bericht)

38 Ekstra Bladet, 20.05.1992: Uffe førere os bag lyset. S. 21 (Leserbrief).

39 Ekstra Bladet, 1.06.1992: Dagens ret. S. 2. (Karikatur)

40 Ekstra Bladet, 4.06.1992. Vi er ikke robotter. Gartnerfamilie Hansen fra Herlev frygtede at blive opsluget af et Stor-Europa. S. 19. (Bericht)

41 Ekstra Bladet, 26.05.1993: Invalid ofrer formuet på EF-nej. Pensionist fra Horbo indrykker annonce til 180.000 kr imod EF-Unionen. S. 1, 7. (Bericht)

„Erbsilber der Ahnen“, die Verteidigung und Entwicklung des Landes zu einer demokratischen Nation „verkaufen und töten“:

Vi sælger og slagter en ganske unik nation på kun fem millioner mennesker, som vore aner i tusinde år har været i stand til at bevare, forsvare og opbygge til en demokrati, som vi kan være stolt af.⁴²

Ebenso würde die nationale „Freiheit“⁴³ und „Selbständigkeit“⁴⁴ verloren gehen. Dänemark solle lieber der „Kopf einer Sardine als das Hinterteil eines Wales“ sein, so ein jugendlicher Leser von *Ekstra Bladet*.⁴⁵ Die Unionsbürgerschaft würde „auf Kosten der nationalen Identitäten“ gehen⁴⁶, und die nationalstaatlichen Kompetenzen „von der EU untergraben“ werden.⁴⁷ In Bezug auf die Integration des Schengener Abkommens in den Amsterdamer Vertrag meinten einige Gegner, die hierin beschlossenen „offenen Grenzen“ seien „eine Katastrophe für das kleine Dänemark“,⁴⁸ das in der EU „verschwinde“.⁴⁹

Mit der Entscheidung über die Einführung des Euro war im Jahr 2000 erneut ein sensibler Bereich nationalstaatlicher Souveränität betroffen. Ohne die Dänische Krone kein Königreich, so das Fazit eines Euro-Gegners, der damit den Verlust eines weiteren Nationalheiligtums prophezeite.⁵⁰ Schließlich könne die Einführung der gemeinsamen Währung „dazu führen, dass Dänemark zum kleinen nordischen Blinddarm“ mutiere, der in Zukunft „von der EU fernbestimmt“, und „nie mehr befragt werde“.⁵¹ Wie bereits dreißig Jahre zuvor, bei der Debatte um den EG-Beitritt, wurde auch die Teilnahme an der europäischen Währungsunion von den Euro-Gegnern als „Verkauf Dänemarks“ bezeichnet.⁵²

42 Ekstra Bladet, 13.05.1993: Gem arvesølvet. S. 30. (Leserbrief)

43 Morgenavisen Jyllands Posten, 16.05.1993: EF har ført til tryghedsnarkomani. S. 10. (Leserbrief)

44 Morgenavisen Jyllands Posten, 6.05.1993: EF-unionen er et kollektiv. Frank Dahlgard, Nødvendigt Forum. S. 8. (Kommentar)

45 Ekstra Bladet, 21.05.1993: Minimal indflydelse. S. 31. (Leserbrief)

46 Morgenavisen Jyllands Posten, 21.05.1998: Amsterdamtraktaten vor begyndere. S. 32 f. (Karikatur)

47 Ekstra Bladet, 28.05.1998: NEJ. S. 16. (Kommentar)

48 Morgenavisen Jyllands Posten, 27.05.1998: Kort sagt om morgendagens afstemning: Utroværdige politikere. S. 12. (Leserbrief)

49 Ekstra Bladet, 16.05.1998: Byen, der aldrig siger ja. EU-leden er så udbredt i Rødby, at Ekstra Bladets forsøg på at uddele Amsterdam-Traktaten til byens borgere endte i en farce. S. 14. (Bericht)

50 Ekstra Bladet, 23.09.2000: I øvrigt mener jeg om øvro...S. 29. (Leserbrief)

51 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.09.2000: Et uforståeligt medlemskab. S. 9. (Leserbrief)

52 Ekstra Bladet, 18.09.2000: I øvrigt mener jeg, S. 27. (Leserbrief) und beispielsweise der Leitartikel von Ekstra Bladet, am 30.09.1972: EF-Bønnen. Seite: 32. (Leitartikel)

Die Befürworter hingegen betonten in diesem Zusammenhang die nationale Verantwortung, die das Land mit seiner EG-/EU-Mitgliedschaft trage. Statt wie bislang passiv unter dem Einfluss der EG zu stehen, solle das Land durch die Mitgliedschaft fortan die Möglichkeit wahrnehmen, die Politik der Gemeinschaft mitzubestimmen.⁵³ Für Dänemark sei es vorteilhafter, wenn es als kleiner Staat die Gemeinschaft von innen heraus zu verbessern suche, als wenn es vom Entscheidungsprozess der EG abgeschnitten sei.⁵⁴ Schließlich meinte auch *Ekstra Bladet* bei der Abstimmung von 1993, Dänemark solle „lieber am Tisch dabei sein, um Einfluss ausüben zu können.“⁵⁵ Insbesondere kleine Länder bräuchten die Europäischen Gemeinschaften.⁵⁶ Dänemark müsse dem Vertragswerk zustimmen, sonst sei es „verloren“⁵⁷ bzw. habe keine Chance, dänische Verbraucherschutzregeln gegen multinationale Großkonzerne durchzusetzen,⁵⁸ so die Meinungen weiterer Befürworter. Im „dänischen Sinne“ sollte die EG umgestaltet werden, wie ein Arzt forderte, der in seinem Kommentar schrieb, Dänemark habe Europa „etwas zu bieten“.⁵⁹ Wichtige und notwendige Standards würden bereits von kleinen Ländern mitbestimmt, so die konservative Industrie- und Energieministerin Anne Birgitte beim Referendum im Jahr 1992.⁶⁰

Im Diskurs der EG-/EU-Gegner wurde die große Gemeinschaft als etwas Negatives und Bedrohliches für das kleine Dänemark und die nationale Souveränität hervorgehoben. In weniger umfangreichem Maße sahen die Befürworter in der Koalitionsbildung kleiner Länder eine Möglichkeit, in der Gemeinschaft Einfluss auszuüben.

V.2.2.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

In den deutschen Tageszeitungen wurde ausschließlich von der dänischen Debatte um den Verlust nationaler Souveränität berichtet, nicht jedoch von der nationalen Verantwortung in Bezug auf die Einflussweiterung kleiner Länder auf die EG/EU. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zitierte erstmals anlässlich

53 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.09.1972: Madding fra nej-siger. S. 11 (Leserbrief); 21.09.1972: At man tør – lade være. S. 15. (Leserbrief)

54 Politiken, 21.02.1986. Om at være en småstat. Hans Branner. S. 25 f. (Kommentar)

55 Ekstra Bladet, 18.05.1993. Om igen Danmark. S. 2. (Leitartikel)

56 Politiken, 22.05.1998: Danmark kan ikke stå alene. Amerikansk råd før folkeafstemning. S. 8. (Kurznachricht)

57 Morgenavisen Jyllands Posten. 25.05.1998: JA! Fordi...EU sikrer velfærd. Karen Jespersen, socialminister (S.). S. 22. (Kommentar)

58 Morgenavisen Jyllands Posten, 26.05.1998: JA! Fordi...Lille forbedring. Jørn Jespersen (SF) S. 22. (Kommentar)

59 Morgenavisen Jyllands Posten, 18.02.1986. Vordende pensionister må sige ja til pakken. Helge Holst Kjærsgaard, læge. S. 21. (Kommentar)

60 Politiken, 25.05.1992: På markedets vilkår i EF. Nye retslinjer for Europas industri. Anne Birgitte Ludholt, industri- og energiminister (K). S. 6. (Kommentar)

der Volksabstimmung im Jahr 1992 das Argument der EU-Gegner, die Gemeinschaft bedrohe den Nationalstaat: „Zu viele Bürger des kleinen Landes waren einfach gegen jede Form von supranationaler Union, fürchteten um Selbstbestimmung und nationale Identität.“⁶¹ Auch ein dänischer Sozialdemokrat wurde in dem Artikel zitiert, der meinte, viele seiner Landsleute hätten Angst „vor einem starken Europa“. Interessant ist zudem eine kurze Nachricht, in der die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* davon berichtete, dass man in Holland die Angst der Dänen, kleine Länder könnten weniger Einfluss in der EU haben, für unbegründet halte.⁶² Hier wurde also die dänische Frage aufgegriffen, ob ein kleines Land in der großen Gemeinschaft Einfluss habe. Darüber hinaus ging sowohl das dänische Fremdbild von der großen Gemeinschaft der EU in die Berichterstattung ein, als auch das Selbstbild des in seiner Souveränität gefährdeten dänischen Nationalstaates.

Im selben Untersuchungszeitraum veröffentlichte die *Süddeutsche Zeitung* einen Korrespondenten-Bericht aus der Schweiz, der die Reaktionen der Schweizer Regierung auf das dänische Referendum wiedergibt: Diese bewerte die dänische Volksabstimmung als ein Zeichen dafür, dass sich auch kleine Länder in der EU durchsetzen können.⁶³ Interessant ist hierbei, dass die Zeitung zwischen dem Nein der Dänen und der Europapolitik der Schweiz einen inhaltlichen Zusammenhang herstellt. Damit bestätigt sie das dänische Selbstbild, ein kleines Land zu sein. Außerdem zeigt der Artikel, dass die dänische Ansicht, zwischen der demografischen Größe eines Mitgliedlandes und seiner Möglichkeiten, auf die EG/EU Einfluss auszuüben, bestehe eine Verbindung, auch von anderen Staaten geteilt wird. Dieser Artikel zeigt ein weiteres Charakteristikum der deutschen Berichterstattung zu dänischen Volksabstimmungen: Erneut wurde das dänische Referendum lediglich als Aufhänger dafür verwendet, einen anderen Inhalt, hier die Europapolitik der Schweiz, zu thematisieren. Bereits in den 70er Jahren wurde der EG-Beitritt der Dänen überwiegend in der Einleitung der Artikel erwähnt, während im Hauptteil vor allem über den Ost-West-Konflikt bzw. Skandinaviens politische Entwicklung berichtet wurde. Das dänische Referendum trat dabei in den Hintergrund.

61 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.06.1992: Die dänischen Oppositionsparteien feiern die Niederlage der Regierung Schlüter. S. 3. (Bericht)

62 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.06.1992. Den Haag: Strich durch die Rechnung Europas. Die europäische Gemeinschaft nach dem dänischen Nein. S. 4. (Kurznachricht)

63 Süddeutsche Zeitung, 5.06.1992: Nach dem Nein der Dänen zur EU. Bern will Europapolitik nicht ändern. Sowohl EG-Gegner als auch Befürworter sehen positive Aspekte. S. 6. (Bericht)

Anlässlich der dänischen Abstimmung im Jahr 1993 berichtete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* von den Befürchtungen einiger EU-Gegner um das Fortbestehen des dänischen Nationalstaates.⁶⁴ Ebenso ging die Argumentation der dänischen Befürworter in die Zeitungsberichte ein, die die Wähler davon zu überzeugen suchten, dass nur eine Zustimmung ein „Supereuropa“ verhindern könne. Der deutsche Journalist erläuterte den Lesern, dass damit vor allem eine von Deutschland und Frankreich dominierte EU gemeint sei, in der unter anderem die Verteidigungsunion verwirklicht werden solle.

Als die dänischen Wähler im Jahr 2000 die Euro-Einführung ablehnten, zitierte die *Süddeutsche Zeitung* eine Äußerung der rechtspopulistischen Politikerin Pia Kjærsgaard. Diese meinte, dass „Dänemark zu klein sei, um in den ‚Verinigten Europäschen Staaten‘ ausreichend Einfluss“ zu haben und nationale Souveränität bewahren zu können.⁶⁵ Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* identifizierte dänische Autostereotype von der bedrohten Nation als ein Argument der „rechtsradikalen Dänischen Volkspartei“⁶⁶, während die Dänen selber in einem anderen Artikel als „Euroskeptiker und Souveränitätsverteidiger“ beschrieben wurden.⁶⁷ Außerdem wurden in diesem Bericht „alle fünf“ dänischen Referenden retrospektiv als „Zitterpartien“ beschrieben. Diese stereotype Einschätzung ist sehr interessant, zeigt sie doch anschaulich, dass das dänische Selbstbild mit dem Fremdbild der EG/EU nicht übereinstimmt und ebenfalls nicht in die deutsche Medienberichterstattung einging. Dort wurde diese Vorstellung zum einen in das Bild der „traditionell EU-skeptischen Dänen“ umgewandelt. Dabei berichteten nur einzelne Artikel von der nationalen Verteidigungshaltung einiger Dänen, nämlich anlässlich der Referenden von 1992, 1993 und 2000. Dennoch ließ der, bei der Abstimmung von 2000, entstandene Eindruck im Nachhinein „alle“ Volksabstimmungen zu „Zitterpartien“ werden. Zum anderen entkräftet dieser Artikel die Vorstellung vieler Dänen, ihr Land habe in der großen EG/EU keinen oder nur wenig Einfluss. Eine über dem Artikel abgebildete Zeichnung verdeutlicht, dass es nicht Dänemark ist, das zittert, sondern viel mehr die Euro-Länder: Elf Männer halten, aufeinanderstehend den Euro hoch. Mittendrin schert ein wackliger Kandidat mit Dannebrog-Hut aus und gefährdet dadurch die gesamte Pyramide. In dieser Zeichnung wird Dänemark mit eben dieser Volksabstimmung eine bedeutende Rolle für alle weiteren Mitgliedstaaten und das Projekt „Euro“ im Besonderen zugestanden. Tatsächlich gefährdete Dänemark durch sein „Nej“ im

64 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.1993: Mit JA ein Supereuropa verhindern. Eier-tänze vor der dänischen Entscheidung. S. 3. (Bericht)

65 Süddeutsche Zeitung, 28.09.2000: Abstimmung über die Europäische Währung in Dä-nemark. S: 1. (Bericht)

66 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000. Gegen „die da oben“ und „die da unten“. S. 3. (Bericht)

67 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.09.2000: Auch diese Abstimmung wird eine Zitter-partie. Das dänische Volk entscheidet über die Einführung des Euro. S. 7. (Bericht)

gefährdete Dänemark durch sein „Nej“ im Jahr 2000 jedoch nicht die Verwirklichung der europäischen Währungsunion, denn der Beschluss von Edinburgh, dem die dänischen Wähler im Jahr 1993 zugestimmt hatten, gewährleistete die Euro-Einführung auch ohne Dänemarks Teilnahme.

Zwei Tage nach dem Referendum kommentiert der Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Entscheidung der Dänen als Protest „gegen die da oben und die da unten“.⁶⁸ Mit dem Untertitel „Dänemark wird zum B-Mitglied“ bestätigt die deutsche Tageszeitung die Befürchtung dänischer Euro-Befürworter, mit der Ablehnung der gemeinsamen Währung an Einfluss in der EU zu verlieren. Das „kleine Königreich der Skeptiker“ habe mit der Ablehnung der Euroeinführung einen „Pyrrhussieg“ erzielt, so der Autor. Man habe zwar die europäische Währung ablehnen können, damit sei Dänemark jedoch „getrennt vom Rest der Union“ und habe an Einfluss verloren. Während bezüglich des geringeren dänischen Einflusses also Einigkeit zwischen deutschen und dänischen Vorstellungen besteht, misst die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* den Referenden des Nachbarlandes auf europäischer Ebene durchaus Einfluss zu. Mit dem Titel „Dänische Lehren“ veröffentlichte das Medium einen Leitartikel, in dem sie das Votum der Dänen bedauert.⁶⁹ Der Euro hätte einen „symbolischen Zuspruch von einer prosperierenden, wenn auch kleinen Volkswirtschaft in unruhiger Zeit“ durchaus „gut gebrauchen“ können. Außerdem zeige die Abstimmung in Dänemark ein wesentliches Aufgabenfeld der EU, nämlich die Schaffung eines „neuen Gleichgewichts zwischen Großem und Kleinem, zwischen gemeinsamer Handlungsfähigkeit und der Bewahrung nationalen Eigenheiten“. Ähnlich bezeichnete die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bereits die Abstimmung von 1993 als eine „Lehre“ für Europa.⁷⁰ Dies kann als Indiz dafür gewertet werden, dass dänischen Abstimmungen in den deutschen Medien durchaus Bedeutung zugemessen wurde.

Die *Süddeutsche Zeitung* porträtierte bei der Euro-Abstimmung den dänischen Finanzminister Mogens Lykketoft und zitierte dessen Meinung, „dem kleinen Dänemark“ würde mit dem Euro ein wesentliches Mitspracherecht in der EU eingeräumt werden.⁷¹ Eine eigene Stellungnahme zur Macht- und Einflussverteilung oder den Größenunterschieden zwischen einzelnen Mitgliedstaaten äußerte die *Süddeutsche Zeitung* in diesem Untersuchungszeitraum jedoch nicht.

68 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000. Gegen „die da oben“ und „die da unten“: Dänemark wird zum B-Mitglied S. 3 (Bericht)

69 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000. Dänische Lehren. S. 1. (Leitartikel).

70 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.05.1993: Was die Dänen Europa lehren. S. 1. (Leitartikel)

71 Süddeutsche Zeitung, 28.09.2000. Im Profil: Mogens Lykketoft. Dänischer Finanzminister mit Euro-Schwäche. S. 4. (Porträt)

Wie die Analyse zeigt, stimmen wesentliche Aspekte dänischer Selbst- und Fremdbilder in Bezug auf den Bedrohungsdiskurs mit den Diskursen der seriösen deutschen Medien überein, nicht jedoch in der Berichterstattung der BILD-Zeitung. Außerdem entstand in den deutschen Medienberichten der Eindruck, als ob Dänen traditionell EU-skeptisch seien. Gänzlich unbeachtet blieb hingegen die Argumentation der EU-Befürworter, die es als eine dänische Verantwortung darstellten, mit der Teilnahme an der weiterführenden europäischen Integration den Einfluss kleiner Länder und Dänemarks im Besonderen zu vergrößern.

V.2.3. DIE ÜBERRASCHUNG VON 1992: ‚DAS KLEINE DÄNEMARK GANZ GROß‘

V.2.3.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Viele dänische Zeitungsartikel thematisierten die Überraschung, die die Ablehnung des Maastrichter Vertrages 1992 in Europa auslöste. Zunächst berichteten die Medien vor allem von dem „Schock“ und der „Krise“, die das dänische „Nej“ in „ganz Europa“ ausgelöst habe.⁷² Überschriften wie „Dänemarks Nein erschüttert ganz Europa“⁷³, „Spanische Verwunderung“⁷⁴ und „Schweden im Schock“⁷⁵ waren an der Tagesordnung. Hinzu kamen Meldungen, die von den Reaktionen berichteten, die „Dänemark in ganz Europa in Gang gesetzt“ habe.

So habe das Land „eine Lawine ausgelöst“⁷⁶, ganz Europa „ausgebremst“,⁷⁷ der EU eine „Denkpause“ verschafft⁷⁸ bzw. das „System“ zur „Überprüfung zurückgeschickt.“⁷⁹ „Vielen Europäern“ hätten die Dänen auf diese Weise „die Augen geöffnet“⁸⁰, und „zur Nachdenklichkeit angeregt“, so weitere Aussagen.⁸¹

72 Morgenavisen Jyllands Posten, 3.06.1992: EF i dyb krise. S. 21. (Bericht).

73 Politiken, 4.06.1992: Unionsplan går videre uden os. Dansk nej ryster Europa: Regeringen bliver. S. 1.(Bericht)

74 Morgenavisen Jyllands Posten, 3.06.1992: Spansk undren over dansk nej. S. 24. (Kurznachricht).

75 Politiken, 3.06.1992: Svensk chok over det danske nej. Resultat kom bag på svensk politik. S. 4. (Kurznachricht)

76 Morgenavisen Jyllands Posten, 6.06.1992: Et nej, der gav indflydelse. S. 8. (Leserbrief)

77 Ekstra Bladet, 5.06.1992: EF smed os ikke ud. Panikslagne europæere vil have ro om Unionen sommeren over. S. 6. (Kommentar Korrespondent Oslo).

78 Politiken, 4.06.1992: Jubel over tænkepause. Nej-sigere mener debatten breder sig i EF. S. 9.(Kurznachricht).

79 Politiken, 4.06.1992: Bremse på chokbølge. De 11 EF-lande parat til at fortsætte uden Danmark. S. 22. (Bericht).

80 Politiken, 5.06.1992: Nu bør EF prøve med lidt glasnost. Henrik Nebelong, advokat. S. 25. (Kommentar)

81 Politiken, 7.06.1992: Langsom union. Alle chance bør udnyttes. S. 32.(Leitartikel).

Mehrfach wurde zum Ausdruck gebracht, dass „die 46.269 Dänen, die die Wahl am vergangenen Dienstag entschieden hatten, sich wohl niemals hätten vorstellen können, dass sie ein Erdbeben [...] auslösen würden“.⁸² In einigen der Texte schwingt ein wenig Stolz darüber mit, dass das kleine Land mit seiner Volksabstimmung so viele andere EU-Staaten in Aufregung versetzte. Vermutlich seien die Dänen daher „momentan das meist respektierte Volk in Europa“, so ein Leser.⁸³ Mit der Entscheidung habe sich Dänemark auf jeden Fall in der EU Einfluss verschafft, so der Autor weiter. In den Tagen nach dem Referendum wurden die Leser der dänischen Zeitungen über die Reaktionen der europäischen Presse informiert. Unter anderem wurde die französische Wirtschaftszeitung „La Tribune“ zitiert, die feststellte, dass „500.000 Dänen Europa in die Krise“ brachten.⁸⁴ Am selben Tag berichtete ein Korrespondent aus Deutschland, ein deutscher EU-Politiker fände es „nicht angemessen“, dass „46.000 fehlende Ja-Stimmen in Dänemark die Zukunft von 300 Millionen Europäern bestimmen sollten“.⁸⁵ In diesem Artikel bestätigt sich das Selbstbild, das auch in den bisherigen Untersuchungszeiträumen immer wieder anklang: Die mit der Frage nach Einfluss verbundene Feststellung, ein kleines Land zu sein, wird mit der Überraschung verknüpft, die die Ablehnung des Maastrichter Vertrages in Dänemark und Europa auslöste. *Politiken* veröffentlichte die Karikatur eines englischen Zeichners, der die geringe Größe Dänemarks und die enormen Auswirkungen auf die EU bildlich darstellte: Die Zeichnung zeigt ein dänisches Bacon-Schwein, das in den Zahnrädern der EU steckt und so die gesamte Maschinerie aufhält.⁸⁶

Bei den nachfolgenden Abstimmungen waren es zwar weniger Artikel, die das „besondere Dänemark“ losgelöst von bestimmten politischen oder gesellschaftlichen Errungenschaften betonten, doch immer noch war Nationalstolz ein Teil der Mediendiskurse. So hieß es bereits ein Jahr später bei der Abstimmung über den Edinburgher Beschluss „die Welt wartet auf Dänemark“⁸⁷, schließlich

82 Morgenavisen Jyllands Posten, 5.06.1992: Europa sendt til tælling. S. 22. (Bericht)

83 Morgenavisen Jyllands Posten, 6.06.1992: Et nej, der gav indflydelse. S. 8. (Leserbrief)

84 Morgenavisen Jyllands Posten, 4.06.1992: Fransk EF-folkeafstemning. S. 22. (Bericht)

85 Morgenavisen Jyllands Posten, 4.06.1992: Tyskland fortsætter mod EF-Unionen uden tøven. S. 22. (Kurznachricht)

86 *Politiken*, 5.06.1992: Sådan ser tegneren Steve Bull fra den engelske avis The Guardian Danmarks nej – bacongrisen stopper EF-maskineriet. S. 4. (Karikatur)

87 Ekstra Bladet, 18.05.1993: Verden venter på Danmark. Økonoministeren afviser påstand om nul-vækst. S. 18. (Kurznachricht).

habe das Land auch mehr „als nur Bacon“ zu bieten und sei ein „Vorbild in vielerlei Hinsicht“.⁸⁸ Der Amsterdamer Vertrag weise deutlich „dänische Fingerabdrücke“ auf.⁸⁹

Als im Jahr 2000 die Einführung des Euro abgelehnt wurde, meinte *Ekstra Bladet*, zur „dänischen Sensation“⁹⁰, „das Dänische Nein hinterlässt seine Spuren in Europa“.⁹¹

Interessant ist die Andeutung von Stolz, die in einigen Artikeln deutlich zum Ausdruck kommt. Tatsächlich hatte die dänische Entscheidung von 1992 einen erheblichen Einfluss auf die anderen EG-Staaten, denn die Umsetzung des Maastrichter Vertrages setzte seine Ratifikation durch alle Mitgliedstaaten voraus. Die Europäische Union bemühte sich nach dem Referendum von 1992 Dänemark und seiner Bevölkerung einige Ausnahmeregelungen vom Maastrichter Vertrag zuzugestehen, um die Unionsgründung nach den Maastrichter Kriterien für die übrigen Staaten zu ermöglichen.

V.2.3.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Auch die deutschen Medien berichteten von der dänischen Ablehnung des Maastrichter Vertrages im Jahr 1992. Die *BILD*-Zeitung thematisierte dieses dänische Referendum vor allem wegen der Bedeutung für die eigene nationale Währung. So titelte die Zeitung zwei Tage nach der Abstimmung des Nachbarlandes mit der Frage: „Hat das kleine Dänemark unsere Mark gerettet?“⁹² Auf der Folgeseite informierte die Boulevardzeitung ihre Leser über die Entschlossenheit des deutschen Bundeskanzlers und seines französischen Amtskollegen, trotz der „echten Krisensituation“, die das dänische „Nej“ verursacht habe, die Beschlüsse von Maastricht verwirklichen zu wollen.⁹³ Hier kommen deutlich das deutsche Fremdbild von Dänemark als eines kleinen Nachbarn zum Ausdruck sowie die Einschätzung der von der Volksabstimmung verursachten Situation als einer „Krise“. Andererseits wird das Referendum jedoch nicht so sehr vor dem europäischen Hintergrund betrachtet als vielmehr vor dem nationalen, indem bereits in der Überschrift die möglichen Folgen für Deutschland angesprochen werden.

88 Ekstra Bladet, 10.05.1992: Vi rystede dem nu stemmer vi ja. Man kan ikke blive ved med at gå og smække med døren, specielt ikke hvis man ønsker at bo i huset. Lille Gyldenkilde MF (SF), S. 12. (Kommentar)

89 Morgenavisen Jyllands Posten, 28.05.1998: Sikkerhedens ja. S. 2. (Leitartikel).

90 Ekstra Bladet, 2.10.2000: Den danske sensation. S. 2 (Leitartikel).

91 Ekstra Bladet, 1.10.2000: Helveg trængt. Udenrigsministeren tabte igen, da han i går forsøgte at svede euro-nederlaget ud af kroppen på fodboldbanen. S.4. (Bericht)

92 BILD, 4.06.1992. Hat das kleine Dänemark unsere Mark gerettet? S. 1. f. (Bericht)

93 BILD; 4.09.1992: Europa wackelt: Mitterand & Kohl: Nun erst recht. S. 2. (Bericht)

Ähnlich wie in den dänischen Zeitungsartikeln wurde auch in weiteren Texten der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* die Krisenstimmung, die mit dieser dänischen Abstimmung ganz Europa erfasste, erörtert. „Nach der dänischen Ablehnung Enttäuschung und Entschlossenheit“, titelte die Zeitung mit Stammsitz in Frankfurt am Main zwei Tage nach der Abstimmung.⁹⁴ Außerdem erfuhren ihre Leser, dass die „Außenminister der Zwölf“ über diesen „Rückschlag für die EU“⁹⁵ sowie Major und Kohl über „europäische Schadensbegrenzung“ berieten.⁹⁶ Allerdings wird hier nicht die Überraschung deutlich, die in den dänischen Zeitungsartikeln als unmittelbare Reaktion auf das Votum der dänischen Wähler dargestellt wurde. So versah die Zeitung ihren Leitartikel zwar mit der Überschrift „Erschütterungen aus Kopenhagen“.⁹⁷ Das „Nej“ war in den Augen der Autoren jedoch keineswegs eine Überraschung, denn die Dänen hätten bereits 1972 und 1986 nur „zögerlich“ mit Ja gestimmt. Das Ergebnis der Volksabstimmung von 1992 nahm die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vor allem zum Anlass ihrer eigenen Kritik an der EU Ausdruck zu verleihen. So „gäbe es Gründe für wachsende Skepsis und Ablehnung gegenüber der Europa-Politik“. Man dürfe nicht übersehen, dass die „Brüsseler Behörde nur Vorschläge machen kann und Entscheidungen von den nationalen Vertretern in den Ministerräten getroffen werden“. Erstaunlich ist also die mangelnde Verwunderung, die in diesem Leitartikel zum Ausdruck kommt, während - so scheint es nach der Analyse der dänischen Zeitungsartikel- ganz Europa durch die dänische Überraschung in Aufregung versetzt worden war.

Die *Süddeutsche Zeitung* spiegelte die europäischen Reaktionen ausführlich wider, die das dänische „Nej“ auslöste: So berichtete die Zeitung, am „Sitz der EG“ herrsche „Ratlosigkeit“⁹⁸, Italien und Deutschland seien „sehr enttäuscht“, der holländische Außenminister zeige sich sogar „außergewöhnlich enttäuscht“.⁹⁹ Die Ablehnung der Dänen sei ein „harter Schlag für Europa“ und

94 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.06.1992: Nach der dänischen Abstimmung Enttäuschung und Entschlossenheit. Auch Frankreich plant ein Referendum zu Maastricht. Kopenhagen will nach verhandeln. S. 1 f. (Bericht).

95 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.06.1992: Die Außenminister der Zwölf beraten über die Krise der EG. „Rückschlag für Europa“/ Ratifikationsbestimmungen des Vertrages / Erhält Dänemark Sonderstatus? S. 1. (Bericht)

96 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5.06.1992: Major sucht mit Kohl eine Absprache über „europäische Schadensbegrenzung“. London hält an Maastrichter Vertrag fest / Der Jäger 90 als Prüfstein. S. 4. (Kurznachricht)

97 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4.06.1992: Erschütterungen aus Kopenhagen. S. 1. (Leitartikel)

98 *Süddeutsche Zeitung*, 4.06.1992: Brüssel will Dänemark nicht fallen lassen. Am Sitz der EG herrscht Ratlosigkeit über die Konsequenzen des dänischen Referendums. S. 9. (Bericht)

99 *Süddeutsche Zeitung*, 4.06.1992: Holland gegen neue Verhandlungen. Außenminister: Nein der Dänen außergewöhnlich enttäuschend. 9. (Bericht).

nach der dänischen Volksabstimmung stehe „die EU auch in anderen Ländern in Frage“ die den „Abzählreim zu Maastricht“ vielleicht fortsetzen.¹⁰⁰ Andererseits könne die Ablehnung der Dänen auch als ein „heilsamer Schock für die Südländer der EG“ betrachtet werden, die sich „vor der Osterweiterung der Gemeinschaft finanzielle Vorteile verschaffen“ wollten, so die *Süddeutsche Zeitung*.¹⁰¹

In der Berichterstattung der seriösen deutschen Medien wird also zum einen die dänische Abstimmung auf ihren Anteil an gerechtfertigter EU-Kritik beurteilt. Anstelle der Überraschung, von der in den dänischen Artikeln mit nationalem Stolz berichtet worden war, tritt in den deutschen Artikeln vor allem die europaweite Enttäuschung zu Tage. Außerdem ist jeweils von der Entschlossenheit die Rede, das Vertragswerk doch noch auf den Weg zu bringen.

100 *Süddeutsche Zeitung*, 5.06.1992: Weiter mit Europas Abzählreim zu Maastricht. Nach dem dänischen Nein steht die EU auch in anderen Ländern in Frage. S. 4 (Bericht)

101 *Süddeutsche Zeitung*, 4.06.1992: EG in schwerer politischer Krise. Dänen stimmen gegen den Vertrag von Maastricht. Bonn und Paris wollen Zeitplan für die Union einhalten. Kopenhagen erwägt Bitte um Neuverhandlungen. Delors und Mitterrand für Ratifikation durch die Partnerländer. S. 1. (Bericht)

VI. DER TOPOS DER ‚GESELLSCHAFTLICHEN WERTE‘

Im Zuge der Auswertung der dänischen Medientexte wurde deutlich, dass in vielen dänischen Zeitungsartikeln gesellschaftliche Werte, wie etwa der Schutz der sozial Schwachen einer Gesellschaft, die demokratische Grundordnung des Staates und die Bewahrung des Friedens in Europa thematisiert wurden. Zu jeder der sechs dänischen Europa-Referenden gab es ausführliche Debatten, die von der Verwirklichung und Weiterentwicklung dieser und weiterer Werte in Dänemark bzw. in der EG/EU handelten.

Die Thematisierung der ‚gesellschaftlichen Werte‘ entspricht den Erwartungen: Im Zuge der europäischen Integration wurde in immer umfangreichem Maße nationale Souveränität auf die EG/EU übertragen. Dass in diesem Kontext auch Debatten von den Wertmaßstäben der dänischen Gesellschaft und den Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung in der EG/EU handelten, ist verständlich. Interessant wird jedoch sein, ob diese Debatten eher die Ausgestaltung der Werte in Dänemark oder in der EU betrafen, also ob der Topos im Zusammenhang mit Selbst- oder vor allem mit Fremdbildern artikuliert wurde. Prinzipiell ist beides denkbar, da die Übertragung von nationaler Souveränität sowohl Veränderungen in Dänemark als auch in der EG/EU mit sich brachte und somit ein Diskurs über die Ausgestaltung der Gesellschaft anhand von Wertmaßstäben hier wie dort zu erwarten ist. Zudem bilden Wertvorstellungen grundlegende Identifikationsmerkmale einer Nation und sind, wie die Analyse des Topos ‚Norden‘ in dieser Arbeit zeigt, ein wichtiger Bestandteil des dänischen Selbstverständnisses.

Im Folgenden sollen jedoch zunächst quantitative Erkenntnisse erläutert werden, die unabhängig von den thematischen Schwerpunkten den Umfang des gesamten Topos und die bevorzugte Textart auch in den deutschen Medientexten angeben. Dafür wurden solche Texte dem Topos zugeordnet, die die Begriffe „miljøbeskyttelse“ bzw. „Umweltschutz“, „demokrati“ bzw. „Demokratie“, „velfærdsstat“ bzw. „Wohlfahrtsstaat“ enthielten. Darüber hinaus entschied im Einzelfall die Inhaltsanalyse, ob die Texte auch bei Nichtvorkommen der gesuchten Begrifflichkeiten dem Topos zugeordnet werden konnten.

Im Anschluss daran werden der Topos und seine inhaltlichen Dimensionen näher bestimmt. Dabei werden zunächst die dänischen Mediendiskurse analysiert. In Anschluss daran wird die Berichterstattung der deutschen Tageszeitungen zu den sechs dänischen Referenden auf die Reflektion und Bestätigung der stereotypen Vorstellungen, die in den dänischen Medien identifiziert werden konnten, untersucht.

VI.1. QUANTITATIVE ANALYSE

VI.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Der Topos der ‚gesellschaftlichen Werte‘ wird in den dänischen Medien mit knapp dreißig Prozent des gesamten Textkorpus und im Vergleich mit den anderen Topoi am umfangreichsten behandelt. Die 1503 Texte wurden zunächst auf die generelle Thematisierung gesellschaftlicher Werte hin untersucht. Da sich schnell herausstellte, dass vor allem die oben erwähnten gesellschaftlichen Werte angesprochen wurden, wurden die Texte vor allem nach den Suchbegriffen ‚(nær-)demokrati‘, ‚miljø-(beskyttelse)‘, ‚fred‘, ‚velfærd-(sstat)‘ und ‚folkepension‘ sowie der dazugehörigen Adjektive hin untersucht und dem Topos zugeordnet.

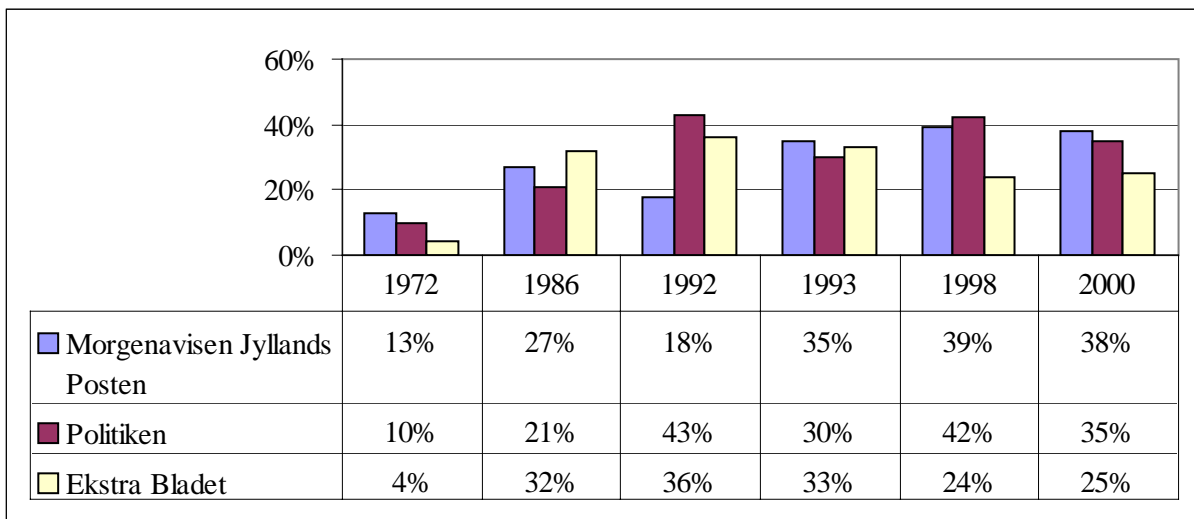


Tabelle 1: Anteil der dänischen Artikel, die u.a. dem Topos ‚gesellschaftliche Werte‘ zugerechnet werden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	44 (342)	77 (289)	75 (406)	134 (388)	141 (361)	134 (356)
Politiken	22 (216)	28 (136)	145 (336)	65 (220)	132 (312)	154 (434)
Ekstra Bladet	10 (237)	36 (111)	79 (222)	77 (232)	76 (313)	76 (309)

Tabelle 2: Absolute Zahlen zu Tabelle 1.

In den drei dänischen Tageszeitungen wurde der Topos während der letzten vier Volksabstimmungen mit rund 30 Prozent deutlich umfangreicher als während der ersten beiden Referenden in den Jahren 1972 und 1986 behandelt (s. Tabellen 1 und 2). Die Beschäftigung mit der Thematik wurde also vor allem im Zuge der Unionswerdung der Europäischen Gemeinschaften in der dänischen Gesellschaft immer zentraler. Die Auswertung des Textgenres ergibt, dass auch in diesem Topos die persuasiven Textrubriken Leserbrief und Kommentar be-

sonders häufig vorkamen. Im Vergleich mit den anderen war zudem erstmals eine umfangreiche Thematisierung dieses Topos in vielen informationsbetonten Kurznachrichten und Berichten zu beobachten. Bei der Boulevardzeitung überwogen dabei die ausführlichen Berichte, während die seriösen Medien mehrere Kurznachrichten veröffentlichten. Dies lag vor allem an der Konzeption von ganzseitigen thematischen Abhandlungen, mit denen die beiden seriösen Zeitungen ihren Lesern Details und Hintergründe des Abstimmungsgegenstandes näher brachten.

Die quantitative Analyse weist damit erstmals ein Mischverhältnis in der Verwendung der persuasiven und der neutralen Textgenres auf, was allerdings auch mit dem außergewöhnlich großen Umfang des Topos zusammenhängen kann: Schließlich zeigte die Betrachtung des gesamten dänischen Textkorpus in der Einleitung, dass in allen drei Zeitungen eben diese Textarten, Leserbriefe und Kurznachrichten, besonders häufig veröffentlicht wurden.¹

Die Auszählung der Argumente von Befürwortern und Gegnern der jeweiligen Abstimmungen wirft ein Licht auf die unterschiedliche Art der Berichterstattung und Meinungslenkung durch das jeweilige Medium: So veröffentlichte etwa die dänische Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* überwiegend die Argumente der Gegner zum jeweiligen Abstimmungsgegenstand, vor allem bei den ersten zwei Referenden (s. Tabellen 3 und 4, S. 134). Während der Volksabstimmungen von 1992 und 1993, bei denen die Zeitung die Zustimmung empfahl, wurden hingegen insgesamt weniger Gegenmeinungen zum Maastrichter Vertrag und Edinburgher Beschluss veröffentlicht, und auch weniger Artikel, die dem Topos der ‚gesellschaftlichen Werte‘ zugeordnet werden können. Doch auch die Euro-Gegner thematisierten die ‚gesellschaftlichen Werte‘ in *Ekstra Bladet* im Jahr 2000 in deutlich weniger Texten als bislang. Dieses Ergebnis relativiert sich jedoch durch das insgesamt weniger umfangreiche Textkorpus in dem Topos dieser Abstimmung. Auch die Befürworter kamen innerhalb der Thematik der ‚gesellschaftlichen Werte‘ in eindeutig weniger Texten zu Wort.

In den seriösen Medien wurde der Topos hingegen vor allem mit den Argumenten der Befürworter der jeweiligen Abstimmungen erwähnt (s. Tabellen 5 und 6, S. 134). Auch dieses Ergebnis stützt die bisherigen inhaltlichen Analysen, durch die deutlich wurde, dass sowohl *Politiken*, als auch *Morgenavisen Jyllands Posten* die Befürwortung aller zur Abstimmung stehenden Vertragswerke artikulierten und auch ihre Leser überwiegend aus Befürwortern bestanden.

1 S.h. Kapitel I.5.1.1. Erste qualitative Bestimmung des dänischen Textkorpus, S. 23 ff.

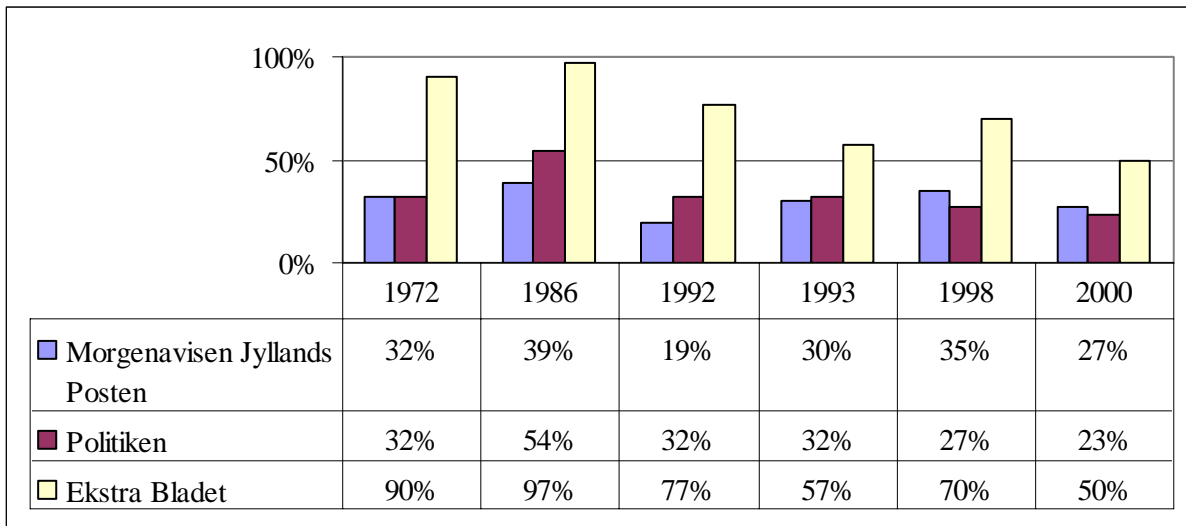


Tabelle 3: Anteil der Artikel, die u.a. dem Topos ‚gesellschaftliche Werte‘ zugerechnet und in denen überwiegend Contra-Argumente erwähnt wurden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	14 (44)	30 (77)	14 (75)	40 (134)	50 (141)	36 (134)
Politiken	7 (22)	15 (28)	47 (145)	21 (65)	35 (132)	35 (154)
Ekstra Bladet	9 (10)	35 (36)	61 (79)	44 (77)	53 (76)	38 (76)

Tabelle 4: Absolute Zahlen zu Tabelle 3.

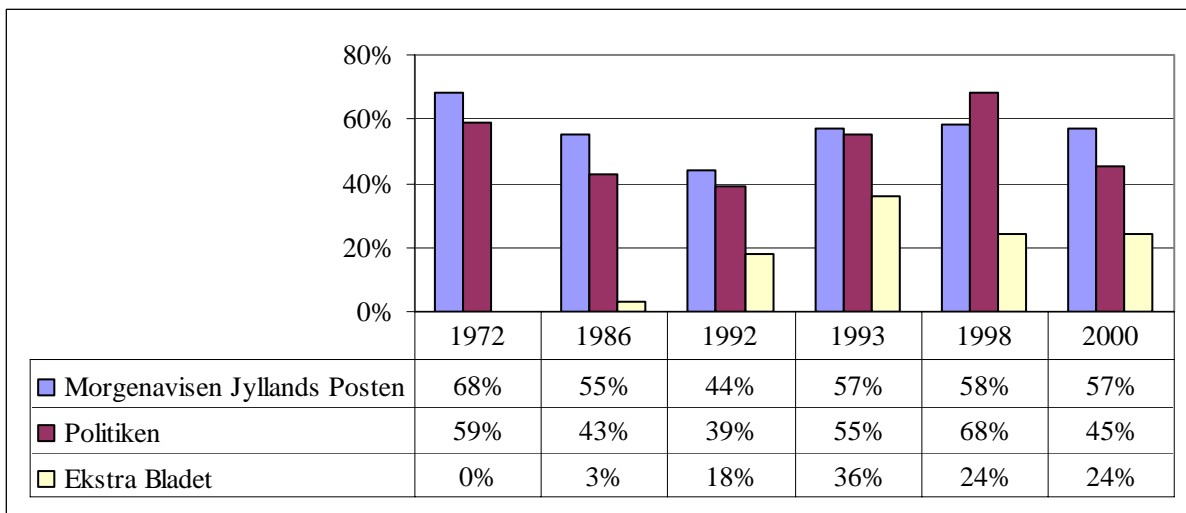


Tabelle 5: Anteil der Texte, die u.a. dem Topos ‚Gesellschaftliche Werte‘ zugerechnet werden und in denen überwiegend Pro-Argumente erwähnt werden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Morgenavisen Jyllands Posten	30 (44)	42 (77)	33 (75)	77 (134)	82 (141)	77 (134)
Politiken	13 (22)	12 (28)	57 (145)	36 (65)	90 (132)	69 (154)
Ekstra Bladet	0 (10)	1 (36)	14 (79)	28 (77)	18 (76)	18 (76)

Tabelle 6: Absolute Zahlen zu Tabelle 5.

VI.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Auch in den deutschen Tageszeitungen konnten 29 Prozent aller Artikel dem Topos der ‚gesellschaftlichen Werte‘ zugeordnet werden. Damit ist diese Thematik in ähnlich umfangreichem Maße in den deutschen Medien thematisiert bzw. reflektiert worden, wie in den dänischen (s. Tabellen 7 und 8, S. 136).

Die *BILD*-Zeitung berichtete nur über die dänischen Referenden in den Jahren 1992 und 2000. In jeweils einem Artikel wurden ‚gesellschaftliche Werte‘ behandelt. Im Textkorpus der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und der *Süddeutschen Zeitung* wurde der Topos in zehn bis rund 70 Prozent der Texte thematisiert. Abgesehen von der zweiten dänischen Volksabstimmung im Jahr 1986, bei der nur die *Süddeutsche Zeitung* die ‚gesellschaftlichen Werte‘ im Zusammenhang mit der dänischen Debatte behandelte, veröffentlichten beide Medien ansonsten ungefähr gleich viele Artikel in diesem Topos.

Die Auswertung der verwendeten Textgenres bestätigt die bisherigen Ergebnisse: Auch hier wurden mehr Berichte und Leitartikel veröffentlicht als andere Textarten, was jedoch auf die journalistische Ausgangssituation, die Berichterstattung durch einen Korrespondenten zurückzuführen ist sowie auf die insgesamt überwiegenden Anzahl dieser Textarten. Die Medien machten ihren Standpunkt, der europäischen Integration und den dänischen Abstimmungsergebnissen gegenüber immer sehr deutlich: Während die seriösen Tageszeitungen die europäische Gemeinschaft und die dänischen Ratifikationen der jeweiligen Vertragswerke begrüßten, lehnte die *BILD*-Zeitung diese vor allem aus nationalen Gründen ab. Bereits die bisherige Analyse hatte gezeigt, dass die deutsche Boulevardzeitung die dänischen Referenden vor allem in Hinblick auf die Folgen für Deutschland betrachtete. Sowohl die Unionsgründung als auch die Einführung der gemeinsamen Währung lehnte das Medium ab. Über diese übergreifende Meinungsäußerung hinaus nahmen die drei deutschen Medien jedoch keine Stellung in Bezug auf den Topos, so dass eine Auswertung der Pro- und Contra-Stimmen hinsichtlich der ‚gesellschaftlichen Werte‘ an dieser Stelle ausbleiben muss.

Die inhaltliche Analyse wird zu zeigen haben, inwiefern die ‚gesellschaftlichen Werte‘ ein Thema in den deutschen Medientexten waren, weil diese in der dänischen Debatte behandelt wurden, und inwiefern sie aus deutscher Sicht mit den jeweiligen Referenden in Verbindung gebracht wurden.

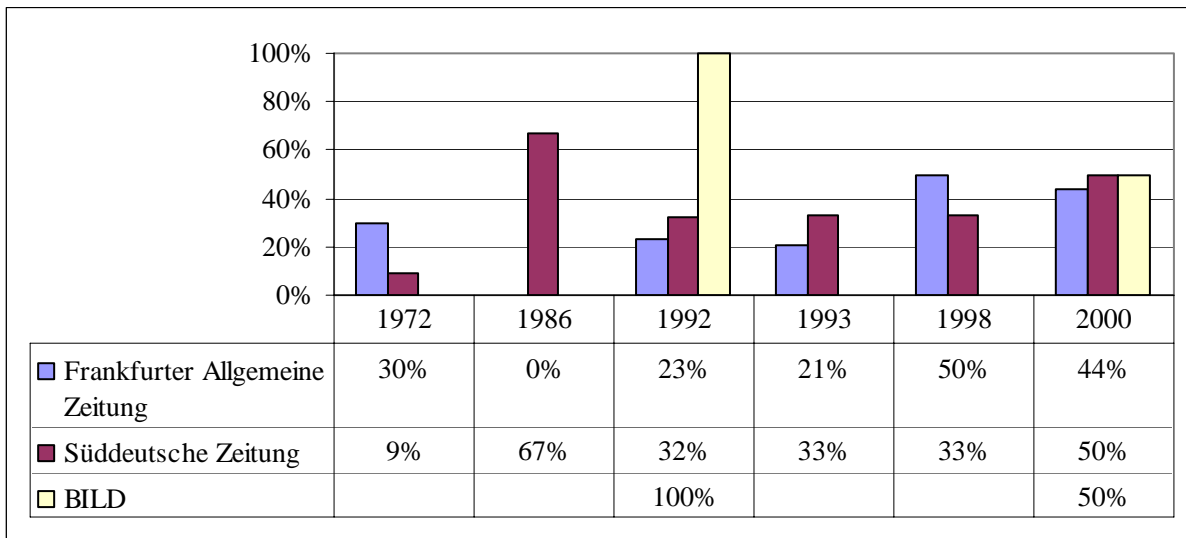


Tabelle 7: Anteil der Texte, die u.a. dem Topos ‚gesellschaftliche Werte‘ zugerechnet werden.

	1972	1986	1992	1993	1998	2000
Frankfurter Allgemeine Zeitung	9 (30)	0 (3)	7 (30)	3 (14)	1 (2)	4 (9)
Süddeutsche Zeitung	2 (22)	4 (6)	7 (22)	3 (9)	1 (3)	4 (8)
BILD	/	/	1 (1)	/	/	1 (2)

Tabelle 8: Absolute Zahlen zu Tabelle 7.

VI.2. QUALITATIVE ANALYSE

Die quantitative Analyse zeigte, dass der Topos vor allem während der letzten vier Volksabstimmungen thematisiert wurde, was darauf hindeutet, dass ‚gesellschaftliche Werte‘ vor allem im Zuge der Unionswerdung der Europäischen Gemeinschaften in der dänischen Gesellschaft immer zentraler wurden.

Bestimmte Wertvorstellungen wurden dabei immer wieder thematisiert, während von anderen, wie zum Beispiel dem Tierschutz, nur selten die Rede war. Aufgrund der Komplexität der einzelnen Wertvorstellungen, aus denen jeweils ganz unterschiedliche Fremd- und Selbstbilder entwickelt wurden, erscheint es sinnvoll, den Topos in die Werte zu unterteilen, die am häufigsten in den Zeitungsartikeln angesprochen wurden. Diese sind ‚Frieden‘, ‚Umweltschutz‘, ‚Demokrati und folkestyre‘ sowie der ‚Wohlfahrtsstaat, Arbeitslosigkeit und Gleichberechtigung der Frau‘. Die thematische Zusammenfassung einiger gesellschaftlicher Werte ergibt sich zum einen aus ihrer oftmals gemeinsamen Erwähnung in einzelnen Artikeln und zum anderen aus inhaltlichen Gesichtspunkten. So wurde im Zuge der Debatte um den dänischen Wohlfahrtsstaat nicht nur der Schutz sozial Schwacher debattiert, sondern auch Hilfestellungen für Frauen und Arbeitslose thematisiert.

Neben Auto- und Heterostereotypen, über die zwischen Befürwortern und Gegnern der weiterführenden europäischen Integration Einigkeit bestand, gab es auch unterschiedliche Vorstellungen. Es wird daher von Interesse sein zu sehen, welche gesellschaftlichen Werte von wem artikuliert wurden und inwiefern beide Seiten auf die stereotypen Vorstellungen der jeweils anderen reagierten.

VI.2.1. ‚FRIEDEN‘

VI.2.1.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die EG/EU wurde in den dänischen Medientexten unter anderem auf ihre Möglichkeiten hin bewertet, in Europa Frieden zu sichern. Unter den Befürwortern der europäischen Integration entstand dabei der positive Heterostereotyp von der EG/EU als eines ‚Friedensgaranten‘. Diese Vorstellung wurde teilweise in den historischen Kontext integriert. Der Gemeinschaft wurde dann die Aufgabe zu geschrieben, in den aktuellen Krisengebieten Europas den Frieden zu sichern. Die dänischen EG-/EU-Gegner widersprachen dieser Vorstellung nur selten.

Betrachtet man die dänischen Mediendiskurse in chronologischer Reihenfolge, so fällt auf, dass die EG von Anfang an als „mehr als nur ein wirtschaftlicher Zusammenschluss“ bezeichnet wurde. Durch das Zurückstellen national-egoistischer Interessen zugunsten der europäischen Zusammenarbeit könne Krieg verhindert werden.² Außerdem würde mit Hilfe der EG die „Übernahme kleiner Länder durch Großmächte“ unterbunden werden.

Wie die Analyse des Topos ‚Macht und Einfluss‘ ergeben hatte, war unter vielen Autoren in den dänischen Zeitungsdiskursen die Vorstellung verbreitet, Dänemark sei ein kleines Land. In oben angeführtem Zitat „kleiner Länder“ kann also auch „Dänemark“ subsumiert werden. In diesem Kontext sieht *Morgenavisen Jyllands Posten* die EG demnach nicht nur als Garanten des Friedens an, sondern zudem auch als eine Sicherung des souveränen, dänischen Nationalstaates. Das Fremdbild stimmt hier also mit dem dänischen Selbstbild überein. Vor allem aber konzentrierten sich die EG-Befürworter darauf, die Gemeinschaft in einem positiven Licht erscheinen zu lassen. Obwohl die nationale Grenzkontrolle erst im Jahr 1997, im Zuge der Aufnahme des Schengener Abkommens in den EU-Vertrag aufgehoben wurde, sprachen schon 1972 einige Autoren von der „Abschaffung der Grenzen“. Dies würde in Europa „Entspannung“ schaffen, meinte auch der ehemalige Staatsminister Viggo Kampmann.³

Mit der Gründung eines Binnenmarktes sollten zunächst nur wirtschaftliche Hindernisse abgeschafft werden, beispielsweise Zölle. Dennoch interpretierten

2 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 29.09.1972: Videre visioner: Emne: Hinsides økonomien. S. 14. (Leitartikel)

3 *Politiken*, 28.09.1972: Viggo Kampmann om sig selv: En fanatisk tilhænger af nedbrudte grænser. S. 4. (Bericht)

einige EG-Anhänger den Gründungsgedanken der Gemeinschaft als eine Initiative, „Kriege zu vermeiden“. Weit über die Chancen und Vorteile einer wirtschaftlichen Einigung sahen sie vor allem in der Verwirklichung einer Friedensgemeinschaft wichtige Ziele.⁴ Schließlich sei Europa auch tatsächlich seitdem „friedlicher“ geworden, so eine häufig betonte Vorstellung, die auch im Zuge der zweiten Abstimmung im Jahr 1986 noch zum Ausdruck kam.⁵ Ein Leitsatz der Abstimmung von 1993, der sich an noch unentschlossene Wähler richtete, lautete: „Ein „Ja“ heute ist ein „Nein“ zum Krieg in Europa“.⁶ Bis zu den Abstimmungen in den Jahren 1998 und 2000 betonten dänische EG-/EU-Befürworter immer wieder die friedliche Geschichte Europas, die sie der Gemeinschaft und ihrer integrativen Wirkung auf dem Kontinent zuschrieben.⁷

Einen Höhepunkt erreichte die Friedensdebatte bei der Volksabstimmung im Jahr 1992: Zum einen veränderte der gesellschaftspolitische Umbruch einiger Ostblockstaaten und nicht zuletzt die deutsche Wiedervereinigung das europäische Mächteverhältnis erheblich. Schon Jahre vor dem tatsächlichen EU-Beschluss der Osterweiterung wurde die Aufnahme der osteuropäischen Staaten in die demokratische Gemeinschaft der EU als friedenssichernde Maßnahme dargestellt.⁸ Im Maastrichter Vertrag, der die Unionsgründung einleitete, sah die Chefredaktion von *Politiken* gar „eines der glücklichsten Kapitel in der traditionell unfriedlichen Geschichte Europas“.⁹ Im Zuge der vierten dänischen Volksabstimmung im Jahr 1993 war es schließlich der Jugoslawienkrieg, vor dessen Hintergrund die Hoffnung artikuliert wurde, die EU könne den Frieden in Europa sichern. Dabei war jedoch ausschließlich von Sicherheit und nicht etwa von Wiederherstellung, womit ein militärisches Eingreifen verbunden gewesen wäre, die Rede. Da der Krieg auch innerhalb der eigenen Reihen, nämlich unter den EU-Gründungsmitgliedern Frankreich und Deutschland zu Spannungen führte, sahen einige Dänen in der festen Einbindung dieser beiden Länder in die EU die „beste Wahrung des Friedens“.¹⁰ Dieses Argument nahm jedoch nicht erst in der konträren Haltung der beiden Nationen im Jugoslawienkrieg seinen Anfang. Vielmehr ist in jedem Untersuchungszeitraum, vor allem in Leserbriefen, immer

4 Morgenavisen Jyllands Posten, 27.02.1986: Vi skal være med. S. 15. (Leserbrief)

5 Morgenavisen Jyllands Posten, 14.02.1986: Frederligere Europa. S. 11. (Leserbrief)

6 Ekstra Bladet, 18.05.1993. Tjaa. Ja eller Nej ? Ekstra Bladets journalister er heller ikke enige. Her giver seksten ja- og nej-sigere en kort begrundelse for, hvad de sætter deres kryds i dag: Ja er nej til krig i Europa. S. 39. (Kommentar)

7 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.05.1998: 100 pct europæer. S. 8, (Leserbrief); Ekstra Bladet, 19.09.2000. Tag' dog et ansvar. S. 26. (Leserbrief)

8 Politiken, 19.05.1992. Fej for egen dør. De europæiske lande bør sikre freden i Europa. Uffe Ellemann Jensen, Udenrigsminister (V), S. 25, (Kommentar).

9 Politiken, 20.05.1992: Demagogen. Ellemann på turné. S. 24. (Leitartikel).

10 Ekstra Bladet, 18.05.1993. Tjaa. Ja eller Nej ? Ekstra Bladets journalister er heller ikke enige. Her giver seksten ja- og nej-sigere en kort begrundelse for, hvad de sætter deres kryds i dag: For freden og friheden. S. 38. (Kommentar).

wieder die Rede von der historischen Erbfeindschaft dieser beiden EG-/EU-Mitgliedstaaten.¹¹ Deren Einbindung in die Gemeinschaft wurde dabei gleichsam als ausschlaggebende Idee der europäischen Integration und als Bedingung der Friedenssicherung in Europa dargestellt. Ein interessantes Nebenergebnis dieser Untersuchung ist damit die stereotype Vorstellung einer potentiellen Gefährdung der europäischen Stabilität durch eine historisch begründete Feindschaft zwischen Deutschland und Frankreich.

Der Vorstellung von der friedensstiftenden Europäischen Gemeinschaft widersprachen wenige EU-Gegner. Trotz ihrer klaren Ablehnung einer Europäischen Verteidigungsunion verwiesen sie nur selten auf die NATO, die ursprünglich für diese Aufgaben zuständig war. Die Etablierung einer europäischen „Konkurrenzgemeinschaft“ sei eine Gefährdung des Friedens.¹² Schließlich wurde auch in der Gestalt der Gemeinschaft als einer Union ein Grund dafür gesehen, dass diese „niemals den Frieden sichern“ könne. Noch nicht einmal im Norden habe eine Union Kriege verhindert, meinte ein Leser.¹³

Doch insgesamt waren es nur wenige Gegner, die gegen das positive Heterostereotyp vom Friedensgaranten Einspruch erhoben und versuchten, das Gegenteil zu belegen. Wie etwa ein Leser, der in der Einführung des Euro wirtschaftlichen „Protektionismus“ sah und diesen als Ursache vieler Kriege kritisierte.¹⁴

VI.2.1.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Unter den drei analysierten deutschen Tageszeitungen reflektierte einzig die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die stereotype Vorstellung von der friedenssichernden EG/EU. So zitierte die Tageszeitung etwa die Interpretation des EU-Kommissionspräsidenten, der die Zustimmung der Dänen zum Edinburgher Beschluss als „Beitrag zur weiteren Einigung Europas“ wertete.¹⁵ Hier wurde also das Selbstbild reflektiert und bestätigt, das in der dänischen EU-Mitgliedschaft, aber auch in der EU selbst einen, den Kontinent einenden Faktor sah. In einem weiteren Artikel wurde Dänemark als „friedlich“ bezeichnet, diese Beschrei-

-
- 11 So zum Beispiel in *Morgenavisen Jyllands Posten*, 17.02.1986: Et fredeligt Europa. S: 13, (Leserbrief); *Morgenavisen Jyllands Posten*, 9.05.1993: Krisehjælp. S. 10, (Leserbrief); *Politiken*: 21.05.1998: Farvel demokati. Bent Sørensen, Professor ved RUC, S. 31, (Kommentar) und *Politiken*, 19.05.1998: Mellem højre og venstre. Erik Hoffmeyer, tid. Nationalbanksdirektør. S. 23. (Kommentar)
- 12 *Ekstra Bladet*, 19.05.1998. I krig med EU. S. 26. (Leserbrief)
- 13 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 21.05.1998. Vor tids dagdrøm. S. 37. (Leserbrief)
- 14 *Morgenavisen Jyllands Posten*, 24.09.2000: EU er ufredens projekt. S. 9. (Leserbrief)
- 15 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.05.1993: Die Brüsseler EG-Kommission entfaltet neue Aktivität. Die gemeinsame Wachstumsinitiative soll vorankommen. Optimistischer Blick nach London. S. 4. (Bericht)

bung spiegelte jedoch nicht den dänischen Diskurs wider.¹⁶ Vielmehr handelt es sich hierbei um eine deutsche stereotype Fremdvorstellung.

Selbst im Kontext des Jugoslawienkrieges spiegelten die deutschen Medien nicht die Vorstellung von der EU als einem ‚Friedensgaranten‘ wider. Dagegen war ein anderer Konflikt Gegenstand der deutschen Berichterstattung: Als Dänen und Norweger 1972 über ihren EG-Beitritt abstimmten, beobachteten die *Süddeutsche Zeitung* als auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Abstimmungen vor dem Hintergrund des Ost-West-Konfliktes. Dabei gingen sie jedoch erneut nicht auf die dänische Debatte ein, sondern betrachteten das norwegische und dänische Referendum vielmehr aus deutscher Perspektive. So zeigte sich die *Süddeutsche Zeitung* über die „freudigen Reaktionen Moskaus“ anlässlich der norwegischen Ablehnung des EG-Beitritts irritiert. Dies stehe im Widerspruch zur sowjetischen Anerkennung der EWG-Institutionen einige Monate zuvor.¹⁷ Auch die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* berichtete von der sowjetischen Freude über Norwegens „Nej“.¹⁸ Im Zusammenhang mit beiden Referenden identifizierte diese Zeitung, wie auch ihre Münchner Konkurrenz, die nordischen Länder als Gegenstand „eines Tauziehens zwischen Ost und West“. In der Ablehnung der norwegischen Wähler sah die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* sogar eine Annäherung an die Sowjetunion, die bereits „bei allen wichtigen außenpolitischen Entscheidungen“ in Finnland involviert sei.¹⁹ Wenn nun die Norweger auch die NATO verlassen würden, führe dies zu einer „ungesicherten Nordflanke Europas“²⁰ und schließlich sei die „Finnlandisierung ganz Skandinaviens als nächste Phase [...] eine beängstigende Perspektive“, so die Zeitung in einem Leitartikel.²¹ Auf Norwegens Ablehnung des EG-Beitritts könne Dänemarks folgen und das wiederum würde die „Neutralisierung des Nordens“ einleiten, so die Befürchtungen in einem zweiten Leitartikel.²²

Der Ost-West-Konflikt nahm in der Berichterstattung der seriösen deutschen Zeitungen einen zentralen Gegenstand ein. Nur am Rande wurde dabei die dänische Friedens-Debatte reflektiert. Auffällig sind die Unterschiede in der Beschreibung durch die dänischen und deutschen Medien: Während die Friedenssicherung in den dänischen Mediendiskursen eine wichtige Rolle einnahm, beschrieben die deutschen Zeitungsartikel vor allem die militärische Komponente des Ost-West-Konfliktes zu Beginn der 70er Jahre. Darüber hinaus schienen die

16 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.05.1993. Trotz Krawall Freude in Kopenhagen. „Neuer Schwung für EG“. Regierung kündigt Steuererleichterung an. S. 4. (Bericht)

17 Süddeutsche Zeitung, 4.10.1972: Der Gipfelkonferenz entgegen. S. 4. (Leitartikel)

18 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.1972. Skandinavien wird labil. S. 1. (Leitartikel)

19 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.10.1972: Skandinavien wird labil. S. 1. (Leitartikel)

20 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.09.1972: Blickrichtung Nordmeer. S. 1. (Leitartikel)

21 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.09.1972. Schwerer Schlag. S. 1. (Leitartikel)

22 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.09.1972. Nordischer Isolationismus. S. 1. (Leitartikel)

dänischen Artikelschreiber eher an der Vermittlung, die deutschen hingegen an einer klaren Positionierung im Ost-West-Konflikt interessiert zu sein. Dies liegt vermutlich vor allem an der inneren Teilung Deutschlands, die eine deutliche Oppositionshaltung des Westens gegenüber dem Osten mit hervorbrachte.

VI.2.2. ‚UMWELTSCHUTZ‘

VI.2.2.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Viele Artikel behandelten den dänischen Umweltschutz und die entsprechenden Bestimmungen der EG/EU. Die Thematisierung des Schutzes von Umwelt und Natur unterlag einer deutlichen zeitlichen Entwicklung: Während zu Beginn der dänischen EG-Mitgliedschaft die Frage, ob die EG/EU die Umwelt ausreichend schütze, nicht so häufig gestellt wurde, erfuhr sie insbesondere im Zuge der Abstimmung über den Amsterdamer Vertrag im Jahr 1998 einen vorläufigen Höhepunkt. Geprägt war die Debatte von einer kontroversen Diskussion zwischen Befürwortern und Gegnern der jeweiligen europäischen Vertragswerke. Den gegenseitigen Vorstellungen widersprachen beide Lager häufig, unterschieden sich dabei jedoch vor allem durch die Handlungsmaximen, die sie aus ihren Postulaten für das eigene Land ableiteten. Erstere artikulierten nämlich vor allem das positive Selbstbild eines Mitgliedlandes, das die Europäische Gemeinschaft zu mehr Umweltschutz anregen könne und solle. Letztere hingegen meinten, das hohe Niveau der dänischen Umweltschutzbestimmungen müsse vor schlechtem europäischem Einfluss geschützt werden. Dieser Gewichtung folgend, stellt sich der Diskurs des Umweltschutzes und die hieraus entwickelten Selbst- und Fremdbilder in den dänischen Medien wie folgt dar:

Zunächst war der Umweltschutz nur am Rande Teil der Debatte der ersten beiden Referenden in den Jahren 1972 und 1986. Einig waren sich damals schon beide Lager in dem hohen Stellenwert, der dem Schutz von Natur und Umwelt in Dänemark beigemessen werde. Während er im eigenen Land einen zentralen Aspekt des gesellschaftlichen und politischen Lebens darstelle, sei es in der EG ein nicht ausreichend berücksichtigtes politisches und gesellschaftliches Betätigungsfeld.²³ Den Mangel an umfangreichen Schutzbestimmungen für die Umwelt in der EG/EU, den auch die Befürworter konstatierten, verknüpften diese allerdings nicht allein mit der Feststellung seines hohen Stellenwertes in der dänischen Gesellschaft und Politik.²⁴ Sie forderten zudem, Dänemark solle seine nationalen Standards auch in der EG/EU einführen und auf diese Weise das eu-

23 Ekstra Bladet, 21.02.1986: Få hjernen undersøgt. S. 28. (Leserbrief)

24 Politiken, 30.09.1972: Danmark, EF og miljøet. Ole Poul Hansen, cand. Polit. Miljøstyrelsen, S. 10. (Kommentar)

ropäische Niveau anheben.²⁵ Das nationale Selbstbewusstsein, in Sachen Umweltschutz europäischer „Vorreiter“ zu sein, stieg vor allem bei der Abstimmung über den Edinburgher Beschluss von 1993 stark an. Sehr viel häufiger als zuvor wurde mit dem Anspruch, einer dänischen Verbesserungsmission in der EG/EU die eigene umweltfreundliche Politik und Gesellschaft gelobt.²⁶

Während der Verzicht auf Einstimmigkeitsbeschlüsse zu Gunsten von Mehrheitsentscheiden in anderen Bereichen von vielen Dänen kritisiert wurde, hofften andere die europäischen Umweltmaßstäbe gerade dadurch sehr viel eher beeinflussen und anheben zu können als zuvor.²⁷ Selbst die Boulevardzeitung *Ekstra Bladet*, die diese Thematik insgesamt nicht so ausführlich in ihre Berichterstattung integrierte, forderte ihre Leser am Tag des Referendums von 1993 u.a. wegen des Umweltschutzes zur Zustimmung auf. Mit Hilfe der Mehrheitsbeschlüsse und Dänemarks „Ja“ zum Edinburgher Beschluss sollten andere europäische „Schweine-Nationen“ zu einer besseren Umweltpolitik gezwungen werden:

Tilsviningen af Europa standses kun, hvis nationerne gør det sammen. Maastricht-traktaten muliggør, at flertallet sætter svine-nationer på plads med fælles regler: Det er en klar dansk interesse.²⁸

Aus dem hier artikulierten nationalen Selbstbewusstsein leiteten die EG-/EU-Befürworter im Zusammenhang mit dem Umweltschutz eine moralische Verantwortung ab. Die Maßstäbe Dänemarks sollten auf die anderen „abfärben“, hoffte etwa der Vizepräsident des Naturschutzbundes.²⁹ Zum Gewinn für alle solle das Land seine Werte vermitteln und die EU im Bereich des Umweltschutzes nach dänischen Maßstäben formen.³⁰ Überraschenderweise wurde dieses Autostereotyp im Zuge der Abstimmung über den Amsterdamer Vertrag kaum noch artikuliert. Vermutlich lag dies vor allem an den Inhalten des Vertrages, der mit der Osterweiterung der Gemeinschaft die Debatte auf die neuen Mitgliedstaaten und die Institutionsreform der EU lenkte. Der Umweltschutz wurde in diesem Untersuchungszeitraum, wie in Ansätzen bereits in den drei vorherigen, sehr viel allgemeiner, nämlich vor allem als globale Aufgabe be-

25 Politiken, 30.05.1992: Et ’ja’ renser luften for den danske miljøindustri. Flertalsafgørelser om EFs miljøafgørelser vil styrke de slagkraftige danske virksomheder, der allerede er internationalt førende i miljøteknologi og rådgivning. S. 35. (Bericht)

26 Ekstra Bladet, 18.05.1993: Om igen Danmark. S. 1. (Leitartikel)

27 Morgenavisen Jyllands Posten, 16.05.1993: Et ja for miljøet. S. 10. (Leserbrief)

28 Ekstra Bladet, 18.05.1993: Om igen – Danmark. S. 2. (Leitartikel)

29 Politiken, 7.05.1993: 1972: ja, 1986: ja, 1992: ja, 1993: ja. Flemming Thornung Lund, Frederikshavn. Skolelærer, vicepræsident i Naturfredningsforeningen. S. 6. (Kommentar)

30 Politiken, 23.09.2000: Kvindernes modestand er ulogisk. Anne Grete Holmsgaard, folketingskandidat (SF), S. 36. (Kommentar)

trachtet.³¹ In den Vorstellungen einiger ihrer dänischen Befürworter war die Gemeinschaft ein Forum, in dem bestimmte Problemfelder durch langfristige Lösungsmodelle und gemeinsame Standards einer Lösung näher gebracht werden konnten. Eine Gemeinschaft sei Voraussetzung dafür, dass nicht nur Dänemark, sondern viele EU-Staaten bestimmte Standards im Umweltschutz verwirklichten.³² Schließlich sei Dänemark, eine „kleine, von Wind und Wasser umspülte Insel“ und könne zwar eine umweltfreundliche Politik im eigenen Land durchsetzen, das Problem sei jedoch ein globales und nur in der Gemeinschaft sinnvoll zu lösen.³³

Wie nie zuvor stand bei der Abstimmung über den Amsterdamer Vertrag im Jahr 1998 vor allem das Vertragswerk im Mittelpunkt der Debatte; nur wenige Stimmen nahmen dabei Bezug auf den Umweltschutz. Während die Befürworter das Abkommen von Amsterdam als „Verbesserung“ und „Garantie“ für umfangreichere Naturschutzmaßnahmen lobten,³⁴ kritisierten seine dänischen Gegner das „Mehr an Union“ und das „Weniger an Umweltschutz.“³⁵ Die Auseinandersetzung spiegelt damit einzig die kontroversen Ansichten der zwei Lager wider, brachte jedoch keine neuen stereotypen Vorstellungen hervor. Indes wurde Dänemark auch von den EU-Gegnern als Vorreiter in Sachen Umweltschutz empfunden, die Gemeinschaft hingegen als eine Gefährdung der hohen dänischen Standards: Maximum- an Stelle von Mindestgrenzwerten würden verhindern, dass Mitgliedstaaten umweltfreundlicher agieren könnten, „als die EU erlaubt“.³⁶ Bereits 1986 hatten EG-Gegner davor gewarnt, dass mit der Zustimmung zur Einheitlichen Europäischen Akte in Dänemark Stoffe eingeführt werden könnten, die „bei uns verboten“ seien.³⁷ *Ekstra Bladet* meinte sogar, Dänemark würde „gezwungen werden, den giftigen Becher zu trinken“.³⁸ Diese Formulierung erinnert an den Schierlingsbecher des Sokrates und ergänzt das durch die bisherige Analyse bereits herausgearbeitete missionarische Selbstbild Dänemarks um die Dimension des Märtyrerhaften. Es gibt jedoch in dem Leitartikel keine weiteren Hinweise darauf, dass hier auf den Philosophen und dessen Tod angespielt wurde. Hingegen wird in dem Text die bedrohliche Situation für Dänemark deutlich. Eine positive Beeinflussung der EG durch das umweltfreundliche Dänemark war in den Augen der Gegner der weiterführenden euro-

31 Morgenavisen Jyllands Posten, 28.09.2000: Tvivler er blevet til et ja. S. 12. (Leserbrief)

32 Politiken, 10.05.1993. Ja til EF og et nyt venstre. Asger Baunsbak-Jensen, forfatter og præst, S. 24. (Kommentar)

33 Politiken, 26.02.1986: Ammesteuesnak. Per Stig Møller, MF, (K), S. 26. (Kommentar)

34 Ekstra Bladet, 24.05.1998: EU et godt projekt. S. 33. (Leserbrief)

35 Morgenavisen Jyllands Posten, 21.05.1998: Ingen miljøgaranti i traktaten. S. 38. (Leserbrief)

36 Morgenavisen Jyllands Posten, 20.05.1998: Vanskeligere at være foregangsland. Eigil Andersen, FM (SF), S. 12. (Kommentar)

37 Politiken, 16.02.1986: Foruroligende. S. 44. (Leserbrief)

38 Ekstra Bladet, 25.02.1986: EF betyder mere gift. S. 2. (Leitartikel)

päischen Integration ausgeschlossen.³⁹ Auch die Vorstellung, der Umweltschutz könne erst in einer großen Gemeinschaft mit Hilfe gemeinsamer Standards langfristig geholfen werden, lehnte dieses Lager ab. Trotz der Zusammenarbeit seien bislang nur wenige Gesetze im Bereich der Umweltpolitik verabschiedet worden und auch Dänemark habe im Lauf der 20-jährigen Mitgliedschaft nicht viel erreichen können.⁴⁰ Am umfangreichsten kritisierten die Gegner des Amsterdamer Vertrages im Untersuchungszeitraum von 1998 die Umweltschutzgesetze der EU als ungenügend⁴¹ und gefährlich, da die geplanten Harmonisierungen unter anderem die Unterschiedlichkeit von Naturgebieten nicht berücksichtigten.⁴²

Es kann also festgestellt werden, dass der Umweltschutz ein wichtiges Thema in der dänischen Mediendebatte war. Allerdings war es auch einer zeitlichen Entwicklung unterlegen und wurde vor allem seit den 90er Jahren zwischen Befürwortern und Gegnern der europäischen Integration kontrovers diskutiert. Ihre dänischen Anhänger sahen in der EG/EU ein geeignetes Forum dafür, den Umweltschutz auf ein höheres, dem dänischen ähnliches Niveau zu heben. Die Gegner hingegen empfanden die Gesetze und Schutzmaßnahmen ihres Landes zwar ebenfalls als besonders umfangreich und vorbildlich. In den Harmonisierungsbestrebungen der EG/EU befürchteten sie jedoch eine Nivellierung der dänischen Umweltschutzpolitik und sahen sie gar als eine Bedrohung dänischer Standards an. Die dänische Verantwortung, die die Befürworter in Bezug auf die Verbesserung der europäischen Standards betont hatten, lehnten sie ab. Außerdem meinten sie, Dänemark könne die EG/EU sowieso nicht beeinflussen und solle vielmehr eigene Gesetze verteidigen.

VI.2.2.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Nur die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* reflektierte in zwei Untersuchungszeiträumen, dem von 1993 und dem von 1998, die Debatte, die in Dänemark bezüglich des Umweltschutzes stattfand. Beide Male wurde in einem Korrespondentenbericht der Umweltschutz als ein wichtiges Anliegen der Dänen und ihrer EU-Mitgliedschaft identifiziert. Bei der Abstimmung 1993 berichtete der Journalist aus Kopenhagen, Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen habe die Wäh

39 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.02.1986: EF-pakken en tikkende miljøbombe. S. 11. (Leserbrief)

40 Morgenavisen Jyllands Posten, 11.05.1993: Miljøet har trange kår i EF. S. 12. (Bericht)

41 Morgenavisen Jyllands Posten, 18.05.1998: Intet at hente. Søren Kolstrup, Enhedslisten. S. 9 (Kommentar)

42 Ekstra Bladet, 28.05.1998. Farligt miljøsyn. S. 39. (Leserbrief)

ler kurz vor dem Referendum an die „historische Chance“ und „positiven Auswirkungen“ erinnert, den die Abstimmung unter anderem auf den Umweltschutz in Europa habe.⁴³ Im Jahr 1998 wurde der Naturschutz auch nur kurz erwähnt. Erneut wurden die dänische Regierung und deren Interpretation des zur Abstimmung stehenden Vertragswerkes erläutert. Die sähe im Amsterdamer Vertrag „wichtige Interessen des Landes in Umwelt- und Beschäftigungsfragen verwirklicht“, so der Journalist.⁴⁴

Die auch von den dänischen EG-/EU-Gegnern hervorgehobenen hohen dänischen Standards im Bereich des Umweltschutzes gingen zu keiner Zeit in die deutsche Berichterstattung ein. Ebenso wenig die Gefahr, die von einigen in der EU und ihren Harmonisierungsbestrebungen nationalen Rechts für eben diese dänischen Maßstäbe gesehen wurden, noch die Hoffnungen, den europäischen Schutz der Umwelt zu verbessern, die einige Befürworter mit der dänischen Mitgliedschaft verbanden.

Hingegen fällt bereits in den Überschriften dieser Zeitungsartikel die Fokussierung der Frankfurter Tageszeitung auf die Abstimmung von 1992 auf, bei der die Dänen überraschend für ganz Europa den Maastrichter Vertrag abgelehnt hatten. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* nannte auch die Abstimmung von 1993 eine „Maastricht-Abstimmung“. Dies liegt daran, dass die Dänen mit dem Edinburgher Beschluss den Maastrichter Vertrag mit Modifikationen ratifizierten. In Dänemark vermied man jedoch die Nennung des „alten Vertrages“ und konzentrierte sich auf die Vorbehalte, die das Protokoll von Edinburgh Dänemark zugestand. Die deutschen Medien hingegen behandelten im Untersuchungszeitraum von 1993 inhaltlich auch die Abstimmung von 1992. Diese Auffälligkeiten spiegeln sicherlich die deutschen Interessen und maßgeblichen Erinnerungen an ein besonderes dänisches Referendum wider. Hinter dem Themenbereich „EU-Vertrag“ und der Volksabstimmung von 1992 trat der Umweltschutz als Gegenstand der deutschen Medien zurück und scheint somit vor allem ein dänisches Anliegen gewesen zu sein.

VI.2.3. ‚DEMOKRATI‘ UND ‚FOLKESTYRE‘

VI.2.3.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Viele der dänischen Medientexte behandelten ‚demokrati‘ und ‚folkestyre‘ als zentrale ‚gesellschaftliche Werte‘. Unter ‚folkestyre‘ wird die besonders bevölkerungsnahe Umsetzung der dänischen Demokratie verstanden, die in der

43 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.1993: Nyrup optimistisch über den Ausgang des zweiten Referendums. Diesmal Mehrheit in Dänemark für den Maastricht-Vertrag erwartet. Vorwurf der „Angstkampagne“. S. 1. (Bericht)

44 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.05.1998: Referendum über Amsterdamer Vertrag. Dänisches „Ja“ soll Maastricht-Debakel vergessen lassen. S. 8. (Bericht)

Abhaltung von Volksabstimmungen zum Ausdruck kommt. Die Umsetzung der demokratischen Gesellschaftsordnung wird in Dänemark daher oft auch als ‚nahe Demokratie‘, „nærdemokrati“, bezeichnet. Im Zuge der Debatte um die europäische Integration, die in Dänemark sechs Mal zu Referenden geführt hatte, wurden die Europäische Gemeinschaft und das eigene Land auf die Verwirklichung eben dieser Werte hin überprüft. Dabei kristallisierten sich Stereotype von der EG/EU einerseits und von Dänemark andererseits heraus. Beide Lager waren sich zunächst darüber einig, dass die Demokratie in der EG/EU mangelhaft sei, in Dänemark hingegen eine demokratische Tradition bestünde und das Land diese vorbildlich umsetze. Aus diesen Feststellungen wurden nun unterschiedliche Wahlempfehlungen abgeleitet. Das Heterostereotyp von der supranationalen Gemeinschaft mit einer mangelhaften Demokratie ergänzten ihre dänischen Gegner um die nationale Dimension: Die Gemeinschaft habe im Vergleich mit Dänemark nicht nur ein mangelhaftes Verständnis für Demokratie, sie sei zudem auch eine Bedrohung der dänischen Demokratie. Die Befürworter hingegen betonten vor allem das positive Autostereotyp von der vorbildlichen dänischen Demokratie. In ihren Augen war es eine Art nationaler Verantwortung, die europäischen Institutionen zu demokratisieren. Beide Lager begründeten ihre Wahlempfehlungen mit divergierenden Vorstellungen von den Möglichkeiten Dänemarks die EG/EU zu beeinflussen. Bereits die Analyse des Topos ‚Einfluss und Macht‘ hatte gezeigt, dass in den dänischen Mediendiskursen die Vorstellung verbreitet war, Dänemark sei ein kleines Land. Uneinigkeit herrschte indes darüber, ob man als ein solches auf die Politik und Entwicklung der EG/EU überhaupt Einfluss habe.

Eben diese Debatte prägte auch die Thematisierung von ‚demokrati‘ und ‚folkestyre‘. In den Texten kamen diese Auto- und Heterostereotype wie folgt zum Ausdruck:

Ihre dänischen Gegner fällten über die EG/EU vor allem das pauschale Urteil, die Gemeinschaft sei durch einen „Mangel an Demokratie“ geprägt bzw. sei „undemokratisch“. ⁴⁵ Die EU „schaffe die Demokratie ab“, ⁴⁶ setze „nicht den Menschen ins Zentrum“ ⁴⁷ und basiere letztlich nur auf Geld, und nicht auf Volksgewalt, heißt es in einigen Kommentaren und Leserbriefen. ⁴⁸ Schließlich sei aber eine demokratische Gesellschaft „im Großen“ auch gar nicht möglich:

45 Morgenavisen Jyllands Posten, 20.05.1992: Også et nej til Vestunionen. Jann Sjurden, Formand for Kristeligt Folkeparti, S: 8, (Kommentar) ; Politiken, 13.05.1993: Meget lettere. S. 24 (Leserbrief); Ekstra Bladet, 17.05.1998: Javel, hr Kommissær. S.36. (Leserbrief)

46 Ekstra Bladet, 24.05.1992: I øvrigt mener jeg om EF... S. 21, (Leserbrief); 31.05.1992: Socialunionen. S. 21, (Leserbrief) ; 31.05.1992: Uffe Udansk. S. 21. (Leserbrief)

47 Morgenavisen Jyllands Posten, 14.05.1993: Ikke papiret værd. S. 17. (Leserbrief)

48 Politiken, 17.05.1993:1972: Ikke stemmeret; 1986:Ikke stemmeret; 1992: nej; 1993: nej. S. 5. (Kommentar)

„Demokrati findes kun i overskuelige sammenhæng, hvor den enkelte kan føle et ansvar for helheden.“⁴⁹ Dies ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass vor allem das Volksnahe der dänischen „nærdemokrati“, der unmittelbare Bezug zwischen Abgeordneten und Wählern in Dänemark als sehr demokratisch empfunden wird. Auch konkrete Institutionen wie der Ministerrat waren Gegenstand der Demokratie-Kritik. So wurde es als „undemokratisch“ empfunden, wenn dieses Gremium „über das dänische Folketing bestimmen“ könne.⁵⁰ Auch dies zeigt, dass im Kern der Souveränitätstransfer als „undemokratisch“ empfunden wurde, da der unmittelbare Bezug zwischen gesetzgebendem EG-Ministerrat und den einzelnen Bevölkerungen in den Augen der dänischen Gegner nicht gewährleistet war. Bei der Abstimmung von 1998 stand der Amsterdamer Vertrag in der Kritik, weil er die Abschaffung des Vetorechts zu Gunsten des Mehrheitsentscheids vorsah. Wenn einige Länder Beschlüssen nicht zustimmen würden, würde deren Einwand fortan nicht beachtet und das sei undemokratisch.⁵¹ Letztlich wurde es jedoch auch als undemokratisch empfunden, dass nur wenige Länder über die europäischen Vertragswerke Volksabstimmungen abhielten.⁵² Diese Meinung teilten auch einige Befürworter der jeweiligen europäischen Vertragswerke, die ebenso den Mangel an Demokratie kritisierten und ihre Stärkung forderten.⁵³ Dies macht erneut deutlich, dass es vor allem der direkte Bezug und Meinungsaustausch zwischen Wählern und Politikern ist, der in den Augen vieler Dänen den Kern ihrer nationalen Demokratie ausmacht.

Neben solchen pauschalen Verurteilungen der EG/EU als „mangelhafter Demokratie“, die nur manchmal an konkrete Beschlüsse, wie etwa den des Mehrheitsentscheids im Ministerrat der EU geknüpft waren, wurde die EG/EU von ihren Gegnern in den dänischen Medientexten als elitär definiert. Unter anderem zeige sich dies in den „unverständlichen Vertragswerken“.⁵⁴ Der umfassende

49 Ekstra Bladet, 18.05.1998: Brev til Elly. Niels Hausgaard, S. 23. (Kommentar)

50 Ekstra Bladet, 26.02.1986: Det koster intet at stemme nej. S. 36. (Leserbrief)

51 Morgenavisen Jyllands Posten, 16.09.2000: Ansøgerlande holdes udenfor. Holger K. Nielsen (SF), S. 10. (Kommentar)

52 Ekstra Bladet, 17.05.1993: Betænkelig. S. 26 (Leserbrief); Morgenavisen Jyllands Posten, 16.05.1998: Danskerne har modet. Vi stemmer også på vegne af andre landes borgere, som er imod Unionen og som ikke bliver spurgt. Kim Behnke, Fremskridtsparti, S. 8 (Kommentar); Politiken, 17.09.2000: Stakkels Europa. Kim Behnke, FM, Frihed 2000, S. 48. (Kommentar).

53 Politiken, 23.09.1972: Et fælles Europa. Niels Fosse, civilingeniør. S. 9 (Kommentar); Morgenavisen Jyllands Posten, 7.05.1993: Et ja i kampen mod centralisme. Niels Arbøl, Kristendemokratisk forum. S. 26 (Kommentar); Morgenavisen Jyllands Posten, 20.05.1998: EU og demokratiet. Ralf Pittelkow, S. 12. (Kommentar); Ekstra Bladet, 22.09.2000: Ja – for pokker. Naser Khader, (R). S. 14. (Kommentar).

54 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.05.1998: Mogenses nej til Babelstårnet. S. 24. (Bericht)

bürokratische Apparat, der „überwiegend Juristen“ beschäftige⁵⁵, stand vor allem in der dänischen Boulevardzeitung in der Kritik ein „Projekt der Elite“ zu sein. Im Vorfeld der Abstimmung von 1998 entsandte *Ekstra Bladet* einen Mitarbeiter nach Brüssel. Seine Hintergrundberichte, „Pedros verden“, wurden zum Spiegelbild einer monströsen, menschenleeren Trabantenstadt Brüssel, in der eine undurchschaubare Bürokratie die Menschen in Dänemark „fernsteuere“. Den Anfang nahm seine erste Reportage in einem paläontologischen Museum, die ihm als Anregung seiner am häufigsten verwendeten Metapher diente: Die EU verglich der Journalist mit den fossilen „Ungeheuern“ und entwickelte hieraus das Bild einer menschenleeren EU-Stadt als Antipol zur volksnahen Demokratie Dänemarks.⁵⁶ Zwischen diesen Alternativen, so sein Fazit, wähle er Dänemark:

Dinosaurerne er vendt tilbage. Pattedyrene kryber langs jorden. Over-Europa mod Under-Europa. Bureaucrati og uigennemskuelighed mod demokrati og nære overskuelige samfund. Jeg vælger Danmark.⁵⁷

In den seriösen Tageszeitungen wurden Stimmen laut, die den demokratischen Mangel der EU als „Strategie der Gesellschaftselite“ identifizierten: „Det demokratiske underskud er ikke nogen tilfældighed.“⁵⁸ Denn in der EU komme nur die herrschende Klasse an die Macht.⁵⁹

Dieses Urteil war in den Mediendiskursen verbreitet und wurde etwas häufiger von den Gegnern als von den Befürwortern der jeweiligen Abstimmungen artikuliert. Weitgehende Einigkeit zwischen den Lagern herrschte in der positiven Beurteilung der dänischen Demokratie und im daraus abgeleiteten Selbstbild. Beide Lager betonten die nationale „demokratische Tradition“, die sie jedoch immer auch mit ihrer divergierenden Wahlempfehlung verknüpften. So meinte etwa ein Gegner des Edinburgher Beschlusses bei der Volksabstimmung von 1993, die „hohe demokratische und ‚folkelige‘ Tradition“ Dänemarks könne „für die nachfolgenden Generationen“ nur durch ein „Nej“ bei der Abstimmung erhalten werden.⁶⁰ Mit der Zustimmung, so fand auch ein anderer Autor, verliere

55 Ekstra Bladet, 2.06.1992: Det er fan’me uhyggeligt, du. Ole Krarup, professor. S. 19. (Kommentar)

56 Ekstra Bladet, 18.05.1998: Dinosaurernes Bruxelles. S. 14 f. (Bericht)

57 Ekstra Bladet, 23.05.1998: Pattedyrenes Bruxelles. De fattige udstødte i Bruxelles lever omkring Gard du Nord og Gard du Midi. Disse bandede kvarterer med deres tigerre og hjemløse betaler prisen for gigantbyggerierne, stældinosaurerne, i byens hjerte. S. 24. f. (Bericht)

58 Politiken, 16.05.1998: JuniBevægelsen brøler. Annonce var udtryk for fatal mangel på dømmekraft. Af Junibevægelsens medlemmer. S. 25. (Kommentar)

59 Morgenavisen Jyllands Posten, 14.05.1993: Et nej gør os stærkere. Henrik Berlau, Formand for Sømændenes Fobund, S. 16. (Kommentar)

60 Politiken, 13.05.1993: Demokratiet står over økonomien. Det danske folkestyre passer dårligt til subsidiaritet. S. 24. (Leserbrief)

das Land seine „demokratische Tradition“⁶¹. „Dänemarks Demokratie“ unterscheide sich „als eine nordische Tradition“ grundlegend von der des „restlichen Europas“.⁶² Schließlich solle Dänemark durch die Ablehnung des Amsterdamer Vertrages eine „demokratische Speerspitze“ für die anderen Mitgliedsländer sein.⁶³

Die Gegenseite betonte ebenfalls die besondere demokratische Tradition, die das Land auszeichne. Ein Befürworter meinte, gerade als „hoch entwickelter, demokratischer Wohlfahrtsstaat“ habe Dänemark „Europa etwas zu bieten“.⁶⁴ Die ganze Welt sähe Dänemark als ein Vorbild in Sachen Demokratie an, so der dänische Botschafter in Washington.⁶⁵ Auch die EU brauche das dänische „Ja“ nicht etwa aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten, vor allem wünsche sich die Gemeinschaft vielmehr ein Schulterklopfen von diesem „aufgeklärten und demokratisch engagierten Volk“.⁶⁶

Über das Bild einer hoch entwickelten, traditionellen und verantwortungsvollen Nation bestand somit gesellschaftlicher Konsens. Dieses Autostereotyp wurde dabei mit weiteren, divergierenden Heterostereotypen verknüpft: Die Gegner erweiterten dieses Selbstbild um die Dimension eines, in seinen Traditionen bedrohten Nationalstaates. Die Befürworter hingegen vertieften den Diskurs der „Verantwortung“ und führten die Aufnahme der osteuropäischen Staaten an. Dänemarks Mitgliedschaft solle sicherstellen, dass „dänische Traditionen und dänisches Demokratieverständnis auch eine Rolle in den Ländern“ spiele, deren Aufnahme in die EU bevorstehe.⁶⁷ Als eine traditionelle Demokratie trage Dänemark „in der Welt und in diesem Erdteil Verantwortung“ und solle diese auch erfüllen, so die Forderung der Chefredaktion von *Politiken* beim Referendum von 1992.⁶⁸ Die Zustimmung zum Vertrag von Maastricht sei der „Grashalm, nach dem die dürstenden Demokratien Osteuropas“ verlangten,

61 Morgenavisen Jyllands Posten, 7.05.1993: Stem ud fra egen overbevisning. Johannes Sörensen, Landsformand Fremskridtspartiet, S. 26. (Kommentar)

62 Morgenavisen Jyllands Posten, 18.05.1993: Danskerne tør trodse EF. S. 9. (Leserbrief)

63 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.05.1998: Handlefrihed. Frank Dahlgaard, Nationernes Europa, S. 23. (Kommentar)

64 Morgenavisen Jyllands Posten, 20.02.1986: Freden er vigtigst. Sonia Dahlgaard, cand. pol., S. 10. (Kommentar)

65 *Politiken*, 1.06.1992: Maastricht og vores fremtid. Peter Dyvig, ambassadør i Washington, S. 24. (Kommentar)

66 *Politiken*, 16.09.2000: Råd til os. Vores valg rager andre. S. 28. (Leitartikel)

67 Morgenavisen Jyllands Posten, 17.05.1993: Sig ja til en verden i udvikling. S. 9. (Leserbrief)

68 *Politiken*, 2.06.1992: Ja til Europa. Afstemningen er ingen generalprøve. S. 4. (Leitartikel).

so ein Leser.⁶⁹ Vor allem im Zuge der nächsten Volksabstimmung im Jahr 1993 postulierten seine dänischen Befürworter die Aufgabe, die ihr Land aufgrund seiner demokratischen Tradition ihrer Ansicht nach trage:

I den udvikling har Danmark en forpligtelse. Vor demokratiske tradition. Vor velfærdsmodel. Vor dybe kulturelle rod i humanismen med tilsikring af menneskerettighederne. Alt giver os forpligtelse til at deltage aktivt i at skabe et så stærkt Europa som muligt.⁷⁰

Ganz anders lautete der nationale Auftrag, mit dem die EG-/EU-Gegner ihr Land betrauen wollten. Sie sahen es vor allem als ihre Aufgabe an, den eigenen Staat⁷¹, die Demokratie und das dänische ‚folkestyre‘⁷² zu schützen: „Bevar folkestyret“.⁷³ Die EG/EU wurde dabei nicht nur als Bedrohung des demokratischen Systems betrachtet, sondern auch des Nationalstaates als solchem. Die Abschaffung der Ideale, die im Grundgesetz verankert sind,⁷⁴ hierunter auch das ‚folkestyret‘, würde letzten Endes zur „Auslöschung Dänemarks von der Landkarte“ führen, so ein *Ekstra Bladet*-Leser.⁷⁵ Denn die dänischen Gesetze würden durch Bestimmungen aus Brüssel „überfärbt“ werden.⁷⁶ Doch nicht nur der Schutz des eigenen Systems war in den Augen der EG/EU-Gegner eine wichtige Aufgabe. Das „Nej“ bei der Maastricht-Abstimmung sei „ein Zeichen für das hohe Demokratieempfinden Dänemarks und ein Signal für Europa: „Danmark har sæt frø, der kan åbne for en positiv udvikling af de andre europæiske demokratier.“⁷⁷ Nun sei auch den anderen Mitgliedstaaten klar, dass die EU undemokratisch sei.⁷⁸ Dänemark habe die EU „demokratisch ausgebremst“⁷⁹ und zum Nachdenken angeregt.⁸⁰ Ein „Nej“ zeige auch 1998 das Ver-

69 Morgenavisen Jyllands Posten, 26.05.1992: Husk det russiske diktatur. S. 24. (Leserbrief)

70 Politiken, 15.05.1993: Første skridt. Bliv en del af forandringerne i Europa. Stig Bøgh Karlsen, adm. Direktør, S. 25. (Kommentar)

71 Ekstra Bladet, 2.06.1992: Blanko-Check. S. 23. (Leserbrief)

72 Morgenavisen Jyllands Posten, 6.05.1993: EF-Unionen er et kollektiv. Frank Dahlgaard, Nøvendigt forum, S. 8 (Kommentar); Ekstra Bladet, 28.05.1998: Nej til Unionen. S. 2. (Leitartikel)

73 Ekstra Bladet, 31.05.1992: Bevar folkestyret. S. 21. (Leitartikel)

74 Politiken, 22.05.1992: Sæt kryds ved nej: Grundlovens formål. S. 12. (Leserbrief)

75 Ekstra Bladet, 2.06.1992: I øvrigt mener jeg om EF-valget i dag. S. 22. (Leserbrief)

76 Politiken, 22.05.1998: Klonede unionsborgere. Gry Egholm Nørgaard, S. 25. (Kommentar)

77 Politiken, 6.06.1992: Nyrup for vild til at møde. S-leder: Ingen ny EF-aftale uden befolkningen høres. S. 4. (Kurznachricht)

78 Politiken, 5.06.1992: Nu bør EF prøve med lidt glasnost. Henrik Nebelong, advokat, S. 25. (Kommentar)

79 Ekstra Bladet, 5.06.1992: EF smed os ikke ud. Pengeslagende Eruopæere vil have ro om Unionen sommeren over. S. 6. (Bericht)

80 Politiken. 7.06.1992: Langsom union. Alle chancer bør udnyttes. S. 32. (Leitartikel)

antwortungsgefühl Dänemarks gegenüber den Ländern, die nicht abstimmen dürften.⁸¹ Selbst die Ablehnung der Euro-Einführung wurde als Pflichtbewusstsein Dänemarks betont, das damit „Europa und der Demokratie einen Dienst erwiesen“ habe.⁸²

Als ganz und gar undemokratisch und als Missachtung der hohen Anzahl an Gegenstimmen bei der Volksabstimmung von 1992⁸³ kritisierten die Maastricht-Gegner die „Um-Abstimmung“ von 1993⁸⁴. Die „Demokratie würde zu Grabe getragen“ werden⁸⁵ und der Beschluss von Edinburgh sei in Wahrheit der Maastrichter Vertrag von 1992 „in des Kaisers neuen Kleidern“.⁸⁶

Insgesamt zeigt die hohe Anzahl an Medientexten, dass ‚folkestyre‘ und Demokratie die zentralen ‚gesellschaftlichen Werte‘ in den dänischen Mediendiskursen waren. Als allgemein gültiges Selbstbild wurde die hoch entwickelte, traditionelle und vorbildliche Demokratie Dänemarks dem ebenso gängigen Fremdbild von der EG/EU als einer mangelhaften Demokratie entgegengestellt. Diese Bilder verknüpften Befürworter wie Gegner der jeweiligen Abstimmungsgegenstände mit dem Postulat der Verantwortung, einmal dem eigenen Staat und seiner traditionellen Demokratie, das andere mal Europa, der EG/EU und vor allem den osteuropäischen Staaten gegenüber. Erneut wurde dabei auch der Heterostereotyp einer, den dänischen Nationalstaat bedrohenden EG/EU betont. Als Kern der Demokratie, das zeigten die vielen Zeitungsartikel, wurde jeweils die enge Verbindung zwischen den Bürgern, den Wählern und seiner Regierung angesehen. Daher werden die Volksabstimmungen in Dänemark als unmittelbarer Ausdruck der „Volksherrschaft“ angesehen, ihr Mangel in anderen EU-Ländern als undemokratisch empfunden. Im Souveränitätstransfer vom Nationalstaat auf die supranationale Gemeinschaft der EG/EU wird ebenfalls aufgrund der mangelhaften direkten Verbindung zwischen dem Volk und seinen Vertretern ein demokratisches Defizit gesehen.

81 Morgenavisen Jyllands Posten, 16.05.1998: Danskerne har modet. Vi stemmer også på vegne af andre landes borgere, som er imod Unionen, og som ikke bliver spurgt, skriver Kim Behnke, Fremskridtspartiet. S. 8. (Kommentar)

82 Ekstra Bladet, 1.10.2000: Som landet ligger. S. 2. (Leitartikel)

83 Morgenavisen Jyllands Posten, 16.05.1993: Demokratiet en farce. S. 11. (Leserbrief)

84 Ekstra Bladet, 21.05.1993: I øvrigt mener jeg....S. 31. (Leserbrief)

85 Ekstra Bladet, 21.05.1993: Stendøden. S. 2. (Karikatur). Dies ist auch eine Anspielung auf das Versprechen des ehemaligen dänischen Staatsministers Schlüter, der bei der Abstimmung von 1986 versprochen hatte, der europäische Unionsgedanke sei „Stein-tot“.

86 Morgenavisen Jyllands Posten, 11.05.1993: Intet at miste ved et nej. S. 8. (Leserbrief).

VI.2.3.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

Die deutschen Medien reflektierten in vielen Artikeln die dänische Debatte über die Verwirklichung der Demokratie im eigenen Land und in der EG/EU.

Die Berichterstattung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* über das norwegische und dänische Referendum im Jahr 1972 behandelte, wie schon erläutert, vor allem den Ost-West-Konflikt. Am Rande wurde auch die Kritik einiger Dänen an Umfang und Umsetzung der demokratischen Ordnung in der EG reflektiert. So mahnte etwa kurz nach der norwegischen Abstimmung die Chefredaktion der Frankfurter Tageszeitung, als Lehre aus den norwegischen Verhandlungen mit der EG müsse die Einleitung einer umfassenden Demokratisierung der Gemeinschaft gezogen werden.⁸⁷ Rund vierzehn Tage nach der dänischen Volksabstimmung wurde in einer Kurznachricht der designierte Staatsminister Anker Jørgensen zitiert, der den Ausbau der Demokratie in der EG forderte.⁸⁸ Auch die *Süddeutsche Zeitung* erwähnte die „skandinavische Debatte“ über den Demokratie-Gehalt der EG, bezog dazu jedoch nicht Stellung.⁸⁹ Bereits im Zuge der nächsten dänischen EG-Abstimmung im Jahr 1986 war es nur noch die Zeitung aus München, die im Zuge der Berichterstattung über die Debatte in Dänemark auch die Demokratie-Frage erneut aufgriff. So berichtete der Korrespondent aus Kopenhagen, dass einige Dänen die Initiative der Regierung, eine beratende Volksabstimmung anzuberaumen, als „Aushöhlung der parlamentarischen Demokratie“ empfänden.⁹⁰ Die Regierung hatte zwar nicht die für eine Ratifizierung erforderliche fünfsechstel Mehrheit im Parlament erreicht, konnte jedoch mit einem Drittel aller Parlamentsabgeordneten eine „beratende Volksabstimmung“ einberufen. Die Gegner der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) kritisierten die Regierung, stimmten aber dennoch im Parlament dafür, das Ergebnis dieses beratenden („vejledende“) Volksentscheids anzunehmen. Innerhalb der dänischen Medientexte nahm keiner der untersuchten Zeitungsartikel auf diese Debatte Bezug. Das liegt aber sicherlich am zeitlichen Rahmen des Untersuchungszeitraumes; in den Wochen zuvor hatte diese Debatte bestimmt auch die dänische Berichterstattung geprägt. Einige Tage vor dem Referendum im Jahr 1986 erwähnte die *Süddeutsche Zeitung*, die Dänen empfänden das Abhalten einer Volksabstimmung als „demokratisches Recht“. Diese sehr allgemein gehaltene Bemerkung nimmt Bezug auf die Unterzeichnung der EEA

87 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.09.1972: Schwerer Schlag. S. 1. (Leitartikel)

88 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.10.1972: Dänemark: Befürchtungen der Grönländer. S. 4. (Kurznachricht)

89 Süddeutsche Zeitung, 6.10.1972: Wehner warnt vor EWG-Krise bei Kampf um soziales Europa. S. 1 (Kurznachricht); 6.10.1972: Demokratie in der EWG unterentwickelt. Das parlamentarische System muss von der Gemeinschaft selbst gefördert werden. S. 6. (Bericht)

90 Süddeutsche Zeitung, 14.02.1986. Europa spaltet Dänemark. Für das Referendum über die EG-Reform wird der letzte Wähler mobilisiert. S. 4. (Bericht)

durch die meisten der EG-Mitgliedstaaten, wenige Tage vor dem dänischen Referendum. Dänemark nahm daran wegen der noch ausstehenden Abstimmung nicht teil und auch Griechenland und Italien enthielten sich aus Respekt vor dem dänischen Referendum.

Bei der Abstimmung über den Maastrichter Vertrag wurden nun sehr viel mehr Details der dänischen Demokratie-Debatte reflektiert. So berichtete der Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* von dänischen EU-Gegnern, die mit dem Slogan „Bewahrung der dänischen Demokratie“ die Wählerschaft mobilisierten.⁹¹ Nach dem überraschenden „Nej“ wurde aus Paris berichtet: „Der Überraschungsschlag der Dänen hat klärend gewirkt.“⁹² Und einen Tag später schließlich meinte der Journalist Peter Hort aus Brüssel, Dänemarks Ablehnung sei in Brüssel als Zeichen aufgefasst worden, „die Institutionen der EU zu reformieren und vielerlei unnötige Gesetz und Harmonisierungsvorschläge zu bremsen.“⁹³ Somit wurden zwei Autostereotype und ein Fremdbild bestätigt: Zum einen wurde der Wunsch einiger dänischer EU-Gegner, die dänische Demokratie mit der Ablehnung des Maastrichter Vertrages zu bewahren, widergespiegelt. Damit verbunden war das Fremdbild, das in der EU eine die dänischen Standards bedrohende, mangelhafte Demokratie vorstellt. Zum anderen wurde das Selbstbild einer ganz Europa aufrüttelnden dänischen Nation bestätigt, indem eben solche Reaktionen aus Frankreich und Brüssel gemeldet wurden.

Ein Jahr später berichtete Siegfried Thielbeer von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die dänische Regierungspartei „Venstre“ versuche mit dem Leitsatz „Dänemark hat Europa etwas zu bieten“ das dänische Selbstbewusstsein „aufzumöbeln“.⁹⁴ Damit traf der Journalist jedoch nur teilweise das dänische Selbstbild: Zwar war dies tatsächlich ein wesentlicher Leitsatz in der politischen Debatte der liberalen Regierungspartei, jedoch war seine Verwendung keinesfalls dazu nötig, das dänische Selbstbewusstsein „aufzumöbeln“, denn dieses war keinesfalls angeschlagen. Im Gegenteil, das dänische Selbstwertgefühl von 1993 befand sich auf einem ‚Höhenflug‘. Das lag zum einen an den Ausnahmereglungen des Edinburgher Beschlusses, die Dänemark zugestanden wurden. Allerdings wurden ähnliche Vorbehalte auch Großbritannien und Irland zugestanden, und so entsprach das dänische Gefühl, eine Sonderbehandlung erhalten zu ha-

91 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.06.1992: Volksabstimmung in Dänemark. Die einfache Mehrheit für die Europäische Union genügt. S. 6. (Kurznachricht)

92 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.06.1992: Mit dem Referendum wagt Mitterand einen Einsatz „alles oder nichts“. Folgen der Entscheidung. S. 4. (Bericht)

93 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.06.1992: Brüsseler Sorgen wegen der Gaspedalstellung von Gabelstaplern. Der EG-Kommission fehlt die Bodenhaftung. S. 3. (Bericht)

94 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.05.1993: Mit Ja ein Supereuropa verhindern. Eiertänze vor der dänischen Entscheidung. S. 3. (Bericht)

ben, nicht ganze den Tatsachen.⁹⁵ Der Slogan „Dänemark hat Europa etwas zu bieten“ kann hingegen eher als Ausdruck eben dieses dänischen Selbstbewusstseins gelten, das noch ein Jahr zuvor sehr viel geringer ausgeprägt war. Damals hatte man vor allem aus Gründen der geringen demografischen und geografischen nationalen Größe das Gefühl, im Kräfteressen der EU-Mitgliedstaaten wenig Einfluss zu haben. Diese dänische Abstimmung von 1993 prägte in den deutschen Medien vor allem das Heterostereotyp von dem „kleinen Königreich der Skeptiker“⁹⁶ als dem „Sprecher der skeptischen europäischen Bevölkerung“⁹⁷. Die Bezeichnung vom Nachbarland und seiner „Sonderrolle“ bei dieser vierten dänischen Abstimmung in der *Süddeutschen Zeitung* ist jedoch eine rein neutrale Beschreibung des Edinburgher Beschlusses, der dem Land tatsächlich eine Sonderrolle zugestand und bestätigt oder widerlegt damit kein Stereotyp.⁹⁸

Bei der Abstimmung 1998 berichtete der Korrespondent aus Stockholm, die Dänen würden sich als „Anwalt osteuropäischer Staaten verstehen“, und mit der Ratifizierung des Amsterdamer Vertrages hofften sie, diese Region Europas zu demokratisieren. Damit gingen ein wesentliches Argument der dänischen Befürworter und die stereotype Vorstellung von der dänischen Verantwortung gegenüber den ehemaligen Ostblockstaaten in die deutsche Berichterstattung ein. Bei der Debatte um die Euro-Einführung bedauerte die Chefredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* das „Nej“ der Dänen und meinte, ihre Zustimmung wäre für Europa bedeutend gewesen:

[...] - nicht, weil dann der Wechselkurs von der Tal- zur Bergfahrt übergegangen wäre, sondern als symbolischer Zuspruch einer prosperierenden, wenn auch kleinen Volkswirtschaft in unruhiger Zeit.⁹⁹

Die Ablehnung müsse nun aber auch als „bedeutend“ gewertet werden, denn gerade die dänische Debatte mache ein europapolitisches Problem deutlich, das die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* als ein „Dauerthema der Europapolitik“ insgesamt bewertete: Die Angst vor dem Verlust der Identität und deren Bewah-

95 Nachzulesen im: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (Abl. EG), C 340 vom 10.11. 1997: Protokoll über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands. S. 99f. Protokoll über die Positionen Dänemarks, Abl. EG C 340 vom 10.11.1997, S. 101 f.

96 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000: Gegen „die da oben“ und „die da unten“: Dänemark wird zum B-Mitglied. S. 3. (Bericht)

97 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000: Decke über den Kopf und weiter wie bisher. Aber die Brüsseler Beruhigungspillen ändern nichts an einer schleichenden Verunsicherung. S. 3. (Bericht)

98 Süddeutsche Zeitung, 17.05.1993: Dänemarks Sonderrolle im Maastrichter Vertrag. Am Dienstag stimmen die Dänen zum zweiten Mal über die Europäische Union ab. S. 7.(Bericht)

99 Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2000: Dänische Lehren. S. 1. (Leitartikel)

rung „angesichts des raschen gesellschaftlichen Wandels“. Hier scheint sich also die Vorstellung einiger dänischer Euro-Gegner zu bestätigen, die mit ihrer Ablehnung des Euro Aufmerksamkeit in Europa erzielen wollten. Die *Süddeutsche Zeitung* zitierte die Vorsitzende der Dänischen Volkspartei, die in der Ablehnung den „Sieg der Demokratie“ sah.¹⁰⁰

Die *BILD*-Zeitung, die ihre Leserschaft nur über zwei der insgesamt sechs dänischen Volksabstimmungen unterrichtete, bestätigte bei dieser vorerst letzten Abstimmung das dänische Selbstbild von der Europa wachrüttelnden Nation. Denn auch Deutschland, so die deutsche Boulevardzeitung, wünsche sich fortan die Abhaltung von Volksabstimmungen.¹⁰¹ Jedoch berichtete die Zeitung nicht, dass einige Dänen den Verzicht auf Volksabstimmungen als „undemokratisch“ bezeichneten und ihre Referenden daher als „Verantwortung“ gegenüber eben diesen Ländern ansahen.

Es sind somit mehrere zentrale Vorstellungen, die in den dänischen Medientexten artikuliert wurden, auch in die Berichterstattung der deutschen Tageszeitungen eingegangen. Zum einen wurde der „Mangel an Demokratie“ in der EG/EU reflektiert und sogar in einem Leitartikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* aufgegriffen. Auch der besondere Auftrag Dänemarks, in der EG/EU als vorbildliche Demokratie und als Fürsprecher der osteuropäischen Staaten zu agieren, wurde reflektiert. Und außerdem ging in die deutschen Tageszeitungen der Wunsch einiger dänischer EG-/EU-Gegner ein, die nationale Demokratie vor weiterem Souveränitätsverlust schützen zu wollen.

VI.2.4. WOHLFAHRT, GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAU UND DER KAMPF GEGEN DIE ARBEITSLOSIGKEIT

VI.2.4.1. DÄNISCHE ZEITUNGSARTIKEL

Immer wieder stand auch das soziale System Dänemarks und der EG/EU im Mittelpunkt der dänischen Mediendiskurse. Dabei wurden nicht nur der dänische Wohlfahrtsstaat und die Möglichkeiten seiner Weiterentwicklung im Zuge der europäischen Integration debattiert, auch der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit in Europa und in Dänemark war Gegenstand der Berichterstattung. Am Rande wurde auch die Gleichberechtigung der Frau angesprochen.

100 *Süddeutsche Zeitung*, 30.09.2000: Nach dem Votum gegen den Euro. EU hält Tür für Dänemark offen. Prodi: Beitritt zur Währungsunion ist jederzeit möglich. Börsen reagierten gelassen auf das Ergebnis des Referendums. S. 1. (Bericht)

101 *BILD*, 20.09.2000: Leser schreiben *BILD*: Hut ab vor den Dänen. Ein realistisches Volk mit Verstand. S. 2. (Leserbrief)

Ähnlich wie bei der Thematisierung von ‚demokrati‘ und ‚folkestyre‘ waren sich Befürworter und Gegner der europäischen Integration in der sehr positiven Beurteilung des eigenen, dänischen Sozialstaates einig. Während die einen diesen vor der europäischen Harmonisierung schützen wollten, weil sie in der EG/EU eine Gefährdung der hohen dänischen Standards sahen, argumentierten die Befürworter erneut mit der Verantwortung, die Dänemark ihrer Ansicht nach trage: Ihrer Meinung nach sollte ihr Land für die Entwicklung und Anhebung der sozialen Standards in der EU auf dänisches Niveau Sorge tragen. Damit erzielten beide Lager erneut Konsens in einem Auto- und einem Heterostereotyp, indem sie nämlich die EG/EU in Hinblick auf ihre sozialpolitischen Maßnahmen kritisierten, den dänischen Wohlfahrtsstaat hingegen lobten. In den dänischen Zeitungsartikeln wurden diese Vorstellungen wie folgt artikuliert:

In sehr vielen Artikeln wurde Kritik am europäischen Sozialsystem geübt. Hierbei wurden jedoch nur selten bestimmte Gesetze oder sozialpolitische Maßnahmen als unzulänglich spezifiziert. Meist wurde ganz allgemein die EG/EU als eine „Bedrohung“ der dänischen, hohen sozialen Standards und des Wohlfahrtsstaates bezeichnet. So auch in dem „Appell“ eines Lesers „an das Mitleid“ anderer Wähler, indem er die EG als „Gefahr für sozial Schwache“ beurteilte.¹⁰² „Unter-Dänemark“, die unteren gesellschaftlichen Schichten, würden nach der Abstimmung „die Rechnung bekommen“ und begleichen müssen, so auch ein sozialdemokratischer Politiker, der damit sogar eine Gesellschaftsteilung als Folge der europäischen Integration vorhersah.¹⁰³ Die Kluft zwischen Reichen und Armen würde sehr viel größer werden¹⁰⁴ und „velfærd“¹⁰⁵ und andere „echte dänische Traditionen“, hierunter auch die Fürsorge füreinander („omsorg“),¹⁰⁶ seien gefährdet. Das dänische Modell müsse verteidigt werden¹⁰⁷, die Armen und sozial Schwachen geschützt werden.¹⁰⁸ Der Amsterdamer Vertrag und der Beschluss über weiterführende Harmonisierungen würden das „Ende des dänischen Wohlfahrtsstaates“ und der Anfang einer „klassenbetonten Wohlfahrt“

102 Ekstra Bladet, 27.09.1972: Appellerer til medlidenheden. S. 26. (Leserbrief)

103 Ekstra Bladet, 14.02.1986: Stands dette vanvid. Under-Danmark får regningen, men først når EF-afstemningen er overstået, siger Svend Auken. S. 4. (Kommentar)

104 Politiken, 17.05.1998: Nej til forbundsstaten. Tildligere landdagsmand Karl Otto Meyer advarede mod EU-burekratiet. S. 7. (Bericht)

105 Morgenavisen Jyllands Posten, 17.05.1992: Farligt Unionsborgerskab. S. 40. (Leserbrief)

106 Politiken, 22.05.1992: Sæt kryds ved nej: Grundlovens formål. S. 21. (Leserbrief)

107 Politiken. 26.05.1998: Fagligt nej trods toppens ja: Bag LOs dyre ja-kampagne gemmer sig dyg uenighed om traktaten blandt fagligt aktive. S. 6. (Kurznachricht)

108 Ekstra Bladet, 3.10.1972: Skriv til Ekstra Bladet. S. 24. (Leserbrief) und Morgenavisen Jyllands Posten, 21.02.1986: Folkeafstemningen afslørere klassesdelingen. Jørgen Jensen, Kommunistisk Parti. S. 8. (Kommentar)

bedeuten, so ein Wirtschaftsprofessor.¹⁰⁹ Einen wesentlichen Unterschied zwischen EG/EU und Dänemark sahen vor allem die Euro-Gegner bei der Abstimmung im Jahr 2000 in der ‚folkepension‘: Dänemark sei das einzige unter den EU-Mitgliedstaaten, das seinen Pensionären mit der Volkspension ein einigermaßen angemessenes Einkommen garantiere.¹¹⁰

Vor allem die Berichterstattung der dänischen Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* wurde durch diese Debatte geprägt, die ihren Ausgangspunkt in der Wahlkampagne der Socialistisk Folkeparti (SF) gegen die Einführung der gemeinsamen Währung nahm. Diese Partei postulierte nämlich, der Euro gefährde unter anderem auch die Volkspension. Der damalige dänische Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen wollte sich daraufhin in einem Brief an seine europäischen Kollegen wenden, mit der Bitte, eine europäische Garantie für die dänische ‚folkepension‘ auszusprechen. Dies unterließ er schließlich zu Gunsten einer Gewährleistung, die im Parlament verabschiedet werden und die „Unantastbarkeit“ der ‚folkepension‘ durch die EU garantieren sollte.¹¹¹ Sein Vorschlag scheiterte jedoch ausgerechnet an der SF selber, die den Schutz zwar anstrebte, eine Garantie jedoch nicht für gewährleistet hielt. *Ekstra Bladet* veröffentlichte eine Reihe von Leserbriefen¹¹² und sogar Berichten¹¹³, vor allem aber viele Leitartikel¹¹⁴, in denen eben dieser Garantieveruch des Ministerpräsidenten kritisiert wurde und der Euro als Gefahr der Volkspension dargestellt wurde. In allen Texten wurde dabei das Fremdbild von der EU als einer bedrohlichen Gemeinschaft artikuliert. Schließlich sei der Euro auch schlecht für Frauen, die „das von Männern dominierte Großkapital nie werden lieben können“, meinte

109 Politiken, 28.05.1998: EU ensretter velfærdstaterne. Gunnar Thorlund Jespersen, økonomiprofessor, medstifter af Nationernes Europa. S. 32. (Kommentar)

110 Morgenavisen Jyllands Posten, 19.05.1998: EU-pres på efterlønnen. Lis Jensen, Folkebevægelsen mod EU. S. 10. (Kommentar)

111 Siehe hierzu ein neutraler Bericht, der in Politiken, am 19.09.2000 auf der Titelseite erschien: Hård kritik af garanti. S. 1. (Aufmacher)

112 Ekstra Bladet, 18.09.2000: Mimi fremmer nej. S. 27 (Leserbrief); I øvrigt mener jeg. S. 27 (Leserbrief); 20.09.2000: Tynd garanti. S. 14 (Leserfrage – Marianne Jelled antwortet) 25.09.2000: Køb dig en euro, S. 26 (Leserbrief).

113 Ekstra Bladet, 18.09.2000: Er du til noget, Holger? Snedigt træk af Poul Nyrup lukkede munden på Holger K. S. 6 (Bericht); 20.09.2000: Nyrup skyld i det store nej. Uffe Ellemann går på banen mod Nyrup, kalder det „åbenlyst“ at statsministeren har ansvaret for vælgeres flugt fra euroen. S. 4 f. (Bericht); 26.09.2000: En dommer dømmes nej. Landsdommeren Hans Henrik Brydesholt er gået fra ja til nej, fordi han mener, dansk kultur og velfærd er under beskydning fra EU. S. 6f. (Bericht)

114 Ekstra Bladet, 16.09.2000: Panik før lukketid. S. 2 (Leitartikel); 17.09.2000: Det grimme G-ord. S. 2 (Leitartikel); 19.09.2000: Nyrups store fuser. S. 2; 20.09.2000: Skriften på væggen. S. 2. (Leitartikel)

eine Euro-Gegnerin.¹¹⁵ Außerdem hätten kleine Länder, die noch außerhalb der EU stünden, weitaus weniger Arbeitslose, als die EU-Mitgliedstaaten¹¹⁶, betonten anderer Autoren.

Erneut schnitt die EG/EU vor allem im Vergleich mit Dänemark „schlechter“ ab. Die europäische Integration und die angestrebten Harmonisierungsmaßnahmen in den verschiedenen politischen Bereichen schienen für einige dänische Wähler eine nationale Bedrohung darzustellen. Der Schutz der Armen, sozial Schwachen, der Frauen und Arbeitslosen wurde gemeinsam mit konkreten dänischen Standards des Wohlfahrtsstaates, wie eben der ‚folkepension‘ als vorbildlich, erhaltenswert und durch die EG/EU bedroht empfunden. Die im Zuge der europäischen Integration geplante Harmonisierung der nationalen Politiken konnte daher nur die Nivellierung des dänischen Systems bedeuten.

Erneut zeigt sich, dass auch diese Debatte von der Frage nach Einfluss und Macht Dänemarks in der EG/EU geprägt war. Denn während die EG-/EU-Gegner einer umfassenden europäischen Integration der Ansicht waren, die Standards ihres Landes seien bedroht, räumten sie Dänemark keinen Einfluss in der EG/EU ein. Die Anhänger einer intensiven Zusammenarbeit hingegen sahen nicht nur Möglichkeiten der Einflussnahme, sondern gar eine Verpflichtung, im schlechteren Sozialsystem der EG/EU dänischen Einfluss geltend zu machen.

Insgesamt betrachteten sie die Gemeinschaft in einem positiveren Licht, wenn auch in Hinblick auf das soziale System für reformbedürftig. Ganz im Gegensatz zu ihren Kontrahenten sahen sie in der europäischen Zusammenarbeit¹¹⁷ und konkret in der gemeinsamen Währung¹¹⁸ sogar die Möglichkeit, Dänemarks Wohlfahrt „zu sichern“ und auf andere Länder zu übertragen. Die Begründung zielte, ähnlich wie bei der Thematisierung von Umweltschutz, Frieden und Demokratie, darauf ab, dass auch Arbeitslosigkeit und sozialpolitische Probleme in einer großen Gemeinschaft besonders wirkungsvoll gelöst werden könnten.¹¹⁹ Die europäischen Länder kämpften alle mit ähnlichen Problemen, also könne man auch gemeinsam an deren Lösung arbeiten. Und warum sollte es im Interesse der anderen Staaten sein, die dänische Wohlfahrt zu zerstören?¹²⁰ Auch

115 Politiken, 31.05.1992: Fri os for den kælte EF-snak. Med Brandes mod unionen. Eva Bendix, journalist. S. 34 (Kommentar); Politiken, 23.09.2000: Feminin EU-skepsis er forståelig. Drude Dahlerup, JuniBevægelsen. S. 36. (Kommentar)

116 Politiken, 23.02.1986: EF-pakken: 90 pct. politik, 10 pct. Økonomi. Jesper Jespersen, lektor i nationaløkonomie, S. 46. (Kommentar)

117 Politiken, 19.09.2000: Unge er ligeglade med pensionen. S. 6. (Kurznachricht)

118 Morgenavisen Jyllands Posten, 24.09.2000: Lad os komme med i den Euro. S. 8. (Leserbrief)

119 Ekstra Bladet, 2.06.1992: I øvrigt mener jeg om EF-valget i dag. S. 22. (Leserbrief)

120 Morgenavisen Jyllands Posten, 25.02.1986: En ulykke har ramt den socialdemokratiske top. Preben Bentson, journalist. S. 10. (Kommentar)

die Rechte der Frauen würden in der EG geachtet¹²¹ und insbesondere ihrer Arbeitslosigkeit könnte durch die Gemeinschaft Abhilfe geschafft werden.¹²²

Vor allem aber argumentierten die Befürworter mit einem sehr positiven Selbstbild, indem sie erneut von „Verantwortung“ sprachen. So sei beispielsweise das dänische Wohlfahrtsmodell und seine „tiefen kulturellen Wurzeln im Humanismus“ eine „[...] Verpflichtung aktiv an der Schaffung eines starken Europas mitzuwirken“.¹²³ „Unsere Ideen von einer Wohlfahrtsgesellschaft sind zu gut, um sie für uns zu behalten“.¹²⁴ Aber auch das nordische Wohlfahrtsmodell, das Dänemark so vorbildlich umgesetzt habe, solle endlich, so Staatsminister Poul Nyrup Rasmussen bei der Abstimmung von 1998, „in Europa als offensive politische Strategie“ verbreitet werden:

Det er en fantastisk vision, at den nordiske velfærdsmodel i næste århundrede ikke længere bliver et særligt system, som vi hele tiden skal forsvare defensiv, men bliver en offensiv politisk strategi i Europa.¹²⁵

Dänemark könne korrigierend in das europäische Sozialsystem eingreifen, meinte auch der dänische Botschafter aus Washington. Schließlich sei Dänemark eine der „sozial ausbalanciertesten“ und „am besten ausgebildeten Gemeinschaft“ in der ganzen Welt.¹²⁶ Das eigene hohe Niveau in der Sozialpolitik sollte anderen Länder empfohlen¹²⁷ und das „dänische Modell“ in der EU verwirklicht werden.¹²⁸ Am besten aber solle Europa der gleiche Gesellschaftstyp werden wie Dänemark: „Europa skal blive det samme type samfund.“¹²⁹

121 Politiken, 25.09.1972: Jeg har også været mod EF: Kvindesagskæmper nu overbevist europæer. S. 6. (Kurznachricht)

122 Politiken, 17.02.1986: Kvinderne skal betale. S. 26. (Leserbrief)

123 Politiken, 15.05.1993: Første skridt: Bliv en del af forandringerne i Euorpa. Stig Bøgh Karlsen, adm. direktør. S. 25. (Kommentar)

124 Politiken, 7.05.1993. Kun i fællesskab. S. 25. (Leserbrief)

125 Politiken, 20.05.1998: Usikkerheden ved et nej. Kun to ting er sikre: Statsministeren bliver og der komme ikke nye folkeafstemninger. S. 10. (Bericht)

126 Politiken, 1.06.1992: Maastricht og vores fremtid. Peter Dyvig, ambassadør i Washington. S. 24. (Kommentar)

127 Ekstra Bladet, 9.05.1993: EF-debatternes troværdighed. Frank Dahlggaard og de andre nej-sigere vil gerne tale deres sag, men hvad har de ehelig at tilbyde de arbejdsløse, pensionisterne og bistanndsklienterne, skriver socialminister Karen Jespersen. S. 25. (Kommentar)

128 Ekstra Bladet, 17.05.1993: Det trygge ja. S. 27.(Leserbrief)

129 Politiken, 28.05.1998: -og på den anden side...S. 41. (Leserbrief)

Auch in Hinblick auf die Gleichstellung der Frau habe Dänemark Europa „etwas zu bieten“. ¹³⁰ Die Weitergabe der Erfahrungen der dänischen Frauen sei eine „Verpflichtung“. ¹³¹ Schließlich sollten sich auch die schlechten Arbeitsbedingungen, die in den anderen europäischen Ländern herrschten, durch Dänemarks Einsatz ändern. ¹³² Die dänischen Standards bezüglich der Regelungen der Arbeitsplatzbedingungen, des „arbejdsmiljø“, sollten auf andere Länder übertragen werden ¹³³ und eine bessere Beschäftigungspolitik in der EU durchgesetzt werden, forderte Wirtschaftsministerin Pia Gjællerup. ¹³⁴ Schließlich habe Dänemark in diesem Bereich die EU bereits merklich geprägt, wie der Amsterdamer Vertrag zeige, in dem der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nun Bestandteil geworden sei. ¹³⁵

Mit Ausnahme der Euro-Abstimmung blieben die Heterostereotype von der EG/EU als einer, Dänemark und seine sozialen Standards bedrohenden und sozialpolitisch weit hinter dem Land zurückfallenden Gemeinschaft, allgemeiner Art. Nur das Autostereotyp des vorbildlichen Dänemarks lobte konkrete soziale Regelungen, wie den Schutz der Armen und sozial Schwachen, die ‚folkepension‘, die Gleichberechtigung der Frau, sowie die dänischen Arbeitsplatzbestimmungen. Wie zuvor schon verbanden die EG-/EU-Anhänger mit der nationalen Vorbildlichkeit europäische Verantwortung, die eigenen Standards auch in der Gemeinschaft und anderen Ländern einzuführen. Ihre Kontrahenten hingegen wollten erneut das Eigene schützen, da in ihren Augen dänische Einflussnahme in der EG/EU nicht möglich sei. Von den geplanten Harmonisierungen nationalen Rechts und beispielsweise sozialpolitischer Ordnung ging aus ihrer Sicht nur eine Nivellierung, wenn nicht gar die vollständige Zerstörung des dänischen Wohlfahrtsstaates aus.

VI.2.4.2. DEUTSCHE ZEITUNGSARTIKEL

In nur drei Artikeln reflektierten die deutschen Tageszeitungen die Debatte um das dänische und europäische Sozialsystem und die Arbeitslosigkeit. Die Gleichberechtigung der Frau hingegen, die in den dänischen Zeitungen immerhin ein Randthema war, wurde in keinem der untersuchten Texte angesprochen.

130 Politiken, 18.05.1998: Ingen nødplan efter nej. Statsminister til romantisk folkemøde på Egeskov Slot på Fyn. S. 6. (Kurznachricht)

131 Politiken, 27.05.1992: Kvindesag i Union. S. 26. (Leserbrief)

132 Morgenavisen Jyllands Posten, 17.05.1992: Før nej, nu ja. S. 40. (Leserbrief)

133 Ekstra Bladet, 18.05.1993: Om igen – Danmark. S. 2. (Leitartikel)

134 Politiken, 25.05.1998: Flere og bedre job i EU. Udvidelsen vil få samhandlen mellem nabolande til at vokse kræftigt til alles bedste. Erhvervsminister Pia Gjællerup. S. 23. (Kommentar)

135 Morgenavisen Jyllands Posten, 23.05.1998: Job i højsædet. S. 22. (Kommentar)

Allerdings erwähnte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* nicht im Zusammenhang einer dänischen, sondern der norwegischen Abstimmung im Jahr 1972 die „Arbeitslosigkeit“. Mit „abenteuerlichen Behauptungen“ hätten insbesondere die jungen Sozialisten in Norwegen „[...] Angst vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit und sozialer Unsicherheit gemacht. Die diffuse Furcht von Bergbauern und weltfernen Fischern vor einer ihnen undurchschaubaren Zukunft ließ sich schüren, das einmal geweckte Misstrauen wirkte,“¹³⁶ so Claus Gennrich, der Korrespondent der Zeitung in einem Leitartikel. Da auch in den dänischen Artikeln überwiegend erst in den 90er Jahren die Debatte um die Arbeitslosigkeit thematisiert wurde, ist in der Vernachlässigung dieses Inhaltes durch die deutschen Tageszeitungen kein Mangel zu erkennen. So berichtete die *Süddeutsche Zeitung* auch erst bei der Abstimmung über den EU-Vertrag im Jahr 1992 von den Vorbehalten einiger Dänen dem sozialen System der EU gegenüber:¹³⁷ Geringe soziale Standards machten es einigen der Wähler schwer, die Gemeinschaft positiv zu bewerten. Nur mit der Ablehnung der gemeinsamen Währung sei der „Wohlfahrtsstaat gegen die Entfremdung des fürsorglichen Dänentums“ zu schützen, so dänische Euro-Gegner bei der Abstimmung im Jahr 2000.

Es waren auch nur die seriösen Tageszeitungen, die zumindest teilweise die Debatte über die Arbeitslosigkeit in Europa aufgriffen und die Sichtweise der Dänen, nämlich deren Kritik am europäischen und ihr Lob am dänischen Wohlfahrtsystem, erwähnten.

136 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27.09.1972: Nordischer Isolationismus. S. 1. (Leitartikel)

137 *Süddeutsche Zeitung*, 4.06.1992: Bedauern in den Bonner Parteien. Kinkel: Votum nicht dramatisieren. Auch in der Opposition für Einhaltung des Ratifizierungs-Zeitplans. S. 4. (Bericht)

ZUSAMMENFASSUNG

Den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildet die These, dass in Dänemark als einem nordischen Land stereotype Vorstellungen vom ‚Norden‘ herrschen. Die Untersuchung dänischer Bilder vom ‚Norden‘ sollte dazu beitragen der *Imaginatio borealis* mithilfe von Selbstbildern eines nordischen Landes näher zu kommen. Insbesondere im Kontext der europäischen Integration thematisierte die dänische Gesellschaft immer wieder die eigene nationale Identität und in diesem Zusammenhang auch die Zugehörigkeit zum ‚Norden‘.

Da gesellschaftlich etablierte Vorstellungen auch in Mediendiskursen zum Ausdruck kommen bzw. sich durch Medien verbreiten, eignet sich die Analyse von Zeitungsartikeln besonders zur Untersuchung von Stereotypen. Den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit bildet die Berichterstattung dänischer Tageszeitungen, die während der bislang sechs Volksabstimmungen über europäische Vertragswerke veröffentlicht wurden. Die Untersuchung umfasst damit 5.220 dänische Zeitungsartikel. Analysiert wurden solche Texte, die während des EG-Beitritts-Referendums von 1972, der Volksabstimmung über die Einheitliche Europäische Akte 1986, der Abstimmungen über den Maastrichter Vertrag 1992 und den Edinburgher Beschluss 1993 publiziert wurden. Außerdem gingen Artikel in die Untersuchung ein, die 1998 anlässlich der Referenden über den Amsterdamer Vertrag und über die Einführung des Euro im Jahr 2000 erschienen. Um das Textkorpus zu begrenzen, wurden in der vorliegenden Arbeit nur die Zeitungsartikel untersucht, die die Volksabstimmung thematisch berührten und jeweils vierzehn Tage vor und nach den Wahltagen von den drei auflagenstärksten Tageszeitungen *Ekstra Bladet*, *Morgenavisen Jyllands Posten* und *Politiken* veröffentlicht wurden.

Außerdem wurden 161 deutsche Zeitungsartikel in die Untersuchung einbezogen, die im selben Zeitraum von der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, der *Süddeutschen Zeitung* und der *BILD*-Zeitung publiziert wurden. Auf diese Weise konnte analysiert werden, inwiefern stereotype dänische Vorstellungen in die Berichterstattung deutscher Tageszeitungen eingingen und ob sie in einem deutschen Fremdbild wiedergespiegelt wurden.

Da im Mittelpunkt dieser Arbeit das Selbstbild eines nordischen Landes und das Bild vom ‚Norden‘ stehen, werden die Ergebnisse der Topoi-Analysen im Folgenden auf diese Thematik ausgerichtet zusammengefasst. Die quantitative Analyse ergab, dass rund acht Prozent aller dänischen Zeitungsartikel Vorstellungen vom ‚Norden‘ beinhalten. Bei den deutschen Zeitungen waren es rund zwanzig Prozent.

Im Zusammenhang mit dem ‚Norden‘ war inhaltlich oft von „Dänemarks Verantwortung“ die Rede. Während die dänischen EG-/EU-Gegner forderten, Dänemark müsse die ‚nordische‘ Gemeinschaft der europäischen vorziehen, meinten die EG-/EU-Anhänger, ihr Land sollte den nordischen Ländern den Weg in die Europäische Gemeinschaft ebnen. Einen offiziellen politischen Auftrag, der Dänemark tatsächlich ‚nordische‘ Verantwortung übertragen hätte, gab es indes nicht. In erster Linie wurde durch den Begriff der Verantwortung vor allem das dänische Gemeinschaftsempfinden mit den nordischen Ländern betont, auch wenn diese zunächst im europäischen Integrationsprozess getrennte Wege gingen.

Denn anfangs war Dänemarks Entscheidung, der EG beizutreten, eine Absage an die Nordische Kooperation und die European Free Trade Association (EFTA), in der die nordischen Staaten Mitglieder waren. Zu eben diesem Bündnis verhielt sich die EG als ein konkurrierender und bald schon sehr viel erfolgreicher Wirtschaftsmarkt. Es war daher zu erwarten, dass in den Zeitungsartikeln der 70er und 80er Jahre ein Diskurs identifiziert werden konnte, in dem die dänische Entscheidung für die EG-Mitgliedschaft als ein verantwortungsvoller Schritt dem ‚Norden‘ gegenüber dargestellt wurde.

Die deutschen Medien berichteten nicht von der dänischen Vorstellung, für den ‚Norden‘ Verantwortung zu tragen. Vielmehr betrachteten sie viele der dänischen Referenden aus der gesamt-nordischen Perspektive und die Abstimmung von 1972 vor allem im Kontext des Ost-West-Konfliktes. So beobachtete etwa die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die Übungsmanöver der Roten Armee vor der nord-norwegischen Küste mit Sorge und bezeichnete Ost- und Nordsee gar als „sowjetische Binnenmeere“. Norwegens Küste sei durch die Absage der Norweger an die EG eine „ungesicherte Nordflanke Europas“, so die Zeitung. Der ‚Norden‘ wurde in den deutschen Zeitungsdiskursen in allen Untersuchungsräumen als ein zusammenhängendes und überwiegend einheitliches Länderkonglomerat betrachtet. In diesem Punkt herrscht also Übereinstimmung zwischen deutschem Fremdbild und dänischem Selbstbild.

Nach dem EU-Beitritt Finnlands und Schwedens 1995 wurde die Vorstellung, Verantwortung zu tragen, in den dänischen Zeitungsartikeln nicht weiter thematisiert. Überraschenderweise war jedoch auch nicht mehr von Zusammengehörigkeit die Rede oder dem Ziel, innerhalb der EU die nordischen Länder zu einer Interessensgemeinschaft zu sammeln. Stattdessen rückte mit den Erweiterungsplänen der EU Ende der 90er Jahre vor allem Osteuropa in den Fokus der dänischen Debatte.

Ebenfalls gen Osten rückte auch die bislang im nordischen Kontext artikulierte Verantwortungshaltung Dänemarks: In vielen Zeitungsartikeln war die Rede davon, dass Dänemark seine fortschrittliche Demokratie und das nordische Modell des Wohlfahrtsstaates den ehemaligen Ostblockstaaten im Rahmen der eu-

ropäischen Zusammenarbeit vermitteln solle. Dänemark wurde dabei gleichsam als Missionar und Vorbild vorgestellt. Gerade hierin kann ein wichtiger Aspekt des dänischen Selbstbildes gesehen werden: Mitglied in einer Gemeinschaft zu sein bedeutet im dänischen Selbstverständnis auch Verantwortung zu tragen. Hierunter wird vor allem die Verbesserung rückständiger Gesellschaftssysteme verstanden, die durch die Einführung nordischer Standards erfolgen sollen. Als Errungenschaften des eigenen Gesellschaftsmodells wurden die besonders volksnahe Form der Demokratie, das ‚Folkestyle‘ angesehen sowie die Volkspension, die sogenannte ‚folkepension‘.

Diese Vorstellung wurde eng an das negative Fremdbild von der EU als einer unterentwickelten und reformbedürftigen Gemeinschaft geknüpft, in der solche Werte nicht genügend ausgebildet seien. Während der ‚Norden‘ als ein Vorbild präsentiert wurde, dessen Wertmaßstäbe in Dänemark verwirklicht würden, sei die EG/EU von einem demokratischen Defizit geprägt. Außerdem erhielten Frauen, Arbeitslose und sozial Schwache nicht genügend Rechte und Unterstützung und auch die Umwelt sei nicht ausreichend geschützt. Während die dänischen EG-/EU-Gegner meinten, das nordische und dänische Wertesystem müsse vor europäischen Harmonisierungsmaßnahmen und damit vor Nivellierungen geschützt werden, waren es vor allem die Anhänger der europäischen Integration, die Dänemark in der Rolle eines „Missionars“ sahen, der Europa und den Osten entwickeln müsse. In diesen Stereotypen wird die enge Verbindung deutlich, die zwischen der projektiven Identifikation Dänemarks mit dem positiven Bild vom ‚Norden‘ und der Abspaltung des negativen Fremdbildes von der EG/EU einhergeht. Wie im 19. Jahrhundert scheint der ‚Norden‘ damit tatsächlich immer noch eine Art Demarkationslinie zu sein, der sich positiv vom negativ beurteilten Werte- und Gesellschaftsmodell der EG/EU abhebt und im dänischen Verständnis ein Gegenbild zur europäischen Gemeinschaft darstellt.

Gänzlich unabhängig von einem dänischen Selbstbild war die Vorstellung von der EG/EU als einem Friedensgaranten: Befürworter wie Gegner der jeweiligen Vertragswerke debattierten vor allem in den 70er und 80er Jahren kontrovers über die Fähigkeit der Gemeinschaft, in Europa Frieden und Sicherheit zu gewährleisten.

Auch diese Vorstellungen gingen nicht in die deutschen Mediendiskurse ein. In ihren Artikeln kam indes vor allem die Auffassung zum Ausdruck, zwischen den nordischen Staaten bestehe eine enge mentale Verbindung. Eben dieses Bild war ausschlaggebend dafür, dass die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die *Süddeutsche Zeitung* bei der Abstimmung über den Edinburgher Beschluss im Jahr 1993 meinten, das positive Votum der Dänen könne einen positiven Einfluss auf die EU-Aufnahmeverhandlungen mit Norwegen, Schweden und Finnland haben. Erstaunlicherweise wurde die dänische Kritik am gesellschafts-

politischen System der EU nach dem überraschenden „Nej“ der Dänen zum Maastrichter Vertrag 1992 nur kurz angeführt. Das dänische Urteil des demokratischen Defizits in der EU wurde dabei eine gerechtfertigte Kritik genannt.

In den dänischen Medien rückte ab 1992 mit den ersten umfassenden Übertragungen politischer Kompetenzen von den Nationalstaaten auf die EU die Frage nach Einfluss und Macht der einzelnen Mitgliedstaaten in den Mittelpunkt der Betrachtungen und entfachte eine neue Debatte.

In diesem Kontext wurde der ‚Norden‘ als eine Gemeinschaft kleiner Länder betrachtet, die die gesellschaftliche und politische Reform der ehemaligen Ostblockstaaten unterstützen und mit ihnen ein Bündnis innerhalb der EU bilden sollten. Interessanterweise wurde ausschließlich die Auffassung vertreten, dass unter gleichen, hier jeweils kleinen Ländern ein Interessenbündnis entstehen könne bzw. solle. Außerdem wurde die Möglichkeit der Einflussnahme der nordischen Länder auf die EU im Allgemeinen und auf Dänemark im Besonderen debattiert. Die Europäische Gemeinschaft wurde dabei sehr negativ als eine große „Maschinerie“ bezeichnet, die immer mehr an Einfluss über die Nationalstaaten gewinne und eine Gefährdung der nationalen Souveränität darstelle. Anstelle eines rein nordischen Bündnisses, das noch das Hauptziel der dänischen Mitgliedschaft in den 70er und 80er Jahren war, rückte in den 90er Jahren die Blockbildung vieler kleiner EU-Länder in den Mittelpunkt dänischer Vorstellung. Vermutlich war im Zuge der EU-Erweiterung der letzten Jahre und aufgrund der realpolitischen Differenzen zwischen den nordischen Ländern realisiert worden, dass eine rein nordische Blockbildung nicht mehr ausreichen würde, um die EU nachhaltig zu beeinflussen.

Im Zuge dieser Debatte kam häufig das dänische Selbstbild zum Ausdruck, Dänemark sei ein kleines Land und müsse folglich um Einfluss kämpfen bzw. seine nationale Souveränität verteidigen. Seit der Überraschung, die das dänische Votum gegen den Maastrichter Vertrag 1992 in Europa ausgelöst hatte, wurde dieser Diskurs durch den Ausdruck nationalen Stolzes begleitet: Das ‚kleine‘ Dänemark hatte das ‚große‘ Europa in eine umfassende Krise gestürzt und zum Nachdenken angeregt, so die Vorstellung, die seitdem in zahlreichen Medientexten immer wieder zum Ausdruck kommt.

Vor dem Hintergrund dieser Einfluss-Debatte kann möglicherweise auch in der dänischen Vorstellung der 70er und 80er Jahre, als einziges EG-Mitglied für den ‚Norden‘ Verantwortung zu tragen, noch mehr gesehen werden als nur ein Zeichen des nordischen Gemeinschaftsgefühls. Es könnte sein, dass darunter auch ein Kompensationsversuch verstanden werden kann, mit dem das Land versuchte für beide Ländergemeinschaften politisch interessanter zu werden: Europa gegenüber, indem Dänemark sich als „nordischer Brückenbauer“ präsentierte und eine besondere Verbindung zu möglichen EG-/EU-Beitrittskandidaten betonte. Innerhalb des ‚Nordens‘ könnte aufgrund der größeren wirtschaftlichen

Möglichkeiten des Landes auch ein Bedeutungsgewinn innerhalb der nordischen Gemeinschaft zu verzeichnen gewesen sein. Doch da diese Vorstellungen in den untersuchten Zeitungsartikeln nicht explizit artikuliert wurden, müssen diese Vermutungen auch am Ende der Analyse als Thesen stehen bleiben.

Dem deutschen Zeitungsleser wurde nicht vermittelt, dass in den dänischen Medien über Einfluss und Größe der EU-Mitgliedstaaten debattiert wurde und Gesellschaftsmodelle wie Demokratie, Umweltschutz und Wohlstand als ‚nordische‘ Maßstäbe und Werte empfunden wurden, an denen die EU beurteilt und für unterentwickelt befunden wurde. Hingegen orientierte sich auch das deutsche Fremdbild von Dänemark seit 1992 immer wieder an der Krisensituation, die der kleine EU-Staat in Europa ausgelöst hatte. Die Berichterstattung zu nachfolgenden Referenden bezog sich inhaltlich oft ausführlich auf die Maastricht-Abstimmung.

Auch Deutschland war Gegenstand einiger dänischer Zeitungstexte, obgleich keines der zur Abstimmung stehenden Vertragswerke das Verhältnis zwischen Dänemark und dem Nachbarland berührte. Vor allem die Gegner, aber mitunter auch einige Befürworter des jeweiligen Abstimmungsgegenstandes sahen im südlichen Nachbarland eine potentielle Gefahrenquelle und erinnerten an dessen historische Vergangenheit. Dabei wurden beispielsweise Hitlers Eroberungsvisionen gen Norden angeführt. Die europäische Integration wurde in diesem Kontext als ausführendes Organ eben solcher ‚deutscher Ziele‘ gesehen, während der deutsche EG-/EU-Mitgliedstaat mit dem Hitlerdeutschland der 30er und 40er Jahre des 20. Jahrhunderts gleichgesetzt wurde. Die Boulevardzeitung *Ekstra Bladet* artikulierte diese negativen Ressentiments besonders häufig und bis zur Abstimmung im Jahr 1993 auch in Leitartikeln und Kommentaren der Chefredakteure. Die zeitliche Distanz zu den erinnerten, historischen Ereignissen schien also keine Rolle bei der Nennung solcher Stereotype zu spielen. Allerdings muss betont werden, dass sich die Chefredaktionen von *Politiken* und *Morgenavisen Jyllands Posten* von diesen tendenziösen Meinungsäußerungen distanzierten, während einige ihrer Leser solche Vorstellungen durchaus äußerten.

Bei *Ekstra Bladet* schien der deutsche Topos ein etabliertes Stilmittel zu sein. Dies zeigt anschaulich der öffentlich ausgetragene Disput zwischen dem ehemaligen und den zwei damaligen Chefredakteuren der Zeitung in den Jahren 1992 und 1993. Alle drei begründeten ihr „Ja“ bzw. „Nej“ zu den Abstimmungsgegenständen mit einer fast schon zum patriotischen Stilmittel erhobenen Angst vor Deutschland, die die Berichterstattung der Zeitung bereits bei den ersten beiden Volksabstimmungen 1972 und 1986 geprägt hatte. Als beim Referendum von 1998 das Schengener Abkommen und mit ihm die Aufhebung der Grenzkontrolle zwischen Deutschland und Dänemark in der dänischen Gesellschaft debattiert wurde, thematisierte *Ekstra Bladet* den ‚deutschen‘ Topos erstaunlicherweise nicht mehr. Historische Erinnerungen an das ehemalige Nazi-

Deutschland wurden ausschließlich von den Lesern der dänischen Boulevardzeitung angeführt.

Manchmal wurde die EG/EU - zeitungsübergreifend - als deutsche Initiative dargestellt. Die Gemeinschaft sei durch Deutschland dominiert, warnten einige und begründeten die Notwendigkeit einer dänischen Mitgliedschaft oft damit, die EU dürfe nicht allein vom südlichen Nachbarn „regiert“ werden. Doch auch Frankreich wurde als ein dominanter und die Gemeinschaft beherrschender Mitgliedstaat gesehen.

Ein weiteres Charakteristikum des ‚deutschen‘ Topos ist der so genannte Sprachpott: Seit den Abstimmungen der 90er Jahre wurden vermehrt deutsche Ressentiments durch - teilweise grammatikalisch falsche - deutschsprachige Begriffe ergänzt. Ausdrücke wie „Bier-Wurstere“ oder „Jawoll!“ riefen dabei ausschließlich negative Assoziationen hervor, die teilweise durch Begriffe des Nationalsozialismus wie „Kraft durch Freude“ in ihrer Wirkung noch gesteigert wurden.

Nur wenige Artikel der deutschen Tageszeitungen berichteten von den historisch gewachsenen Befürchtungen einiger Dänen ihrem südlichen Nachbarland gegenüber. Die Korrespondenten von *Frankfurter Allgemeiner Zeitung* und *Süddeutscher Zeitung* erwähnten am Rande, dass vor allem EG/EU-Gegner im dänischen Wahlkampf deutsche Ressentiments bedienten. Oft wurden die Volksabstimmungen im Nachbarland nur als Einleitung angeführt, während im Hauptteil der Berichte allgemeine europapolitische Betrachtungen den Schwerpunkt der Texte bildeten. Auf den Vorwurf der Dominanz Deutschlands in der EG/EU, den einige Dänen in den untersuchten Texten erhoben hatten, gingen die deutschen Medien nicht ein.

Quellenverzeichnis: Dänische Zeitungsartikel

In der Arbeit wurde aus folgenden 304 dänischen Zeitungsartikeln (rund sechs Prozent vom gesamten Textkorpus) zitiert.

Ekstra Bladet: Untersuchungszeitraum 1972

- 18.09.1972: Jordene og pengene. S. 2. (Bericht)
 18.09.1972: I EF blir' vi en provins af Tyskland. S. 8. (Bericht)
 22.09.1972: Tyskerne regner med Danmark som EF's Mallorca. S. 1. (Bericht)
 22.09.1972: Dansk Arkitekt agent for tysk højfinans. S. 4. (Bericht)
 22.09.1972: 5.2000 ledige Hollændere til Tyskland. S. 8. (Bericht)
 22.09.1972: Europas supermand har det skidt. S. 12. (Bericht)
 23.09.1972: Hele syv måneder at omgå vore jordlove på i EF. S. 14. (Bericht)
 23.09.1972: Følge af EF-ja: Sommerhuse til 600.000 Kr. S. 14. (Bericht)
 26.09.1972: Norges Nej. S. 2. (Leitartikel)
 27.09.1972: Tyskerne klar til at købe Danmark på en dag via EDB. S. 1f.,22f. (Bericht)
 27.09.1972: Danske jord – tyske negle, S. 2. (Bericht)
 27.09.1972: Finland vil snakke NORDEK. Tiden er inde nu, sagde Krag i svensk TV. S. 4. (Bericht)
 27.09.1972: EF-Kampagnes økonomiske bagmænd skjuler sig. S. 8. (Bericht)
 27.09.1972: Appellerer til medlidenheden. S. 26. (Leserbrief)
 28.09.1972: Danmark i EF – flugt til svenske ødegårde. S. 30. (Bericht)
 28.09.1972: Titusinder til folketog mod EF. S. 30. (Bericht)
 29.09.1972: Tysk EF-trussel: Danskerne må lære at spise af hånden eller dø. S. 1, 6. (Bericht)
 30.09.1972: EF-Bønnen. S. 32. (Leitartikel)
 30.09.1972: Er Danmark stadig frit om tre dage? S. 1.(Aufmacher)
 30.09.1972: Hotel-kæde tilbyder sig til tysk EF-kapital. S. 6. (Bericht)
 3.10.1972: Danmark er nu en vasalstat. S. 13. (Bericht)
 3.10.1972: Gratis Tyskundervisning. S. 13. (Kurznachricht)
 3.10.1972: Ikke så ked af det siden besættelsen. S. 21. (Bericht)

Ekstra Bladet: Untersuchungszeitraum 1986

- 14.02.1986: Stands dette vanvid. Under-Danmark får regningen, men først når EF-afstemningen er overstået, siger Svend Auken. S. 4. (Kommentar)
 18.02.1986: Die Dumme Dänen. 8 af de 12 EF-lande skriver under og gør grin med Schlüters fine løfter. S. 11.(Bericht)

- 20.02.1986: Deutsche Millionen. S. 2. (Leitartikel)
20.02.1986: F for fup. S. 2. (Leitartikel)
21.02.1986: Få hjernen undersøgt. S. 28. (Leserbrief)

25.02.1986: EF betyder mere gift. S. 2. (Leitartikel)
25.02.1986: Rom-Berlin-aksen. S. 31. (Leserbrief)
26.02.1986: Det koster intet at stemme nej. S. 36. (Leserbrief)
27.02.1986: Kvinder – vågn op! S. 34. (Leserbrief)
27.02.1986: Kun velfærd for nålestribede. S. 35. (Leserbrief)
27.02.1986: Sidste chance. S. 2. (Leitartikel)
28.02.1986: Velkommen i Romerriget. S. 2. (Leitartikel)

Ekstra Bladet: Untersuchungszeitraum 1992

- 10.05.1992: Vi rystede dem nu stemmer vi ja. Man kan ikke blive ved med at gå og smække med døren, specielt ikke hvis man ønsker at bo i huset. Lille Gyldenkilde, MF (SF). S. 2. (Kommentar)
19.05.1992: Stangerup og Gade. Victor Andreasen, tdl. chefredaktør. S. 18. (Kommentar)
19.05.1992: Jeg vil ikke trues. S. 22. (Leserbrief)
20.05.1992: Uffe fører os bag lyset. S. 21. (Leserbrief).
20.05.1992: Bobler i lakken. S. 22. (Leserbrief)
22.05.1992: Dinosaurernes Indtogsmarch. S. 12. (Bericht)
24.05.1992: Brev til læserne. S. 13. (Leitartikel)
24.05.1992: I øvrigt mener jeg om EF. S. 21. (Leserbrief)
28.05.1992: Giro 413, Dannebrog, Unionen og Jaques Delors. S. 24. (Bericht)
30.05.1992: Et rungende nej. Victor Andreasen, tdl. chefredaktør. S. 14. (Kommentar)
31.05.1992: Nej til jawohl. S. 20. (Leserbrief)
31.05.1992: Socialunionen. S. 21. (Leserbrief)
31.05.1992: Uffe Udansk. S. 21. (Leserbrief)
31.05.1992: Bevar folkestyret. S. 21. (Leitartikel)
1.06.1992: Dagens ret. S. 2. (Karikatur)
1.06.1992: Jeg er bange for tyskerne. Eyrup Can – bokseren uden frygt i ringen stemmer nej. S. 14. (Bericht)
2.06.1992: Det er fan' me uhyggeligt du. Ole Krarup, professor. S. 19. (Kommentar)
2.06.1992: I øvrigt mener jeg om EF-valget i dag. S. 22. (Leserbrief)
2.06.1992: Blanko-Check. S. 23. (Leserbrief)
3.06.1992: EF-Politikerne fik fingeren. S. 2. (Leitartikel)
4.06.1992: Vi er ikke robotter. Gartnerfamilie Hansen fra Herlev frygtede at blive opsluget af et Stor-Europa. S. 19. (Bericht)

5.06.1992: EF smed os ikke ud. Panikslagne europæere vil have ro om Unionen sommeren over. S. 6. (Kommentar Korrespondent Oslo).

Ekstra Bladet: Untersuchungszeitraum 1993

6.05.1993: I øvrigt mener jeg: Kan det bliver værre. S. 23. (Leserbrief)

9.05.1993: Presset fra Europa. S. 11. (Leitartikel)

9.05.1993: EF-debatternes troværdighed. Frank Dahlgaard og de andre nej-sigere vil gerne tale deres sag, men hvad har de egentlig at tilbyde de arbejdsløse pensionisterne og bistandsklienterne, skriver socialminister Karen Jespersen. S. 25. (Kommentar)

12.05.1993: Martin Bangemann taler klart ud. Hvad herr Bangemann har sagt, kan ikke fejes af bordet af danske sognepolitiker, der ønsker at gøre Danmark til et europæisk landsogn. Victor Andreassen, tdl. chefredaktør. S. 30. (Kommentar)

13.05.1993: Vent lidt. S. 32. (Leserbrief)

13.05.1993: Gem arvesølvet. S. 30. (Leserbrief)

15.05.1993: Med hjernen og hjertet. Poul Nyrup Rasmuss, statsminister (S). S. 19. (Kommentar)

17.05.1993: Foren Norden med dit ja. S. 26. (Leserbrief)

17.05.1993: Vis dit mod. S. 26. (Leserbrief)

17.05.1993: Betænkelig. S. 26. (Leserbrief)

17.05.1993: Det trygge ja. S. 27. (Leserbrief)

18.05.1993: Om igen Danmark. S. 2. (Leitartikel)

18.05.1993: Verden venter på Danmark. Økonomiministeren afviser påstand om nul-vækst. S. 18. (Kurznachricht).

18.05.1993: Tjaa. Ja eller Nej ? Ekstra Bladets journalister er heller ikke enige. Her giver seksten ja- og nej-sigere en kort begrundelse for hvad de sætter deres kryds i dag: For freden og friheden. S. 38. (Kommentar).

18.05.1993: Tjaa. Ja eller Nej ? Ekstra Bladets journalister er heller ikke enige. Her giver seksten ja- og nej-sigere en kort begrundelse for hvad de sætter deres kryds i dag: Ja er nej til krig i Europa. S. 39. (Kommentar)

21.05.1993: Stendøden. S. 2. (Karikatur).

21.05.1993: Minimal indflydelse. S. 31. (Leserbrief)

21.05.1993: I øvrigt mener jeg.... S. 31. (Leserbrief)

26.05.1993: Invalid ofrer formuet på EF-nej. Pensionist fra Horbo indrykker annonce til 180.000 kr imod EF-Unionen. S. 1, 7. (Bericht)

Ekstra Bladet: Untersuchungszeitraum 1998

- 16.05.1998: Byen, der aldrig siger ja. EU-leden er så udbredt i Rødby, at Ekstra Bladets forsøg på at uddele Amsterdam-Traktaten til byens borgere endte i en farce. S. 14. (Bericht)
- 18.05.1998: Dinosaurernes Bruxelles. S. 14 f. (Bericht)
- 18.05.1998: Brev til Elly. Niels Hausgaard. S. 23. (Kommentar)
- 19.05.1998: I krig med EU. S. 26. (Leserbrief)
- 22.05.1998: Schengrende skørt. S. 24. (Leserbrief)
- 23.05.1998: Holger K. en skabs-ja-siger. S. 22. (Leserbrief)
- 23.05.1998: Pattedyrenes Bruxelles. De fattige udstødte i Bruxelles lever omkring Gard du Nord og Gard du Midi. Disse blandede kvarterer med deres tiggere og hjemløse betaler prisen for gigantbyggerierne, stældinosaurerne, byens hjerte. S. 24. f. (Bericht)
- 24.05.1998: Nej til tysk dominans. S. 33. (Leserbrief)
- 24.05.1998: EU et godt projekt. S. 33. (Leserbrief)
- 25.05.1998: Fælden klapper, S. 26. (Leserbrief)
- 25.05.1998: Ikke flere besættelser.S. 27. (Leserbrief)
- 28.05.1998: Nej til Unionen. S. 2. (Leitartikel)
- 28.05.1998: NEJ. Claes Kastholm, chefredakteur. S. 16. (Kommentar)
- 28.05.1998: I øvrigt mener jeg om EU... S. 39. (Leserbrief)
- 28.05.1998: Farligt miljøsyn. S. 39. (Leserbrief)

Ekstra Bladet: Untersuchungszeitraum 2000

- 16.09.2000: Panik før lukketid. S. 2. (Leitartikel)
- 17.09.2000: Det grimme G-ord. S. 2. (Leitartikel)
- 18.09.2000: Er du til noget, Holger? Snedigt træk af Poul Nyrup lukkede munden på Holger K. S. 6. (Bericht)
- 18.09.2000: Mimi fremmer nej. S. 27. (Leserbrief)
- 18.09.2000: I øvrigt mener jeg, S. 27. (Leserbrief)
- 19.09.2000: Nyrups store fuser. S. 2. (Leitartikel)
- 20.09.2000: Skriften på væggen. S. 2. (Leitartikel)
- 20.09.2000: Tynd garanti. S. 14. (Leserfrage)
- 20.09.2000: Nyrup skyld i det store nej. Uffe Ellemann går på banen mod Nyrup, kalder det „åbenlyst“ at statsministeren har ansvaret for vælgernes flugt fra euroen. S. 4 f. (Bericht)
- 22.09.2000: EU's nye stærke mænd. S. 2. (Karikatur).
- 22.09.2000: Hvem betaler for østlandene? S.16. (Leserfrage)
- 23.09.2000: I øvrigt mener jeg om øvro ... S. 29. (Leserbrief)
- 24.09.2000: Moses kæmper for et nej. S. 21. (Leserbrief)
- 25.09.2000: Køb dig en euro. S. 26. (Leserbrief).

- 26.09.2000: En dommer dømmes nej. Landsdommeren Hans Henrik Brydesholt er gået fra ja til nej, fordi han mener dansk kultur og velfærd er under beskyndning fra EU. S. 6f. (Bericht)
- 28.09.2000: Vi ses i helvede, Poul. Politiet måtte fjerne rasende ung mand, der forfulgte statsministeren på den afsluttende røde rose-turné. S. 8. (Bericht)
- 1.10.2000: Som landet ligger. S. 2. (Leitartikel)
- 1.10.2000: Helveg trængt. Udenrigsministeren tabte igen, da han i går forsøgte at svede euro-nederlaget ud af kroppen på fodboldbanen. S.4. (Bericht)
- 2.10.2000: Den danske sensation. S. 2. (Leitartikel)

Morgenavisen Jyllands Posten: Untersuchungszeitraum 1972

- 18.09.1972: Hollandsk ekspert. EF de små landes chance. S. 2. (Bericht)
- 19.09.1972: På trods af Krag's knæ. S. 11. (Leserbrief)
- 19.09.1972: Madding fra nej-siger. S. 11. (Leserbrief)
- 21.09.1972: At man tør – lade være. S. 15. (Leserbrief)
- 21.09.1972: Udvidet EF kan medvirke til Øst-Vest-afspændning. Gustav Barfod, forfatter, redaktør af lærebøger. S. 15. (Kommentar).
- 22.09.1972: Nej i Norge. Emne: Danmark kommer måske til at gå ene. S. 10. (Leitartikel)
- 23.09.1972: Jeg er ikke i tvivl. S. 10. (Leserbrief)
- 23.09.1972: En tvivlers afgørelse. S. 11. (Leserbrief)
- 26.09.1972: Tyske politikere oprigtighed. S. 11. (Leserbrief)
- 26.09.1972: Norges nej. S. 21. (Leitartikel)
- 28.09.1972: Norge får lettere EF-aftale hvis Danmark siger ja. S. 2. (Kurznachricht)
- 29.09.1972: Videre visioner: Emne: Hinsides økonomien. S. 14. (Leitartikel)
- 29.09.1972: Kom til Danmark, min far! S. 15. (Glosse)
- 30.09.1972: Dansk ja til gavn for det nordiske. S. 15 (Leserbrief)

Morgenavisen Jyllands Posten: Untersuchungszeitraum 1986

- 17.02.1986: Et fredeligt Europa. S. 13. (Leserbrief)
- 18.02.1986: Vordende pensionister må sige ja til pakken. Helge Holst Kjærsgaard, læge. S. 21. (Kommentar)
- 19.02.1986: Danmarks internationale rolle. S. 11. (Leserbrief)
- 19.02.1986: EF-pakken en tikkende miljøbombe. S. 11. (Leserbrief)
- 20.02.1986: Freden er vigtigst. Sonia Dahlgaard, cand. pol. S. 10. (Kommentar)
- 21.02.1986: Folkeafstemningen afslører klassesdelingen. Jørgen Jensen, Kommunistisk Parti. S. 8. (Kommentar)

- 22.02.1986: De snakker demokratiet til handlingslammelse. S. 9. (Leserbrief)
23.02.1986: Poul Schlüter: Nej skaber kaos. S. 20. (Interview)
24.02.1986: Folketing eller marketing. S. 10. (Leserbrief)
25.02.1986: En ulykke har ramt den socialdemokratiske top. Preben Bentson, journalist. S. 10. (Kommentar)
25.02.1986: Penge til våbenfabrikker? S. 12. (Leserbrief)
26.02.1986: Selvforsyning er vejen frem. S. 19. (Leserbrief)
27.02.1986: Vi skal være med. S. 15. (Leserbrief)
4.03.1986: Europaterne skal bremses. S. 11. (Leserbrief)
4.03.1986: Nu skal ja'et bruges positivt. Niels Helveg Petersen, MF (R). S. 10. (Kommentar)

Morgenavisen Jyllands Posten: Untersuchungszeitraum 1992

- 17.05.1992: Europas miniputter. S. 5. (Bericht)
17.05.1992: Farligt Unionsborgerskab. S. 40. (Leserbrief)
17.05.1992: Før nej nu ja. S. 40. (Leserbrief)
20.05.1992: Også et nej til Vestunionen. Jann Sjurden, Formand for Kristeligt Folkeparti. S. 8. (Kommentar)
22.05.1992: Et europæisk Tyskland. S. 11. (Leserbrief)
22.05.1992: Unionen kom til Mogenstrup. S. 16. (Bericht)
23.05.1992: Folketinget ude af trit med vælgerne. Knud Glønborg, Kristeligt Folkeparti. S. 13. (Kommentar)
24.05.1992: Behov for nordisk samarbejde. S. 8. (Kurznachricht)
25.05.1992: Udemokratisk beslutning. S. 13. (Leserbrief)
26.05.1992: Hvad vil nej-sigerne efter 2. juni? Henrik H. Thøgersen, Unge Europæiske Føderalister. S. 2. (Kommentar)
26.05.1992: Husk det russiske diktatur. S. 24. (Leserbrief)
27.05.1992: Det væsentlige: At sikre freden. Uffe Ellemann Jensen, udenrigsminister (V). S. 10. (Kommentar)
28.05.1992: Stem nordisk – stem nej. S. 10. (Leserbrief)
3.06.1992: EF i dyb krise. S. 21. (Bericht).
3.06.1992: Spansk undren over dansk nej. S. 24. (Kurznachricht).
4.06.1992: Fransk EF-folkeafstemning. S. 22. (Bericht)
4.06.1992: Tyskland fortsætter mod EF-Unionen uden tøven. S. 22. (Kurznachricht)
5.06.1992: Europa sendt til tælling. S. 22. (Bericht)
6.06.1992: Et nej, der gav indflydelse. S. 8. (Leserbrief)

Morgenavisen Jyllands Posten: Untersuchungszeitraum 1993

- 4.05.1993: 14 dage til EF-afstemningen: Unions-duel i Esbjerg. S. 4. (Bericht)
- 6.05.1993: 12 dage til EF-afstemningen: Nye skarpe udtalelser af Martin Bangemann. S. 5. (Bericht)
- 6.05.1993: EF-Unionen er et kollektiv. Frank Dahlgaard, Nøvendigt forum. S. 8. (Kommentar)
- 9.05.1993: Krisehjælp. S. 10. (Leserbrief)
- 11.05.1993: Intet at miste ved et nej. S. 8. (Leserbrief).
- 11.05.1993: Miljøet har trange kår i EF. S. 12. (Bericht)
- 14.05.1993: Ikke papiret værd. S. 17. (Leserbrief)
- 14.05.1993: Et nej gør os stærkere. Henrik Berlau, Formand for Sømændenes Forbund. S. 16. (Kommentar)
- 16.05.1993: EF har ført til tryghedsnarkomani. S. 10. (Leserbrief)
- 16.05.1993: Vær med i debatten: Bangemann sagde sandheden. S. 10. (Leserbrief).
- 16.05.1993: Et ja for miljøet. S. 10. (Leserbrief)
- 16.05.1993: Demokratiet en farce. S. 11. (Leserbrief)
- 17.05.1993: Siger ja til en verden i udvikling. S. 9. (Leserbrief)
- 17.05.1993: Stem du fra egen overbevisning. Johannes Sørensen, Landsformand Fremskridtspartiet. S. 26. (Kommentar)
- 18.05.1993: Historieløs lederskribent. Kai Pedersen, forfatter. S. 8. (Kommentar)
- 18.05.1993: Danskerne tør trodse EF. S. 9. (Leserbrief)
- 23.05.1993: Jeg stemte mod Unionen. S. 8. (Leserbrief)

Morgenavisen Jyllands Posten: Untersuchungszeitraum 1998

- 16.05.1998: Danskerne har modet. Vi stemmer også på vegne af andre landes borgere, som er imod Unionen og som ikke bliver spurgt, skriver Kim Behnke, Fremskridtspartiet. S. 8. (Kommentar)
- 17.05.1998: Norden følger EU-reglerne. S. 11. (Leserbrief)
- 18.05.1998: Svenskerne ville stemme nej. S. 2. (Leserbrief)
- 18.05.1998: Katholicismen dominerende i EU. S. 11. (Leserbrief)
- 18.05.1998: Intet at hente. Søren Kolstrup, Enhedslisten. S. 9. (Kommentar)
- 19.05.1998: EU-pres på efterlønnen. Lis Jensen, Folkebevægelsen mod EU. S. 10. (Kommentar)
- 19.05.1998: Norge – EU's passive medlem. S. 22. (Bericht)
- 19.05.1998: Handlefrihed. Frank Dahlgaard, Nationernes Europa. S. 23. (Kommentar)
- 19.05.1998: Mogenses nej til Babelstårnet. S. 24. (Bericht)
- 20.05.1998: Vanskeligere at være foregangsland. Eigil Andersen (SF). S. 12. (Kommentar)

- 21.05.1998: Amsterdamtraktaten for begyndere. S. 32 f. (Karikatur)
- 21.05.1998: Vor tids dagdrøm. S. 37. (Leserbrief)
- 21.05.1998: Ingen miljøgaranti i traktaten. S. 38. (Leserbrief)
- 23.05.1998: 100 pct. europæer. S. 8. (Leserbrief)
- 23.05.1998: Job i højsædet. Jacok Buksti (S). S. 22. (Kommentar)
- 24.05.1998: Schengen viser vejen. S. 11. (Leserbrief)
- 25.05.1998: JA! Fordi ... EU Siger velfærd. Karen Jesperseen, socialminister (S). S. 22. (Kommentar)
- 26.05.1998: JA! Fordi ... Lille forbedring. Jørn Jespersen (SF). S. 22. (Kommentar)
- 27.05.1998: Meninger: De store træffer beslutninger. S. 10. (Leserbrief)
- 27.05.1998: Kort sagt om morgendagens afstemning: Utroværdige politikere. S. 12. (Leserbrief)
- 27.05.1998: Et norsk råd: Stem nej. S. 22. (Bericht)
- 28.05.1998: Sikkerhedens ja. S. 2. (Leitartikel).
- 28.05.1998: Angst om Amsterdam: Fredensprojekt Europa. Brigitte Bollmann, journalist. S. 2 (Kommentar)

Morgenavisen Jyllands Posten: Untersuchungszeitraum 2000

- 16.09.2000: Ansøgerlande holdes udenfor. Holger K. Nielsen (SF). S. 10. (Kommentar)
- 18.09.2000: Bankchefens skepsis forsvandt. S. 16.(Bericht)
- 19.09.2000: Tag' dog et ansvar. S. 26. (Leserbrief)
- 23.09.2000: Et uforståeligt medlemskab. S. 9. (Leserbrief)
- 24.09.2000: EU er ufredens projekt. S. 9. (Leserbrief)
- 24.09.2000: Lad os komme med i den Euro. S. 8. (Leserbrief)
- 25.09.2000: Euroen er en fejlkonstruktion. Pia Kjærsgaard, Dansk Folkeparti. S. 12. (Kommentar)
- 25.09.2000: Den nordiske effekt. S. 12. (Leitartikel)
- 28.09.2000: Tvivler er blevet til et ja. S. 12. (Leserbrief)
- 29.09.2000: Et nej med konsekvenser. S. 24. (Bericht)
- 2.10.2000: Den sorte Europa. S. 10. (Leitartikel)

Politiken: Untersuchungszeitraum 1972

- 21.09.1972: På mødeturné for EF. Statsminister Jens Otto Krag (S). S. 19. (Kommentar)
- 23.09.1972: Et fælles Europa. Niels Fosse, civilingeniør. S. 9. (Kommentar)
- 23.09.1972: Vi kan ikke sikre råderet over dansk jord i EF. Jens Maigaard (SF) ordførere i jordlovsspørgsmål. Jens Maigaard (SF). S. 9. (Kommentar)

- 24.09.1972: Dansk, norsk og fælles. Danmarks håb om Norges folkeafstemning. S. 10. (Leitartikel)
- 24.09.1972: Debat på vildspor. Jordlovs-modstanderne har narret EF-modstanderne. S. 10. (Bericht)
- 25.09.1972: Jeg har også været mod EF: Kvindesagskæmper nu overbevist europæer. S. 6. (Kurznachricht)
- 26.09.1972: Engelsk forfatter og EF-tilhænger: 'De små lande kan blive effektive'. Mener, dansk EF-medlemskab vil styrke demokratiet. S. 9. (Bericht)
- 27.09.1972: Hilmar Baunsgaard: Det bliver værre for Danmark at sige nej. S. 4. (Bericht)
- 27.09.1972: Nordiske svaner. S. 13. (Leserbrief)
- 27.09.1972: Fra læser til læser: Willy Brandt generation. S. 13. (Leserbrief)
- 28.09.1972: Viggo Kampmann om sig selv: En fanatisk tilhænger af nedbrudte grænser. S. 4. (Bericht)
- 30.09.1972: Danmark, EF og miljøet. Ole Poul Hansencand. polit. Miljøstyrelsen. S. 10. (Kommentar)
- 1.10.1972: Vi kan blive Nordens brohoved i Europa. Danmark bør være med i EF, når Norge og Sverige om få år søger optagelse, siger LOs formand Thomas Nielsen. S. 15. (Bericht)

Politiken: Untersuchungszeitraum 1986

- 16.02.1986: Tysk forbehold: Delstater utrygge ved EF-pakken. S. 42. (Leitartikel)
- 16.02.1986: Norden og EF. S. 44. (Leserbrief)
- 16.02.1986: Foruroligende. S. 44. (Leserbrief)
- 17.02.1986: Kvinderne skal betale. S. 26. (Leserbrief)
- 19.02.1986: EF skygger for Europa. Nej til EF-pakken vil skabe respekt om Danmark. Else Hammerich, folkebevægelse mod EF. S. 25. (Kommentar)
- 21.02.1986: Om at være en småstat. Hans Branner. S. 25 f. (Kommentar)
- 23.02.1986: EF-pakken: 90 pct. politik, 10 pct økonomi. Jesper Jespersen, lektor i nationaløkonomi. S. 46. (Kommentar)
- 24.02.1986: EF-pakken og de to generationer. Arne Stinus, MF (R). S. 25. (Kommentar)
- 24.02.1986: Ingen grund til skepsis. Uffe Ellemann-Jensen, udenrigsminister (V). S. 25 f. (Kommentar)
- 26.02.1986: Ammesteuesnak. Per Stig Møller, (K). S. 26. (Kommentar)
- 1.03.1986: Norden og EF. Nordisk Råd i København. S. 24. (Leitartikel).
- 4.03.1986: Kroniken i Politiken: Vi skal videre i det nordiske samarbejde. Svend Haugaard, MF (R). S. 25 f. (Kommentar)

Politiken: Untersuchungszeitraum 1992

- 19.05.1992: Fej for egen dør. De europæiske lande bør sikre freden i Europa. Uffe Ellemann Jensen, Udenrigsminister (V). S. 25. (Kommentar).
- 20.05.1992: Demagogen. Ellemann på turné. S. 24. (Leitartikel).
- 22.05.1992: Sæt kryds ved nej: Grundlovens formål. S. 21. (Leserbrief)
- 23.05.1992: For eller imod eller ved ikke. Uffe Ellemann-Jensen, udenrigsminister (V). S. 6. (Kommentar)
- 25.05.1992: Uden demokrati er det en rædsel. Danmark skal ikke tilsluttes Europa som en lille bank fusionerer med en stor. Peter Kemp, professor dr. theol. S. 5. (Kommentar)
- 25.05.1992: På markedets vilkår i EF. Nye retslinjer for Europas industri. Anne Birgitte Ludholt, industri- og energiminister (K). S. 6. (Kommentar)
- 27.05.1992: Kvindesag i Union. S. 26. (Leserbrief)
- 29.05.1992: Miljø lister ind i EF-kontorer. EF-kommissionen prioriterer miljøspørgsmål højere. S. 2. (Bericht)
- 30.05.1992: Et 'ja' renser luften for den danske miljøindustri. Flertalsafgørelser om EFs miljøafgørelser vil styrke de slagkraftige danske virksomheder der allerede er internationalt førende i miljøteknologi og rådgivning. S. 35. (Bericht)
- 31.05.1992: Fri os for den kælnende EF-snak. Med Brandes mod unionen. Eva Bendix, journalist. S. 34. (Kommentar)
- 1.06.1992: Maastricht og vores fremtid. Peter Dyvig, ambassadør i Washington. S. 24. (Kommentar)
- 3.06.1992: Svensk chok over det danske nej. Resultat kom bag på svensk politik. S. 4. (Kurznachricht)
- 3.06.1992: Hertil og ikke længere sagde danskerne i går. S. 21. (Bericht)
- 4.06.1992: Unionsplan går videre uden os. Dansk nej ryster Europa: Regeringen bliver. S. 1. (Bericht)
- 4.06.1992: Frankrig. Unionen ud til folket. S. 2f. (Kurznachricht)
- 4.06.1992: Jubel over tænkepause. Nej-sigere mener debatten breder sig i EF. S. 9. (Kurznachricht).
- 4.06.1992: Bremse på chokbølge. De 11 EF-lande parat til at fortsætte uden Danmark. S. 22. (Bericht).
- 5.06.1992: Sådan ser tegnereren Steve Bull fra den engelske avis The Guardian Danmarks nej – bacongrisen stopper EF-maskineriet. S. 4. (Karikatur)
- 5.06.1992: Nu bør EF prøve med lidt glasnost. Henrik Nebelong, advokat. S. 25. (Kommentar)
- 6.06.1992: Nyrup for vild til at møde. S-leder: Ingen ny EF-aftale uden befolkningen høres. S. 4. (Kurznachricht)

7.06.1992: Langsom union. Alle chancer bør udnyttes. S. 32. (Leitartikel)

Politiken: Untersuchungszeitraum 1993

- 6.05.1993: EF bryder tyvshed om unionen. EF-topfigur: Traktat fører til europæisk forbundstat. S. 1 f. (Bericht)
- 6.05.1993: EF er en lang pression. Politikerne vil have ny afgørelse. S. 1, 3. (Bericht);
- 6.05.1993: Union fri spur. EF-kommissær på supertog mod Europas forenede stater. S. 3. (Bericht)
- 7.05.1993: 1972: ja, 1986: ja, 1992: ja, 1993: ja. Flemming Thornung Lund, Frederikshavn. Skolelærervicepræsident i Naturfredningsforeningen. S. 6. (Kommentar)
- 7.05.1993: Kun i fællesskab. S. 25. (Leserbrief)
- 7.05.1993: Et ja i kampen mod centralisme. Niels Arbøl, Kristendemokratisk forum. S. 26 (Kommentar)
- 12.05.1993: Samme vare i ny indpakning. Folketingets hustandsavis vildledende. Sven Danø, Professor Dr. polit. S. 25. (Kommentar)
- 12.05.1993: 1972: nej, 1986: nej, 1992: ja, 1993: ja. Steffen Jensen, København. International sekretær, Landsforeningen for Bøsser og Lesbiske, 45 år. S. 7. (Kommentar)
- 13.05.1993: Politikerne savner opbakning. En afstemning, der skaber spild. S. 4. (Leserbrief)
- 13.05.1993: Læserbreve om EF: Forpligtelser. S. 24. (Leserbrief)
- 15.05.1993: Den bange Bangemann. Anders Bodelsen, forfatter. S. 1f. (Kommentar)
- 10.05.1993: Ja til EF og et nyt venstre. Asger Baunsbak-Jensen, forfatter og præst. S. 24. (Kommentar)
- 13.05.1993: Meget lettere. S. 24. (Leserbrief)
- 13.05.1993: Demokratiet står over økonomien. Det danske folkestyre passer dårligt til subsidaritet. S. 24. (Leserbrief)
- 15.05.1993: Første skridt: Bliv en del af forandringerne i Europa. Stig Bøgh Karlsen, adm. direktør. S. 25. (Kommentar)
- 17.05.1993: 1972: Ikke stemmeret; 1986: Ikke stemmeret; 1992: nej; 1993: nej. Pernille Nielsen, student, S. 5. (Kommentar)
- 22.05.1993: Gavnligt at vente på dansk ja. Carl Bildt, Sveriges statsminister (S). S. 21. (Kommentar)

Politiken: Untersuchungszeitraum 1998

- 16.05.1998: JuniBevægelsen brøler. Annonce var udtryk for fatal mangel på dømmekraft. Af Junibevægelsens medlemmer. S. 25. (Kommentar)

- 17.05.1998: Nej til forbundsstaten. Tidligere landdagsmand Karl Otto Meyer advarer mod EU-bureaukratiet. S. 7. (Bericht)
- 17.05.1998: Amsterverdamt... Anne Marie Holger, skuespiller. S. 23. (Kommentar).
- 18.05.1998: Ingen nødplan efter nej. Statsminister til romantisk folkemøde på Egeskov Slot på Fyn. S. 6. (Kurznachricht)
- 19.05.1998: Mellem højre og venstre. Erik Hoffmeyer, tdl. Nationalbanksdirektør. S. 23. (Kommentar)
- 20.05.1998: Usikkerheden ved et nej. Kun to ting er sikre: Statsministeren bliver og der kommer ikke nye folkeafstemninger. S. 10. (Bericht)
- 20.05.1998: EU og demokratiet. Ralf Pittelkow, journalist. S. 12. (Kommentar)
- 21.05.1998: Farvel demokrati. Bent Sørensen, prof. ved RUC. S. 31. (Kommentar)
- 22.05.1998: Danmark kan ikke stå alene. Amerikansk råd før folkeafstemning. S. 8. (Kurznachricht)
- 22.05.1998: Klonede unionsborgere. Gry Egholm Nørgaard, elev. S. 25. (Kommentar)
- 24.05.1998: Nej'ets psykologi. Ekstra Bladets chefredaktør Sven Ove Gade tror på den populistiske og subjektive journalistik som et angreb på System-Danmarks lukkede rum. S. 5. (Interview)
- 25.05.1998: Flere og bedre job i EU. Udvidelsen vil få samhandlen mellem nabolande til at vokse kræftigt til alles bedste. Erhvervsminister Pia Gjællerup. S. 23. (Kommentar)
- 26.05.1998: Fagligt nej trods toppens ja: Bag LOs dyre ja-kampagne gemmer sig dybt uenighed om traktaten blandt fagligt aktive. S. 6. (Kurznachricht)
- 26.05.1998: Ærlig snak. JuniBevægelsen mod miljøet. S. 24. (Leitartikel)
- 28.05.1998: -og på den anden side ... S. 41. (Leserbrief)
- 28.05.1998: EU ensretter velfærdstaterne. Gunnar Thorlund Jespersen, økonomiprofessor, medstifter af Nationernes Europa. S. 32. (Kommentar)
- 29.05.1998: Moses hittes de. S. 57. (Kurznachricht)

Politiken: Untersuchungszeitraum 2000

- 16.09.2000: Et dansk nej til svække Norden i EU. Med finske øjne. Heidi Hautala, medlem af Europaparlamentet, Formand for gruppen De Grønne/Den Europæiske Fri-Alliance. S. 32. (Kommentar)
- 16.09.2000: Råd til os. Vores valg rager andre. S. 28. (Leitartikel)
- 17.09.2000: Kampen om indflydelse. S. 4. (Bericht)
- 17.09.2000: Store og små: Giver afkald på magten. S. 4. (Kurznachricht)

- 17.09.2000: Stakkels Europa. Kim Behnke, Frihed 2000. S. 48. (Kommentar).
- 19.09.2000: Hård kritik af garanti. S. 1. (Aufmacher)
- 19.09.2000: Unge er ligeglade med pensionen. S. 6. (Kurznachricht)
- 20.09.2000: Identitet kan ikke deles. S. 4. (Kurznachricht)
- 20.09.2000: Dårligere velfærd. S. 5. (Kurznachricht)
- 20.09.2000: Tysklands store indrømmelse. Erik Hoffmeyer, fhv. Nationalbank direktør. S. 25. (Kommentar)
- 22.09.2000: Ja – for pokker. Naser Khader (R). S. 14. (Kommentar).
- 23.09.2000: Kvindernes modestand er ulogisk. Anne Grete Holmsgaard, folketingskandidat (SF). S. 36. (Kommentar)
- 23.09.2000: Feminin EU-skepsis er forståelig. Drude Dahlerup, JuniBevægelsen. S. 36. (Kommentar)
- 28.09.2000: Flere end 1.300 læsere har frem til dagens folkeafstemning sendt indlæg om euroen til Politiken. Her er nogle få af argumenterne for et ja eller et nej. S. 25. (Leserbrieff)
- 30.09.2000: Hilsen fra os. Danmarks nye rolle i EU. S. 32. (Leitartikel)

Quellenverzeichnis: Deutsche Zeitungsartikel

In der Arbeit wurde aus folgenden 64 deutschen Zeitungsartikeln (rund 40 Prozent vom gesamten Textkorpus) zitiert.

BILD: Untersuchungszeitraum 1992

- 4.06.1992: Hat das kleine Dänemark unsere Mark gerettet? S. 1. f. (Bericht)
- 4.09.1992: Europa wackelt: Mitterand & Kohl: Nun erst recht. S. 2. (Fortsetzung, Bericht)

BILD: Untersuchungszeitraum 2000

- 20.09.2000: Leser schreiben BILD: Hut ab vor den Dänen. Ein realistisches Volk mit Verstand. S. 2. (Leserbrief)
- 30.09.2000: Nein zum Euro. Blanker Protest und lange Gesichter. S. 2. (Bericht)

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Untersuchungszeitraum 1972

- 5.09.1972: Blickrichtung Nordmeer. S. 1. (Leitartikel)
- 20.10.1972: Dänemark: Befürchtungen der Grönländer. S. 4. (Kurznachricht)
- 22.09.1972: Verleumdungen und Emotionen in Norwegen. S. 7. (Bericht)
- 22.09.1972: Wenn die Dänen und Norweger nicht beitreten. S. 17. (Kurznachricht)
- 27.09.1972: Nordischer Isolationismus. S. 1. (Leitartikel)
- 27.09.1972: Schwerer Schlag. S. 1. (Leitartikel)
- 29.09.1972: Vor der dänischen Entscheidung. Viele Unterschiede zum Referendum über den EWG-Beitritt in Norwegen. S. 5. (Bericht)
- 4.10. 1972: Ist das unser Europa? S. 1. (Leitartikel)
- 4.10. 1972: Zwei Rücktritte. S. 1. (Leitartikel)
- 11.10.1972: Skandinavien wird labil. S. 1. (Leitartikel)

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Untersuchungszeitraum 1986

- 25.02.1986: Blockieren – das geht nicht mehr. S. 1. (Leitartikel).

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Untersuchungszeitraum 1992

- 2.06.1992: Volksabstimmung in Dänemark. Die einfache Mehrheit für die Europäische Union genügt. S. 6. (Kurznachricht)
- 4.06.1992: Erschütterungen aus Kopenhagen. S. 1. (Leitartikel)

- 4.06.1992: Nach der dänischen Abstimmung Enttäuschung und Entschlossenheit. Auch Frankreich plant ein Referendum zu Maastricht. Kopenhagen will nach verhandeln. S. 1 f. (Bericht).
- 4.06.1992: „Europäische Union konsequent und unbeirrt verwirklichen.“ Kohl und Mitterand bedauern das Ergebnis des Referendums. Tür für Dänemark bleibt offen. S. 3. (Bericht)
- 4.06.1992: Die dänischen Oppositionsparteien feiern die Niederlage der Regierung Schlüter. S. 3. (Bericht)
- 4.06.1992. Den Haag: Strich durch die Rechnung Europas. Die europäische Gemeinschaft nach dem dänischen Nein. S. 4. (Kurznachricht)
- 5.06.1992: Welche Optionen hat die Gemeinschaft? Kinkel für ein zweites Referendum. S. 4. (Bericht)
- 5.06.1992: Die Außenminister der Zwölf beraten über die Krise der EG. „Rückschlag für Europa“/ Ratifikationsbestimmungen des Vertrages / Erhält Dänemark Sonderstatus? S. 1. (Bericht)
- 5.06.1992: Major sucht mit Kohl eine Absprache über "europäische Schadensbegrenzung". London hält an Maastrichter Vertrag fest / Der Jäger 90 als Prüfstein. S. 4. (Kurznachricht)
- 5.06.1992: Mit dem Referendum wagt Mitterand einen Einsatz „alles oder nichts“. Folgen der Entscheidung. S. 4. (Bericht)
- 6.06.1992: Brüsseler Sorgen wegen der Gaspedalstellung von Gabelstaplern. Der EG-Kommission fehlt die Bodenhaftung. S. 3. (Bericht)
- 6.06.1992: Schlüter strebt eine zweite Volksabstimmung an. Sonderstatus für Dänemark angestrebt. In Schweden wächst der Widerstand. In Oslo droht Rebellion. S. 5. (Bericht)

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Untersuchungszeitraum 1993

- 18.05.1993: Nyrup optimistisch über den Ausgang des zweiten Referendums. Diesmal Mehrheit in Dänemark für den Maastricht-Vertrag erwartet. Vorwurf der „Angstkampagne“. S. 1. (Bericht)
- 18.05.1993: Mit Ja ein Supereuropa verhindern. Eiertänze vor der dänischen Entscheidung. S. 3. (Bericht)
- 21.05.1993: Was die Dänen Europa lehren. S. 1. (Leitartikel)
- 21.05.1993: Überwiegend Erleichterung in Bonn. S. 4 (Kurznachricht)
- 21.05.1993: Erleichterung in den nordischen Staaten. S. 4. (Kurznachricht)
- 21.05.1993: Die Brüsseler EG-Kommission entfaltet neue Aktivität. Die gemeinsame Wachstumsinitiative soll vorankommen. Optimistischer Blick nach London. S. 4. (Bericht)
- 21.05.1993. Trotz Krawall Freude in Kopenhagen. „Neuer Schwung für EG“. Regierung kündigt Steuererleichterung an. S. 4. (Bericht)

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Untersuchungszeitraum 1998

28.05.1998: Referendum über Amsterdamer Vertrag. Dänisches „Ja“ soll Maastricht-Debakel vergessen lassen. S. 8. (Bericht)

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Untersuchungszeitraum 2000

28.09.2000: Auch diese Abstimmung wird eine Zitterpartie. Das dänische Volk entscheidet über die Einführung des Euro. S. 7. (Bericht)

30.09.2000: Dänische Lehren. S. 1. (Leitartikel)

30.09.2000: Gegen „die da oben“ und „die da unten“: Dänemark wird zum B-Mitglied. S. 3. (Bericht)

30.09.2000: Decke über den Kopf und weiter wie bisher. Aber die Brüsseler Beruhigungspillen ändern nichts an einer schleichenden Verunsicherung. S. 3. (Bericht)

Süddeutsche Zeitung: Untersuchungszeitraum 1972

27.09.1972: Mansholt: Eine Niederlage für Europa. In Brüssel rechnet man auf fünf Jahre hinaus nicht mehr mit dem Beitritt Oslos. S. 1. (Bericht)

28.09.1972: Schweden bietet Vermittlung zwischen Oslo und der EWG an. S. 2. (Kurznachricht)

30.09.1972: Nach dem Votum gegen den Euro. EU hält Tür für Dänemark offen. Prodi: Beitritt zur Währungsunion ist jederzeit möglich. Börsen reagieren gelassen auf Ergebnis des Referendums. S. 1. (Bericht)

2.10.1972: Dänemark: Volksabstimmung zum EWG-Beitritt. ‚Nej‘ auf Bannern und Blusen. Furcht vor Konzernen, Landkäufern und Franz Josef Strauß macht Europa-Gegner mobil. S. 3. (Bericht)

4.10.1972: Der Gipfelkonferenz entgegen. S. 4. (Leitartikel)

5.10.1972: Dänemarks labile Innenpolitik. Im Kopenhagener Parlament gibt es nach wie vor keine feste Regierungsmehrheit. S. 4. (Bericht)

6.10.1972: Wehner warnt vor EWG-Krise bei Kampf um soziales Europa. S. 1. (Kurznachricht)

6.10.1972: Demokratie in der EWG unterentwickelt. Das parlamentarische System muss von der Gemeinschaft selbst gefördert werden. S. 6. (Bericht)

Süddeutsche Zeitung: Untersuchungszeitraum 1986

- 14.02.1986: Europa spaltet Dänemark. Für das Referendum über die EG-Reform wird der letzte Wähler mobilisiert. S. 4. (Bericht)
- 18.02.1986. Da waren´s nur noch neun. S. 4. (Bericht)

Süddeutsche Zeitung: Untersuchungszeitraum 1992

- 4.06.1992: EG in schwerer politischer Krise. Dänen stimmen gegen den Vertrag von Maastricht. Bonn und Paris wollen Zeitplan für die Union einhalten. Kopenhagen erwägt Bitte um Neuverhandlungen. Delors und Mitterand für Ratifikation durch die Partnerländer. S. 1. (Bericht)
- 4.06.1992: Bedauern in den Bonner Parteien. Kinkel: Votum nicht dramatisieren. Auch in der Opposition für Einhaltung des Ratifizierungs-Zeitplans. S. 4. (Bericht)
- 4.06.1992: Skandinaviens EG-Gegner sehen sich gestärkt. Regierungen Schweden und Finnlands halten aber an Beitritt fest. S. 9. (Kurznachricht)
- 4.06.1992: Brüssel will Dänemark nicht fallen lassen. Am Sitz der EG herrscht Ratlosigkeit über die Konsequenzen des dänischen Referendums. S. 9. (Bericht)
- 4.06.1992: Holland gegen neue Verhandlungen. Außenminister: Nein der Dänen außergewöhnlich enttäuschend. S. 9. (Bericht).
- 5.06.1992: Weiter mit Europas Abzählreim zu Maastricht. Nach dem dänischen Nein steht die EU auch in anderen Ländern in Frage. S. 4 (Bericht)
- 5.06.1992: Nach dem Nein der Dänen zur EU. Bern will Europapolitik nicht ändern. Sowohl EG-Gegner als auch Befürworter sehen positive Aspekte. S. 6. (Bericht)

Süddeutsche Zeitung: Untersuchungszeitraum 1993

- 17.05.1993: Dänemarks Sonderrolle im Maastrichter Vertrag. Am Dienstag stimmen die Dänen zum zweiten Mal über die Europäische Union ab. S. 7. (Bericht)
- 18.05.1993: Dänemark vor dem zweiten Maastrichter Referendum. Meinungswandel in der Besinnungspause? Europas Freunde – in der Revision dezenter. Befürworter des Unionsvertrages üben sich in Zweckoptimismus und Bürgernähe. Gegner sehen die Wiederholung als Missachtung. S. 3. (Bericht)

22.05.1993: Keine Sonderbündelei in Europa. Nach dem Maastrichter ja der Dänen und Briten liegt der Schlüssel zur Zukunft in Frankreich. S. 4. (Bericht)

Süddeutsche Zeitung: Untersuchungszeitraum 1998

28.05.1998: Volksabstimmung über den Amsterdamer Vertrag. Die Angst der Dänen vor Europa. S. 8. (Bericht)

Süddeutsche Zeitung: Untersuchungszeitraum 2000

28.09.2000: Abstimmung über die Europäische Währung in Dänemark. S. 1. (Bericht)

28.09.2000: Im Profil: Mogens Lykketoft. Dänischer Finanzminister mit Euro-Schwäche. S. 4. (Porträt)

30.09.2000: Euro-Feinde auf dem falschen Pferd. Europa braucht die Einheitswährung, um sich im harten globalen Wettbewerb zu behaupten. S. 4. (Kurznachricht)

30.09.2000: Nach dem Votum gegen den Euro. EU hält Tür für Dänemark offen. Prodi: Beitritt zur Währungsunion ist jederzeit möglich. Börsen reagierten gelassen auf das Ergebnis des Referendums. S. 1. (Bericht)

SEKUNDÄRLITERATUR

- Anderson, Benedict*: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt a. M. 1988.
- Armstrup, Niels, Sørensen, Carsten L*: Denmark – Bridge between Nordic Countries and the European Communities? In: Cooperation and Conflict. Vol. X, London 1975. S. 21 – S. 32.
- Bilandzic, Helena, Koschel, Friederike, Scheufele, Bertram*: Theoretisch-heuristische Segmentierungen im Prozess der empiriegeleiteten Kategorienbildung. In: Früh, Werner (Hrsg.): Inhaltsanalyse. Perspektiven, Probleme, Potentiale. Köln 2001: S. 98 – S. 116.
- Boekle, Henning, Nadoll, Jörg*: Zum Stand der Identitätsforschung, in: Joerißen Britta, Stahl, Bernhard (Hrsg.).Münster 2003: S. 159-S. 166.
- Bonfadelli, Heinz*: Medienwirkungsforschung I. Grundlagen und theoretische Perspektive. Konstanz 1999.
- Brandt, Jørgen Gustava*: Pink Champagner, 1973.
- Bucher, Hans Jürgen*: Pressekommunikation. Grundstrukturen einer öffentlichen Form der Kommunikation als linguistischer Sicht. Tübingen 1991.
- Bucher, Hans-Jürgen, Straßner, Erich*: Mediensprache, Medienkommunikation, Medienkritik. Tübingen 1991.
- Bruck, Peter A., Stocker, Günther*: Die ganz normale Vielfältigkeit des Lesens. Zur Rezeption von Boulevardzeitungen. In: Hans Dieter Kübler (Hrsg.): Medien & Kommunikation, Band 23, Münster 1996: S. 23 - S. 32.
- Brunn, Gerhard*: Die Europäische Einigung. Von 1945 bis heute. Stuttgart 2002.
- Dansk Udenrigspolitisk Institut*: Udenrigspolitisk Årbog, København 1984.
- Dürr, Alfred*: Weltblatt und Heimatzeitung. Die „Süddeutsche Zeitung“. In: Michael Wolf Thomas (Hrsg.): Porträts der deutschen Presse. Berlin 1980. S. 63 – S. 79.
- Ellemann-Jensen, Uffe*: Da Danmark sagde igen ja. København 1987.
- Eriksen, Gerhardt*: Hvis De vil vide mere. Historien om en avisucces. Viby 1996.
- Esmark, Anders*: Europæisering. In: Hans Mouritzen (ed.): Er vi så forbeholdne? Århus 2003. S. 72 – S. 99.
- Fich, Ove*: Europa i verden – Danmark i Europa. In: Søren von Dosenrode (ed.): Danske Europa visioner. Rådet for Europæisk Poliik 1/1999. Aarhus 1998. S. 25 – S. 28

- Lüger, Helmut*: Pressesprache, Tübingen 1983.
- Foucault, Michel*: Die Ordnung des Diskurses. München 1994.
- Früh, Werner*: Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis. München 1991³.
- Früh, Werner*: Kategorienexploration bei der Inhaltsanalyse. Basiswissen geleitete, offene Kategorienfindung (BoK). In: Wirth, Werner, Lauf, Edmund (Hrsg.): Köln 2001: S. 117 – S. 139.
- Good, Colin*: Zeitungssprache im geteilten Deutschland. Exemplarische Textanalysen. München 1989.
- Göttsch-Elten, Ellen*: Populäre Bilder vom Norden im 19. und 20. Jahrhundert. In: Engel-Braunschmidt, Annelore, Fouquet, Gerhard, von Hinden, Wiebke, Schmidt, Inken: Ultima Thule. Bilder des Nordens von der Antike bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 2001: S. 123 – S. 143.
- Gröschel, Peter*: Themen und Tendenzen in Schlagzeilen der Kattowitzer Zeitung und des Oberschlesischen Kuriers 1925 – 1939. Berlin 1993.
- Hansen, Klaus P.*: Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung. Tübingen 1995.
- Hansen, Lene*: Sustaining sovereignty. The Danish approach to Europe in: Lene Hansen, Ole Wæver: European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic states. London, New York 2002: S. 50 – S. 87.
- Hansen Lene, M.C. Williams*: The Mythos of Europe: Legitimacy, Community and the “crisis” of the EU. Journal of Common Market Studies 37/2. Copenhagen 1998: S. 233 – S. 249.
- Hansen, Peter*: Die Formulierung der dänischen Europapolitik. In: Österreichische Zeitschrift für Außenpolitik. Wien 1973, 1/1973: S. 3 – S. 31.
- Henningsen, Bernd* (Hrsg.): Der Norden: Eine Erfindung. Das europäische Projekt einer regionalen Identität. Antrittsvorlesung 28.05.1993, Berlin 1995.
- Henningsen, Bernd* (Hrsg.): Das Projekt Norden. Essays zur Konstruktion einer europäischen Region. Berlin 2002.
- Heurlin, Bertil*: Activisme og europæisering af dansk sikkerhedspolitik. In: Bertil Heurlin (red.) Danmark og den Europæiske Union. København 1994. S. 129 – S. 137.
- Holzapfel, Otto*: Das deutsche Gespenst. Wie Dänen die Deutsche und sich selber sehen. Kiel 1994.
- Horkheimer, Max*: Über Vorurteile, Bonn 1963, Schriften der Bundeszentrale für politische Bildung, S. 3-10.
- Hækkerup, Per*: Danmarks Udenrigspolitik. København 1965.

- Jacobson, Roman*: Linguistik und Poetik. In: Literaturwissenschaft und Linguistik. Ergebnisse und Perspektiven. Hrsg. Von Jens Ihwe. Frankfurt a. M., 1972: S. 14 – S. 178.
- Joerißen, Britta, Stahl, Bernhard* (Hrsg.): Europäische Außenpolitik und nationale Identität. Vergleichende Diskurs- und Verhaltensstudien zu Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und den Niederlanden. Münster 2003.
- Jóhannesdottir, Anna*: Dänische Außenpolitik – von der Neutralität zur vorbehaltenen Integration. In: Joerißen Britta, Stahl, Bernhard (Hrsg.), Münster 2003. S. 42 – S. 65.
- Jóhannesdottir, Anna*: Die Identität Dänemarks. In: Joerißen Britta, Stahl, Bernhard (Hrsg.). Münster 2003. S. 224 – S. 253.
- Kaiser, Annegret*: Dänemark und die Europäische Politische Union (1972 – 1992). Innenpolitische Kontroversen vom Beitritt bis zum Vertrag von Maastricht. Moosbach 1994.
- Kasper, Christine*: „NEJ“. Die dänische Volksabstimmung zur Europäischen Union vom Juni 1992 und ihre Hintergründe, in: Rust, Holger (Hrsg.): Europa – Kampagnen. Dynamik öffentlicher Meinungsbildung in Dänemark, Frankreich und der Schweiz, Schriftenreihe des Zentrums für angewandte Politikforschung, Band 3, Wien 1993: S. 101 – S: 142.
- Kelstrup, Morten*: Danish Integrations Policies; Dilemmas and Options, Working Paper 18/2000. Copenhagen 2000.
- Kirwel, Thomas*: Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Presse untersucht an „BILD“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „taz“ und der „Deutschen Nationalen Zeitung“. Hamburg 1996.
- Kite, Cynthia*: Scandinavia faces EU: debates and decisions on membership 1961-1994. Umeå 1996.
- Kløvedal Reich Ebbe*: Holger Danske, o. O. 1970
- Kløvedal Reich Ebbe*: Frederik, o. O. 1972
- Kløvedal Reich Ebbe*: Du danske svamp, 1974
- Kopperschmidt, Josef*: Allgemeine Rhetorik. Einführung in die Theorie der Persuasiven Kommunikation. Stuttgart, Berlin, Köln, München 1976².
- Krüger, Christiane*: Journalistische Berichterstattung im Trend der Zeit. Stilstrategien und Textdesign des Nachrichtenmagazins FOCUS. Münster 1995.

- Kühnhardt, Ludger*: Wahrnehmung als Methode, Mentalität, Kultur, Politik „des Anderen“ vor neuen Herausforderungen. In: Aschmann, Birgit, Salewski, Michael (Hrsg.): Das Bild „des Anderen“. Politische Wahrnehmung im 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 2000: S. 9 – S: 20.
- Laursen, Finn, Vannhoonacker, Sophie, Wester, Robert*: Overview of the Negotiations. In: Finn Laursen, Sophie Vanhoonacker (eds.): The Intergovernmental Conference on Political Union, Institutional Reforms, New Policies and International Identity of the European Community. Maastricht 1992. S. 3-24.
- Laursen, Johnny, P. Nedergaard, Th. B. Olsen* (m fl.): Danmark i Europa. 1945 – 1993. Red. af Tom Swienty. København. 1994.
- Lippmann, Walter*: Public opinion. New York 1922.
- Lundbye, Vagn*: 2 oktober 1972. Odense 1972.
- Lundgreen-Nielsen, Flemming*: Grundtvig og Danskhed. In: Ole Feldbæk (ed.) Dansk identitetshistorie. Band 3, Folkets Danmark 1948-1940. København 1992: S. 9 – 187.
- Mahnert, Heike, Putensen, Dörte*: Der Norden auf dem Weg nach Europa. Skandinavien und die europäische Integration. Hamburg 2002.
- Merten, Klaus*: Inhaltsanalyse. Eine Einführung in Theorie, Methode und Praxis. Opladen 1995².
- Mouritzen, Hans* (red.): Er vi så forbeholdne? Danmark over for globaliseringen, EU og det nære. Århus 2003.
- Mouritzen, Hans, Kajsa Ji Noe Petterson*: Den nære transnationalisering. In: Hans Mouritzen (ed.): Århus 2003. S. 39 – 99.
- Mouritzen, Hans, Kajsa Ji Noe Petterson, Karsten Skjalm og David Munis Zepernick*: Danmark møder transnationalisering. In: Hans Mouritzen (ed.): Er vi så forbeholdne? Danmark over for globaliseringen, EU og det nære Århus 2003: S. 124 – 169.
- Mouritzen, Hans*: Danske strategier – og magten over transnationalisering: in: Hans Mouritzen (ed.): Århus 2003: S. 170 – 241.
- Mouritzen, Hans*: Sammenfatning, perspektiver og reform. In: Hans Mouritzen (ed.): Aarhus 2003: S. 242 – 274.
- Müller, Hans Dieter*: Der Springer Konzern. Eine kritische Studie. München 1968.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela*: Die Vertiefung der europäischen Integration: Aktueller Stand, Reformvorhaben und Debatten. In: Paul-Ludwig Weinacht (Hrsg.): Wohin treibt die Europäische Union? Grundlagen und Dysfunktionen der Einigungspolitik. Baden-Baden 2001: S. 63 – 69.

- Mukerji, Monika*: Was dänische Tageszeitungen über Deutschland berichten. Eine Themenanalyse. Hagen 2000.
- Neuendorf, Kimberly A.*: The Content Analysis Guidebook. London 2002.
- Pagell, Saskia*, Souveränität oder Integration? Die Europapolitik Dänemarks und Norwegens von 1945 bis 1995. Kieler Werkstücke Reihe B: Beiträge zur nordischen und baltischen Geschichte Band 4. Frankfurt a. M. 2000.
- Olsen, Johan P., Svedrup, Björn Otto*: Europa i norden. Europeisering av nordisk samarbeid. Oslo 1998.
- Petersen, Nikolaj*: The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam. In: Bertil Heurlin, Hans Mouritzen (eds.): Danish Foreign Policy Yearbook 1999. København 1999: S. 101 – 122.
- Petersen, Nikolaj*: Dänemark. In: Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration, Bonn: 1999/2000: S. 317-322.
- Presse- und Kulturabteilung des Kgl. Dänischen Ministeriums des Ässeren*: Dänemark: Ein offizielles Handbuch, Kopenhagen 1971.
- Pryce, Roy*: The Treaty Negotiations In: Pryce, Roy, Duff, Andrew, Pinder, John (Hrsg.) Maastricht and Beyond. Building the European Union. London 1994: S. 36 – 52.
- Quintilianus, Marcus Fabius*: Ausbildung des Redners: zwölf Bücher. Hrsg. u. übers. von Helmut Rahn, 2. Bände: Bd. 1, S. 554-557 (§ 5,10,20-22).
- Rifbjerg, Klaus*: Brevet til Gerda. Kopenhagen 1972.
- Rühling, Lutz*: Bilder vom Norden. Imagines, Stereotypen und ihre Funktion. In: Astrid Arndt, Andreas Blödorn, David Fraesdorff, Anette Weisner (Hrsg.), Frankfurt a. M. 2004: S. 279 - 300.
- Rådet for Europæisk Politik*: Folkeafstemning 28. maj 1998. København 1998.
- Rådet for Europæisk Politik*: Beretninger og udrædninger, Schengen. Rådet for Europæiske Politiske skrifter nr. 21. København 1999.
- Schauer, Martin*: Schengen- Maastricht – Amsterdam. Auf dem Weg zu einer flexiblen Union. Wien 2000.
- Schirmer, Stefan*: Die Titelseiten-Aufmacher der BILD-Zeitung im Wandel. Eine Inhaltsanalyse unter Berücksichtigung von Merkmalen journalistischer Qualität. München 2001.
- Schönbach, Klaus*: Transaktionale Modelle der Medienwirkung: Stand der Forschung. In: Winfried Schulz (Hrsg.): Medienwirkungen: Einflüsse von Presse, Radio und Fernsehen auf Individuum und Gesellschaft. Untersuchungen im Schwerpunktprogramm „Publizistische Medienwirkung.“ Weinheim 1992: S. 109 – 119.

- Siunne, Karen, Svensson, Palle, Tonsgaard, Ole*: Det blev et nej. Århus 1992.
- Streinz, Rudolf*: Der Vertrag von Amsterdam. Einführung in die Reform des Unionsvertrages von Maastricht und erste Bewertung der Ergebnisse. In: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (EuZW), 1998: S. 137 – 147.
- Søllinge, Jette D., Thomsen, Niels*: De danske aviser 1634 – 1989: Bind 2: 1848 – 1917. Odense 1991.
- Trägårdh, Lars*: Sweden and the EU: welfare state nationalism and the spectre of 'Europe'. In: Lene Hansen, Ole Wæver (eds.): European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic states. London, New York 2002: S. 130 – 179.
- Ueding, Gert, Steinbrink, Bernd*: Grundriss der Rhetorik. Geschichte - Technik – Methode. Stuttgart 1994: S. 220 – 235.
- Weidenfeld, Werner* (Hrsg.): Nizza in der Analyse. Strategien für Europa. Gütersloh 2001².
- Weidenfeld, Werner*: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit – die europäische Integration. In: Weidenfeld (Hrsg.), Gütersloh 2001²: S. 19 – 49.
- Østergaard, Uffe*: The Geopolitics of Nordic Identity – From Composite States to Nation states. In: Øystein Sørensen and Bo Stråth: The Cultural Construction of Norden. Oslo 1997: S. 25 – 71.

INTERNET-/DOKUMENTE

- Denmark i Europa*: <http://www.eu-oplysnin-gen.dk/dokumenter/traktat/nationalkompromis/>
- Europäischer Rat*, „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“, verabschiedet vom Europäischen Rat in Stuttgart am 19. Juni 1983, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1983, Bonn 1984. S. 417-424.
- EU Eurobarometer*: Poll no. 57.1: Executive Summary, S. 31, April 2002
www.europa.eu.int/comm/public.opinion/archives/eb/eb57/eb57_daenemark.pdf.
- Folketinget* (Hrsg.): Tryksag fra Folketingets partier fra 1972:
www.eu-oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger
- Folketinget* (Hrsg.), Vælgerne og EF-pakken. Tryksag fra Folketingets partier fra 1986. S. 4., www.eu.oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger
- Folketinget* (Hrsg.): Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget. København 1992,
www.eu-oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger

- Folketinget* (Hrsg.), Information fra Folketinget, Danmark i EF. København 1993, www.eu-oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger
- Folketinget* (Hrsg.) Baggrundinformation fra Folketinget. Danmark i EF. In: Information fra Folketinget, Danmark i EF. København 1993. S. 2., www.eu-oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger
- Folketinget* (Hrsg.): Afgørelsen truffet af stats- og regeringscheferne, forsamlet i Det Europæiske Råd, om visse problemer, som Danmark har rejst vedrørende Traktaten om Den Europæiske Union. In: Folketinget (Hrsg.), København 1993. S. 14, Afsnit E, 2., www.eu-oplysninger.dk/fakta/folkeafstemninger
- Gallup*: Ugens Gallup nr 1, København 1999. S. 4, http://www.gallup.dk/ugens_gallup/pdf_gra/ug_1_99_hg.pdf
- Sartorius* (Hrsg.): Protokoll (Nr. 2) zur Einbeziehung des Schengen-Besitzstands in den Rahmen der Europäischen Union (1997). Abgedruckt in Sartorius II, Nr. 151. S. 2-5.

NACHSCHLAGEWERKE

- Dansk Oplagskontrol*: Oplagsbulletin/Bulletin of the Danish Audit Bureau of Circulations 1982, København 1983, 1986, 1996, 1998, 2000.
- Media Scandinavia*: 1972 Mediakatalog for Danmark, Island, Færøerne, Norge, Sverige og Finland. Udgivet af Media Documentation Scandinavia DRB: 1973, 1983, 1993, 1994, 1995.
- STAMM, Presse und Medienhandbuch*. Leitfaden durch Presse und Werbung. Verzeichnis, Beschreibung periodischer Publikationen, Rundfunkanstalten und Werbemöglichkeiten Essen 1973 (26. Ausgabe); 1987 (40. Ausgabe); 1993, (46. Ausgabe, Tarifband), 1994 (47. Ausgabe, Tarifband); 1999 (52. Ausgabe), 2001 (54. Ausgabe).

PARTEIPROGRAMME:

- Centrums Demokraterne*: CD. In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 6.
- Centrums Demokraterne*: CD siger JA. EU er den bedste vej til fred, stabilitet og velstand i det Europa, vi er en del af. In: Rådet for Europæisk Politik (Hrsg.): Folkeafstemning 28. maj 1998. København 1998. S. 3.
- Det konservative Folkeparti*: Der står meget på spil. In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992: 5

- Det konservative Folkeparti:* Det sikre valg. Årets vigtigste opgave er folkeafstemningen om Amsterdamtraktaten. Det Konservative Folkeparti vil arbejde for et JA. Ikke kun for Danmarks skyld, men for hele Europas skyld. In: Rådet for Europæisk Politik (Hrsg.). København 1998. S. 3.
- Det radikale venstre:* Det radikale venstre og EF-pakken. In: Folketinget (Hrsg.). København 1986. S. 6.
- Det radikale venstre:* Den europæiske union – vejen til Europa. In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 4.
- Enhedslisten:* Enhedslisten siger nej i maj. Amsterdamtraktaten handler om mere Union. In: Rådet for Europæisk Politik (Hrsg.). København 1998. S. 7.
- Folkebevægelse mod EF:* Union nej igen. Nødvendigt Forum og Fagbevægelsen mod Unionen opfordrer også til et nyt NEJ. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 11.
- Fremskridtspartiet:* Fremskridtspartiet mener. In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.), København 1992. S. 10.
- Fremskridtsparti:* Skal Danmark bankes på plads i EF-Unionen? NEJ! – Vi skal bevare vores selvstændighed. In: Helge Hjortdal (red.). København 1993. S. 10.
- Frihedsbrev '92:* Kan vi komme ud af unionen? In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 11.
- JuniBevægelse:* Unionsvalget 18. maj. Demokrati eller union. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 12.
- Kristeligt Folkeparti:* Derfor nej. Flertal fra folketingsgruppen: derfor ja. In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 8.
- Kristeligt Folkeparti:* Derfor anbefaler Kristeligt Folkeparti et JA. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 8.
- Socialistisk Folkeparti:* Det nytter at stemme nej! In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 7.
- Socialistik Folkeparti:* Det helt andet ja. In: Folketinget (Hrsg.). København 1993. S. 7.
- Socialdemokratiet:* Derfor siger vi ja. In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 3.
- Socialdemokratiet:* Den danske vej – også i Europa. In: Rådet for Europæisk Politik. København 1998. S. 2.

- Venstre*: Venstre arbejder for et klart ja, fordi det er i alles interesse af Danmark fastholder sin indflydelse i Europa. In: Danmark og Den Europæiske Union. Information fra Folketinget (Hrsg.). København 1992. S. 9.
- Venstre*: Derfor skal vi stemme JA. Der er tre gode grunde til at stemme JA til Amsterdamtraktaten den 28. maj. In: Rådet for Europæisk Politik (Hrsg.). København 1998. S. 6.
- Venstresocialisterne*: Stop EF-Union – stem nej til pakken. In: Folketinget (Hrsg.). København 1986. S. 16-17.

KATHRIN MÜLLER (geb. Schwörer)

geb. am 16.02.1977 in Basel

deutsche und dänische Staatsangehörigkeit

verheiratet

SCHUL- UND HOCHSCHULBILDUNG

- | | |
|-------------------|--|
| 1987-1996 | Abitur: Hans-Thoma-Gymnasium, Lörrach
(Baden-Württemberg) |
| 04.1997-08.1998 | Grundstudium Germanistik, Nordische Philologie,
Geschichte: Eberhard-Karls Universität Tübingen |
| 09.1998-05.1999 | Auslandsstudium als DAAD-Stipendiatin:
Universität Kopenhagen |
| 06.1999-10.2002 | Hauptstudium der Germanistik und Nordischen
Philologie: Eberhard-Karls-Universität Tübingen |
| 10. 2002 | Magisterprüfung |
| 02.2003 – 12.2005 | Doktorandin (Nordische Philologie),
Graduiertenkolleg „Imaginatio borealis“:
Christian-Albrechts-Universität zu Kiel |

ERKLÄRUNG

Hiermit versichere ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe angefertigt und außer der angegebenen Literatur keine weiteren Hilfsmittel verwendet habe. Ferner versichere ich, dass diese Arbeit noch nicht zum Zwecke der Erlangung der Doktorwürde an anderer Stelle vorgelegen hat.

Kiel, den 26. Januar 2006

Katrin Müller